

Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung
Veröffentlichungen 14

Sabine Sutterlütti

„Jammer, Elend und Noth!!“
Vorarlberg 1814 bis 1818

Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung
Veröffentlichungen 14

Sabine Sutterlütli

„Jammer, Elend und Noth!!“

Vorarlberg 1814 bis 1818

Impressum

Sabine Sutterlütli, „Jammer, Elend und Noth!!“

Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung
Veröffentlichungen 14

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de/> abrufbar
Regensburg: Roderer Verlag, 2016

ISBN: 978-3-89783-848-2

Lektorat: Michael Weber
Wirtschaftswissenschaftliche Fachberatung: Michael Weber
Layout: Palli & Palli OG, Innsbruck
Satz: Edgar Leissing, Schwarzach
Druck: Roderer Verlag, Regensburg

© Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung
sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner
Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer
Systeme verarbeitet werden.
2016 Roderer Verlag: Regensburg

Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung
Leitung: ao. Univ.-Prof. Dr. Alois Niederstätter
Vorarlberger Landesarchiv
Kirchstraße 28
A-6900 Bregenz

1. EINLEITUNG	7
2. METHODE UND ARBEITSSCHWERPUNKT	12
3. POLITISCHE SITUATION	13
4. WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN	21
4.1. Landwirtschaft	21
4.2. Handel und Gewerbe	23
4.2.1. Textilgewerbe	24
4.2.2. Handel	25
4.3. Zölle	31
4.4. Geld und Zahlungsmittel	32
4.4.1. Papiergeld	33
4.4.2. Metallgeld	37
4.5. Finanz- und Steuerwesen	41
4.6. Individuelle Vermögensverhältnisse	50
5. KLIMATISCHE BEDINGUNGEN	53
5.1. Tambora	55
5.2. Vorarlberger Wetterchronik	56
6. JAMMER UND ELEND	72
6.1. Mangel und Teuerung	72
6.2. Sterblichkeit	92
6.3. Schadensbilanz	95
6.3.1. Wasser	98
6.3.2. Hagel	100
6.3.3. Lawinen	101
6.3.4. Gesamtschaden	102
7. VERWALTETE NOT	104
7.1. Betteln	104
7.2. Armenpflege	108
7.2.1. Gericht Bregenz	117
7.2.2. Gericht Innerer Bregenzerwald	119
7.2.3. Gericht Dornbirn	120
7.3. Suppenanstalten	122
7.4. Liebessteuern und Armensubskription	127
7.5. Engagierte Bürger	136
7.6. Staatliche Hilfe	138
7.6.1. Gericht Bregenz	145
7.6.2. Gericht Innerer Bregenzerwald	147
7.6.3. Gericht Dornbirn	150

7.6.4.	Kollegialgericht Feldkirch	153
7.6.5.	Gericht Sonnenberg	155
7.6.6.	Landgericht Montafon	156
7.6.7.	Rückzahlungen	158
7.7.	Nachbar in Not	163
7.7.1.	Milde Sammlungen	166
7.7.2.	Verteilung der Sammlungsgelder	169
7.7.3.	Natural- und Sachspenden	184
8.	NEUE PERSPEKTIVEN	189
8.1.	Zwischen Hoffen und Bangen	189
8.2.	Auswanderung	192
8.3.	Schuldentilgung und Konkurse	197
9.	RESÜMEE	200
10.	ANHANG	211
10.1.	Verwaltungsbeamte	211
10.2.	Literaturverzeichnis	213
10.2.1.	Chroniken	213
10.2.2.	Literatur	213
10.2.3.	Tageszeitungen	218
10.2.4.	Onlinequellen	219
10.3.	Abkürzungen	220
10.4.	Abbildungsverzeichnis	220
10.5.	Maße und Preise	221
10.6.	Liste der verteilten Notvorschüsse	222
10.7.	Orts- und Personennamen	224

1. EINLEITUNG

Die Wirthshäuser wurden freilich nicht viel besucht, denn es durstete die Menschen nicht – es hungerte sie, wenn sie auch noch manchmal in eins gingen, so war es namentlich in Krumbach, ein solches wo man ihnen für Geld Milch und Brot gab.¹

Was muss in einem Land, in dem jedes Dorf mehrere Wirtshäuser hat, passieren, dass die Menschen sie nicht mehr besuchen? Wie groß müssen Not und Elend sein, dass die Geselligkeit nicht mehr gepflegt wurde?



Hungertaler

Das Jahr 1816, das Jahr ohne Sommer, gilt als Auslöser der letzten großen naturbedingten Notzeit in Europa. Dieses kalte und regnerische Jahr, in dem die Sommertemperaturen in Europa und Nordamerika deutlich unter dem Jahresdurchschnitt lagen und für das die Menschen keine wissenschaftliche Erklärung hatten, wird heute mit vielen Dingen in Verbindung gebracht. Die Teuerung und der Hunger trieben Menschen aus ihrer Heimat fort, sie wanderten nach Amerika und Russland aus. Weil die Zugtiere geschlachtet wurden, brauchte es mechanische Fortbewegungsmittel, 1816 wurde die Draisine erfunden. Die ungewohnten Farben am Himmel, bedingt durch Aschepartikel in der Luft, inspirierten die Maler Caspar David Friedrich und William Turner zu ihren Abendstimmungen. Mary Shelley schuf während ihres verregneten Aufenthalts

¹ Gemeindearchiv Krumbach, Pfarrchronik des Pfarrers Johann Jakob Brändle, verfasst 1829. Brändle (1791 – 1868) war von 1819 bis 1826 bis Frühmesser in Lustenau unter Pfarrer Rosenlächler. Dann Schulbenefiziat in Dornbirn und schließlich Pfarrer in Krumbach. Nach dem Tod Rosenlächlers wurde er 1835 dessen Nachfolger. Er wirkte 34 Jahre lang bis zu seinem Tod am 29. Dezember 1869. Vergleicht man die Aufzeichnungen von Rosenlächler und Brändle zu den Ereignissen 1816 und 1817 finden sich zahlreiche Parallelen. Ludwig RAPP, Topographisch–Historische Beschreibung Des Generalvikariates Vorarlberg, 4. Bd, V. U. Vi. Heft, Brixen 1899 – 1901, S. 436. S. Auch B' Üs Im Krumbach, Krumbach 1999, S. 248.

am Genfer See die literarische Figur des Dr. Frankenstein. Die Kartoffel erlebte in vielen Teilen Mitteleuropas ihren endgültigen Durchbruch als Grundnahrungsmittel² und die Rumfordsuppe machte in öffentlichen Suppenküchen Karriere.

Die Forschung hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur die globalen Folgen von Vulkanausbrüchen dokumentiert, sondern sich auch intensiv mit den daraus resultierenden klimatischen Veränderungen und ihren Auswirkungen auf die Menschen befasst. In einer Zeit steigender Meeresspiegel und Temperaturen sowie extremer Wetterphänomene drängt sich die Beschäftigung mit historischen Naturkatastrophen und ihren Folgen geradezu auf. Wenn es schon zur Erinnerung an die Hochwasserkatastrophe 2005 eine Broschüre gibt,³ ist es auch Zeit für die Erforschung der Folgen der letzten großen von einer Witterungskatastrophe verursachten Hungerkrise und des größten Bodenseehochwassers in Vorarlberg. In der Schweiz, die vom Jahr ohne Sommer in Europa am schwersten getroffen war, ist diese Hungerkrise Schwerpunkt mehrerer Ausstellungen gewesen.⁴ Zudem haben sich anlässlich des „Gedenkjahres“ 2016 – 1816 europaweit zahlreiche Autoren mit dem Ausbruch des Tambora und den Folgen, dem Jahr ohne Sommer, befasst und in Symposien dazu referiert.⁵

Die erste umfassende Studie zu den Notjahren 1816 und 1817 und den sozialen und politischen Konsequenzen hat der US-amerikanische Historiker John Dexter Post verfasst.⁶ In seiner Dissertation hat er die Ursachen und Folgen des Tamboraausbruchs in den Vereinigten Staaten und Mitteleuropa untersucht.⁷

In der Vorarlberger Geschichtsschreibung ist das Jahr ohne Sommer kaum erforscht worden. Auch in den zeitnahen landeskundlichen Schriften von Franz Joseph Weizenegger⁸ und Joseph

² Vgl. Brian FAGAN, *Die Macht des Wetters: wie das Klima die Geschichte verändert*, Düsseldorf 2001, S. 210.

³ 10 Jahre danach: Jahrhundert-Hochwasser 2005, Maßnahmen und Strategien, Rankweil 2015.

⁴ „Schneesommer und Heisshunger“ in Bubikon, Tambora und das Jahr ohne Sommer. Der Einfluss von Vulkanen auf das Klima, ETH Zürich. Stefan BRÖNNIMANN, Daniel KRÄMER, *Tambora und das „Jahr ohne Sommer“ 1816*, Klima, Mensch und Gesellschaft, Geographica Bernensia G90, Bern 2016. 1816 – das Jahr ohne Sommer, in: Heimatspiegel (= Illustrierte Beilage im Verlag von „Zürcher Oberländer“ und „Anzeiger von Uster“, Redaktion Anne Bagattini) März 2015; Schneesommer und Heisshunger, in: Heimatspiegel Januar 2016.

⁵ Gillen d’Arcy WOOD, *Vulkanwinter 2016. Die Welt im Schatten des Tambora*, Darmstadt 2015; Waltraud DÜWEL-HÖSSELBARTH, *Ernteglück und Hungersnot. Klimageschichte in Baden-Württemberg*, 2. Aufl., Darmstadt 2015; Wolfgang BEHRINGER, *Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte*, München 2015.

⁶ 1926-2012, Professor für Geschichte an der Northeastern University in Boston, Massachusetts

⁷ John Dexter POST, *The economic crisis of 1816-1817 and its social and political consequences*. (Footnotes on French and German), Boston 1969. John D. POST, *The Last Great Subsistence Crisis in the Western World*, Baltimore 1977.

⁸ Franz Joseph WAIZENEGGER, *Vorarlberg: aus den Papieren des in Bregenz verstorbenen Priesters Franz Joseph Weizenegger*; in drei Abtheilungen, bearb. und hrsg. v. Meinrad Merkle, Innsbruck 1838. Franz Joseph Weizenegger (1784 – 1822), 1810 zum Priester geweiht, 1810 bis 1813 wirkte er als Provisor in Kennelbach, Bregenz, Hörbranz und Dornbirn, wo er 1813 schwer erkrankte; 1815 kehrte er nach Bregenz zurück und wurde 1819 als Priester im Krankenstand Beichtvater der Dominikanerinnen in Thalbach. Nach seinem Tod über-

Ritter von Bergmann⁹ fehlen Hinweise auf die große Notzeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Eine erste Monographie zu den Hungerjahren 1816 und 1817 plante Rudolf Eisenegger. Er war 1920 im Vorarlberger Landesarchiv auf die Akten gestoßen, die heute in der Schachtel 309 des Bestandes Kreisamt 1 unter dem Stichwort „Hungersnot 1817“ archiviert sind, und arbeitete sie durch.¹⁰ In den historischen Darstellungen von Karl Ilg,¹¹ Benedikt Bilgeri¹² und Karl-Heinz Burmeister¹³ werden die Ereignisse nur kurz gestreift. Während das Thema für Liechtenstein¹⁴, die Schweiz¹⁵, Tirol¹⁶ und Bayern¹⁷ näher erforscht ist, gibt es für Vorarlberg nur eine umfassende Untersuchung von Michael Kasper für das Montafon.¹⁸ Auch die neueste Vorarlberger Geschichte von Alois Niederstätter¹⁹ lässt

arbeitete sein ehemaliger Lehrer Meinrad Merkle (1781–1845) seine historischen Forschungen zu Vorarlberg.

⁹ Joseph Ritter von BERGMANN, *Landeskunde von Vorarlberg*, Innsbruck 1868.

¹⁰ Rudolf EISENEGGER, *Vorarlberg im Notjahr 1817*. Nach archivalischen Quellen dargestellt von Rudolf Eisenegger, in: *Lug i s'Land*, Beilage zum „Vorarlberger Volksblatt“, 1. Jg, Nr. 30, 25. Juli 1920, S. 1 – 2. Die angekündigte Fortsetzung und das vorgestellte Buch sind allerdings nie erschienen.

¹¹ Karl ILG (Hrsg.), *Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs*, Bd 1 – 4, Innsbruck 1961 ff.

¹² Benedikt BILGERI, *Geschichte Vorarlbergs* in 5 Bänden, Wien 1971 ff., IV. Bd, S. 692, nennt 1817 ein letztes großes Hungerjahr. In seiner *Geschichte der Stadt Bregenz*, Wien 1980, erwähnt er die Überschwemmung 1817 gar nicht.

¹³ Karl-Heinz BURMEISTER, *Geschichte Vorarlbergs: ein Überblick*, Wien 1980, S. 161, erwähnt diese Zeit in einer Zeile.

¹⁴ Albert SCHÄDLER, *Das Hungerjahr 1817 in Liechtenstein*, Onlineversion: www.eliechtensteinensia.li/JBHV/1918/18/Das_Hungerjahr_1817_in_Liechtenstein.html, 8. Jänner 2016.

¹⁵ Louis SPECKER, *Die grosse Heimsuchung, Das Hungerjahr 1816/17 in der Ostschweiz*, 1. Teil in: 133. Neujahrsblatt, 1993, S. 7 – 55, und 2. Teil in: 135. Neujahrsblatt, 1995, S. 7 – 58, hrsg. vom Historischen Verein des Kantons St. Gallen. Daniel KRÄMER, *„Menschen grasten nun mit dem Vieh“*, *Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17 (= Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte Bd 4)*, Basel 2015. Krämer konzentriert sich in seiner Arbeit auf den Tambora als Auslöser der Krise. Die extremen Überschwemmungen durch Rhein und Bodensee in der Ostschweiz 1816 und besonders 1817 bezieht er in seine Überlegungen nicht mit ein.

¹⁶ Josef PENZ, *Die Hungerjahre in Tirol 1814 – 1817*, unveröff., handschriftl. Dissertation, Wien 1913, online <http://digital.tessmann.it/tessmannDigital/Medium/Seite/19973/1;jsessionid=C93DA405DAC962A5E6764C4764484D3B>. Josef NUSSBAUMER, *Vergessene Zeiten. Lesebuch zur Hungergeschichte einer europäischen Region (=Geschichte & Ökonomie, Bd 11)*, Innsbruck München Wien 2000, S. 61 – 72. Richard LIPP, *Die Hungersnot von 1816 und 1817 im Außerfern*, in: „Extra Verran“, Bd 9, *Jahrbuch des Museumsvereins Reutte*, 2014, S. 155 – 167.

¹⁷ Gerald MÜLLER, *Hunger in Bayern 1816-1818, Politik und Gesellschaft in einer Staatskrise des frühen 19. Jahrhunderts (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und Hilfswissenschaften Bd 812)*, Frankfurt 1998. Manfred VASOLD, *Das Jahr des großen Hungers, Die Agrarkrise von 1816/17 im Nürnberger Raum*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, Bd 64 (2001), S. 745 – 782.

¹⁸ Michael KASPER, *„Achtzehnhundertundzudegefroren“*. Die Hungerkrise 1814 bis 1919 im südlichen Vorarlberg. In: Edith HESSENBERGER, Michael Kasper, Andreas Rudigier, Bruno Winkler (Hg.): *Jahre der Heimsuchung. Historische Erzählbilder von Zerstörung und Not im Montafon (Sonderband zur Montafoner Schriftenreihe 12)*, Schruns 2010, S. 11 – 69. Karl-Heinz BURMEISTER, *Geschichte Vorarlbergs*, S. 161, erwähnt diese Zeit in einer Zeile.

¹⁹ Alois NIEDERSTÄTTER, *Geschichte Vorarlbergs*, Bd 2: *Vorarlberg 1523 bis 1861, Auf dem Weg zum Land*, Innsbruck 2015.

noch Platz für die Erforschung des Themas.²⁰ In den diversen Wirtschafts- und Sozialgeschichten, etwa von Scheuch,²¹ Welty,²² Wanner²³ und Weitensfelder,²⁴ wird zwar auf den wirtschaftlichen Einbruch während der bayerischen Zeit verwiesen, nicht aber auf die Wetter bedingte Not 1816 und 1817. In ihrer Diplomarbeit „Armenfürsorge und Armenpolitik in Feldkirch von 1814–1914“ spricht Sieglinde Ammann sogar von einer Dürre als Ursache für die Katastrophenjahre.²⁵ In der Schnepfauer Chronik von Hans Sandmayr heißt es zum Jahr 1816 „Fast im ganzen Land kein Schnee, auch nicht kalt“, was die Tatsachen völlig verdreht.²⁶

Wetterphänomene als solche haben zwar immer wieder das Interesse von Vorarlberger Historikern geweckt, aber kaum einer von ihnen hat erforscht, was sie für das Leben und Überleben der Menschen bedeutet haben. Wenn in trockenen Sommern „*vill müller konnten nit mallen*“,²⁷ wenn es so kalt gewesen ist, dass bei einer Seegfrörne der Bodensee komplett mit Eis bedeckt gewesen ist und die Wölfe im Rheintal zur Plage geworden sind, oder Hagel die Ernte zerstört hat, ist das nicht ohne Auswirkungen auf den Alltag der Menschen geblieben.²⁸ Ernteausfälle bedeuten für eine Gesellschaft, die von dem abhängig ist, was sie anbaut und erntet, etwas völlig anderes als für die Vorarlberger des 21. Jahrhunderts, die auf Vorratslager und Importe zurückgreifen können. Wenn sich der Getreide- oder Kaffeepreis erhöht, spüren wir das vielleicht im Geldbeutel, aber wir leiden keinen Hunger. In den zeitgenössischen Beschreibungen über die Notzeit 1816 hingegen wird der Topos der Menschen, „die wie das Vieh auf den Wiesen Gras fraßen“ verwendet, um zu verdeutlichen, wie schlimm die Situation für die Menschen gewesen ist. Um nicht zu verhungern,

²⁰ Ebenda, S. 155 und S. 205. Dass Daubrawa die Ereignisse der Vorjahre in seinem Bericht über die Kreisbereisung 1819 nicht mehr erwähnt, heißt nicht, dass alle Nachwehen überwunden waren. Bedenkt man, wie intensiv er sich 1816 und 1817 damit beschäftigt hat, bis hin zur Nervenkrise 1818, kann man eher davon ausgehen, dass für ihn bei der Kreisbereisung die positiven Veränderungen wichtiger waren.

²¹ Manfred SCHEUCH, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, Wien 1961. Die Arbeit von SCHEUCH enthält umfangreiches Zahlenmaterial und zahlreiche Tabellen, allerdings ohne Quellenangabe. Er schreibt im Vorwort nur, er habe zahlreiche Quellen, u.a. des Innsbrucker Statthaltereiarchivs, des Vorarlberger Landesarchivs und des Staatsarchivs in Wien sowie gedruckte Quellen, verwendet. Um seine Angaben zu überprüfen, benötigt man seine Dissertation „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Industriearbeiter und die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Vorarlberg (von den Anfängen bis 1918), Wien 1960.

²² Ludwig WELTY, Siedlungs- und Sozialgeschichte von Vorarlberg, Aus dem Nachlass hrsg. v. Nikolaus Grass. (=Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 6), Innsbruck 1973.

²³ Gerhard WANNER, Vorarlbergs Industriegeschichte, Feldkirch 1990.

²⁴ Hubert WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, Vorarlberg in der Frühindustrialisierung 1740 – 1870 (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft Bd 29), Frankfurt 2001.

²⁵ Sieglinde AMMANN, Armenfürsorge und Armenpolitik in Feldkirch von 1814 – 1914, Diplomarbeit, Wien 1994, 44.

²⁶ Hans SANDMAYR, Die Schnepfauer Chronik, Eigenverlag, Bezau 2002, S. 221.

²⁷ Franz FLIRI, Naturchronik von Tirol: Tirol – Oberpinzgau – Vorarlberg – Trentino (= Beiträge zur Klimatographie von Tirol), Innsbruck 1998; Josef PAFFRATH, Ältere Beiträge zur Klimatographie und Naturchronik des Landes Vorarlberg, in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, 3/1919, S. 49-64, hier S. 51. Pffrath zitiert aus einem alten Wetterbüchlein von 1716 – 1723.

²⁸ Vgl. Kurt BRUNNER, Die Seegfrörnen des Bodensees, Eine Dokumentation in Bilddarstellungen, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, 2004, H. 112, S. 71 – 84. Er macht den Kontext zwischen der Kleinen Eiszeit ab 1500 und der Häufung der Seegfrörnen deutlich.

hätten sich die Leute auch nicht gescheut, Hunde und Katzen oder auf dem Schindanger verscharrtes Vieh zu essen.²⁹ Die Hungerkrise der Jahre 1816 und 1817 war nach der großen europäischen Hungersnot zwischen 1315 und 1317, während der in Europa mehrere Millionen Menschen starben, die größte im 2. Jahrtausend unserer Zeit.

Für die Menschen in Vorarlberg bildete das Jahr ohne Sommer den Höhepunkt einer Folge von fünf schlechten Jahren. Schlecht, weil die Ernten ausfielen, und schlecht, weil die Bayern im Land waren, die jungen Männer als Soldaten für Napoleon in Russland erfroren und Kaiser Franz II. 1815 die Vorarlberger mit ihren Wünschen im Regen stehen lassen hatte. Hagel und Hochwasser, Rhein und Bodensee trieben 1817 in einigen Landesteilen das Elend auf die Spitze.

Verschärft wurde die Lage in Vorarlberg ferner dadurch, dass die Länder in der Umgebung, die Schweiz, Tirol, Bayern, Württemberg, vom selben Schicksal getroffen waren, es dort ebenfalls an allem mangelte und somit keine Hilfe zu erwarten war.³⁰

Vorarlberg galt zu dieser Zeit als arm, obwohl es über „eine vortreffliche Viehzucht, beträchtlichen Weinbau, mehrere Fabriken und vorzüglich fleißige und genügsame Bewohner“ verfügte.³¹

Um den Menschen und ihrem Leiden, ihrer Not, gerecht zu werden, ist es notwendig, das Jahr ohne Sommer in einen größeren Zeitrahmen einzubetten. Mit der Rückkehr zu Österreich und der politischen Neuordnung 1814 setzte sich eine Periode des Umbruchs fort, die erst nach den ersten guten Ernten 1818 und mit dem wirtschaftlichen Aufschwung durch die auflebende Textilindustrie endete.

²⁹ Peter SCHEITLIN, „Meine Armenreisen im Kanton Glarus und der Umgebung der Stadt St. Gallen in den Jahren 1816 und 1817“, S. 309, online: https://books.google.at/books?id=vD4PAAAAQAAJ&printsec=frontcover&dq=peter+scheitlin&hl=de&sa=X&redir_esc=y#v=onepage&q=peter%20scheitlin&f=false.

³⁰ Vgl. POST (1969), S. 57 f. „Because of unfavourable geographic factors, the Tyrol and Vorarlberg experienced extreme distress, with no possibility of assistance from neighboring Switzerland, Bavaria, Carinthia, or Venetia, where conditions were almost as bad. In both Upper and Lower Austria, the wheat, barley, oats, and potato harvests were below average, while rye and grapes failed completely; as a result food prices rose sharply, with currency depreciation worsening matters.“ Er zitiert dazu Freiherr Anton von BALDACCI (1762 – 1842), ab 1816 Präsident des österreichischen General-Rechnungs-Directorium, ein erfahrener und langgedienter Verwaltungsbeamter. Er verfasste in den letzten Wochen des Jahres 1816 und in den ersten drei Wochen des Jahres 1817 eine Denkschrift über die Zustände in Österreich, die aber von ihm selbst zuerst unter Verschluss gehalten wurde, bevor er sie einem Freund, dem Grafen Braida, zur offiziellen Verwendung übergab. Freiherr Anton von BALDACCI über die inneren Zustände Österreichs, Eine Denkschrift 1816, hrsg. v. Franz von KRONES, in: Archiv für österreichische Geschichte, Wien 1889, 74. Bd, 1. H, S. 1 – 160, hier S. 77.

³¹ Vaterländische Blätter, 17. 1. 1818, S. 20.

2. METHODE UND ARBEITSSCHWERPUNKT

Zu den Folgen der klimatischen Verschlechterung 1816, über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot, zum Einsatz der staatlichen Notvorschüsse, der Armenpolitik sind im Vorarlberger Landesarchiv umfassende Akten aus allen sechs Vorarlberger Landgerichten erhalten. Einmal bei den Kreisamtsakten der vorgesetzten Behörden, einmal in den Akten der einzelnen Gerichte selbst. Auch in den Akten einzelner Städte und Gemeinden, seien sie im Landesarchiv oder in den kommunalen und regionalen Archiven erhalten, findet sich Material zur Hungersnot 1816 und 1817 und zu ihrer Bekämpfung. Aus den sogenannten Stimmungsberichten oder korrekt den Quartalsberichten der Landrichter und des Kreishauptmanns lässt sich genau erschließen, wie sich die Menschen gefühlt haben und was sie bewegt hat.

Neben den amtlichen Akten sind es die zeitgenössischen Chroniken, vor allem aus dem kirchlichen Bereich, verfasst von Pfarrern und Kaplänen, die das Leid der Menschen erahnen lassen. Je weiter diese Erinnerungen allerdings vom realen Ereignis entfernt sind, desto ungenauer und scheren-schnittartiger werden sie. Aufgeschrieben wird das besonders Dramatische, das, was man vielleicht gehört und gesehen hat, nicht unbedingt selbst Erlebtes.

Den zeitgenössischen Blick von außen bieten die Tages- und Wochenzeitungen aus diesen Jahren, die dank ANNO – AustriaN Newspapers Online – leicht greifbar und nutzbar sind.³²

Zu den erstaunlichen Relikten der österreichischen Bürokratie gehören die akribisch geführten Listen über Arme und Unterstützte in diesen Notjahren. Aus jeder Vorarlberger Gemeinde sind die Namen der armen Personen und Familien mit Beschäftigungs- und Altersangabe sowie Familienstand, Arbeitshaltung und Höhe der Unterstützung erhalten. Jeder verteilte Kreuzer, jedes ausgegebene Pfund Mehl oder Kartoffeln ist penibelst notiert. Auch die Verwendung der staatlichen Hilfsgelder und Spenden ist detailliert festgehalten und überliefert.

In der vorliegenden Untersuchung habe ich versucht, exemplarische Daten und Beispiele aus allen Landesteilen und Regionen zusammenzuführen. Es sind aber nie alle Daten für alle sechs Landgerichte im selben Ausmaß aufgeführt, da die Arbeit sonst in ihrem Umfang ausgeufert wäre. Wie Mosaiksteinchen sollen die ausgewählten Daten und Beispiele am Ende ein möglichst farbiges, exaktes und anschauliches Bild der Situation in Vorarlberg zeichnen. Bei der Auswahl habe ich jedoch keinen Wert auf Vollständigkeit gelegt, denn das hätte den Rahmen der Arbeit gesprengt. Den Gemeinden am Bodensee und am Rhein ist ein etwas größeres Augenmerk gewidmet, weil die Zerstörungen dort über das Jahr 1817 hinaus am längsten nachgewirkt haben.

³² <http://anno.onb.ac.at/>

3. POLITISCHE SITUATION

Als im April 1815 auf der Insel Sumbawa in Indonesien der Vulkan Tambora ausbrach, gehörte Vorarlberg seit gut zehn Monaten wieder zu Österreich. Am 7. Juli 1814 hatte Anton Leopold von Roschmann³³ als Landeschef von Tirol und Vorarlberg im Rathaus in Bregenz durch seine Anwesenheit die Präsenz des Hauses Habsburg in Vorarlberg wieder hergestellt und die Ablösung von Bayern formal vollzogen.

In den Jahrzehnten davor hatte Vorarlberg im Vergleich zu den östlichen Teilen der Monarchie einen deutlich anderen und eigenen Weg genommen. Die vier Herrschaften vor dem Arlberg hatten zu den Vorlanden gehört und waren von Freiburg im Breisgau aus verwaltet worden, bis sie Maria Theresia dem Landesgubernium Tirol unterstellt hatte. 1765 hatte sie die reichsunmittelbare Herrschaft Hohenems gekauft. Als reichsunmittelbares Gebiet gehörte diese wie der Reichshof Lustenau dem Schwäbischen Reichskreis an. Eine eigenständige Rolle spielten auch die Herrschaften St. Gerold und Blumenegg, die zu den Klöstern Einsiedeln bzw. Weingarten gehörten. Die Reformen von Kaiser Joseph II., sowohl seine Einmischungen in den religiösen Alltag wie auch die Änderungen in der Verwaltung und die Entmachtung der Landammänner, stießen bei den selbstbewussten und katholischen Vorarlbergern auf wenig Gegenliebe. Auch hier freuten sich die Bewohner nach seinem Tod über die Rücknahme vieler Anordnungen, die ihre Gefühle verletzt hatten.

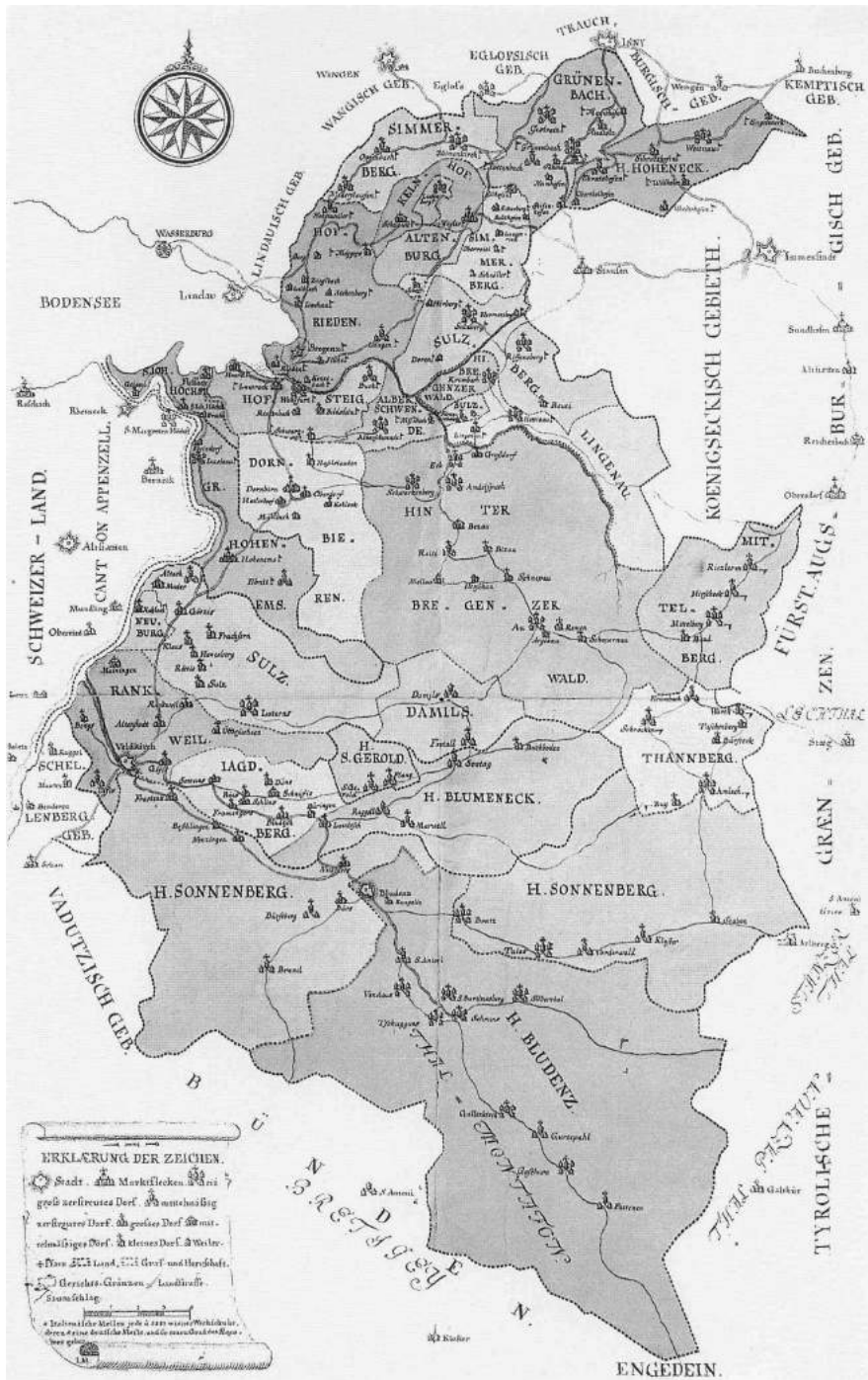
Noch in dieser Zeit war Vorarlberg alles andere als ein heterogenes Gebiet. Unter österreichische Verwaltung fielen die Gebiete Bregenz-Hohenegg, verwaltet vom Vogteiamt Bregenz, Feldkirch, verwaltet vom Vogteiamt Feldkirch, sowie Bludenz-Sonnenberg mit dem Vogteiamt in Bludenz. Hohenems, Lustenau, Blumenegg und St. Gerold gehörten nicht zum österreichischen Verwaltungsgebiet. Die Vorarlberger Landstände waren als mehr oder weniger demokratisch gewählte Vertreter der wichtigste Gegenspieler des Landesherrn. Sie repräsentierten ihr Gericht, in dem sie die sozialen und politischen Verhältnisse bestimmten und festigten, und waren für die Genehmigung und Einhebung der Steuern für den Landesherrn und die Bereitstellung von Truppen für die Landesverteidigung verantwortlich.³⁴

In den Koalitionskriegen mit den Erfolgen Napoleons und seiner Verbündeten wurde die Region mit permanenten Veränderungen konfrontiert. 1797 wurde die Gegend um Feldkirch zum Kriegsschauplatz, französische Truppen unter General Massena hielten sich zeitweise im Land auf und richteten große Schäden an. Die Grenzverteidigung 1799 schlug sich ebenso in den ständischen Kassen nieder wie der Durchmarsch der russischen Verbündeten der Habsburger unter General Suworow.

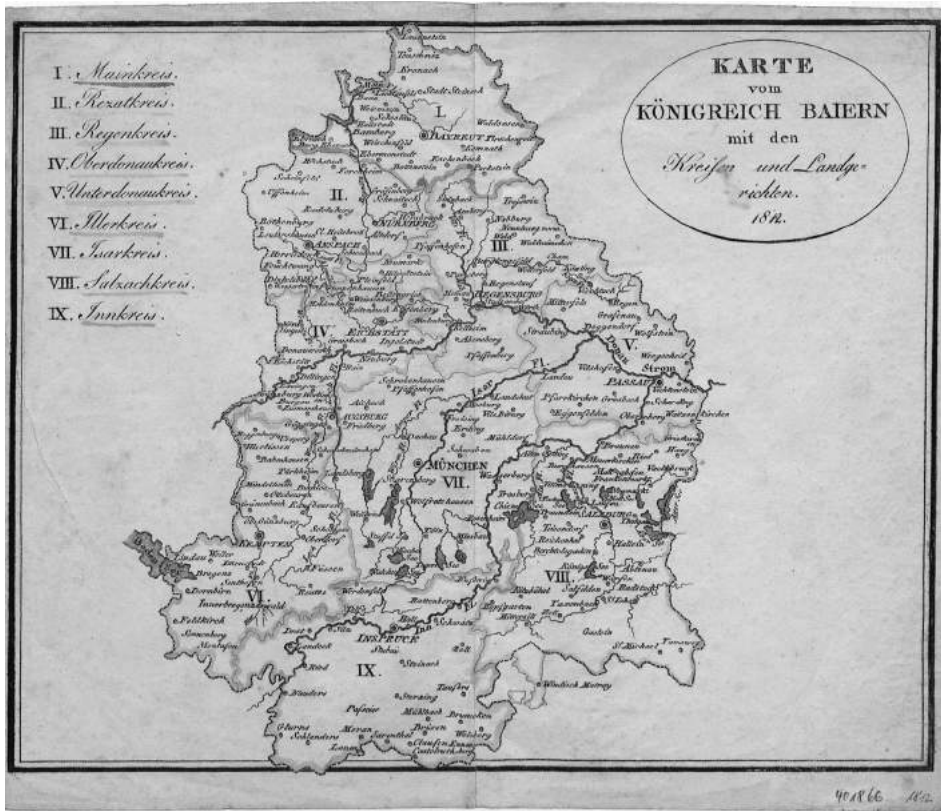
Die kurze Atempause von 1801 bis zum 3. Koalitionskrieg 1805 genügte den Vorarlberger Landständen aber nicht, um ihre Finanzen zu sanieren. Als Folge der Säkularisierung kam dann 1804 die

³³ http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_R/Roschmann-Hoerburg_Anton-Leopold_1777_1830.xml.

³⁴ Wolfgang SCHEFFKNECHT, Beharrung und Reform: Vorarlberg zwischen Österreich und Bayern, in: Die Integration in den modernen Staat, Ostschwaben, Oberschwaben und Vorarlberg im 19. Jahrhundert (= Forum Suevicum Bd 7) hrsg. v. Carl A. HOFFMANN und Rolf KIEßLING, Konstanz 2007, S. 91 – 122, hier S. 96.



Blasius Hueber, Vorarlberg und seine Gerichte, 1795



Königreich Bayern 1812

Herrschaft Blumenegg an Habsburg. Auch Einsiedeln hatte mit der Mediationsakte im Februar 1803 seine Herrschaft St. Gerold verloren, die Vorarlberg einverleibt worden war.

Der Friede von Pressburg im Dezember 1805 und die Eingliederung an Bayern 1806 verschafften den Bewohnern und dem hoch verschuldeten Land zwar eine Ruhepause, aber bei der Bevölkerung überwogen die Skepsis und Ablehnung gegenüber den Veränderungen und Neuerungen der Bayern.³⁵ Die ersten bayerischen Truppen waren zu Weihnachten 1805 im Land eingerückt, sie wurden jedoch später wieder abgezogen. So befand sich zu Beginn des Aufstandes 1809 kein einziger bayerischer Soldat im Land.³⁶

Am 13. März 1806 fand die offizielle Übergabe statt. Statt der „verhältnismäßig fernen und daher milden Herrschaft“ der Habsburger erlebten die Vorarlberger nun den „ungestümen Modernisie-

³⁵ Vgl. Thomas ALBRICH, Vorarlberg 1809, Am Rande des Aufstands, Das Tagebuch des Christoph Anton Kayser, Innsbruck 2009, S. 52 – 58.

³⁶ Ebenda, S. 58.

rungsschub“, der das Königreich Bayern erfasste.³⁷ Das Königreich Bayern hatte sich im Rahmen der Koalitionskriege auf die Seite von Napoleon gestellt und seit 1801 territorial stark verändert. Im Rahmen der „napoleonischen Flurbereinigung“ waren die säkularisierten Gebiete der Reichskirche, wie z. B. das Hochstift Augsburg, das Fürststift Kempten und das Reichskloster Weingarten, sowie mediatisierte Reichsstädte wie Lindau unter die Herrschaft des bayerischen Königs Max IV. Josef gekommen.³⁸

Vorarlberg wurde kurz dem Tiroler Gubernium unter Carl von Arco unterstellt, aber bereits am 26. April 1806 wieder ausgegliedert und der Provinz Schwaben einverleibt.³⁹ Aus den 24 landständischen Gerichten wurden im Rahmen der Neuordnung mit dem 16. November 1806 sieben neue Gerichte (Simmerberg-Weiler im Allgäu, Bregenz, Bezau-Bregenzerwald, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz-Sonnenberg, Montafon) gebildet. Diese wurden zuerst über das Kreisamt in Bregenz unter Franz von Vintler verwaltet⁴⁰ und 1808 dann dem Illerkreis zugeteilt. Bayern hatte sein erweitertes Herrschaftsgebiet nach französischem Muster in fünfzehn, nach Flüssen benannten, Kreisen eingeteilt. Der Illerkreis veränderte sich in den Jahren fortlaufend, 1809 kamen Lindau und Kempten dazu, das zum Verwaltungssitz des Kreises aufstieg.⁴¹

Während der bayerischen Herrschaft wurde das Land von zahlreichen Reformen überrollt, die die althergebrachte Ordnung veränderten.⁴² Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung wurden getrennt, die verworrenen Finanzverhältnisse im gesamten bayerischen Königreich sollten durch die Reformen von Montgelas (Die Gleichheit der Abgaben, Steuer-Rektifikation und Aufhebung der besonderen landschaftlichen Steuerkassen, veröffentlicht im Regierungsblatt vom 8. Juni 1807) neu geordnet werden. Dieses Gesetz bedeutete auch, dass die Vorarlberger Landstände ihr wichtigstes Recht verloren. Sie durften keine Steuern mehr einheben.

Mit dem Gesetz über die Gemeindeorganisation vom 24. September 1808 wurden die Gemeindegrenzen festgelegt, die Gemeinden wurden zu selbstständigen Steuerbezirken. Die Kompetenzen der Gemeindevorsteher wurden durch die Gemeindeordnung eingeschränkt. Beschlüsse, Gemeindebudget und der Gemeindevorsteher mussten vom Landgericht geprüft und genehmigt werden. Von den Bewohnern wurde das neue Gemeindegesetz wenig geschätzt und gerade die Punkte über den Umgang mit den Gemeindefinanzen nach ihrem eigenen Bekunden nie befolgt.⁴³

³⁷ Alois NIEDERSTÄTTER, Die „bayrische Knechtschaft“ in: Vorarlberg – und darüber hinaus, Innsbruck 2015, S. 100 – 112, hier S. 103. Vgl. auch Niederstätter, Geschichte Vorarlbergs, Bd 2, S. 138 f.

³⁸ Rolf KIESSLING, Kleine Geschichte Schwabens, Regensburg 2009, S. 123 f.

³⁹ Reinhard HEYDENREUTER, Tirol unter dem bayrischen Löwen, Geschichte einer wechselhaften Beziehung, Regensburg 2008, S. 107.

⁴⁰ Bayerisches Regierungsblatt 1806, S. 437.

⁴¹ [https://de.wikipedia.org/wiki/Illerkreis_\(Kempten\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Illerkreis_(Kempten)), 26. Dezember 2015.

⁴² Vgl. NIEDERSTÄTTER, Bayrische Knechtschaft, S. 103 f.

⁴³ Vorarlberger Landesarchiv (in Zukunft VLA), Landgericht (LG) Bregenz, Sch. 400, Dornbirn, 11. März 1815.

In den Gerichten wurden neue Beamte für die Verwaltung, die Jurisdiktion und öffentliche Wohlfahrt eingesetzt oder das bestehende Personal übernommen.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die damit verbundene Registrierung aller Wehrpflichtigen führte zu einem ersten Aufbegehren der Vorarlberger, dem „Krumbacher Weiberaufstand“ 1807, bei dem aufgebrauchte Mütter bayerische Beamte attackierten.⁴⁴

1809 versuchten kaisertreue Vorarlberger wie in Tirol, die mit Napoleon verbündeten Bayern aus ihren Gebieten zu verdrängen, und erhoben sich gegen ihren legitimen Herrscher. In Ermangelung der notwendigen Unterstützung aus Wien mussten sich auch die Vorarlberger Aufgebote unter ihrem Führer Anton Schneider und den regionalen Kommandanten wie Josef Sigmund Nachbauer, Bernhard Riedmiller und Josef Christian Müller aber im August 1809 der Übermacht der französischen und württembergischen Truppen ergeben. Die Kosten für die 10.000 Mann Besatzung und die Strafsteuern belasteten die Kassen der Gemeinden wie auch der Bewohner. Da sich Anton Schneider den Württembergern gestellt hatte, die ihn nicht an die Franzosen auslieferten, und die Vorarlberger an der dritten Erhebung der Tiroler im Herbst 1809 nicht mehr teilnahmen, gab es in Vorarlberg keine Todesurteile. Allerdings wurden 177 Geiseln für mehrere Monate nach Belgien in Geiselschaft geführt. Auch bei den Rekrutierungen wurden jetzt voll durchgegriffen.⁴⁵

Zur Entspannung der Situation waren beide Seiten zu Zugeständnissen bereit, die bayerische Regierung akzeptierte in den Landgerichten vom Volk gewählte Deputierte als Vertrauensleute, während die Vorarlberger das ehemalige Kloster Mehrerau der bayerischen Königin Karoline schenkten und Rieden in Karolinenau umbenannten.

Die Teilnahme Bayerns am Russlandfeldzug Napoleons war nicht nur für Bayern extrem Kosten aufwändig, sondern brachte auch für die ausgehobenen Vorarlberger Soldaten bittere Verluste. Das schwindende Kriegsglück Napoleons führte in Bayern zu einem allmählichen Kurswechsel. Zudem fürchtete der bayerische Minister Maximilian Karl von Montgelas im Mai 1813, dass es bei einem neuen Krieg zwischen Österreich und Frankreich wieder zu Unruhen in Tirol, Vorarlberg und den anderen 1806 übernommen Gebieten kommen würde. Erste Verhandlungen begannen daher schon im Herbst 1813. Nach dem Tiroler Dezemberaufstand von 1813 suchte er endgültig einen Weg, die von Habsburg erhaltenen Gebiete wieder loszuwerden. Mit Bekanntwerden der Verhandlungen veränderte sich auch die Stimmung in Vorarlberg. Die Beamten in bayerischen Diensten übten sich in Zurückhaltung und versuchten ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Der ohnehin unbeliebte Landrichter Christoph Gugger von Staudach in Feldkirch griff bei Widersetzlichkeiten der Bevölkerung nicht mehr durch.⁴⁶

⁴⁴ Zur Zahl der tatsächlich eingezogenen Soldaten in Vorarlberg 1807 vgl. SCHEFFKNECHT, Vorarlberg, S. 109 f. Bei rund 76.000 Einwohnern mussten sich 293 Rekruten stellen.

⁴⁵ Vgl. ALBRICH, 1809, S. 56.

⁴⁶ Ferdinand HIRN, Vorarlberg vor dem Heimfalle an Österreich, Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, Jg 11, 1915, S. 1 – 19, hier S. 11 – 15. Vgl. auch VOLAUCNIK, Feldkirch in der Bayernzeit, in: 200 Jahre Gemeindeorganisation in Vorarlberg, S. 122 – 156.

Mit der Pariser Konvention vom 3. Juni 1814 endete schließlich die Episode sowohl für Bayern als auch für Vorarlberg.⁴⁷ Die Rückgabe von Vorarlberg und Tirol an Österreich war offiziell fixiert und der Übergabetag festgelegt. Vorarlberg wurde als Teil der Gefürsteten Grafschaft Tirol mit dem Lande Vorarlberg wieder Kronland der österreichischen Monarchie. Die administrative Abwicklung der Abtretung erledigte auf bayerischer Seite der angesehene bayerische Regierungspräsident und Jurist Joseph von Stichaner, der seit 1813 als Generalkommissär in Kempten für den Illerkreis und damit auch für die Vorarlberger Gerichte zuständig gewesen war.⁴⁸ Die Bevölkerung freute sich, die bayerische Zwangsherrschaft los zu werden. Bei Festumzügen und öffentlichen Feierlichkeiten wurde am 24. Juli 1814 im ganzen Land dieses Ereignis bejubelt.⁴⁹

Lustenau und Hohenems hätten die Bayern wie das Gericht Simmerberg jedoch gerne behalten. Erst als die beiden Orte im September 1814 von österreichischem Militär besetzt wurden, stimmte Bayern der Abtretung zu. Für das ehemalige Gericht Simmerberg (Weiler im Allgäu) gab es jedoch keine Möglichkeit, weil Bayern nicht auf die direkte Verbindung nach Lindau und zum Bodensee verzichten wollte.

Die Ernüchterung über den Kaiser in Wien und die österreichische Verwaltung kam bald. Vorarlberg wurde wieder Innsbruck unterstellt. Die sechs von den Bayern geschaffenen Gerichte Bregenz, Innerer Bregenzerwald, Dornbirn, Feldkirch, Bludenz-Sonnenberg und Montafon wurden von der Innsbrucker Verwaltung wie viele bayerische Reformen übernommen. Die Gerichte wurden wie unter bayerischer Herrschaft von Landrichtern geführt. Sie waren zuständig für Verwaltung und Rechtspflege. Es fehlte ihnen aber an eigenen Finanzmitteln, um eigenverantwortlich Ausgaben zu tätigen. 1816 und 1817 konnten sie die Not daher nur verwalten und unzulänglich bekämpfen. Für den Aufbau und die Ausstattung von Getreidespeichern, eine kommunale Vorratshaltung oder eine zweckmäßige Katastrophenhilfe fehlten die administrativen Kompetenzen und budgetären Mittel.

Die alten Amtsträger, die 1806 ihre Position verloren hatten, wurden nicht wieder in ihre Ämter und Würden eingesetzt, sie konnten nur noch Funktionen ausüben, die im Rahmen der Gemeinden benötigt wurden. In den Landgerichten blieben vorerst die von den Bayern eingesetzten Landrichter und Verwaltungsbeamten im Amt. Versetzungen oder Neubestellungen erfolgten erst in den folgenden Jahren. Bis zur endgültigen Neuorganisation der Verwaltung 1818 wurden die Landrichter teilweise von einem Gericht ins andere versetzt. Dr. Jakob Mosbrugger⁵⁰ und Johann Georg Bereitter sind im untersuchten Zeitraum an mindestens zwei Gerichten tätig.

Die Rentämter⁵¹ in Bregenz und Feldkirch waren für die Einhebung der Steuern und die Finanzverwaltung zuständig. Die Rentamtsbeamten hoben die Steuern jetzt für den österreichischen

⁴⁷ Eberhard WEIS, *Montgelas*, 2. Bd: Der Architekt des modernen bayrischen Staates 1799 – 1838, München 2005, S. 428 – 456.

⁴⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Joseph_von_Stichaner, 18. Dezember 2015.

⁴⁹ Vgl. VOLAUCNIK, *Feldkirch*, S. 152.

⁵⁰ Moosbrugger, *Mosbrucker*

⁵¹ Finanzämter

Kaiser in Wien statt den bayerischen König in München ein. Als oberste Verwaltungsbehörde wurde das Kreisamt in Bregenz mit einem Kreishauptmann an der Spitze errichtet.

Der erste war Franz Anton von Daubrawa 1814 bis 1822.⁵² Bei seinem Amtsantritt in Vorarlberg hatte er einen schweren Stand. Dr. Anton Schneider, der Oberbefehlshaber des Vorarlberger Aufstandes 1809, hatte gegen Daubrawa Stimmung gemacht, weil er in ihm einen Günstling von Anton von Roschmann sah.⁵³

Auf den Wunsch nach der Wiedereinsetzung der alten ständischen Verfassung, der Aufhebung der bayerischen Steuerordnung, überhaupt die Senkung der Taxen und Gebühren sowie die Forderung nach einer neuen Zoll- und Mautordnung zur Förderung des Transithandels reagierte der Kaiser bei seinem Besuch in Vorarlberg im Oktober 1815 nicht auf die erhoffte Weise. Er erklärte, für die Verhandlungen in Innsbruck wünsche er nur eine kleine Abordnung mit zwei bis drei gemäßigten Bürgern, die über alles Auskunft geben könnten und nichts für sich oder andere forderten. Die Denkschrift, die Dr. Joseph Bitschnau von Bludenz, der Dornbirner Handelsmann Joseph Anton Lanter, der Schwarzenberger Vorsteher Joseph Metzler und der Montafoner Standesrepräsentant Ignaz Vonier, vier prominente, politisch unbelastete Vorarlberger, schließlich im November 1815 bei der Regierung in Innsbruck vorlegten, blieb ebenfalls ohne den erwünschten Erfolg.

Als der Kaiser am 12. Mai 1816 die ständische Verfassung wieder einföhrte, entsprach sie nicht dem Wunsch der Bevölkerung. Diese hatte nämlich juristische Vertreter der Städte und die Anwesenheit der Schreiber der Gerichte bei den Sitzungen gefordert. 1816 nahmen die Landstände zwar noch an der Landeshuldigung in Innsbruck teil.⁵⁴ Zu Beratungen traf sich der Vorarlberger Landtag aber bis 1848 nur noch einmal kurz, nämlich 1817, um über den Münzumlau zu beraten.

Die Einrichtung des Grenz-Polizei-Oberkommissariats im Februar 1816 in Bregenz weckte neuerlich den Unmut der Bevölkerung. Dem verantwortlichen Polizeikommissar Joseph Mathias unterstanden neben den Grenz- und Mautämtern auch zahlreiche Spitzel, die Metternich mit Informationen aus

⁵² Franz Anton Daubrawa von Daubraweik (3. März 1763 – 14. Oktober 1836) trat 1788 in den Staatsdienst ein. Er wurde 1798 Kreisoffizier in Tirol. Während des Aufstands 1809 wurde er von Joseph von Hormayr zum Kreisrat und von Andreas Hofer zum Referenten des Eissackkreises ernannt. Seine Rolle während des Aufstandes und dann wieder während der bayerischen Herrschaft ist von den Gerüchten, er sei Spion gewesen, geprägt. So wurde er von Hormayr später nicht mehr besonders geschätzt, während ihn Erzherzog Johann als braven Mann lobte. Besonders den Tiroler Aufstand 1813 sah er kritisch und hielt ihn für unklug. Ludwig WELTI, Landesgeschichte, in: Karl ILG, Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd 2, Innsbruck 1968, S. 151 – 344, hier S. 294 – 299, bes. Fußnote 328. Meinrad TIEFENTHALER, Die Berichte des Kreishauptmanns Ebner (= Schriften zur Vorarlberger Landeskunde, Bd 2), Dornbirn 1959, S. 5 f., zeichnet ein sehr kritisches, negatives Bild von Daubrawa. Dieser habe sich nur mit Verwaltungsarbeit beschäftigt, TIEFENTHALER spricht ihm intellektuelle Fähigkeiten ab und bezeichnet ihn als „überhöflich und liebedienerisch“. Weil er den Verkehrsweg über das Allgäu statt der Arlbergpassstraße gefördert habe, habe ihn die Bevölkerung im Unterland mehr geschätzt als im Oberland.

⁵³ Egon KOLER, Die Wiedererrichtung der österreichischen Verwaltung 1814 – 1821, unveröffentl. Dissertation, Innsbruck 1937 S. 84.

⁵⁴ NIEDERSTÄTTER, Geschichte Vorarlbergs, Bd 2, S. 146.

dem In- und Ausland versorgen mussten. Sowohl die Maut- und Zollbeamten als auch die meisten Polizeibeamten und Agenten stammten aus anderen Teilen des Habsburgerreichs und waren bei der Bevölkerung äußerst unbeliebt. Sie galten zudem als bestechlich und inkompetent.

Die Bevölkerung war enttäuscht über die Missachtung der regionalen Souveränität und ihrer Besonderheiten. Sie litt unter dem Innsbrucker Diktat, als das die Verordnungen des Landesguberniums empfunden wurden. Diese Unzufriedenheit verstärkte sich während der Katastrophenjahre und bestand in hohem Maße bis zur Gründung des Vorarlberger Landtags 1864.

Der Modernisierungsschub, den die Vorarlberger während der bayerischen Herrschaft erlebt haben, dürfte den wirtschaftlichen Aufschwung in den 1820er Jahren ermöglicht haben. „Mit dieser modernen Verwaltungsstruktur war Vorarlberg bei seiner Rückkehr 1814 den meisten österreichischen Kronländern um mindestens eine Generation voraus.“⁵⁵

Wenn man die Ereignisse zwischen 1814 und 1818 untersucht, muss man sich auch vor Augen halten, dass Vorarlberg neben den Kreisen Trient, Rovereto, Oberinntal und Vintschgau, Unterinn- und Wipptal, Puster- und Eisacktal und dem Kreis an der Etsch nur einer von sieben Kreisen der gefürsteten Grafschaft Tirol gewesen ist. Für die Regierung in Wien befand sich Vorarlberg nach dem Wiener Kongress am westlichen Rand des Herrschaftsgebiets.

⁵⁵ Ulrich NACHBAUR, Auswirkungen der bayerischen Reformen von 1806 bis 1814 auf die Vorarlberger Verwaltungsstrukturen, in: 200 Jahre Gemeindeorganisation in Vorarlberg, S. 371 – 442, hier S. 422.

4. WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN

Die vier Herrschaften vor dem Arlberg, Teile der österreichischen Vorlande und zwischen 1806 und 1814 des Königreichs Bayern, hatten nicht nur politisch einen anderen Weg genommen als die Gebiete jenseits des Arlbergs, sondern auch wirtschaftlich.

Die Kaufleute, die frühen Textilfabrikanten, aber auch die Bauhandwerker und Saisonarbeiter orientierten sich in Richtung Nürnberg, Augsburg, Ulm, nach Freiburg im Breisgau, dem Elsass, Chur, Mailand und Oberitalien. Der Transithandel mit Getreide, Salz, Gewürzen und später Baumwolle, verlief von Norden nach Süden durch das Rheintal, einer wichtigen Transportroute westlich des Brenners.

Weil die eigenen Ressourcen an Bodenschätzen und fruchtbarem Ackerland nicht ausreichten, waren die Menschen zudem gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch saisonale Auswanderung zu bestreiten oder sich über einen längeren Zeitraum als Söldner zu verdingen. Im 17. Jahrhundert bestritt ein Fünftel der Bevölkerung seinen Lebensunterhalt mit Saisonarbeit im Ausland.⁵⁶ Über Jahrzehnte verdienten die Bauhandwerker aus dem Bregenzerwald ihr Geld auf den Großbaustellen von Kirchen und Klöstern in der katholischen Schweiz, im Elsass und in Süddeutschland. Aus dem Montafon waren Krautschneider unterwegs, allein 1807 waren es 500 bis 600 Personen.⁵⁷ Dazu kamen Schwabenkinder sowie Frauen, die im Sommer als Spinnerinnen in der Schweiz arbeiteten.⁵⁸ In der zeitgenössischen Literatur des späten 18. Jahrhunderts wurde diese Form der temporären Auswanderung als Zeitwanderung beschrieben und als Hauptmerkmal des Tiroler und Vorarlberger Arbeitsmarkt genannt.⁵⁹

Die politischen Veränderungen 1806 hatten auch Auswirkungen auf die saisonale Wanderung von Handwerkern. 1807 wurde von der bayerischen Regierung festgelegt, dass Handwerker nur noch dann ins Ausland zur Saisonarbeit dürfen, wenn ihr Beruf im Land wichtig ist und sie durch den Auslandsaufenthalt Kenntnisse erhalten, die „der inländischen Betriebsamkeit vorteilhaft“ sind. Über die Ausstellung von Wanderpässen, die maximal für drei Jahre galten, entschieden die Behörden. Wanderpässe sollten vor allem für die rheinischen Staaten und alliierten Gebiete vergeben werden. Die wandernden Handwerker hatten sich halbjährlich bei den Heimatbehörden oder bei den bayerischen Gesandten vor Ort zu melden. Wenn sie dem nicht nachkamen, wurden die Wandergenehmigung und das Vermögen zuhause eingezogen. Handwerkern, auf die diese Kriterien nicht zutra-

⁵⁶ Roman SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik, Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, 2. Aufl., Wien 2005, S. 105. Zur Bedeutung der Auswanderung für Vorarlberg und die Wirtschaftsentwicklung vgl. Hannelore BERCHTOLD, *Die Arbeitsmigration von Vorarlberg nach Frankreich im 19. Jahrhundert* (= Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 42), Feldkirch 2003, S. 29 ff.

⁵⁷ BILGERI, IV, S. 257.

⁵⁸ Vgl. *Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat*, Nr. 5, 17. Jänner 1818, S. 20.

⁵⁹ Joseph ROHRER, *Uiber die Tiroler*, Wien 1796, S. 28 f. Zitiert nach Ingo SCHNEIDER, *Saisonarbeit und temporäre Auswanderung im Außerfern*, in: *Tiroler Schwaben in Europa, Künstler – Händler – Handwerker*, Innsbruck 1989, S. 213 – 222.

fen, war das Wandern ins Ausland verboten. Im Inland wurde die Wandermöglichkeit nicht eingeschränkt, sondern dezidiert erlaubt. Wandergesellen waren sogar von den Konskriptionen⁶⁰ befreit. Die Behörden mussten aber dafür sorgen, dass Gesellen, deren dreijährige Wanderzeit abgeschlossen war, zur Musterung anwesend waren. Von dieser Regelung ausgeschlossen „blieben allein die in einigen Gebirgsgegenden unseres Reiches im Frühjahr und Herbst gewöhnlichen Wanderungen auf Arbeitsverdienst.“ Sie konnten ihre saisonale Arbeitswanderung wie bisher ausüben.⁶¹ 1809 wurde festgelegt, dass auch für Reisen im Inland kein Pass benötigt werde, außer es gäbe dazu temporäre Verordnungen. Jeder müsse sich aber auf irgendeine Weise legitimieren können. Pässe für Reisen im Inland wurden unentgeltlich ausgestellt. Für jede Reise ins Ausland musste ein Pass beantragt werden. Wenn die Gefahr bestand, dass sich jemand dem Militärdienst entziehen wollte oder unerlaubt auswandern wollte, durfte ihm kein Pass ausgestellt werden. Händler und Personen, die im Grenzgebiet wohnten und aus beruflichen Gründen die Grenze regelmäßig passierten, konnten um eine „Autorisation für mehrere Reisen für ein Jahr“ ansuchen. Sie hatten das Anrecht, dass ihre Passanträge in entsprechender Schnelligkeit erledigt wurden. Ähnliche Autorisationen gab es in Grenzgebieten auch für Ausländer, die regelmäßig aus beruflichen Gründen im bayerischen Königreich zu tun hatten. Für Pässe ins Ausland musste eine Taxe entrichtet werden, ihre Höhe hing von der Art der Fortbewegung und den Vermögensverhältnissen des Antragsstellers ab. Der Regelsatz betrug 24 kr, ganz arme Personen mussten nichts für den Pass bezahlen. Familien brauchten nur einen Pass. Für wandernde Handwerksgelegen galten die Bestimmungen der Wanderordnung von 1807.⁶²

Durch diese Verordnung waren die Wanderungen in den Grenzen des bayerischen Königreichs problemlos möglich. Für Reisen in die Schweiz, nach Württemberg, ins Habsburgerreich, nach Mailand oder ins Elsass brauchten die Vorarlberger Saisonarbeiter einen Pass. Gerade junge, taugliche Männer mussten damit rechnen, dass ihnen kein Pass ausgestellt wurde. Mit der Rückkehr zu Österreich ergab sich eine neue Situation, einmal wurde jetzt zwischen einer richtigen Auswanderung, bei der man der Heimat für immer den Rücken kehrte, und zum anderen der zeitweisen Auswanderung unterschieden. Die Vorarlberger Wanderarbeiter gehörten zur zweiten Gruppe. 1815 wurden dazu neue Gesetze erlassen. Besonders strikt wurden die Wanderungen der Sensenmacher und Fabrikanten beobachtet. Ihre Auswanderung war seit 1815 strikt verboten und sollte um jeden Preis verhindert werden.⁶³

Während der größten Notzeiten schränkten die meisten Nachbarländer die Wandermöglichkeiten ein. Kinder durften ihre Schwabenwanderung nur noch antreten, wenn sie gegen Pocken geimpft waren. Tagelöhner, die aus dem Oberinntal nach Bayern wollten, mussten ein Zehrgeld von 50 fl nachweisen. So wollte die bayerische Verwaltung verhindern, dass sie als Bettler ihren Unterhalt bestritten. Bettelnde Kinder wurden 1817 aus Bayern ausgewiesen.

⁶⁰ Militärische Stellungspflicht

⁶¹ Bayerisches Regierungsblatt 1807, Verordnung vom 11. Oktober 1807, Sp. 1610-1615.

⁶² Bayerisches Regierungsblatt 1809, Verordnung die Reispässe betreffend vom 16. März 1809, Sp. 1697-1712.

⁶³ Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1815, Bd 2, S. 25 ff.

4.1. Landwirtschaft

Seit etwa 1500 waren die natürlichen Ressourcen des Landes immer bis zum äußersten genutzt gewesen und für die vorhandene Bevölkerung eigentlich zu klein. „Weil die Früchte seines Fleißes und seiner Arbeit bloß mit Getreide umgetauscht werden können“, war es „immer in Verlust“. ⁶⁴ Der Anbau von Getreide genügte nämlich nicht, um die Bevölkerung zu ernähren. Getreide musste aus den benachbarten Anbaugebieten nördlich des Bodensees oder anderen Teilen des Habsburgerreichs importiert werden. Es wurde über die Schranken bzw. die Märkte in Bregenz und Feldkirch gehandelt.

Das Klima genügte für den Anbau von Roggen, Dinkel, Vesen, Gerste und Hab(f)er. Haber war im Bregenzerwald verbreitet. Wenn genügend fruchtbare Flächen vorhanden waren, wurden ursprünglich der Haferanbau und die Viehwirtschaft parallel nebeneinander betrieben. ⁶⁵ So bezahlte das Gericht Lingenau in den Hochzeiten des Ackerbaus 174 fl 5 kr Haferzehent im Jahr an das Rentamt in Bregenz. ⁶⁶ Schon Mitte des 18. Jahrhunderts verbreitete sich der Anbau von Mais, Türkisch Korn oder Türken genannt, im Rheintal und verdrängte die klassische Dreifelderwirtschaft. ⁶⁷ Auch die Kartoffel wurde schon im 18. Jahrhundert als Nahrungsmittel und zum Schnapsbrennen in Vorarlberg heimisch. In den Bregenzer Wald wurde sie 1735/36 aus dem Elsass mitgebracht und verbreitet. ⁶⁸ Zusammen mit Milch galt sie als Grundnahrungsmittel der Bevölkerung. „Erdäpfel und Überstrümpf sind das Beste, das jemals aus Frankreich nach Deutschland gekommen ist.“ Sie galten als die große Schutzwehr gegen Hunger und Not. ⁶⁹

Kartoffeln wurden schon früh nicht nur für die Ernährung verwendet, sondern trotz einschlägiger Verbote auch zum Branntweimbrennen. Während der Hungerkrise musste von den Behörden wiederholt auf dieses Verbot hingewiesen werden. Um zu verhindern, dass heimische Kartoffeln, die man in den Notzeiten zur Ernährung dringend brauchte, zu Schnaps verarbeitet wurden, wurde sogar die unbeschränkte Branntweineinfuhr gestattet. Auch für Getreide und Feldfrüchte galten ähnliche Bestimmungen. Vom 29. Oktober 1815 bis 21. Juli 1818 durften weder Getreide noch Kartoffeln zu Schnaps gebrannt werden. ⁷⁰ Das Brennverbot für Kartoffeln wurde sogar erst 1819 aufgehoben. ⁷¹

Gewinn zogen die Vorarlberger aus der Viehzucht, der Käse-, Butter- und Schmalzproduktion und dem Handel damit. Vieh wurde nicht nur exportiert. Die Bregenzerwälder Bauern weideten auf

⁶⁴ Vaterländische Blätter, 17. 1. 1818, S. 20.

⁶⁵ Vgl. POST (1977), S. 146 f., der darauf hinweist, dass in vielen Teilen der österreichischen Monarchie die Bauern häufig Grundstücke bewirtschafteten, die zu klein waren, um den eigenen Bedarf zu decken.

⁶⁶ Lingenauer Chronik, Kopie, 2. Teil, fol. 431. Vgl. Ferdinand ELMENREICH, Gottfried FEURSTEIN, Die Landwirtschaft Vorarlbergs, in: ILG, S. 345 – 410, hier S. 354 f.

⁶⁷ Ich verwende in der Folge die zeitgenössische Bezeichnung Türken sowie Erdäpfel für Kartoffeln.

⁶⁸ Lingenauer Chronik, Kopie, 2. Teil, fol. 439.

⁶⁹ VLA, Kreisamt 1 (in Zukunft KA 1), Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bludenz, 16. Dezember 1817.

⁷⁰ VLA, Patente, Sch. 12, Bregenz, 29. Oktober 1815; Aufhebung: Sch. 13, Innsbruck, 18. Juli 1818.

⁷¹ VLA, Patente, Sch. 13, Innsbruck, 9. November 1816; Aufhebung: 2. Jänner 1819.

ihren Alpen gegen Bezahlung auch Vieh aus der Schweiz und anderen Landesteilen. Mit dem Aufschwung der Galtviehhaltung, den Schwendungen und dem Ausbau der Alpen ging der Ackerbau zurück. Für die Fütterung im Winter brauchte man mehr Heu, damit wurden mehr Wiesen benötigt. Mit der Einführung der Fettsennerei 1721 im Gericht Lingenau wurde der Ackerbau endgültig verdrängt. Statt Getreide selbst anzubauen, wurde das nötige Getreide aus dem benachbarten Schwaben importiert. Zusätzlich vernachlässigten Besitzer kleiner Güter den Ackerbau und nutzten ihre Grundstücke für die Heuproduktion. Erst in den Notjahren 1817 und 1818 wurden wieder große Flächen mit Sträuchern und Waldbewuchs gerodet, kultiviert und zu Ackerflächen umgewandelt, auf denen Getreide und Kartoffeln angepflanzt wurden. Laut Lingenauer Chronik förderte der Hunger den Ackerbau im Gericht auf das Beste.

Wichtig für die Versorgung der Bevölkerung war der Weinbau. Von Bregenz bis Bludenz wurde noch Ende des 19. Jahrhunderts auf rund 245 ha Weinbau betrieben. Als besonders gute Weinjahre galten sowohl die Jahre 1811 wie 1818. Mit einer guten Ernte konnten die Vorarlberger Weinbauern zwar die Verluste von schlechten Jahren ausgleichen, dafür war es aber erforderlich, dass sie keine Schulden hatten. Mehrere Missernten durch Fröste und Hagel bedeuteten auch für sie eine Bedrohung ihrer Existenz.⁷² Um den heimischen Weinbau zu schützen, musste für eingeführten ausländischen Wein Einfuhrzoll bezahlt werden. Wenn die eigene Produktion aber so gering ausfiel, dass die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet war, wurde dieser Zoll schon einmal aufgehoben. So hieß es in der Gubernialverordnung vom 9. November 1816, dass bis auf weiteres die freie Einfuhr von ausländischem Wein und Branntwein gestattet sei, um „der ärmern Menschenklasse ein minder kostspieliges Getränk zu verschaffen.“⁷³

4.2. Handel und Gewerbe

In Vorarlberg entwickelte sich schon im 18. Jahrhundert eine rege Textilproduktion, in der große Teile der Bevölkerung in Heimarbeit Beschäftigung fanden. Spinner, Weber und Stickerinnen verdienten sich so ihren Lebensunterhalt und konnten damit die benötigten Nahrungsmittel kaufen, die sie in ihren Gärten und kleinen Äckern nicht selbst produzierten.

Im Transithandel beförderten Strack- und Rodfuhrleute haupt- oder nebenberuflich Güter vom Bodensee über Fußsach, Bauren, Rankweil und Feldkirch nach Graubünden und Oberitalien oder von Feldkirch über Bludenz über den Arlberg weiter nach Innsbruck. Von Weiler im Allgäu verlief die Straße über Bregenz an den Bodensee.

⁷² Vgl. ELMENREICH, FEURSTEIN, S. 372 f.

⁷³ Bote für Tirol: Amtsblatt der Behörden, Ämter und Gerichte Tirols, 1816, 7/12, S. 735 f.

Zu den frühesten Gewerbetrieben gehörte die 1791 gegründete Glockengießerei Graßmayer in Feldkirch.⁷⁴ Josef Feuerstein begann 1805 in Bezaun mit der Kautabakproduktion, 1811 erteilte ihm die bayerische Verwaltung die Konzession dafür. Ein einträgliches Geschäft war die Produktion von Rebstecken, Zubern und Bottichen, die aus den Gemeinden der ehemaligen Gerichte Hofsteig und Hofrieden über den Bodensee ins benachbarte Schwaben, nach Baden und in die Schweiz verkauft wurden.⁷⁵

4.2.1. Textilgewerbe

Erste Ansätze einer Textilindustrie hatten sich seit dem 16. Jahrhundert entwickelt. Diese Anfänge führten Ende des 18. Jahrhunderts zu einer protoindustrialisierten Gesellschaft, die in größerem Umfang von der Lohnarbeit lebte. Vorerst dominierte die Heimarbeit, bei der Verleger die wirtschaftlichen Risiken trugen. Sie versorgten die Spinner, Weber und Sticker mit den Rohwaren und vermarkteten die Fertigwaren.

Die erste Textilmanufaktur in Vorarlberg gründete 1764 der Rorschacher Fabrikant Carl Bernhard Caspar von der Trave.⁷⁶ Er errichtete in der Bregenzer Oberstadt eine Woll-, Leinwand- und Baumwollfabrik, mit der ausdrücklich die Ernährungssituation der dortigen verarmten Bevölkerung verbessert werden sollte. In den ersten beiden Jahren nach der Gründung beschäftigte er mehrere tausend Personen als Spinner. Eine Genehmigung für den Druck- und Färbereibetrieb scheiterte an den Zollbestimmungen. 1770 verkaufte er an die Augsburger Familie Obwexer, die 1774 638 Haushalte mit Spinnereiarbeiten und 84 Haushalte mit Weben beschäftigte. Von den Jahresausgaben der Firma in der Höhe von 18.110 fl entfielen 8.071 fl auf Spinnlöhne und 4.989 fl 30 kr auf Weberlöhne. Weil die Firma ausländische Waren geschmuggelt hatte, wurde sie 1779 geschlossen.⁷⁷

1794 folgten Samuel Vogel und Lorenz Zündel aus Mühlhausen sowie Gabriel Roccofort aus Lyon als Fabrikanten in Hard. Nach dem Austritt von Zündel und Roccofort führte Samuel Vogel die Firma allein weiter. 1803 versorgte er 120 bis 130 Personen mit Arbeit. Mit dem Beginn der bayerischen Herrschaft verließ die Familie Vogel Vorarlberg. 1813 führte der Schwiegersohn von Samuel Vogel, Philipp Karl Doppelmayer, den Betrieb.⁷⁸

Karl Ulmer und Johann Salzmann gründeten 1806 eine Indienne- und Blaudruckerei in Dornbirn

⁷⁴ Bei Graßmayer ließ der Stadtapotheker Clessin 1817 eine Glocke gießen, um die Armen zur Ausgabe der Armensuppe zu rufen. VLA, KA 1, Sch. 308, Abschriften der Ausgabsbelege zur Rechnung der Armenversorgungsanstalt durch Knochen-Gallerte zu Feldkirch Nr. 1 – 15, Rechnung Nr. 6 ½, Feldkirch, 13. Juli 1817.

⁷⁵ ROHRER, Uiber die Tiroler, S. 22 f.

⁷⁶ WANNER, Industriegeschichte, S. 18.

⁷⁷ SCHEUCH, Arbeiterschaft, S. 10 f.

⁷⁸ WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 44 f.

Schwefel. 1815 erhielt Ulmer zusammen mit Alois Rhomberg die Genehmigung für eine Schnell- und Kunstbleiche. 1816 baute Ulmer eine Hafermehlmühle.

Die großen Verleger wie die Brüder Josef Anton und Peter Martin Leone in Feldkirch, Joseph und Heinrich Blum in Fußsach, Josef Anton Metzler⁷⁹ in Schwarzenberg, Johann Huber, Johann Thomas Rhomberg, Johann Hämmerle und Jakob Fussenegger in Dornbirn beschäftigten zu Beginn des 19. Jahrhunderts mehrere Tausend Handspinner und Hunderte von Handwebern. Zwischen 1803 und 1805 waren etwa 74 Verleger in Vorarlberg tätig, 69 davon im Bereich Dornbirn, Bregenzerwald und Bregenz. Insgesamt arbeiteten mehr als 6.200 Handspinnerinnen und Handspinner und 1.616 Heimweber für sie.⁸⁰

1801/02 erreichte die Zahl der Spinner und Weber einen ersten Höhepunkt.

Dornbirn	4.486 Spinner	490 Weber	1 206.448 Schneller Garn	4.663 Stück Baumwolle
Bregenz und Umgebung	4.470 Spinner	1.404 Weber	1 499.189 Schneller Garn	7.425 Stück Baumwolle
Feldkirch	386 Spinner	16 Weber	20.952 Schneller Garn	111 Stück Baumwolle
Bludenz	4.838 Spinner	164 Weber	230.331 Schneller Garn	904 Stück Baumwolle
Vorarlberg	14.180 Spinner	2.074 Weber	2 956.920 Schneller Garn	13.103 Stück Baumwolle

Durch den Wertverlust der österreichischen Bancozettel und die entsprechende Verteuerung der Rohbaumwolle verringerte sich die Zahl der Spinner und Weber und der erzeugten Garnspulen und Baumwollstücke um nahezu die Hälfte.⁸¹

Der Schrunser Landammann Ignaz Vonier allein belieferte 1.200 Spinnerinnen und Spinner und 40 Weber.⁸² Als Joseph und Heinrich Blum in Fußsach 1804 um die Landesbefugnis ansuchten, erklärten sie, dass sie 4.600 Personen mit Arbeit versorgten.⁸³ Nachdem sie diese erhalten hatten, weiteten sie ihre Geschäfte aus, sodass sie 1807 187.270 Schneller⁸⁴ spinnen ließen und verkauften. 1807 bezahlten sie insgesamt 5.023 fl 33 kr Löhne.⁸⁵

⁷⁹ Vgl. Alois NIEDERSTÄTTER, 250 Jahre Schwarzenberg zum Hof, 1755 – 2005, Schwarzenberg 2005, S. 22. Metzler, 1753 – 1796, galt als der reichste Mann des ganzen Bregenzerwaldes, der sein Geld mit Handel, als Geldverleiher sowie Baumwoll- und Musselinfabrikant verdient hatte.

⁸⁰ Vgl. WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 54. Die Zahl der Spinner und Weber wird in der Literatur unterschiedlich hoch angegeben. Hans Nägele, Das Textilland Vorarlberg, Dornbirn 1949, S. 61 spricht für 1801 von 16.300 Spinnern und 2.400 Webern. Allerdings ohne Quellenangabe.

⁸¹ Meinrad TIEFENTHALER, Die Industrie Vorarlbergs von der Mitte des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Vorarlberger Volksblatt, Nr. 199, 31. August 1937, S. 4 – 5, hier S. 5. Vgl. SCHEUCH, S. 11.

⁸² WANNER, Industriegeschichte, S. 24.

⁸³ WEITENSFELDER, INDUSTRIE-PROVINZ, S. 26.

⁸⁴ Schneller = Garnmaß, abhängig von der Größe der Haspel. 1 Haspel Baumwollfaden = 4-5 Fuß, 1 Schneller = 1.000 Faden.

⁸⁵ VLA., LG Dornbirn, Sch. 257, Nr. 68: Tabelle Höchst, 31. Dezember 1807.

Neben der Textilproduktion blühte auch die Textilveredelung. Zur Blütezeit stickten 15.000 Mädchen, Frauen und auch Männer hauptsächlich für den Schweizer Markt. Sie erwirtschafteten damit 310.000 fl im Jahr.⁸⁶

Wie jede Spezialisierung auf einen Erwerbszweig brachte auch die frühe Industrialisierung für die Bevölkerung Vor- wie auch Nachteile. Die Verleger und frühen Fabrikanten waren von ihren Zulieferern (besonders für die Rohbaumwolle) wie auch den Abnehmern und der internationalen Konkurrenz abhängig. Wenn durch kriegerische Ereignisse die Baumwolleneinfuhr stockte, britische Garne zu Schleuderpreisen den Markt überschwemmen, Absatzmärkte ausfielen oder sich in Wien der Kurs des Gulden ständig verschlechterte, merkten das am Ende auch die Vorarlberger Spinner und Weber. Sie lebten vom Erlös ihrer Arbeit, nicht von den Früchten ihrer Felder. So bemerkte ein bayerischer Reisender in seinem Bericht über Lustenau aus dem Jahr 1806, sollte es einen Einbruch in der Textilindustrie geben und die Spinner und Weber von Lustenau daher ihre Arbeit verlieren, so drohe der ganzen Gemeinde eine existentielle Krise.

Jedermann der Weber wie der Spinner, das Kind wie der Greis hatten reichlichen Verdienst, und konnten ohne Unterschied ihrer Leibesbeschaffenheit dazu verwendet werden. Das gleiche Verhältnis hatte es auch mit der Mousselin-Stickerei. Hierdurch wurde das karge Erdrreich ersetzt, der Unterhalt gesichert und somit auch der Vermehrung der Familien keine Schranken gesetzt. Dieser durch hinlänglichen Verdienst gegründete Wohlstand dauerte ununterbrochen bis zum Pressburger Frieden.⁸⁷

Mit dem Übergang an Bayern wurde der Export der Vorarlberger Textilerzeugnisse ins Habsburgerreich erheblich erschwert und traditionelle Handelsbeziehungen unterbrochen. Einige Fabrikanten versuchten nach Niederösterreich umzusiedeln oder verkauften.⁸⁸ Der Rückgang der Textilproduktion betraf 20.000 Personen, die in irgendeiner Form dort beschäftigt waren. Besonders betroffen waren

⁸⁶ WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 55. Im Schnitt wären das pro StickerIn knapp 21 fl Jahreslohn gewesen. In diesem Kontext ist die Angabe von Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs, Wien 2001, S. 175, eine gute Stickerin hätte sich in den „goldenen Jahren“ Ende des 18. Jahrhunderts ein Haus verdienen können, eher anzuzweifeln. Das gilt auch, wenn man von einem Tagesverdienst von einem Gulden ausgeht. Der Wert eines durchschnittlichen Hauses, wie er in den bayerischen Steuerkatastern 1808 festgelegt wurde, betrug auch im Bregenzerwald mehr als 350 Gulden. Rohrer, Ueber die Tiroler, S. 22, schreibt, dass ein gutes Vorarlberger Holzhaus um 1795 für die Appenzeller frei Haus geliefert und aufgebaut zwischen 600 und 800 fl gekostet hat.

⁸⁷ VLA, Bayrische Akten, Sch. 85, Nr. 2232, Commercialverhältnisse in Vorarlberg, ohne Datum. Da es im Text Wie anno 1808 heißt, muss das Schriftstück nach 1808 entstanden sein. Alois NIEDERSTÄTTER ordnet es 1810 ein. S. Alois NIEDERSTÄTTER, Ein Memorandum zur Situation der Vorarlberger Wirtschaft für den König von Bayern (um 1810), in: Vorarlberger Oberland: Kulturinformation 1987, S. 77 – 86, hier S. 77.

⁸⁸ Viktor HOFMANN VON WELLENHOF, Beiträge zur neueren österreichischen Wirtschaftsgeschichte, Teil 2: Die Anfänge der österreichischen Baumwollindustrie in den österreichischen Alpenländern im 18. Jahrhundert, in: Archiv für österreichische Geschichte 110 (1926), S. 415 – 741, hier S. 729 f.

die ärmeren Schichten, die Heimarbeiter und diejenigen, die im Nebenerwerb spannen, webten oder stickten.⁸⁹

Gravierend waren ab 1806 die Abtrennung von Österreich und das Einfuhrverbot nach Italien. Die fehlenden Absatzmärkte führten dazu, dass die Spinnlöhne im Durchschnitt um zwei Drittel, Weberlöhne wenigstens um die Hälfte sanken. Der Lohn der besten Stickerinnen im hinteren Bregenzerwald fiel bis 1816 auf 16 kr pro Tag. Um 1800 konnte eine gute Stickerin oder ein fleißiger Sticker bei entsprechender Leistung pro Tag noch einen Gulden verdienen.⁹⁰ Die Aussage von Bruckmüller, dass sich eine gute Stickerin in den „goldenen Jahren“ um 1795 in einem Jahr ein Haus verdienen konnte⁹¹, ist aber mit einem gewissen Zweifel zu sehen. Für Baad im Kleinen Walsertal sind 1795 die Wohnhäuser mit 200 bis 400 Gulden in Anschlag gebracht. Das kleinste Wohnhäusle wurde mit einem Wert von 70 fl für die Steuerberechnung angesetzt.⁹² Bei einem guten Verdienst hätte eine Stickerin ihren gesamten Lohn ansparen müssen, ohne irgendetwas davon auszugeben, damit sich ein Haus ausgegangen wäre.

Laut Egger Chronik verdiente eine gute Stickerin um 1816 24 bis 30 kr pro Tag. Dieser Verdienst habe die Folgen der Hungersnot in diesen Jahren abgemildert.⁹³

Da während der bayerischen Zeit der Zugang zu Rohbaumwolle stark erschwert war, versuchte man auf andere Rohstoffe umzusteigen. Wolle und Leinen wurden wieder verstärkt verarbeitet. Dazu kamen Versuche mit der Seidenraupenzucht und Seidenwebereien.⁹⁴

⁸⁹ WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 88. Er zitiert eine Aussage von Anton Schneider beim Verhör in Lindau nach dem erfolglosen Aufstand 1809. Schneider sah in der zunehmenden Arbeitslosigkeit den Hauptgrund für die Erhebung der Vorarlberger.

⁹⁰ Jurende's Mährischer Wanderer für 1840, Brünn 1840, S. 330, online: <https://books.google.at/books?id=jZ1bAAAAcAAJ&pg=PA330&dq=stickerin+lohn+vorarlberg+18.+jahrhundert&hl=de&sa=X&ved=0ahUKEwjRrbPFz6TKAhXJZCwKHbc3CSMQ6AEIKDAC#v=onepage&q=stickerin%20lohn%20vorarlberg%2018.%20jahrhundert&f=false>.

⁹¹ BRUCKMÜLLER, S. 175.

⁹² Vornehmste Merkwürdigkeiten des Walser-Thaals, Die Baader Chronik, Band II, Transkriptionen, Immenstadt 1997, S. 92 ff.

⁹³ SCHÄDLER, Liechtenstein, S. 17. Er verweist auf die Egger Chronik. Geht man von einem Preis 1 fl 32 kr für ein Vierling Mußmehl und 3 fl 12 kr für einen Vierling Kernenmehl. 1 Rauhviertel für Gerste, Hafer, Türken in Feldkirch 27, 425 l, geteilt in 4 Vierling, 1 Viertel in Lingenau waren 29, 832 l, geteilt in 4 Vierling oder 16 Maßl. 1 Malter Rauhmaßl ist 8 Viertel. Für ca. 7,45 l Mußmehl musste eine Stickerin also etwa 3 Tage arbeiten. Umrechnung Wilhelm ROTTLEUTHNER, Die alten Localmaße und Gewichte, S. 88. Glattviertel für Weizen und Korn war weniger in Feldkirch 24,713 l, geteilt in 4 Vierling, 1 Viertel im Inneren Bregenzerwald waren 20,679 l, geteilt in 4 Vierling oder 16 Maßl. 1 Malter Getreide ist 8 Viertel, ca. 197,703 l im Feldkirch. 1 Pfund Butter kostete in Lingenau im Juni 1817 26 kr, 1 Zentner Käse 30 – 33 fl. Bei einem Preis von 100 fl für ein Malter Getreide entspräche das ca. 30 kr für ein Liter Getreide, in etwa 1 Tageslohn. Im Vergleich zur Preisliste bei SCHÄDLER, S. 15 hätte eine Stickerin 1817 eineinhalb Tage für ein Kilo Brot oder einen Tag für 2,5 kg Kartoffeln arbeiten müssen.

⁹⁴ Christoph VOLAUCNIK, Feldkirch in der Bayernzeit, in: 200 Jahre Gemeindeorganisation in Vorarlberg, S. 122 – 156, hier S. 145.

Die einzige Bestimmung, die für die Vorarlberger Textilfabrikanten eine Erleichterung bedeutete, war die Beibehaltung des alten Numerantensystems.⁹⁵ Zum Veredeln waren Stoffstücke seit dem 18. Jahrhundert zwischen der Schweiz und Vorarlberg hin- und hertransportiert worden, um sie hier zu bleichen, zu besticken oder zu färben. Für den Transport über die Zollgrenzen war dafür ein spezielles System entwickelt worden, bei dem die Stoffstücke mit einem Bleisiegel gekennzeichnet wurden. Damit war klar, dass das Stück die Grenze nur zur Veredelung passierte und nicht aus- oder eingeführt wurde. Somit wurde keine Zollgebühr fällig. Diese Praxis mit Bleisiegeln akzeptierten auch die Bayern.

Die Verleger überstanden die bayerische Herrschaft zwar einigermaßen, sie hatten aber danach nicht mehr das Kapital, um in mechanische Spinnereien oder Webereien zu investieren. Die Maschinen für die ersten Vorarlberger Firmen kamen daher wie das Kapital und das Knowhow vorwiegend aus der Schweiz. Josef Anton Rhomberg, der 1795 mit Josef Anton Herrburger die Handlung und den Textilverlag Herrburger & Rhomberg gegründet hatte, tat sich 1812 mit seinem Cousin Lorenz Rhomberg und dem Mechaniker Michael Lenz zusammen. Die drei führten aus Mühlhausen die Maschinen für die erste mechanische Flachsspinnerei in Vorarlberg ein. 1813 stellten sie die Produktion von Flachs auf Baumwolle um. Dem Engagement und dem Geld von Josef Anton und Lorenz Rhomberg ist 1822 auch der Ausbau der Arlbergstraße in hohem Maße zu verdanken.⁹⁶

Die Schweizer verkauften aber nicht nur ihre Maschinen nach Vorarlberg. Sie investierten auch in Fabriken. 1815/16 baute die Zürcher Firma David und Melchior Eßlinger in Hard eine kleine Textildruckerei.⁹⁷ 1818 suchten Samuel Schindler und Egidius Trüpy aus Glarus um die Bewilligung einer Zitz- und Kottonfabrik im ehemaligen Kloster Mehrerau an.⁹⁸

Erste Hoffnungsschimmer hinsichtlich besserer Absatzmärkte ergaben sich durch die Rückgewinnung der Lombardei und Venetiens beim Wiener Kongress 1815. Zusätzlich setzten die Produzenten 1817 große Hoffnung in die Verfügung, mit der die Einfuhr ausländischer Tuch-, Seiden und Baumwollwaren verboten wurde.⁹⁹

In den kommenden Jahren folgte ein wahrer Gründerboom, der den Grundstein für die Industrialisierung Vorarlbergs legte.¹⁰⁰ Am 1. August 1818 taten sich Christian Getzner, Franz Xaver Mutter und Andreas Gassner zur Firma Getzner, Mutter & Cie. zusammen. 1819 begannen sie in

⁹⁵ WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 128 ff.

⁹⁶ Ernst KOLB, Die Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie, in: Karl ILG, Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd 2, Innsbruck 1968, S. 411 – 490, hier S. 458 f.

⁹⁷ Ebenda, S. 426.

⁹⁸ WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 503.

⁹⁹ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bludenz, 17. Dezember 1817.

¹⁰⁰ Vgl. WEITENSFELDER, Industrie-Provinz, S. 102 f.

Feldkirch mit vier Spinnstühlen die Produktion. 1820 gründete Johann Josef Ganahl mit Franz Xaver Mutter, Christian Getzner, Andreas Gassner und dem St. Galler Christan Daller-Fels¹⁰¹ die mechanische Baumwollspinnerei Brunntal unter dem Firmennamen Ganahl & Comp. in Bludenz. Die Maschinen mit 5.508 Spindeln kamen von Escher, Wyss & Cie. in Zürich. Die Leitung lag in den Händen von Johann Josef Ganahl.

4.2.2. Handel

Ein weiterer wichtiger Wirtschaftsfaktor war der Transithandel von Süddeutschland über den Bodensee durch das Rheintal nach Feldkirch und von dort weiter über Chur und die Bündner Pässe nach Genua, Mailand und Venedig. Entlang der Strecke lebten die Schiffer, Fuhrleute und die Feldkircher Kaufleute davon. So wünschten sie sich 1808 von den Bayern auch eine Stärkung der Vorarlberger Strecke, den Ausbau der Strecke über den Arlberg und die freie Einfuhr von Getreide, einer der wichtigsten Handelswaren neben Salz.¹⁰² Die Wünsche blieben jedoch unerfüllt, im Gegenteil, nach dem Aufstand 1809 wurden Teile des Transithandels auf die Schweizer Seite des Rheintals verlegt. Die Bayern bauten 1811 den Lindauer Hafen aus, die Häfen in Bregenz und besonders in Fußach wurde vernachlässigt.¹⁰³ Außerdem forcierten die Schweizer den Handel über die linksrheinische Straße. Schon 1806 war der Salztransport von Hall nach Bregenz eingestellt worden.¹⁰⁴ Der Handel über Feldkirch stagnierte in diesen Jahren. Die Verlagerung des Handels traf die Feldkircher Handelshäuser von Peter Josef Leone sowie Graff & Comp. schwer. Bei einem Gesamthandelsvolumen von 44.960 fl im Jahr 1811/12 betrug der Wert der ausgeführten Waren 11.940 fl. Im Binnenhandel wurden Waren im Wert von 33.020 fl gehandelt. Der wichtigste Handelsplatz in Vorarlberg war laut Rode zur bayerischen Zeit aber Hohenems. Die jüdischen Kaufleute machten im Warenumsatz wie auch im Export- und im Binnenhandel am meisten Umsatz im Land.¹⁰⁵

Nach der Rückkehr zu Österreich sollte der vernachlässigte Hafen in Fußach wieder saniert und ausgebaut werden. Die seit 1813 ruhenden Geschäfte der Mailänder Boten sollten wieder aufgenommen werden. Joseph Anton Schneider, ehemals Faktor in Fußach, knüpfte dazu Kontakte zum Handelsstand in Friedrichshafen, um alte Verbindungen aufleben zu lassen.

Die Feldkircher Kaufleute hingegen forderten von Kreishauptmann Daubrawa, den Ausbau der Arlbergstraße voranzutreiben. Das Kreisingenieuramt in Bregenz als Außenstelle der k.k. Provinzial-Baudirektion in Innsbruck bekam aber erst 1821 den Auftrag, den Saumpfad zu einer ordentlichen

¹⁰¹ Christian Daller, 1786 – 1837, Kaufmann in St. Gallen, verheiratet seit 1812 mit Susanna Fels. http://www.bischofszellergeschlechter.ch/humo-gen/family.php?database=humo_&id=F9769&main_person=I22899, 10. August 1816.

¹⁰² VLA, Bayrische Akten, Sch. 85, Nr. 2232, Commerzialwünsche des Landes Vorarlberg.

¹⁰³ Sabine SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden (= Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung Veröffentlichungen 12), Regensburg 2014, S. 174 – 194.

¹⁰⁴ Jörg RODE, Der Handel im Königreich Bayern um 1810, Stuttgart 2001, S. 182 ff.

¹⁰⁵ Ebenda, S. 221.

Straße auszubauen. Der Postwagenkurs über den Pass war 1818 eingerichtet worden, um ihn zu beleben, wurden die Gebühren für Post- und Frachtsendungen deutlich reduziert.¹⁰⁶

Eine Erleichterung für den Transithandel schuf bereits 1816 die Entscheidung des bayerischen Königs, für den Transport von Getreide und Salz von Tirol auf den bayerischen Straßen nach Bregenz keinen Zoll zu verlangen.¹⁰⁷ Die Feldkircher Kaufleute sahen darin aber eine Bedrohung des Salzhandels über den Arlberg. Das Salz aus der Saline in Hall käme nun statt über den Arlberg, Feldkirch und Bregenz über bayerisches Gebiet in die Schweiz. Die Fuhrleute am Arlberg hätten mit wenigsten 20.000 Fass Salz gerechnet und dafür Schlitten und Wägen angeschafft, die durch die Stockung des Salztransportes nicht mehr benötigt würden. Man nutze die Arlbergstraße nur als Militärstraße, wodurch Vorspann- und Einquartierungskosten auf den Anrainern lasteten.

Großes Entsetzen bei den Vorarlberger Kaufleuten, Händlern und Fuhrleuten löste auch der Schweizer Plan aus, den St. Bernhardpass auszubauen. Diese Straße schade dem Verkehr über Fußsach, Höchst und Feldkirch nach Chur.¹⁰⁸

4.3. Zölle

Der Tiroler und Vorarlberger Zollraum, der nach der Unterstellung der Herrschaften vor dem Arlberg unter das Innsbrucker Gubernium 1782 entstanden war, wurde ab 1814 allmählich wieder in den österreichischen Zollverband eingegliedert.¹⁰⁹ Die bestehende Schutzzollpolitik sowie immer wiederkehrende Einfuhr- bzw. Ausfuhrverbote (Getreide, Kartoffeln, Grundnahrungsmittel) hatten sich bis dahin sowohl hemmend als auch schützend auf die Wirtschaft ausgewirkt.¹¹⁰ Vorarlberg befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Sondersituation, dass ein Kaufmann oder Fabrikant auf Dauer nicht erfolgreich wirtschaften konnte.¹¹¹

Zur Förderung der Industrie wurde mit der Verordnung vom 20. Juli 1815 die Einfuhr von Vorarlberger Fabrikaten und Kunsterzeugnissen in die übrigen österreichischen Provinzen nach dem Zolltarif von 1788 wieder gestattet, das heißt mit einem begünstigten Zolltarif, der nur ein Sechstel oder Drittel des normalen ausmachte. Zum Nachweis der Herkunft mussten Vorarlberger Baumwollgespinnste und Teppiche mit einem Bleisiegel versehen werden.¹¹² Ab 1817 durften Baumwoll-, Seiden-, Schafwoll- und Leinenstoffe in weiten Teilen der Monarchie zollfrei gehandelt werden. Zum Schutz der Textilproduktion in Vorarlberg war 1816 auch ein Einfuhrverbot für ausländische Baum-

¹⁰⁶ KOLER, S. 219.

¹⁰⁷ Bayerisches Regierungsblatt 1816, Sp. 449/450.

¹⁰⁸ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Feldkirch, 17. Dezember 1817.

¹⁰⁹ Vgl. WANNER, Industriegeschichte, S. 57 f.

¹¹⁰ Erich ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 6. Aufl., München 1979, S.374 f.

¹¹¹ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II, 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Feldkirch, 17. Dezember 1817.

¹¹² Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1815, Bd 2, S. 343-353.

wollerzeugnisse erlassen worden.¹¹³

Während der Zeit des größten Mangels im Dezember 1816 wurde ein Getreideausfuhrverbot aus Tirol und Vorarlberg erlassen, das am 16. Jänner 1817 auf Kartoffeln und Hülsenfrüchte ausgedehnt wurde.¹¹⁴ Gleichzeitig wurden die Einfuhrzölle für Getreide, Kartoffeln, Reis und Hülsenfrüchte aus den anderen Teilen der Monarchie bis Ende Oktober 1817 aufgehoben, um die Versorgung mit den kaum erschwinglichen Grundnahrungsmitteln nicht noch stärker zu erschweren.¹¹⁵ Im Februar 1817 wurde dann beschlossen, um den Handel zwischen den altösterreichischen und neu zurückgefallenen Provinzen „mit möglichster Liberalität wiederherzustellen“, das Ausfuhrverbot für Heu, Stroh, Smetten¹¹⁶, Käse, Speck, Butter, Kerzen, Stech- und Schlachtvieh sowie Pferde zwischen den unterschiedlichen Teilen der Monarchie wieder aufzuheben und nach den gewöhnlichen Zoll-, Maut- und örtlichen Marktgesetzen zu gestatten. Auch der Handel mit Getreide, Mehl, Grießlwerk und gerollter Gerste war wieder möglich. Bekannt gemacht wurde das neue Gesetz am 16. März 1817, im Feldkircher Wochenblatt aber erst einen Monat später am 15. April 1817.¹¹⁷ Wegen der Notsituation in Tirol und Vorarlberg wurde der Export von Grundnahrungsmitteln im Lauf des Jahres erneut eingeschränkt. Erst im März 1818 war die Ausfuhr von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Gerste und Grieß wieder uneingeschränkt möglich.¹¹⁸

1822 wurde auch die Zollgrenze zur Lombardei und Venetien aufgehoben. 1826 gehörte Vorarlberg schließlich vollständig zum österreichischen Zollverband. Damit war die Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen, Grundnahrungsmitteln, Fertigwaren aller Art sowie Vieh aus und in die unterschiedlichen Teile der Monarchie ohne Einschränkungen möglich. Die hohen Durchfuhrzölle, die beim Transport von Waren durch das Land, etwa von Augsburg nach Mailand, bezahlt werden mussten und die sich besonders im Transithandel über Vorarlberg nach Oberitalien bzw. Süddeutschland negativ niederschlugen, wurden aber erst 1827 aufgehoben.¹¹⁹ Damit stieg der Transithandel um ein Vielfaches.¹²⁰

4.4. Geld und Zahlungsmittel

Für das Verständnis der wirtschaftlichen Situation und die Relevanz der staatlichen Hilfe in den Krisenjahren 1816 und 1817 ist ein Blick auf die Zahlungsmittel der Zeit im Land besonders wichtig. Durch seine geopolitische und ökonomische Situation im Südwesten des Heiligen Römischen Reichs und ab 1806 außerhalb des Habsburgerreichs orientierten sich die Gebiete vor dem Arlberg an der im süddeutschen Wirtschaftsraum geltenden Reichswährung.

¹¹³ http://www.archivverlag.at/zeittafeln/daten/voa_wirtschaft/voatafeln3.php, 12. Jänner 2016.

¹¹⁴ Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1817, Bd 4, I. Teil, S. 25. 16. Jänner 1817.

¹¹⁵ KOLER, S. 211, VLA, Patente, Sch. 13, Innsbruck, 16. Jänner 1817.

¹¹⁶ Saure Sahne, Schmand

¹¹⁷ Bekanntmachungen des k.k. prov. Landgerichts Feldkirch, 15. April 1817, Sp 143.

¹¹⁸ Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1818, Bd 5, S. 195.

¹¹⁹ Adolf HELBOK, Unserer Heimat Beziehungen zu Schwaben, Schweiz und Tirol in der Vergangenheit, in: Vierteljahrsschrift für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, Jg. 3, 1919, S. 25 – 34, hier S. 30.

¹²⁰ Vgl. WEIZENEGGER-MERKLE, I. Abtheilung, S. 313.

Die Reichswährung (R.W.) basierte ursprünglich auf dem rheinischen oder süddeutschen Gulden, einer Silbermünze. 1753 hatte Maria Theresia mit dem Königreich Bayern ein Munzabkommen geschlossen, wonach der 20-Guldenmünzfuß in beiden Territorien gelten sollte. Für die neue in beiden Gebieten gültige Währung wurde der Begriff Conventionsmünze eingeführt. Die am meisten geprägte Conventionsmünze war der sogenannte Maria-Theresien-Taler. Beide Länder veränderten das Zahlungsmittel aber in der weiteren Folge. Bayern wertete die Conventionsmünze ab, indem es sich bald nach dem Munzabkommen wieder dem alten 24-Guldenmünzfuß zuwandte. Dabei wurden aus 233,77 Gramm Silber 24 rheinische Gulden geprägt, ein Gulden enthielt demnach 9,7404 Gramm Silber.¹²¹ In den habsburgischen Ländern hingegen wurde der 20-Guldenmünzfuß beibehalten. Hier wurden aus 233,77 Gramm Silber 20 Gulden zu je 11,6885 Gramm Silber geprägt.

4.4.1. Papiergeld

Um die Kriegskosten zu finanzieren, begann Maria Theresia während des schlesischen Krieges auch mit der Ausgabe einer Papierwahrung, den Bancozetteln.¹²² Unter der Regierung Franz II., später Kaiser Franz I., erreichte die Ausgabe des Papiergeldes den Höhepunkt. Betrug die umlaufende Geldmenge im Jahr 1796 noch 44 Millionen Gulden Bancozettel, so waren es 1810 bereits 942 Millionen Gulden. 1797 war der Umtausch des Papiergeldes in Münzen eingestellt worden und ab 1800 mussten Bancozettel, die bislang hauptsächlich für die Deckung von Staatsausgaben verwendet wurden, auch im privaten Geldverkehr angenommen werden.¹²³ Die Bancozettel verdrängten daher zunehmend die Silber- und Kupfermünzen aus dem Geschaftverkehr. Der Markt reagierte auf die verordnete Zwangsannahme von Papiergeld im Privatverkehr mit einem rasch wachsenden Wertverlust für das Papiergeld. Für hundert Gulden Bancozettel erhielt man 1799 nur mehr 92 Gulden in Silbermünzen. Im Dezember 1810 war der Wert der Bancozettel im Vergleich zu den Silbermünzen auf 15 Prozent des Nominalwertes gefallen. Das führte u.a. bei den im Felde stehenden Truppen zu Meutereien, da ihr Sold fast nichts mehr wert war.¹²⁴

Um etwas dagegen zu unternehmen, deklarierte Kaiser Franz I. am 20. Februar 1811 eine Abwertung der Bancozettel. In einem kaiserlichen Finanzpatent wurde festgelegt, dass die umlaufenden Bancozettel bis zum 31. Jänner 1812 durch neue Einlösungsscheine (Wiener Währung) zu einem Fünftel des alten Nennwertes zu ersetzen seien. Danach würden die Bancozettel wertlos. Zu

¹²¹ <http://www.austrianphilately.com/altbrief/currencies.htm>, 3. November 2015.

¹²² Bancozettel, gemäß Patent vom 1. Juli 1762 von der Wiener Stadtbanco ausgegebenes Papiergeld zu 5, 10, 25, 50 und 100 Gulden, 1771 und 1785 erneuert und um Scheine zu 500 und 1000 Gulden erweitert. Papiergeldes, das nicht durch Münzen bzw. Metallreserven gedeckt war. Öffentliche Kassen mussten Bancozettel als Zahlungsmittel annehmen oder in Münzgeld umwechseln. Während der napoleonischen Kriege wurde die Ausgabe drastisch erhöhet. Ende der geplanten Gültigkeit 31. Mai 1812, <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.b/b086864.htm>, 31. Oktober 2015.

¹²³ Felix BUTSCHEK, Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Wien Köln Weimar 2011, S. 98 f.

¹²⁴ <https://www.oenb.at/Ueber-Uns/Unternehmensgeschichte/1816-1818.html>, 31. Oktober 2015.

diesem Zeitpunkt waren etwa für 1,06 Milliarden Gulden Bancozettel im Umlauf.¹²⁵ Dieser finanzpolitische Akt wird heute allgemein als Staatsbankrott angesehen. Gleichzeitig beteuerte der Staat ausdrücklich, in Zukunft von einer übermäßigen Emission von Papiergeld Abstand zu nehmen. In den folgenden Jahren bis zur Eröffnung der Nationalbank bildete die Wiener Währung das einzige gültige Zahlungsmittel. Ende 1815 war für die alten Bancozettel Wiener Währung in der Höhe von 208,7 Millionen Gulden ausgegeben.

Trotz des Versprechens von 1811 hatte man parallel dazu aber bereits 1813 begonnen, neues Papiergeld, die sogenannten Anticipationsscheine, auszugeben. 1815 waren davon bereits 450 Millionen Gulden im Umlauf. Auch diese Anticipationsscheine verloren schnell an Wert. Die Staatsschulden blieben unverändert hoch, denn der Krieg gegen Napoleon verschlang Unsummen. Die Ausgaben für die Armee überschritten noch bis 1817 die ordentlichen Staatseinnahmen um Millionen.¹²⁶ Für die Abwicklung der Wiener Währung, die seit ihrer Ausgabe auch schon rund die Hälfte ihres ursprünglichen Wertes verloren hatte, wurde schließlich 1816 die österreichische Nationalbank gegründet.

Von Historikern wird die Art und Weise, wie Kaiser Franz I. und seine Finanzberater, die Grafen Joseph Wallis und Johann Philipp Stadion, die angespannte Finanzsituation angingen, als wenig seriös bezeichnet. Vor allem auch deshalb, weil die Anticipationsscheine, die 1813 zu einem Zwangskurs eingeführt wurden, nicht durch entsprechende Sicherheiten gedeckt waren und nichts zu einer wirklichen Senkung der Staatsschulden unternommen wurde.¹²⁷ Für den amerikanischen Historiker Post waren die österreichischen Finanzmanipulationen zwischen 1811 und 1816 mit einer der Hauptursachen für die desaströsen Folgen der klimatisch ungünstigen Jahre 1816 und 1817, für Teuerung, Hunger und Not.¹²⁸

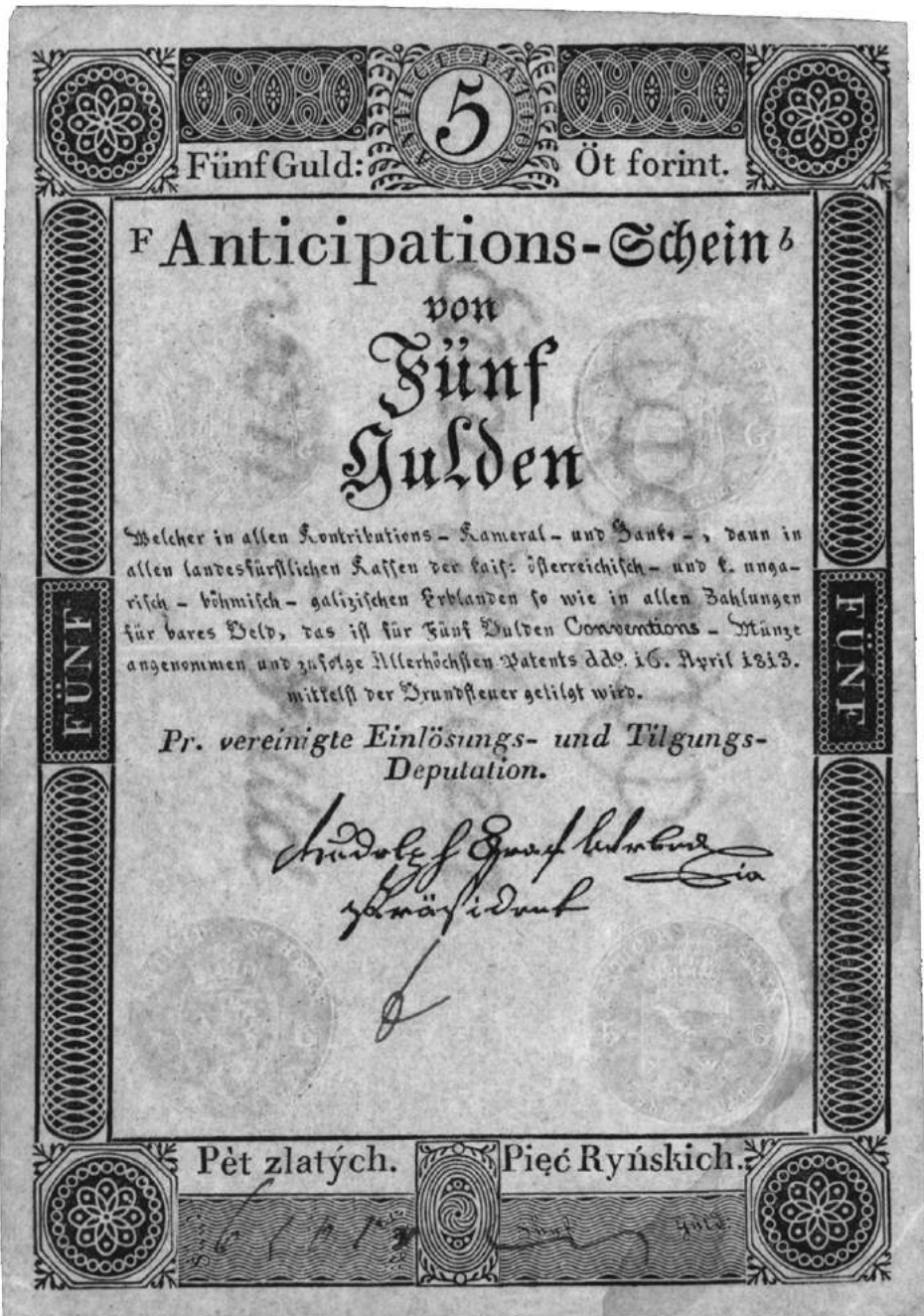
Die neu gegründete Nationalbank beschäftigte sich in den folgenden Jahren mit der Abwicklung des kaiserlichen Dekrets von 1811. Die Wiener Währung und die Anticipationsscheine sollten im Verlauf von 50 Jahren eingelöst werden. Die Schulden der Nationalbank, die als „Zettelbank“ den Wechsel von Papiergeld zu einer auf der Conventionsmünze beruhenden Währung zu bewerkstelligen hatte, beliefen sich bei der Gründung 1816 in Summe auf 678,7 Millionen Gulden, da 1816 letztmalig weitere 20 Millionen Anticipationsscheine ausgegeben worden waren. Dafür benötigte die Nationalbank Münzgeld.

¹²⁵ Christian NOBACK, Vollständiges Handbuch der Münz-, Bank- und Wechselverhältnisse aller Länder und Handelsplätze der Erde, 2. Abt., Rudolfstadt 1838, S. 1300.

¹²⁶ Gustav OTRUBA, Markus WEISS, Beiträge zur Finanzgeschichte Österreichs 1740-1840 (= Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd 17), Linz 1986, S. 143.

¹²⁷ Vgl. MIKOLETZKY, S. 170. Er zitiert u.a. Stadion, der Jahre nach dem Staatsbankrott erklärte, er habe keineswegs die Absicht gehabt, eine wirkliche Währungsreform zu vollziehen. Seine Absicht sei es nur gewesen, mit höchster Zustimmung ein auf einer Fiktion beruhendes Währungssystem zu schaffen, durch das das öffentliche und private Vermögen möglichst wenig zerrüttet werden sollte. Adolf BEER, Die Finanzen Österreichs im XIX. Jahrhundert. Nach archivalischen Quellen, Prag 1877, Neudruck Bremen 2012, S. 85.

¹²⁸ Vgl. POST (1969), S. 366 – 377, vgl. auch POST (1977), S. 45 f.



Anticipations-Schein über fünf Gulden, 1813



Einlösungsschein über fünf Gulden, 1811

Das Hauptproblem bei der Sanierung der Staatsfinanzen stellte 1816 die schlechte Kreditfähigkeit Österreichs dar. Weil der Staat die Zinsen für bestehende Anleihen nicht oder nur teilweise ausbezahlte, war kaum mehr jemand bereit, neue Anleihen zu zeichnen. Im August 1816 wären die Anstrengungen der Nationalbank, die Finanzen zu sanieren, beinahe gescheitert, da es an Barmitteln fehlte.¹²⁹ Die laxen Zahlungsmoral des Staates führte in Vorarlberg, gerade nach der überstandenen Krise, zu scharfer Kritik. Der Landrichter Aberer vermerkte im Dezember 1817 bitter, dass der Staat die Zinsen für Obligationen nicht bezahle und es heiße: *überall will die Regierung nur fordern und wo man Guthaben hat, nichts geben, wie es leider der Fall bei den landständischen Obligationen ist.* Während die abgetretene bayerische Regierung diese früher stets pünktlich verzinst habe, habe die österreichische für die gesetzliche Verzinsung seit drei Jahren nur trostvolle Worten gefunden.¹³⁰

Um die Stimmung der Anleger zu verbessern, wurden deshalb die bestehenden Staatsschulden in Serien zu je einer Million geteilt und jedes Jahr fünf Serien ausgelost, für die die ursprünglichen Zinsen ausbezahlt wurden.

Erst ab 1820 fand ein geregelter und erfolgreicher Umtausch statt. Das Wertverhältnis zwischen

¹²⁹ BEER, S. 97 ff.

¹³⁰ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bezau, 19. Dezember 1817.

der Wiener Währung und dem Münzgulden hatte 1816 einen negativen Höhepunkt erreicht. Für 100 fl Münzwährung mussten zeitweise fast 400 fl Wiener Währung bezahlt werden.

Bis Ende der 1850er Jahre war schließlich alles umgetauscht und 1858 wurde die Wiener Währung außer Kraft gesetzt.¹³¹ Die Nationalbank hatte ihre Aufgabe erfüllt.

4.4.2. Metallgeld

Für Vorarlberg hatte die bayerische Herrschaft auch im Hinblick auf die Bancozettel weitreichende Folgen. Bis 1806 hatten die Landstände allein bei der Schwazer Kreditkasse¹³² 80.000 fl in Kriegsanleihen gezeichnet sowie bei verschiedenen privaten Geldgebern im In- und Ausland große Summen geliehen.¹³³ Neben Münzen aus verschiedenen Prägestätten, die auf dem bayerischen 24-Guldenmünzfuß oder dem 20-Guldenmünzfuß der Maria-Theresien-Taler beruhten, waren auch zahlreiche österreichische Bancozettel im Umlauf, die in den europäischen Wechselstuben immer wertloser wurden.

Zu den ersten ökonomischen Schritten der bayerischen Regierung gehörte deshalb am 26. Juni 1806 ein Erlass des Königs Maximilian Joseph zur Abschaffung der Bancozettel in seinem Herrschaftsgebiet. Das kursierende Papiergeld sollte „aus dem Land geschafft werden“ und nur bares Geld im Umlauf sein. Da aber allen Verantwortlichen klar war, dass in Tirol und Vorarlberg ein zu großer Vorrat an Bancozetteln vorhanden war, wurde beschlossen, *die Bancozettel sollen und müssen zwar noch einige Zeit lang in den öffentlichen Kassen, im Handel und Wandel und in allen Zahlungen, jedoch nicht anders als um zwey Prozent unter dem Augsburger Wechselkurse angenommen werden.* Der Wechselkurs wurde jede Woche neu berechnet und veröffentlicht. Die Behörden wurden auch angewiesen, bei Rückzahlungen Geduld mit dem Schuldner zu haben, wenn dessen Kreditwürdigkeit gegeben sei, es ihm aber an Bargeld mangle.¹³⁴

¹³¹ SANDGRUBER, S. 223 f.

¹³² Die Kasse des Schwazer Bergwerkdirektorats war 1769 eine Zahlstelle der österreichischen Staatsschuldenkasse in Wien geworden. Ursprünglich waren die ausgegebenen Gelder über die Einnahme des Schwazer Silberbergwerks gedeckt gewesen. Joseph II. hat verfügt, dass Kirchenstiftungs- und Mündelgelder bei der Schwazer Kreditkasse angelegt werden mussten. Weil es dort gute und sichere Zinsen gab, hatten auch viele Private dort Geld angelegt. Mit den steigenden österreichischen Staatsschulden reichten die Einnahmen aus dem Bergbau für die Zinsen nicht mehr aus. 1807 nach Übergang an Bayern hatte die Schwazer Kreditkasse 4 606 000 Gulden Schulden, 2 531 000 fl Stiftungsgelder mit 98 000 fl Rente. Die Bayern übernahmen die Darlehen, die vor 1769 auf das Silberbergwerk hypotheziert worden waren, nicht aber die österreichischen Staatsschulden. Schließlich übernahm Bayern die Schwazer Schuldverschreibungen zu den Kursen der Staatspapiere von 1806. Von den neueren Staatspapieren, die nicht Stiftungen gehörten, wurden 5 prozentige Obligationen mit 54 Prozent ihres Nominalwertes übernommen, 4 prozentige Obligationen mit 52 Prozent ihres Nominalwertes und 3 ½ prozentige Obligationen mit 50 Prozent ihres Nominalwertes. Damit reduzierte sich zwar der Schuldenstand auf 2 379 185 fl, aber die Inhaber der Obligationen verloren die Hälfte ihres Geldes. Ferdinand HIRN, Geschichte Tirols von 1809 – 1814, Innsbruck 1913, S. 88 f.

¹³³ VLA, Bayr. Akten, Sch. 85, Nr. 2, Ausweis über die Activ und Passiv Posten, Vicari, Kreishauptmann, 1806.

¹³⁴ Bayerisches Regierungsblatt 1806, S. 235 f.

Diese Verordnung wurde in den folgenden Jahren ständig modifiziert. Wertloses österreichisches Papiergeld konnte in Bayern nicht mehr für Zahlungen verwendet werden. Einerseits lag es im Interesse der bayerischen Regierung dieses, dessen Realwert ständig sank, endlich loszuwerden, andererseits musste sie etwas tun, um besonders den Gemeinden, Stiftungen und Privaten zu helfen, die große Mengen davon hatten. Wenn man für 100 fl Bancozettel nur noch 50 fl oder weniger in Münzen bekam, bedeutete das etwa für Stiftungen die Reduzierung ihres Vermögens auf die Hälfte oder weniger. Problematisch waren auch die Obligationen, die die Landstände während der Koalitionskriege für ihre Darlehen an den Staat erhalten hatten. Bis 1806 hatten die Vorarlberger Landstände mindestens 40.000 fl Kriegsanleihen dem Habsburgerreich für die französischen Kriege zur Verfügung gezeichnet.¹³⁵ Dasselbe galt auch für andere Obligationen, die von Wien ausgegeben worden waren. Mit dem sinkenden Kurs der Bancozettel hatten sie dramatisch an Wert verloren. Bei den Kriegsanleihen und öffentlichen Papieren ergab sich ein weiteres Problem durch den Übergang der Schwazer Kreditkasse an Bayern. Die österreichische Regierung hatte nämlich darauf gedrängt, alle verfügbaren Kapitalien der öffentlich Hand und der Landstände bei der Schwazer Kreditkasse in gut verzinsliche Obligationen anzulegen. So waren fast drei Viertel der mobilen Mittel in Tirol und Vorarlberg dort angelegt. Österreich weigerte sich, das Geld zurückzubehalten bzw. es fehlten dem Staat die Mittel dafür. Die bayerische Regierung war in einer ähnlich angespannten finanziellen Situation und hatte erst recht keine Lust, für die österreichischen Schulden aufzukommen. Sie übernahm zwar die Obligationen, aber nur mit einer Reduktion ihres Nennwertes um etwa die Hälfte.¹³⁶

1811 bewegte sich auch Bayern am Rande eines Staatsbankrotts, die ständigen Feldzüge auf der Seite Napoleons kosteten ebenso Geld wie die Bekämpfung des Tiroler Aufstandes und die Neuorganisation des Staates. Am 1. Oktober 1811 belief sich die bayerische Staatsschuld auf 118 230 604 fl.¹³⁷

1814 wurde Vorarlberg aber wieder Teil des Habsburgerreiches und damit des österreichischen Wirtschaftsraumes mit all seinen Währungs- und Wirtschaftsproblemen und dem Papiergeld, das in keinster Weise durch Sicherheiten gedeckt war. Zwischen der 100 fl Silber-Conventionsmünze und dem österreichischen Papiergeld war ein eklatanter Wertunterschied entstanden. Im August 1814 musste man laut Augsburger Wechselkurs 261 fl Papiergeld (W.W.) für 100 fl Conventionsmünze geben.¹³⁸

Der Verfall der österreichischen Währung und die Unterschiede zwischen Papier- und Münzgeld erschwerten der Vorarlberger Wirtschaft das Leben erheblich. Rohstoffe und Getreide aus dem Ausland mussten mit Gold oder Silber bezahlt werden, während man für Exporte in die anderen Provinzen der Monarchie vor allem Papiergeld bekam.

Allerdings hatte man jetzt aber wieder die Möglichkeit, Bancozettel loszuwerden und sie als Zahlungsmittel einzusetzen. Eine besondere Möglichkeit, das ungeliebte Papiergeld einzusetzen,

¹³⁵ VLA, Bayr. Akten, Sch. 85, Nr. 2, Ausweis über die Activ- und Passivposten, Vicari, Kreishauptmann, 1806.

¹³⁶ HIRN, Tirol, S. 167.

¹³⁷ Ebenda, S. 138 und S. 167.

¹³⁸ NOBACK, S. 1301.

scheinen unter anderem auch wohlthätige Spenden gewesen zu sein. Als der Dornbirner Landrichter Johann Nepomuk von Gilm im Jänner 1816 zu einer Sammlung zur Feier zum kaiserlichen Thronjubiläum aufrief, betrug die in Reichswährung gespendete Summe 640 fl. An Einlösungsscheinen wurden 878 fl und fast die doppelte Summe 1.150 fl in k.k. Obligationen gespendet. Mit Münzgeld waren die Spender deutlich knausriger als mit minderwertigem Papiergeld und Obligationen.¹³⁹

Der Umstand, dass in Vorarlberg und Tirol während bayerischer Zeit offiziell mit auf Silber basierendem Münzgeld bezahlt worden war,¹⁴⁰ während in den österreichischen Kronländern die Bancozettel und dann die Wiener Währung vorgeherrscht hatten, führte nach 1814 zu einem starken Preisgefälle. Verstärkt wurde es noch dadurch, dass die Nationalbank zur Abwicklung des Staatsbankrotts Bargeld benötigte. Ein Preisvergleich bei den wichtigsten Lebensmitteln zeigt, dass Mehl und Brot 1815 in Vorarlberg und Tirol deutlich billiger waren als in Kärnten, der Steiermark, Ober- und Niederösterreich oder Schlesien. Während Brot in Vorarlberg 6 kr 3 H kostete, bezahlte man in Kärnten 17 ½ kr und in Schlesien 18 kr 5 H dafür.¹⁴¹

Im Hungerjahr 1817 entsprachen 100 fl Conventionsmünze laut offiziellem Wechselkurs 333 fl W.W., im europäischen Bankenbetrieb war das österreichische Papiergeld also nur etwa ein Drittel der im Reich gängigen Münzen wert. Abhängig vom Handelsplatz variierte der Wechselkurs.¹⁴² Innerhalb des Habsburgerreichs wurde der Wechselkurs zentral festgelegt. So entsprachen in den Abrechnungen der Unterstützungsgelder 1817 12.000 fl W.W. 14.400 fl R.W. Am 20. März 1820 wurde ein fixer Kurs festgelegt: 250 fl W.W. für 100 fl Conventionsmünze. Bis in die 1830er Jahre erreichten die Wiener Währung und die Reichswährung einen Gleichstand.¹⁴³

Für die Rückzahlung von privaten Krediten, die nach 1797 aufgenommen worden waren, wurde vereinbart, dass sich Schuldner und Gläubiger über die Art der Rückzahlung selbst einigten. Falls eine entsprechende Übereinkunft bis 1807 nicht getroffen war, hatte die Rückzahlung in Münzgeld zu erfolgen, allerdings nach dem damals in Bayern gültigen 24-Guldenmünzfuß und nicht nach

¹³⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Johann Nepomuk Gilm, Aufruf an die edlen Bewohner des Landgerichts Dornbirn, 8. Jänner 1817.

¹⁴⁰ Vgl. Adolf HELBOK, Unserer Heimat Beziehungen zu Schwaben, Schweiz und Tirol in der Vergangenheit, in: Vierteljahrsschrift für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, Jg. 3, 1919, S. 25 – 34, hier S. 29. Er meint, zur Zeit der Entwertung des österreichischen Geldes habe der Bregenzerwald als „Silberinsel“ gegolten. Das sei daher gekommen, dass die Einnahmequelle der Gegend der Käse-, Butter-, Schmalz und Viehhandel mit Italien gewesen sei.

¹⁴¹ Hanns Leo MIKOLETZKY, Österreich das entscheidende 19. Jahrhundert, Geschichte, Kultur und Wirtschaft, Wien 1972, S. 206.

¹⁴² Vgl. NOBACK, S. 1292.

¹⁴³ Ebenda, S. 1301.

dem österreichischen 20-Guldenmünzfuß.¹⁴⁴ Damit verloren die Gläubiger knapp 17 Prozent ihrer verliehenen Kapitalien, da in Bayern aus derselben Menge Silber 24 Münzen statt wie in Österreich 20 geprägt wurden.

Im Mai 1818 wurden in Tirol und Vorarlberg neue Verordnungen zur Münzregulierung erlassen, zum einen verloren die bayerischen Silbermünzen auf Basis des 24-Guldenmünzfuß ihre Gültigkeit, zum anderen wurden die Kurse zwischen den verschiedenen Gold-, Silber- und Kupfermünzen, die in den Ländern in Verwendung waren, genau festgelegt. Es wurde angeordnet, dass ein Schuldner, der 1.000 fl nach 24-Guldenmünzfuß schuldig war, 833 fl 20 kr nach 20-Guldenmünzfuß zurückzahlen musste. 1 fl im bayerischen 24-Guldenmünzfuß entsprach 50 kr im österreichischen 20-Guldenmünzfuß. Nach dem 1. November 1818 konnte Silbermünzen nach dem bayerischen Münzfuß nur noch als sogenanntes Tiegelsilber zum Einschmelzen abgegeben werden.¹⁴⁵ Mit dieser Veränderung sollten Verluste für den Staat, respektive die Rentämter, bei der Bezahlung von Steuern und Abgaben vermieden werden. Im privaten Geschäftsverkehr und Handel im In- und vor allem Ausland konnten die außer Umlauf gesetzten Münzen aber immer noch verwendet werden.¹⁴⁶ Die unterschiedlichen Münzfüße zeigten ihre Wirkung bis hin zu den milden Sammlungen. So wurde mit amtlicher Weisung verfügt, dass die gesammelten Beiträge nach dem 20-Gulden Münzfuß einzusenden seien.¹⁴⁷ Zu dieser Zeit kursierten neben den Einlösungs- und Anticipationsscheinen in der österreichischen Monarchie eine ganze Reihe von Münzen unterschiedlichster Währung.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Bayerisches Regierungsblatt 1807, Verordnung vom 25. Juli 1807, Sp. 1334-136. Vgl. auch Bayerisches Regierungsblatt 1808, Sp. 1008-1009, Sp. 1293-1295. Reinhard HEYDENREUTER, Der Tiroler Aufstand aus bayerischer Sicht, http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/091001_RM_Heydenreuter.pdf, S. 3, 10. November 2015, und Werner Köfler, Die Kämpfe am Bergisel 1809, Militärhistorische Schriftenreihe des Heeresgeschichtlichen Museums, Heft 20, S. 2, geben die bayerischen Maßnahmen zu den Bancozetteln sehr verkürzt wieder. Für einen Staat ist es selbstverständlich, in seinem Staatsgebiet eine inflationäre Währung eines Nachbarstaates zu beseitigen. Die bayerische Regierung hat aber äußerst kulant versucht, den Tirolern und Vorarlbergern beim Wechsel von der Papier- zur Münzwährung entgegenzukommen. Gerade im privaten Bereich wurde die Handhabung des Wechselproblems den Betroffenen überlassen. Dort, wo wie bei Stiftungen Geld der Allgemeinheit betroffen war, wurde ein Münzfuß zugunsten der Stiftungen gerechnet. Dass besonders Wirte und Handelsleute, die privaten Kreditgeber des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts unzufrieden damit waren, dass sie Kredite nach dem 24-Guldenmünzfuß statt nach dem 20-Guldenmünzfuß zurückbezahlt bekamen, ist nachvollziehbar. Das bedeutete für sie einen Verlust von 15 Prozent.

¹⁴⁵ Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, 1818, S. 449 ff.

¹⁴⁶ Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, Repertorium über die ersten 12 Bände, Innsbruck 1828, S. 537 f.

¹⁴⁷ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 11, Bregenz, 19. Mai 1818.

¹⁴⁸ In den Spenden- und Sammlungslisten sind u. a. Batzen, silberne Kreuzer, Groschen, Dukaten, Thaler, Kronen, Napoleons Thaler sowie halbe und ganze Kupferstücke aufgeführt. Die einzelnen Münzen werden mit ihrem Wert angegeben und in Reichswährung umgerechnet. VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Armensachen II, Nr. 24, Bregenz, 15. Juni 1817.

4.5. Finanz- und Steuerwesen

Aus heutiger Sicht gesehen funktionierte der österreichische Staatshaushalt im 19. Jahrhundert noch völlig anders als ein moderner Staatshaushalt. Adolf Beer, der wohl beste Kenner der österreichischen Finanzen im frühen 19. Jahrhundert, schreibt „über das österreichische Budget in dem Zeitraum von 1780 bis 1815 lässt sich nur schwer ein ganz genauer Einblick gewinnen.“¹⁴⁹ Gesichert ist, dass die Einnahmen seit 1780 deutlich niedriger waren als die Ausgaben, allein von 1780 bis 1790 wuchs das gesamte Staatsdefizit auf 96.637 000 fl. Während der Koalitionskriege und der Herrschaft von Kaiser Franz I. stieg die reine Staatsschuld bis 1810 auf 625.415 000 fl. Einnahmen von 26.148 000 fl standen Ausgaben von 76.077 000 fl gegenüber.¹⁵⁰ Der Staat lebte von ausländischen Subsidien, mit denen das Heer finanziert wurde, und vom Geld der Banken. Zahlungen für Heereslieferungen und größere Ausgaben erfolgten in Bancozetteln. Frisches Geld für den Staat wurde mit Staatsobligationen, die zu 4 bis 5 Prozent verzinst wurden, aufgebracht.

Ausgegeben wurde das Geld für den Hofstaat, auswärtige Gesandtschaften, das Militär, öffentliche Anstalten, die Zivilverwaltung und Zinszahlungen für bestehende Darlehen und Obligationen. Die weitaus größte Summe entfiel dabei immer auf das Militär. Durch die ständig steigenden Staatsschulden waren schließlich die Ausgaben für die Zinszahlungen ab 1798 mehr als doppelt so hoch wie für die Verwaltung, für die die Aufwendungen stetig reduziert wurden.¹⁵¹

Für die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben, vor allem der Kriegskosten, hoben die Landstände je nach Bedarf die benötigten Summen ein, die sie mit dem Landesherrn vereinbart hatten. Der Voralberger Anteil an den gesamtösterreichischen Ausgaben war dabei aber, verglichen mit anderen Teilen der Monarchie, relativ gering. Maria Theresia führte in den 1770er Jahren die Rustikalsteuer für bäuerlichen Grundbesitz, sei es Ackerland, Wald, Weiden oder Brachland, und die Dominikalsteuer für grundherrlichen Besitz und Einnahmen aus diesem ein. Diese Grundsteuer war die größte direkte Einnahmequelle für den Staat.

Dazu kamen noch indirekte Steuern wie das Umgeld (Getränkesteuer), die Salzgefälle (Salzsteuer) oder die Tabaksteuer. Die indirekten Steuern brachten dem Staat in der Regel höhere Einnahmen als die direkten. Außer den Steuern hatten die Bürger noch unterschiedliche Abgaben an verschiedene Institutionen und Organisationen zu entrichten: Wuhrgeld (Wuhrsteuern) für den Bau und die Erhaltung von Flussverbauungen, den Zehent als Abgabe an die Kirche oder den Grundherrschaft sowie Steuern in Not- und Kriegszeiten etwa zur Abwehr der Türken. Für die Ein- und Ausfuhr von Waren mussten Abgaben (Zölle) bezahlt werden. Diese fielen auch für ausländischen Kaufleute und Fernhändler an, wenn sie ihre Waren nur durch Voralberg bzw. bayerisches oder österreichisches Gebiet transportierten. Gebühren (Maut) bezahlte man auch für die Benützung von Brücken und Wegen.

Aus den Rechnungen der Landstände, in denen ihre Aufwendungen für die ständischen Verwal-

¹⁴⁹ BEER, S. 389.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 392.

¹⁵¹ Ebenda, S. 390 f.

tungsbeamten, die Advokaten, Ärzte und Schreiber im Dienst der Landstände sowie für die Landesverteidigung und außergewöhnliche Kriegskosten festgehalten sind, geht deutlich hervor, dass die Ständekasse seit den Koalitionskriegen ständig im Minus war.¹⁵² Im Ausweis über die Aktiva und Passiva der Vorarlberger Landstände 1806 beläuft sich das Defizit auf 2.445.849 fl 33 ½ kr R.W. Der Großteil entstand aus Zinsen für Darlehen und Ausgaben für das Militär. Den jährlichen Einnahmen von 59.040 fl standen Ausgaben von 116.451 fl gegenüber. Das Defizit wuchs also um 57.410 fl. Die gewöhnlichen bestimmten und die unerwarteten, aber zu berechnenden Ausgaben betrugen 44.354 fl. 72.097 fl entfielen zusätzlich auf Zinsen, die für Kredite vor 1798 und Kriegserlittenheiten aufgebracht werden mussten. Mit den Rustikalsteuereinnahmen von rund 50.000 fl konnten die Stände also gerade die gewöhnlichen Ausgaben bestreiten, für außergewöhnliche Ausgaben, die Zinsen für die Kredite oder den Abbau des bestehenden Defizits fehlte das Geld.¹⁵³ Hätten die Stände die gesamten Jahreseinnahmen nur für das Defizit von 1806 verwendet, so hätten sie gut vierzig Jahreseinnahmen dafür benötigt.

Not machte auch die Vertreter der Landstände erfinderisch. Nachdem 1799 durch die russischen Truppen und die Kriegsschäden immense Kosten angefallen waren, rief in Wien Ferdinand Freiherr Müller von und zu Müllegg, der Hofagent der Tiroler und Vorarlberger Stände, in der Wiener Zeitung zu einer Sammlung für die zu Schaden gekommenen Tiroler und Vorarlberger auf.¹⁵⁴ Im Rahmen der folgenden Kampagne schrieb Antonio Salieri die Landsturmkantate für die Geschädigten. Sie wurde im Mai 1800 mehrfach aufgeführt und die Einnahmen der Konzerte gesammelt. Zusammen mit anderen Spenden erbrachten die von Freiherr Müller von und zu Müllegg organisierten Spendenaufrufe 230.007 fl 16 kr, knapp ein Achtel der ausgewiesenen französischen Erlittenheiten von 1 879.770fl.¹⁵⁵

Mit der bayerischen Herrschaft änderte sich in Vorarlberg auch das Steuerwesen grundlegend. Da die Landstände nicht mehr für die Aufbringung der Steuern zuständig waren, wurde ihnen mit dem 8. Juni 1807 das Recht, Steuern einzuheben, entzogen. Gleichzeitig mussten sie ihre Kassen dem bayerischen Staat abliefern, was ihm allerdings nichts brachte, da sie leer waren. Die Vorarlberger Landstände hatten nur Schulden und Außenstände, aber kein Geld. Im Montafon hatten sogar 1806 der Landammann Ignaz Vonier und vier weitere Mitglieder des Standes Montafon, Mathias Drexel, Johann Ulrich Rudigier, Alois Tagwercher und Johann Joseph Versell, die noch etwa 10.000 fl in der Kasse unter sich aufgeteilt, *damit das Geld nicht der königl. baierischen Regierung in die Hände falle*.¹⁵⁶

¹⁵² Zu den Landständen s. Ulrich NACHBAUR, Die Vorarlberger Landstände in ihrer Spätzeit, Aspekte der Verfassung, Verwaltung und Identität, in: Montfort, 63. Jg, 2011, Bd 2, S. 31 – 67 und 64. Jg, 2012, Bd 1, S. 5 – 43.

¹⁵³ VLA, Bayrische Akten, Sch. 85, Nr. 2231.

¹⁵⁴ Wiener Zeitung, Nr. 30, 13. April 1799, Anh. 1122 – 1123.

¹⁵⁵ VLA, Bayr. Akten, Sch. 85, Ausweis über die Activ und Passiv Posten. Zur Spendenaktion vgl. Josef GMEINER, „Zum Vortheil der durch feindliche Verheerungen verunglückten Tyroler und Vorarlberger Landesbewohner“, Salieris „Landsturmkantate“ als Beitrag zu einer Aktion Nachbar in Not des Jahres 1799, in: Mirabilia Artium librorum, hrsg. v. Helmut LANG und Hermann HARRAUER, Wien 2001 S. 74 – 90.

¹⁵⁶ Michael KASPER, Vom „Land“ zum Stand Montafon, in: Montfort, 63. Jg, 2011, Bd 2, S. 81 – 109, hier S. 93.

Mit dem gleichzeitig am 13. Mai 1808 eingeführte Steuerprovisorium hoben die Bayern die vielen verschiedenen alten Abgaben und Steuern auf und ersetzten sie durch vier direkte Steuern: Grund- oder Rustikalsteuer, Haus-, Dominikal- und Gewerbesteuer. Diese Steuern sollten jeweils in den Steuerdistrikten eingehoben werden. Die Grenzen eines Steuerdistrikts entsprachen in der Regel den neuen Gemeindegrenzen. Über die einzelnen Landgerichte wurden die Steuereinnahmen an die Rentämter weitergeleitet. Für eine gerechte Einschätzung der Steuerzahler waren im bayerischen Steuerkataster die Eigentums- und Vermögensverhältnisse der Vorarlberger erhoben und festgehalten worden. Bei den meisten stieß das Steuerprovisorium jedoch auf wenig Gegenliebe.

In Vorarlberg galt unter der k. österreichischen Regierung bis 1806 größtenteils die Vermögenssteuer, und bei dieser wurden die Lasten nach der eigenen Eigenschätzung, wenn sie auch noch so sehr schwer drückten, verhältnismäßig ohne Murren, ohne Zugrundrichtung einzelner Angehörigen getragen und bestritten. Unter der königlich bayerischen Herrschaft wurde diese durch das Steuerprovisorium aufgehoben und die Hauptlast der Staatsabgaben, der Kriegs- und anderen Erlittenheiten auf den Grundbesitzer überwältigt. Viele brave, rechtschaffene, aber verschuldete Bauern verloren deshalb nach Ansicht des Dornbirner Landrichters Dr. Joseph von Ganahl während der bayerischen Zeit ihr Land. Kapitalisten gewannen, weil ihr Kapital nicht besteuert wurde. Grundbesitzer hingegen mussten ihren versetzten Grund nicht nur verzinsen, sondern weiter versteuern.¹⁵⁷

Anstelle der unterschiedlichen Personalsteuern wurde 1808 das Familien-Schutzgeld eingeführt.¹⁵⁸ Bei dieser neuen Steuer bezahlte jeweils das Familienoberhaupt, gestaffelt nach Steuerklassen, eine bestimmte Summe zwischen 30 kr und 5 fl. Als Familienoberhaupt galten dabei auch geistliche und weltliche Würdenträger, allein lebende, erwachsene Männer und Frauen, nicht aber Dienstboten, die im Haushalt lebten.

An direkten Steuern forderte die bayerische Regierung von Vorarlberg 1812 65.829 fl R.W. Das war deutlich mehr als die Steuersumme, die die Stände früher für die Staatskasse einheben mussten. Knapp zwanzig Jahre zuvor waren es noch 43.337 fl R.W. gewesen. Von dieser Summe war der Großteil an den Staat geflossen, knapp zehn Prozent verblieben den Ständen für ihre Ausgaben.¹⁵⁹

In den von den Bayern neu strukturierten sechs Gerichten waren die lokalen Beamten, die Landrichter und ihr Personal, für die Überwachung der Einhebung der verschiedenen Steuern zuständig. In jedem Steuerbezirk, jeder Gemeinde, wurden die verschiedenen direkten Steuern von den lokalen Steuerkassieren eingehoben und dann über die Gerichte weiter an die Rentämter abgeliefert. Die Aufwendungen für das Personal wurden vom Staat getragen, bis 1814 von Bayern, dann wieder von Österreich. Gerichts- und Strafkosten fielen in die jeweilige Gerichtskasse. Schon während der

¹⁵⁷ VLA, LG Bregenz, Sch. 400, Landrichter Ganahl, Dornbirn, 11. März 1815.

¹⁵⁸ Die Angabe von HIRN, Tirol, S. 169, dass das Familien-Schutzgeld das Bargeld zur Finanzierung der offenen Zinsen für die Landschaftskapitalien schaffen sollte, stimmt so nicht. Das Familie-Schutzgeld war eine von verschiedenen direkten Steuern zur Finanzierung der Staatsausgaben.

¹⁵⁹ Anton BUNDSMANN, Die Entwicklung der politischen Verwaltung in Tirol und Vorarlberg seit Maria Theresia bis 1918, Dornbirn 1961, S. 194 f.

letzten Monate der bayerischen Herrschaft, als über die Rückkehr zu Österreich gemunkelt wurde, hatten die Vorarlberger kaum noch Steuern abgeführt, weder das Familien-Schutzgeld noch die anderen direkten Steuern. Mit dem Ende der bayerischen Herrschaft änderte sich das Steuerwesen in Vorarlberg vorerst nicht grundlegend. Die Grund-, Haus-, Dominikal- und Gewerbesteuer übernahm die österreichische Finanzverwaltung.¹⁶⁰ Die Steuerbezirke blieben bestehen. In Feldkirch und Bregenz wurden die zuständigen Rentämter eingerichtet, zu deren Aufgaben die Steuerperzeption und die Führung der Umschreibebücher gehörten, außerdem hatten sie den Steuerkataster zu betreuen und evident zu halten. Vorarlberg nahm so eine lange Zeit eine Sonderstellung in der österreichischen Steuerverwaltung ein.¹⁶¹ Das Selbstbesteuerungsrecht, auf das die Landstände so viel Wert gelegt hatten, erhielten sie 1814 allerdings nicht mehr zurück.

Österreichischer Staatshaushalt 1814 bis 1817 in Millionen Gulden¹⁶²

	<i>Einnahmen</i>	<i>Ausgaben</i>
1814	76,313	112,404
1815	95,176	132,874
1816	124,511	114,538
1817	124,924	122,132

	<i>Ordentliche Einkünfte</i>			<i>Ordentliche Ausgaben</i>						<i>Deficit</i>
	Directe Steuern	Indirecte Steuern	Regalien	Hofetat	Staatskanzlei	Staatsschuld	Civilverwaltung	Öffentl. Anstalten	Militär	
1814	20,927	31,04	1,736	2,106	0,898	5,812	11,494	0,855	84,023	52,036
1815	27,195	39,182	2,567	2,124	0,987	4,715	16,277	6,343	90,74	52,244
1816	32,644	41,305	4,168	2,947	1,073	5,715	24,362	5,610	62,512	23,102
1817	43,91	45,231	4,843	4,191	1,723	8,099	26,825	5,139	52,807	48,000

Die klamme österreichische Regierung tat in den ersten Monaten nach der Wiedereingliederung von Tirol und Vorarlberg daher alles, um die Menschen dazu zu bewegen, ihrer Steuerpflicht wieder nachzukommen. Im September 1814 schärfte der für Tirol und Vorarlberg zuständige Hofkommissär Anton Leopold von Roschmann-Hörburg in Innsbruck den Rentämtern ein, schleunigst sowohl einen Teil der Grund- als auch einen Teil der neu eingeführten Schuldentilgungssteuer einzutreiben. Das Familien-Schutzgeld erließ er den Steuerzahlern ohne Genehmigung der Wiener Hofstelle. Viel

¹⁶⁰ Diese Steuern waren von allen Bürgern, Christen wie Juden, gleichermaßen zu bezahlen. Dasselbe galt nach der Einführung für die Personalsteuer und die Gewerbesteuer. Für die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Hohenems gab es seit der bayerischen Zeit keine zusätzlichen Steuern mehr wie das Judenschutzgeld oder den Leibzoll, den schon Joseph II. aufgehoben hatte. Vgl. Monika VOLAUCNIK-DEFrancSCO, *Arme und Hausierer in der jüdischen Gemeinde von Hohenems (= Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs 12. Bd)*, Dornbirn 1993, S. 21. Dort gewinnt man allerdings den Eindruck, dass es im 19. Jahrhundert eine steuerliche Benachteiligung der Juden gegeben habe.

¹⁶¹ OTRUBA/WEISS, S. 133.

¹⁶² BEER, S. 170 f. Die gesteigerten Einnahmen 1816 und 1817 resultierten vor allem aus Kriegskontributionen und Subsidien.

wichtiger war ihm die Zahlung aller offenen Steuern, Zinsen und Abgaben, die noch aus der Zeit vor 1806 offen war. Was die Bewohner der bayerischen Steuerverwaltung vorenthalten hatten, störte ihn dagegen nicht.

Nach der napoleonischen Zeit und dem Wiener Kongress war der österreichische Staat so verschuldet, dass der österreichische Staatsbeamte Freiherr Anton von Baldacci 1816 in einem geheimen Bericht von der Unterstützung der notleidenden Gebiete in Ungarn und dessen Kronländern abriet, um die steuerlich gewaltig überbürdeten deutschen und italienischen Provinzen nicht noch mehr zu belasten. Den notwendigen Aufwand zur Bekämpfung der Teuerung schätzte er auf eine Million Gulden W.W. und einige Hunderttausend in Conventionsmünze.¹⁶³ Er war aber äußerst skeptisch im Hinblick auf eine umfassende Hilfeleistung durch den Staat. „Sollten aber Einschreitungen auf beträchtliche Hilfen aus dem Staatsschatz geschehen, so sollte doch wohl in Betracht gezogen werden, dass es überhaupt bisher nicht gewöhnlich war, in den Staatsverordnungen- und Bedeckungsaufsätzen eigene Fonds zu dergleichen Unterstützungen zu präliminieren, dass also, sobald es sich um grössere Summen in dieser Beziehung handelt, die Staatscassen hierauf nicht dotirt sind, dass aber insbesondere in solch einer drangvollen Periode, wo von allen Seiten um Hilfe, oder was gleich viel ist, um Nachlässe an den zur Bestreitung des Staatsaufwandes bestimmten Abgaben gebeten wird, in Unmöglichkeit, allenthalben zu helfen, von selbst in die Augen springt, und dass sohin die Gewährung solcher Unterstützungen nur als Ausnahme von der Regel, nur bei der einleuchtendsten Nothwendigkeit und nur zu Gunsten solcher Provinzen, für welche die allerwichtigsten Beweggründe sprechen, stattfinden kann.“¹⁶⁴ Ob dieser Bericht dafür verantwortlich ist, dass die so dringend benötigten Unterstützungen von staatlicher Seite nur äußerst spärlich flossen, lässt sich aufgrund der Entstehungszeit allerdings nicht mit Sicherheit sagen.

Ein bezeichnendes Licht auf die Steuermoral der Bürger wie auch auf die Vorstellungen der Behörden, was Zahlungsmoral und Zahlungsverpflichtungen betraf, wirft ein Satz aus dem Feldkircher Wochenblatt vom 24. Jänner 1815. Thema war die unbefriedigende Zinszahlung des Staats an seine privaten Gläubiger. Anlässlich der geplanten vierteljährlichen Zinszahlung wurde versichert, wenn die Gemeinden und Privaten „ihre beträchtlichen Rückstandsschuldigkeiten an die Aerarialkassen abgeführt haben werden“, würden diese Beträge „vorzüglich zur Bezahlung der von den Staatsgläubigern guthabenden Zinse“ herangezogen werden.¹⁶⁵ Sprich, wenn die Bürger und Gemeinden endlich ihre Steuer- und Abgabenschulden bezahlten, würde man das Geld nutzen, um den Gläubigern die offenen Zinsen für ihre Darlehen auszuzahlen.

Unter Roschmann-Hörburgs Nachfolger Ferdinand von Bissingen-Nippenburg, der ab 1816 auch Landeshauptmann von Tirol und Vorarlberg war, wurde das Steuerwesen in Tirol und Vorarlberg endgültig wieder auf das österreichische Steuersystem umgestellt. Anstelle der von den Bayern eingeführten Steuern wurden die in den anderen Teilen der Monarchie geltenden Steuern eingeführt bzw. bestehende adaptiert und umbenannt. Von Bissingen-Nippenburg setzte auch alles daran,

¹⁶³ BALDACCI, S. 21 ff.

¹⁶⁴ Ebenda, S. 84.

¹⁶⁵ Feldkircher Wochenblatt, 7. Jg, 4. Stück, 24. Jänner 1815, Sp. 25 f.

die Steuerschulden von vor 1806 einzutreiben, und reformierte das System der Steuereintreibung. *Bisher hatten die Gemeindevorsteher und Steuerkassiere durchgehend die Ausschreibung der Steuern mit den Wüstungsumlagen¹⁶⁶ verbunden*, sodass durch die zeitraubenden Gemeindeabrechnungen die Steuern sehr spät zur Abfuhr gelangen. Statt zweimal pro Jahr die Steuern für den Landesherrn einzukassieren, verknüpften sie die staatliche Steuerforderung mit den Gemeindesteuern, die sie zur Finanzierung der Gemeindeausgaben benötigten. Der Kreishauptmann sollte die Gemeindeverantwortlichen dazu verdonnern, dass sie gleich nach Bekanntmachung des zu zahlenden Steuerbetrags die Steuern eintrieben und zu den vorgegebenen Terminen zur Gänze ablieferten. *Wer nicht pünktlich bezahlt, ist namentlich bekannt zu machen*. Das Rentamt konnte so säumige Vorsteher und Steuerkassiere bei nicht ordnungsgemäßer Ablieferung der Steuer exekutieren lassen.¹⁶⁷

Die Anordnung, säumige Zahler per Exekution zur Zahlung zu zwingen, stieß bei den Landgerichten aber auf großen Widerstand, *vor allem da das Feldkircher Rentamt so weit gegangen war, auch Geiseln, die in Bouillon inhaftiert gewesen waren, pfänden zu lassen, ebenso wie zahlungsunfähige und arme Gemeindegehörige, die ihre Armut glaubwürdig darstellen konnten*. Da solche Personen nicht gepfändet werden durften, wurde das Rentamt Feldkirch nachdrücklich mit seinen Pfändungsbestrebungen zurückgewiesen.¹⁶⁸ Das Rentamt in Feldkirch ging bei der Eintreibung von Steuern immer wieder drastische Wege. 1820 ließ es Steuerrückstände gar mit Hilfe des Militärs eintreiben.¹⁶⁹

Für das Jahr 1816 war Vorarlberg eine Steuersumme von 67.304 fl 24 kr W.W. vorgeschrieben worden, doppelt so viel wie die letzte Steuerforderung vor der bayerischen Herrschaft. Zahlbar war das Geld in monatlichen Raten über die Rentämter. Für 1817 wurde die Forderung auf 73.730 fl 35 kr W.W. erhöht.¹⁷⁰ Die Bevölkerungszahl für die sechs Landgerichte betrug zu dieser Zeit 76.254 Personen.¹⁷¹ Die staatliche Steuerforderung machte also rund 58 kr bzw. 54 kr pro Person bei einer Bevölkerung von 81.726 Personen aus. Gerade in ärmeren Gemeinden waren regelmäßig Teile der Bevölkerung nicht in der Lage, ihre Grundsteuer oder ab 1817 auch die Personalsteuer zu bezahlen. Wenn die örtliche Armenkommission ihre Angaben bestätigte, wurden ihnen die Steuern gestundet oder erlassen. In Meiningen etwa waren es 1813/14 dreizehn Personen, die ihre Grundsteuer in der Summe von 15 fl 18 kr 1 H nicht ablieferten konnten.¹⁷² Im Juli 1817 waren in Fußach alle

¹⁶⁶ Gemeindesteuern

¹⁶⁷ VLA, KA 1, Sch. 288, Präsidiale II 28, Steuerrückständeintreibung 1815 – 1820, Steuer 504, Innsbruck, 11. Dezember 1815 und Dornbirn, 13. Jänner 1816.

¹⁶⁸ VLA, KA 1, Sch. 288, Präsidiale II 28, Steuerrückständeintreibung 1815 – 1820, Dornbirn, 22. Jänner 1816.

¹⁶⁹ VLA, KA 1, Sch. 288, Präsidiale II 28, Steuerrückständeintreibung 1815 – 1820, Nr. 982, Innsbruck, 1. April 1820.

¹⁷⁰ KOLER, S. 166.

¹⁷¹ Joseph Max Freiherr von LIECHTENSTERN, Handbuch der neuesten Geographie des Österreichischen Kaiserstaates, Wien 1817, S. 680. Laut Historisches Ortslexikon, Statistische Dokumentation zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte, S. 2, waren es 1817 81.726 Einwohner. http://www.oeaw.ac.at/vid/download/histortslexikon/Ortslexikon_Vorarlberg.pdf, 5. Februar 2016.

¹⁷² VLA, Gemeinearchiv Meiningen, Sch. 32, Nr. 9, Armenfürsorge 1815-1827, Bartholomäus Kühne, Vorsteher, Meiningen, 20. Jänner 1815.

Bewohner mit ihren Steuerforderungen im Rückstand, sodass eine Steuerschuld von 293 fl 27 kr offen war.¹⁷³ Für die Personalsteuer 1818/19 wurden 274 steuerpflichtige Personen erhoben. Von diesen waren 39 wegen ihrer vom Armenrat bezeugten Besitzlosigkeit und Zahlungsunfähigkeit generell von der Zahlung befreit. Im Vergleich zum Vorjahr hatte sich die Zahl der Befreiten um fast 80 % erhöht. 95 Personen mussten ihre Steuer ohne Abzüge entrichten. 137 Personen wurde sie vorerst gestundet.¹⁷⁴

Die bayerische Gewerbssteuer wurde mit dem Patent vom 20. Juni 1817 in die Industrialsteuer bzw. Erwerbssteuer umbenannt, die es im Rest von Österreich seit 1812 gab. Die Bemessungsgrundlagen wurden verändert. Die Höhe der Steuer hing jetzt von der Größe des Ortes sowie der Zahl der Einwohner, also der möglichen Kunden, ab. Die Modalitäten wurden in der Gubernialverordnung vom 24. Juli 1817 festgelegt. Zu diesen gehörte, dass es in Tirol und Vorarlberg bei den Gewerben vier Steuerklassen gab, während in allen anderen Kronländern nur drei festgelegt worden waren. Bei der vierten Steuerklasse für Tirol und Vorarlberg handelte es sich um einen besonders niedrigen Steuersatz von 1 fl 30 kr. Das war die Hälfte des an anderen Orten gültigen geringsten Erwerbsteuersatzes. Der Grund dafür war die „geringe Ertragsfähigkeit der Gewerbe“ in diesen Ländern.¹⁷⁵

Anstelle des bayerischen Familien-Schutzgeldes wurden am 23. August 1817 die in anderen Teilen der Monarchie seit 26. September 1806 geltende Klassen- und Personalsteuer eingeführt. Die Personalsteuer wurde jeweils für ein sogenanntes Militärljahr, das dem Kalenderjahr gegenüber zeitlich etwas verschoben war, eingehoben. Es begann Anfang November des Vorjahres und endete Ende Oktober des laufenden Jahres. Für das Militärljahr 1817 dauerte es also von Anfang November 1816 bis Ende Oktober 1817. Als die Personalsteuer in Vorarlberg eingeführt wurde, betrug sie 30 kr pro Kopf. Wegen der Notzeiten wurde die Zahlungsfrist bis zum April 1818 ausgedehnt. Im Gegensatz zum bayerischen Familien-Schutzgeld, das nur das Familienoberhaupt entrichten musste, bezahlte man nun für jeden Hausgenossen, der im Haus lebte und das 15. Lebensjahr vollendet hatte.

Neben der Personalsteuer, einer Kopfsteuer, war die gleichzeitig eingeführte Klassensteuer eine Vermögenssteuer, die nach der Höhe des Vermögens gestaffelt war. Arme waren von dieser Steuer befreit, wenn die zuständigen Armenräte ein entsprechendes Armutszeugnis ausgestellt hatten. Bei der Grundsteuer wurde am 20. Juni 1817 der Steuersatz leicht erhöht. Unverändert für die Vorarlberger blieb vorerst nur die Häusersteuer.

Dass diese österreichischen Steuern gerade im Krisenjahr 1817 in Vorarlberg gültig wurden, stieß bei der Bevölkerung, aber auch den Landrichtern auf schärfste Kritik und großes Unverständnis.

¹⁷³ VLA, LG Dornbirn, Sch. 232, Steuer 1817, Fußsach, 25. Juni 1817.

¹⁷⁴ VLA, LG Dornbirn, Sch. 232, Steuer 1818, Verzeichnis sämtlicher der Personalsteuer unterliegender Contribuenten wie auch die Berechtigung 1817/18, Pfarrvorstehung und Ammann Joseph Anton Schneider, vgl. SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden, S. 165 ff.

¹⁷⁵ Alois Silvan von KREMER, Darstellung des Steuerwesens: ein Versuch, 1. Teil, Wien 1821, S. 164.

Besonders die Landrichter waren der Meinung, man hätte einen schicklicheren Zeitpunkt für ihre Einführung abwarten sollen.¹⁷⁶ In den Quartalsberichten wiesen sie wiederholt darauf hin, dass die Stimmung, was die Person des Kaisers betreffe, gut sei, über die Auflagen, insbesondere über die Personalsteuer, aber viel und bitter geklagt werde. Und zwar, weil die Leute das Geld nicht hätten.¹⁷⁷ Im Februar 1820 wurde daher für Tirol und Vorarlberg eine zweite Klasse für die Personalsteuer eingeführt, und zwar ein um die Hälfte verringerter Satz zu 15 kr für Dienstboten und Tagwerker, die nur einen sehr geringen Lohn erhielten. Außerdem wurde der Einhebungszeitraum für die beiden Länder bis Oktober (Ende des Militärjahres) ausgedehnt.¹⁷⁸

Als Reaktion auf die Notzeiten versuchten die Behörden der Bevölkerung mit Steueraufschüben oder Steuerverzicht für einen begrenzten Zeitraum entgegen zu kommen. So wurde den vom Hochwasser 1816 betroffenen Gemeinden Gaißau, Fußach und Lustenau im März 1817 ihr Steuerrückstand von 270 fl 29 ½ kr bis zur kommenden Ernte gestundet.¹⁷⁹

Die unterste Verwaltungs- und Steuerebene bildeten seit 1808 die Gemeinden. Zu ihren Aufgaben gehörten die Armen- und Krankenversorgung, der Erhalt der Infrastruktur, das Bildungswesen und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Außer für ihre eigenen Gemeindestraßen und Wege mussten sie mit den Anrainergemeinden die Kosten für gemeinsame Projekte übernehmen. Die Ausgaben für den Erhalt der Staatstraßen wurde erst 1818 der Landesbaudirektion übertragen, die ab 1820 als k.k. Tiroler und Vorarlberger Provinzial-Baudirektion firmierte. Zu den gemeinsam getragenen Kosten gehörten besonders die Wuhrkosten an den großen Flüssen.

Im Rahmen ihrer Verpflichtung, für arme und kranke Mitbürger zu sorgen, teilten sich Gemeinden häufig die Kosten für die gemeinsamen Armen- und Versorgungshäuser sowie für Wund- und Tierärzte. Kleine Gemeinden waren häufig nicht in der Lage, den Aufwand für ein gemeindeeigenes Armen- und Versorgungshaus allein zu tragen.

Zu den ersten Schritten nach der Wiedereingliederung in die österreichische Verwaltung gehörte es, sich einen Überblick über die Gemeindebudgets und die Finanzen zu verschaffen. Dazu wurden am 20. Juli 1814 die einzelnen Landrichter aufgefordert, einen Vergleich zwischen 1805 und 1813 für das Kreisamt in Bregenz zu erstellen.

Für das Landgericht Dornbirn fasste Landrichter von Ganahl folgende Zahlen zusammen: von den sechs Gemeinden des Landgerichts hatten 1805 drei einen Überschuss und zwei ein Defizit, für Gaißau fehlten die Zahlen.

¹⁷⁶ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bezau, 19. Dezember 1817; Mosbrugger, Dornbirn, 19. Dezember 1817.

¹⁷⁷ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bludenz, 17. Dezember 1817.

¹⁷⁸ KREMER, S. 227 ff.

¹⁷⁹ Tiroler Landesarchiv (in Zukunft TLA), Hofregister 1817, fol. 291', Wien, 5. März 1817.

Gemeinden im Vergleich 1805 zu 1813:

Gemeinde	1805 Überschuss	1805 Defizit	1813 Überschuss	1813 Defizit
Dornbirn	7.536 fl		3.627 fl	
Ems & Ebnet		51.977 fl		42.772 fl 3 kr
Lustenau	20.927 fl 51 kr			14.008 fl 57 kr
Höchst		3.270 fl 17 ½ kr		7.287 fl 7 ½ kr
Fußach	1.860 fl		205 fl 42 kr	
Gaißau				
Gesamt	30.323 fl 51 kr	55.247 fl 19 ½ kr	3.832 fl 42 kr	64.068 fl 7 ½ kr

1813 hatten nur noch zwei Gemeinden, Dornbirn und Fußach, positiv bilanziert. Für den gesamten Bezirk war das Defizit von 24.923 fl 28 ½ kr auf 60.235 fl 25 ½ kr angewachsen. Als Grund nannte von Ganahl die außerordentlich großen und drückenden Ausgaben, die auch mit einer guten Haushaltung nicht aufzufangen gewesen seien. Er strich auch heraus, dass diese hohen Ausgaben nicht von allen Bürgern über Steuern getragen worden seien, sondern von den vermögendere Gemeindegliedern bestritten würden. Ein Blick auf den Vermögensstand der einzelnen Gemeindeglieder zeige, dass auch die Einzelvermögen ständig abgenommen hätten. Davon zeugten auch zahlreiche Konkurse in diesem Zeitraum. Um eine weitere Verminderung der Gemeindevermögen zu verhindern und die Möglichkeit für eine Reduzierung der Passiva zu ermöglichen, forderte er eine einfache und weniger kostspielige Verwaltung der Gemeindevermögen. Dazu würde er gerne die Neuerungen der bayerischen Verwaltung wieder abschaffen. Er forderte, dass die Vorsteher und Kassiere aus den Gemeinden die Verwaltung der Gemeindeführung übernehmen, sparsam haushalten sollten und keine Rechnungsrückstände mehr vorkommen dürften. Durch verzögerte Rechnungsstellung sei schon manche Familie an den Bettelstab gebracht und ins Unheil gestürzt worden. Wenn darauf geachtet werde, würde *man getrost sehen, daß sich in Bälde ein blühender Zustand in dem Gemeindevermögen zeigen und die Schulden gänzlich getilgt seyn werden.*¹⁸⁰

Die steigenden Anforderungen an eine Gemeinde verdeutlicht auch die Lustenauer Gemeindeführung. 1815/16 betragen die Einnahmen 2.051 fl 19 ¼ kr, die Ausgaben mit 2.814 fl 20 kr waren deutlich höher. Bei den Ausgaben entfielen 368 fl 32 ½ kr auf Besoldungen. Mit 210 fl 44 kr musste der Armenfonds unterstützt werden.¹⁸¹ Zwei Jahre später beliefen sich die Einnahmen auf 8.077 fl 14 ¼ kr, die Auslagen auf 7.673 fl 34 kr. Für den Unterhalt der Armen musste der Armenfond mit 96 fl 58 kr subventioniert werden.¹⁸²

¹⁸⁰ VLA, LG Bregenz, Sch. 400, LG Dornbirn, 1. September 1814.

¹⁸¹ Gemeindearchiv Lustenau, Rh 18, 18,30, Gemeindeführung 1815/16, Lustenau, 1. Nov. 1815 bis letzten Oktober 1816, Gemeindegeldkassier Karl Benedikt Hollenstein.

¹⁸² Gemeindearchiv Lustenau, Rh 18, 18,30, Gemeindeführung 1817/18, Lustenau, 1. Nov. 1817 bis letzten Oktober 1817, Gemeindegeldkassier Johann Jussel.

4.6. Individuelle Vermögensverhältnisse

Wie viel Geld hatte ein Bauer, ein Handwerker, ein Verleger, ein Handelsmann zwischen 1814 bis 1818 in Vorarlberg zur Verfügung? Was verdiente er und was konnte er ausgeben? Fragen, die sich nur unzureichend beantworten lassen. Rückschlüsse lassen sich zum Teil aus dem bayerischen Steuerkataster und den Steuerlisten für die Personalsteuer ziehen. Die Verzeichnisse zum bayerischen Steuerkataster 1808 sind im Vorarlberger Landesarchiv erhalten.¹⁸³ Personalsteuerlisten finden sich fallweise in den Gemeindearchiven und in den Steuerakten der Gerichte.¹⁸⁴ Die Steuerbücher aus dem Montafon zeigen beispielsweise, dass der reichste Montafoner Anthony Maklot 1801 Steuern in der Höhe von 1.152 fl bezahlt hat. Das entsprach dem Gesamtvermögen vieler Vorarlberger Familien. Bei einem Steuersatz von 4 Prozent kann man auf ein Vermögen Maklots von 28.800 fl schließen.¹⁸⁵

Einen Einblick in die individuell oft sehr unterschiedlichen Vermögensverhältnisse geben auch Erbschafts- sowie Konkursinventare. Während bei ersteren die offenen Forderungen so gut wie immer einen bedeutenden Teil des Vermögens ausmachen, sind es bei zweiteren gerade diese Forderungen, die zeigen, wie stark viele Vorarlberger über Jahrzehnte verschuldet waren. Auf der einen Seite waren die wohlhabenden Wirte, Handelsleute und Geldverleiher und auf der anderen Bauern, Handwerker, Fuhrknechte und Schiffeute, die sich bei ihren reichen Nachbarn Geld liehen. Besonders Wirtedynastien schafften es durch geschickte Heiraten und erfolgreiches Wirtschaften große Vermögen anzuhäufen. So betrug das Vermögen des 1814 verstorbenen Johann Georg Metzler, Hirschenwirt in Schwarzenberg, 113.139 fl. Das war fast das Zehnfache der staatlichen Notvorschüsse von 1817 für ganz Vorarlberg. Das Nachlassinventar zeigt aber auch deutlich die Kehrseite der Medaille. Etwa zwei Drittel des Vermögens bestanden aus ausständigen Darlehen und Zinsen. 371 Schuldner standen beim Verstorbenen mit 77.454 fl in der Kreide.¹⁸⁶

Eine besondere Gruppe stellten auch die jüdischen Kaufleute in Hohenems dar. Die bayerischen Statistiken von 1809/10 bzw. 1811/12 zeigen, dass die 52 gelisteten Kaufleute sowie ein Krämer enorme Umsätze machten. Bei der ersten Zählung 1809/10 waren es 686.100 fl, zwei Jahre später erlösten sie einen Umsatz von 657.725 fl, im Schnitt also 12.400 fl pro Kaufmann.¹⁸⁷

Bekannt und gesichert sind auch die Gehälter von Beamten, Verwaltungsangestellten, Priestern, Lehrern, Gendarmen und Grenzbeamten, Ärzten, Hebammen sowie die Löhne von Fabrikarbeitern und –arbeiterinnen sowie Tagelöhnern und Tagelöhnerinnen. Ein Landrichter I. Klasse (mehr als 9.000 Seelen im Landgericht) verdiente 1816 1.000 fl W.W., ein Landrichter II. Klasse (5.000 – 9.000 Seelen) 800 fl W.W., ein Landgerichtsbeamte erhielt 1 fl 30 kr Taggeld. 1817 kostete die Besol-

¹⁸³ VLA, Bayerischer Steuerkataster, Heberegister, Umschreibbücher und Fassionen aus allen sechs Landgerichten.

¹⁸⁴ Für das Gericht Dornbirn für die Personalsteuervorschreibung 1818/19 s. VLA, LG Dornbirn, Sch. 233, Steuer 1819.

¹⁸⁵ KASPER, Montafon, S. 86.

¹⁸⁶ Helmut FEURSTEIN, Die Verwandtschaft der Feurstein/Christas-Hensles vom 17. bis 19. Jahrhundert, Bregenz 2010, S. 117.

¹⁸⁷ RODE, S. 183.

dung des Landgerichtspersonal in Tirol und Vorarlberg 135.650 fl C.M.¹⁸⁸ Ein Mautkordonist erhielt 1814 einen Taglohn von 36 kr, rund 180 fl im Jahr bei 300 Arbeitstagen.¹⁸⁹ Die Stelle des Kreiswundarztes in Bregenz war mit 300 fl W.W. dotiert.¹⁹⁰ Aus seiner Hausapotheke und der Ordination verdiente ein Arzt monatlich im Durchschnitt 90 fl.¹⁹¹ 1816 erhielt ein Fuhrmann für eine Fahrt von Hard nach Dornbirn 48 kr, dieselbe Summe wurden für einen Tag Holz führen bezahlt.¹⁹² Für die Zustellung eines Briefes von Bregenz ans Landgericht Bezau erhielt der Bote Reiner 1817 3 fl.¹⁹³ Ein Steinhauer verdiente pro Tag 1 fl, ein Schiffsknecht bekam 1816 pro Tag 1 fl 30 kr. Die Fußacher Hebamme erhielt zwischen 1812 und 1818 jährlich 20 fl, der Schullehrer zwischen 200 und 220 fl.¹⁹⁴

Bei der Instandsetzung der vom Rhein überfluteten Straße zwischen Lustenau und Höchst ergaben sich 1817 folgende Verdienstmöglichkeiten für Lustenauer Bauern und Fuhrleute. Am 8. Juli waren 24 Mann den ganzen Tag am Rhein, um den Fluss zu bewachen und die Wuhren zu verstärken. Sie erhielten jeweils 40 kr Taggeld. An den folgenden vier Tag waren neuerlich zwischen 28 und 41 Mann dafür abgestellt. *Außer den 124 fl 24 kr für die paar Tage Arbeit am Rhein musste die Gemeinde noch für die eingesetzten sechs bzw. sieben Wägen [...] je Halbtage noch einmal 48 kr aufwenden, insgesamt 10 fl 24 kr.*¹⁹⁵

Bei den Heimarbeitern, die von den Verlegern mit Arbeit versorgt wurden, hing das Einkommen in hohem Maß auch vom eigenen Fleiß sowie der Konjunktur ab. Die meisten Spinner und Stickerinnen arbeiteten zu dieser Zeit in einer Art Stückakkord. Bei Handwerkern erschwerte sich die Einkommenssituation insofern, als sie zwar ihre Rechnungen stellten, häufig aber über Wochen, wenn nicht Jahre auf deren Bezahlung warten mussten. Bei der geringen Einwohnerzahl und der Konkurrenz konnte ein Handwerker nicht damit rechnen, sich allein durch seine Arbeit ernähren zu können. Er war auf die Erträge seines Gartens, seines Kartoffel- und Türkenackers angewiesen.¹⁹⁶ Am schwersten einzuschätzen sind die Einkommen der Bauern, die nicht nur vom Wetter, sondern auch vom Markt abhängig waren.

In seiner Einschätzung des Vorarlberger Volkscharakters schrieb der 1822 verstorbene Pfarrer Franz Joseph Weizenegger, der alte Vorarlberger¹⁹⁷ sei bei einem schuldenfreien Anwesen und etwa 500 fl Kapital wohlhabend gewesen, stieg das letztere auf 3.000 fl, so nannte man ihn reich. Wer im Jahr 50 bis 60 fl erwirtschaftet und seine Abgaben entrichtet habe, gehöre zum großen Vorarlberger

¹⁸⁸ KOLER, S. 137.

¹⁸⁹ VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Post/Mautsachen I/8, Nr. 264, Feldkirch, 21. September 1814.

¹⁹⁰ GSTACH, Hummel, S. 39. Die Tagebücher von Dr. Christian Hummel sind eine Fundgrube für Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten dieser Zeit. Für 1817 s. S. 106 ff.

¹⁹¹ Ebenda, S. 95.

¹⁹² Gemeindecarchiv Hard, Aufschreibbuch Sebastian Abler, Rochus Sebastian Hartmann, 1798 – 1829.

¹⁹³ VLA, LG Bregenzwald, Sch. 31, Bezau, 16. Jänner 1817.

¹⁹⁴ SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden, S. 309 f.

¹⁹⁵ Gemeindecarchiv Lustenau, Rh 13, Rh 13/20, Wuhrkosten 1816/17, Joseph Bösch, Gemeindsammann, Lustenau, 14. Juli 1817.

¹⁹⁶ WEIZENEGGER-MERKLE, I. Abteilung, S. 331.

¹⁹⁷ WEIZENEGGER meint damit vor der Industrialisierung.

Mittelstand.¹⁹⁸ Diese Aussage trifft für die Fußacher Bevölkerung ziemlich genau zu. Von rund 114 Familien besaßen um 1810 acht ein ausgewiesenes Barvermögen über 500 fl. Reich mit einem Gesamtvermögen von über 21.000 fl waren nur die Brüder Heinrich und Joseph Blum. Nach der Krise waren sie die einzigen, die noch über flüssiges Vermögen verfügten.¹⁹⁹

Hnr.	Vermögensstand um 1810			Davon Bargeld	um 1818
62	Blum Heinrich + Joseph, Fabrikanten	21.165 fl	40 kr	4.400	4.700
91	Schneider Joseph Anton, Faktor	3.477 fl	15 kr	1.000	0
107	Kuster Maria Johanna, Wwe	3.196 fl	40 kr	1.000	0
10	Spehler Jakob, Bote	3.327 fl		1.000	0
64	Schneider Anton, Schiffwirt	6.265 fl	20 kr	800	verstorben
110	Spehler Leonhard, Bote	3.420 fl		800	verstorben
40	Helbock Michael, Schiffer	1.858 fl	38 kr	700	0
15	Kuster Joseph, Schiffer, Kornhändler	2.495 fl	20 kr	590	verstorben
56	Schneider Johannes, Händler	2.122 fl		500	0
		47.330 fl	53 kr	10.790	

In den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts genügte einem angehenden Fabrikanten ein Investitionskapital zwischen 3.000 und 9.000 fl, um den Bau oder Kauf einer Spinnerei, Druckerei, Färberei oder Bleiche zu finanzieren. Anselm Brielmayer ging 1818 davon aus, dass er für den Kauf einer Papiermühle in Lauterach 9.060 fl benötigte. 3.000 fl besaß er selbst, 8.000 fl erwartete er von seinen Eltern.²⁰⁰

Fasst man die verfügbaren Daten aus den unterschiedlichen Quellen zusammen, so zeigt sich klar, dass es in Vorarlberg durchaus eine Schicht von Bürgerinnen und Bürgern gegeben hat, die ein komfortables, sicheres Leben führte und nach Weizenegger als wohlhabend, wenn nicht sogar als reich galt.

Eine große und ab 1808 wachsende Gruppe waren die arbeits- und damit einkommenslosen Arbeiter und Handwerker, die ihre Rechnungen und Steuern nicht mehr bezahlten, Kredite aufnahmen und auf die Erträge ihrer Gärten und Gemeindeanteile angewiesen waren.

Die Bauern, die Getreide anbauten und Vieh hielten, profitierten in Vorarlberg immer noch davon, dass sie für ihre Ernten und ihre Produkte wie Milch, Käse, Molke und Fleisch im Land ausreichend Abnehmer fanden. Kritisch wurde es für einen großen Teil der Vorarlberger Bevölkerung nur, wenn das fragile Gleichgewicht zwischen Verdienst und Ausgaben ins Wanken kam.

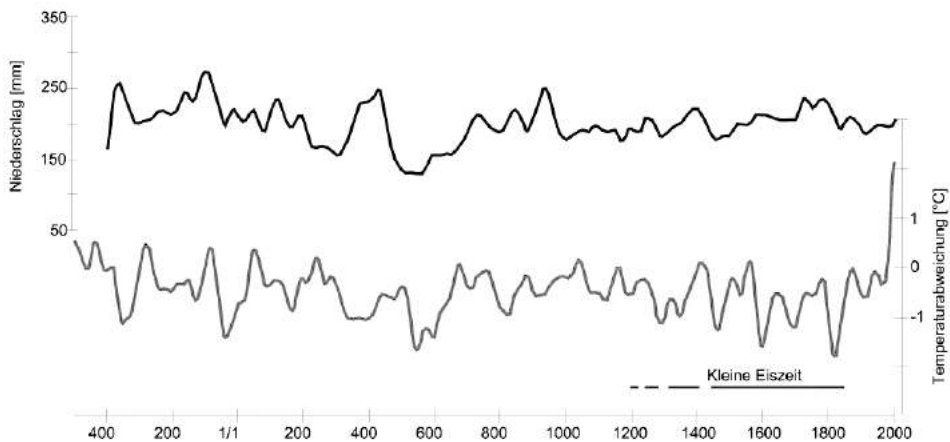
¹⁹⁸ WEIZENEGGER-MERKLE, I. Abteilung, S. 329 und 349.

¹⁹⁹ Vgl. SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden, S. 151, basierend auf VLA, GAF, Hs. 3, Steuerverzeichnis 1809 – 1816.

²⁰⁰ Hubert WEITENSFELDER, Das liebe Geld. Kapitalien in Vorarlberger Fabriken und Gewerbebetrieben während der frühen Industrialisierung, ca. 1820 bis 1870, in: Bludenzener Geschichtsblätter 32 (1996), S. 19 – 27, hier S. 20.

5. KLIMATISCHE BEDINGUNGEN

Für die Krise der Jahre 1816 und 1817 werden von vielen Forschern klimatische Gegebenheiten verantwortlich gemacht. Zwischen 1805 und 1825 befand sich Europa am Ende einer Kälteperiode, während der die negativen Temperaturanomalien überwogen. Wegen der tiefen Temperaturen bezeichnen Klimaforscher die Zeit von 1500 bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts auch als kleine Eiszeit. Zu den letzten Jahren dieser Kälteperiode gehörten in Vorarlberg die Jahre von 1810 bis 1822. Neben den kalten Wintern waren es aber die kühlen und nassen Sommermonate, die schlechte Ernteergebnisse zur Folge hatten. Nur in zwei Jahren (1818, 1819) erreichten die Sommertemperaturen die Durchschnittswerte des 20. Jahrhunderts.²⁰¹ Zwei Jahre davon gelten in dieser Zeit als „Jahre ohne Sommer“. Christian Pfister spricht für Mitteleuropa schon vom Jahr 1813 als Jahr ohne Sommer.²⁰² Auf der Nordhalbkugel wird das Jahr 1816 als Folge des Ausbruchs des Tambora 1815 als Jahr ohne Sommer bezeichnet.



Die Vorarlberger Chronisten vermerkten bei ihren Schilderungen des Jahres 1816 regelmäßig, dass dieses Jahr nur der Höhepunkt nach einer Folge von fünf rauen und harten gewesen sei, und berichten von frostigen und feuchten Herbstmonaten sowie schneereichen Wintern mit Lawinenkatastrophen. So zeigen die aus Lingenau überlieferten Wintertemperaturen, dass es über mehrere Jahre extrem kalt gewesen ist. Über die Wetterverhältnisse informieren uns die verschiedenen Aufzeichnungen und Wetterchroniken von Privatpersonen.²⁰³ Priester, Dorfchronisten und interessierte Laien vermerkten in ihren Kalendern mehr oder weniger regelmäßig und detailliert

²⁰¹ Wolfgang SCHEFFKNECHT; Rheinüberschwemmungen in Lustenau, <http://cdn2.vol.at/2005/10/Lustenau-und-der-Rhein2.pdf>, 10. Jänner 2016.

²⁰² Vgl. Christian PFISTER, *Wetternachhersage, 500 Jahre Klimavariation und Naturkatastrophen*, Bern 1999, s. Tabelle S. 211 und S. 207.

²⁰³ Wetteraufzeichnungen waren zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine private Marotte, Ausdruck eines naturkundlichen Interesses. Zur Geschichte der Wetterprognosen und der Wetteraufzeichnungen vgl. Peter MOORE, *Das Wetterexperiment, Von Himmelsbeobachtern und den Pionieren der Meteorologie*, Hamburg 2016.

außergewöhnliche Wetterphänomene oder notierten Temperaturen und Schneehöhen. Die ausführlichsten Chroniken dieser Zeit führten Daniel Müller im Kleinwalsertal²⁰⁴ und Pfarrer Johann Conrad Herburger,²⁰⁵ der 1818 die Lingenauer Chronik verfasste. Kürzere Hinweise finden sich u.a. in den Pfarrchroniken von Schwarzenberg, Egg, Bildstein, Wolfurt, Hard, Fußach, Höchst, Lustenau und Altenstadt. Ähnliche Aufzeichnungen gibt es aber auch in zahlreichen Chroniken und privaten Aufzeichnungen aus ganz Europa. Bei der Analyse der Quellen wirkt sich der zeitliche Abstand zwischen der Niederschrift und den Ereignissen deutlich aus.

Während Daniel Müller jeden Tag seine Aufzeichnungen machte und Pfarrer Herburger seine Chronik kurz nach den Notjahren begann, sind etliche Familienchroniken wie die von Sebastian Feurstein in Dornbirn oder Berichte aus dem Montafon eine oder mehrere Generationen später entstanden. Dabei haben sich Topoi und Fehler eingeschlichen, die typisch für mündliche tradierte Narrative sind. Eltern und Großeltern haben sich in erster Linie an die schrecklichsten Dinge erinnert und aus den Erzählungen ihre eigene historische Sicht der Ereignisse konstruiert. Die kurioseste Darstellung findet sich bei Sebastian Feurstein. Er berichtet, dass der Sommer 1816 ein trockener und so heißer war, dass die ältesten Leute sich nicht erinnern konnten, solche wochenlang anhaltende Hitze erlebt zu haben. Alles in den Gärten sei verdorrt, das Obst halbreif von den Bäumen gefallen. Nur der Türken sei zu gebrauchen gewesen. Das Heu sei spärlich gewesen und während des Mähens verdorrt. Gromat²⁰⁶ habe es keines gegeben. Es habe große Not geherrscht.²⁰⁷ Diese Beschreibung eines heißen Sommers 1816 findet sich auch in den mündlich tradierten Montafoner Überlieferungen.²⁰⁸ Sie widerspricht aber allen zeitgenössischen Aufzeichnungen über Vorarlberg, Tirol und die Schweiz. Am ehesten trifft sie noch auf den Sommer 1818 zu.²⁰⁹

Typisch für spätere Überlieferungen sind auch die Beschreibungen, dass Menschen auf der Wiese wie Vieh das Gras abfraßen. Auch die fast immer gleich überlieferte Geschichte eines Bauern, der eine Kuh auf den Markt getrieben hat und mit einem Sack Mehl nachhause gekommen ist, gehört zum Fundus der Geschichten über das Jahr 1816.

²⁰⁴ Kalenderaufzeichnungen des Daniel Müller (1781 – 1845) aus Mittelberg im Kleinen Walsertal. Dank an Stefan Heim vom Archiv Mittelberg. Für das folgende Kapitel habe ich die Angaben von Daniel Müller chronologisch geordnet. Im Transkript, das den Kalenderaufzeichnungen genau folgt, fließen die Angaben zu den einzelnen Jahren ineinander.

²⁰⁵ Chronik von Lingenau, oder Beschreibung der merkwürdigsten Begebenheiten, welche sich in alten Zeiten im Bregenzerwald, vorzüglich aber im Gericht Lingenau ereignet haben. Gesammelt und zusammengeschrieben von Joh. Conrad Herburger, Caplan in Lingenau anno 1818. In 2 Theilen. Herburger, 1780 – 1845, war von 1807 bis 1821 Pfarrer in Lingenau, RAPP, S. 591 f. Die Chronik befindet sich als Kopie im VLA.

²⁰⁶ Gromat, Grummet – letzter Heuschnitt.

²⁰⁷ Aus der Familienchronik des Sebastian Feurstein in Dornbirn, in: *Alemania* 1934, S. 179. Sebastian Feurstein, 6.11.1808 bis 17.2.1867, Handelsmann aus Dornbirn. Zur Zeit der Missjahre war er acht Jahre alt. http://lexikon.Dornbirn.at/Dornbirner-Familienbuch.1152.0.html?&tx_familybook_pi1%5Brel%5D=P%3A10117. Im Abdruck seiner Chronik ist für die Ereignisse von 1814 und 1816 jeweils das darauf folgende Jahr als Überschrift angegeben.

²⁰⁸ Vgl. KASPER, S. 11 – 15.

²⁰⁹ Vgl. FLIRI, S. 58.

Regelmäßige Wetteraufzeichnungen durch staatliche Meteorologen gab es zu dieser Zeit in Vorarlberg noch nicht. Die österreichische Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik wurde erst 1851 gegründet.²¹⁰

Tiefste Wintertemperaturen unter null Grad in Lingenau in Reaumur bzw. in Celsius umgerechnet:

1809	Jänner	-20	R	-25	C
1810	Dezember	-17	R	-21,25	C
1811	Dezember	-15	R	-18,25	C
1812	Jänner	-13 ½	R	-16,9	C
1813	Jänner	-16	R	-20	C
1814	Dezember	-18	R	-22,5	C
1815	Jänner	-19	R	-23,75	C
1816	Dezember	-19	R	-23,75	C
1817	Dezember	-12	R	-15	C
1818	Februar	-9	R	-11,25	C
1819	Dezember	-11	R	-13,75	C
1820	10. Jänner	-20 ½	R	-25,63	C

Die Zeitungen haben dem ungewöhnlichen Wetter und den Folgen wie Überschwemmungen, schlechten Ernten und Teuerung mehrfach ihre Aufmerksamkeit gewidmet. Überregionale Katastrophenberichte finden sich in vielen zeitgenössischen Blättern. So berichtete „Der Bote von Tyrol“ am 6. Juli 1816 ausführlich über die Situation in Deutschland.²¹¹ Die Situation in Vorarlberg fand zwar ihren Niederschlag in ausländischen Zeitungen, aber weder in den erhaltenen Ausgaben der Bregenzerischen Wochenzeitung von Joseph Anton Brentano noch im Feldkircher Wochenblatt der Graffischen Buchdruckerei von 1816 und 1817 wird das schlechte Wetter erwähnt. In Nord- und Südtirol häuften sich zwischen 1806 und 1825 Schlechtwetterperioden. Vor allem seit 1811 kam es immer wieder zu Jahren mit totalen Ernteaussfällen, Unwetterkatastrophen und Hochwasser.²¹²

5.1. Tambora

Neben der längerfristigen Klimaverschlechterung während der kleinen Eiszeit waren es die Auswirkungen eines gigantischen Vulkanausbruchs, die das Wetter weltweit beeinflussten.

Am 5. April 1815 explodierte auf der indonesischen Insel Sumbawa der Vulkan Tambora und schleuderte in den folgenden Tagen Millionen Tonnen von Asche und hoch giftigem Schwefel in die Atmosphäre. Die Explosion war noch in 2.600 Kilometer Entfernung zu hören. Asche regnete in

²¹⁰ <http://www.zamg.ac.at/cms/de/topmenu/ueber-uns/geschichte>, 10. Jänner 2016.

²¹¹ Der Bote von Tyrol, 6. Juli 1816, S. 438, vgl. BEHRINGER, Tambora, S. 48. Der Bericht, den er über das Wetter in Tirol zitiert, stammt allerdings nicht aus dem „Boten von Tyrol“, sondern aus der Zeitung „Der Wanderer“ vom 14. Juli 1816.

²¹² PENZ, S. 1.

einem Umkreis von 1.300 Kilometer vom Himmel. Für zwei Tage war die Sonne in der Umgebung der Insel nicht mehr zu sehen. Erst nach zwölf Tagen schwächte sich der Ausbruch am 17. April 1815 ab. Schwefel und Asche breiteten sich über den Globus aus und reflektierten das Sonnenlicht, was zu einer Klimaverschlechterung führte. Durch die Staubpartikel in der Luft wurde die Sonneneinstrahlung reduziert, die Temperatur sank und die Niederschläge erhöhten sich. Erst nach einigen Jahren in der Stratosphäre sanken die Partikel durch die Schwerkraft nach und nach wieder auf die Erde.

In der näheren Umgebung des Vulkans auf Sumbawa und den Nachbarinseln Flores und Timor starben zwischen 8.000 und 10.000 Menschen an den direkten Folgen des Ausbruches. Die Flutwelle, die dem Ausbruch folgte, und die Hungersnöte durch die Klimaveränderung in Nordamerika, Europa und Asien forderten 1816 unzählige weitere Tote.

Dieser Ausbruch des Tambora gilt bis heute als die größte in geschichtlicher Zeit beobachtete Vulkaneruption und entsprach einer Sprengkraft von rund 170.000 Hiroshima-Atombomben. Die Höhe des Vulkanbergs Tambora reduzierte sich von etwa 4.300 auf 2.850 Meter.²¹³ Eine Folge dieses Vulkanausbruchs soll auch das kälteste Jahr auf der Nordhalbkugel gewesen sein, seit es Wetteraufzeichnungen gibt.²¹⁴ In anderen Gebieten kam es in Folge des Vulkanausbruchs zu Hitzewellen und Dürren.

5.2. Vorarlberger Wetterchronik

Im August 1813 war das Wetter schlecht, es gab die ersten Schneefälle, dass das Vieh von den hohen Alpen abgetrieben werden musste. Im September war es weiter kalt und am 9. September hatte es mehrmals im Tal geschneit. Am 10. September trieben die Bregenzerwälder und Dornbirner Bauern ihr Vieh nach Hause. Dabei musste für das Vieh ein Weg durch den zwei Schuh tiefen Schnee gebahnt werden. Bei dieser Arbeit gerieten vier Mann unter eine Lawine, konnten sich aber selbst befreien. Zu diesem Zeitpunkt war an vielen Orten die Heuernte noch nicht abgeschlossen. *1813 [...] In den Bergen hat's den 11. Sept. bey 4 u. auch 5 Schue (1,2 – 1,5 m) Schnee gehabt. Eines solchen durchgängig rauchen [...] Sommer haben alte Leut sich nicht erinnern können.*²¹⁵

Regen und Unwetter machten auch den Montafonern das Leben schwer. Der dortige Landrichter Caspar Ratz schrieb in seinem Jahresbericht, dass aufgrund der Regenfälle und Unwetter im Juli

²¹³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Tambora>, 24. August .2015, Gillen D'ARC WOOD, Vulkanwinter 1816, Die weiten Schatten des Tambora, Darmstadt 2015, S. 36 f. Zum Ausbruch vgl. BEHRINGER, Tambora, S. 19 ff. Jelle Zeilinga de BOER, Donald Theodore SANDERS, Das Jahr ohne Sommer, Die großen Vulkanausbrüche der Menschheitsgeschichte und ihre Folgen, Essen 2004, S. 121-136.

²¹⁴ Waltraud DÜWEL-HÖSSELBARTH, Ernteglück und Hungersnot, Klimageschichte in Baden-Württemberg, 2. Aufl., Darmstadt 2015, S. 12.

²¹⁵ Kalenderaufzeichnungen des Daniel Müller (1781-1845) aus Mittelberg im Kleinen Walsertal. Für das folgende Kapitel habe ich die Angaben von Daniel Müller chronologisch geordnet. Im Transkript, das den Kalenderaufzeichnungen genau folgt, fließen die Angaben zu den einzelnen Jahren ineinander.

1813 viele Tobel mit Steinen und Sand gefüllt waren, Erdreich fortgespült worden war und die Grundbesitzer Verluste erlitten hätten. Der Schaden für die fortgespülten Grundstücke belief sich auf wenigstens 5.000 fl. Der Verlust für die vernichtete Ernte sei nicht einberechnet.²¹⁶

Im Winter 1813/14 wechselten Kälte und Schnee mit wärmeren Phasen, in denen der Schnee wieder fast taute, doch im Frühsommer 1814 setzte sich das schlechte Wetter fort. *Es ist den ganzen May hindurch überaus schlechtes u. kaltes Regen u. Schneewetter mit oftmaligen gehabten Reiffen gewesen, es ist [...] nicht viel in den Wiesen gewachsen. Es ist an vielen Orten das Ahorn, das Buchen u. Erlenlaub nicht zum Vorschein kommen im Mayen.*

Im Sommer 1814 richteten Überschwemmungen und Hagelschlag großen Schaden im Kleinen Walsertal an. Die Heuernte entsprach aber den Erwartungen.

In Feldkirch und Umgebung erfroren am 29. und 30. April 1814 die Obstblüte, der Wein und die Maisaussaat.²¹⁷ Dort hatte es auch schon in den drei vorangegangenen Jahren Missernten gegeben.²¹⁸

Im Winter 1814/15 fiel reichlich Schnee, der Chronist Müller vermeldete für den Februar 1815 sogar 30 Schuh Schnee an manchen Stellen. Die folgenden Lawinen richteten auf den Almen großen Schaden an.

Der Lustenauer Pfarrer Rosenlächer²¹⁹ vermerkte für den Jänner 1815, *regnerische, feuchte und ungesunde Witterung, den 18. d. M. außerordentliche Kälte und tiefer Schnee.*²²⁰

Im Sommer 1815 wechselte das Wetter ständig, was die Heuernte über lange Zeit verhinderte. Bis St. Jakobi (25. Juli) war immer noch nicht alles Heu eingebracht. Für den Sommer wurde nur ein einziger Tag als sicherer Tag für die Heuernte genannt, der 18. Juli 1815. Im August 1815 wurde es nicht besser: *Es ist in den Alpen sehr große Noth gewesen der Waid halber wegen dem vielen Regen [...]. 1815 den 1. August trüb u. warm, auf den Abend Regenwetter, 2. u. 3. Regenwetter, 4. u. 5. herrlich gute Heuwstage, den 5. am Abend nach zunachten ist ein ungestümes Ungewitter erfolgt. 6. trüb u. auch regnerisch Wetter, 7. Regen u. Schneewetter, am Nachmittag um 5 od.*

²¹⁶ VLA, Vorlass Hubert Weitensfelder, Sch. 2, Jahresberichte der vorarlbergerischen Landgerichte, LG Montafon, Jahresbericht 1812/13.

²¹⁷ Mais oder Türken (türkisch Korn oder welsch Korn) wird in Vorarlberg seit 1682 angebaut. Während der Hungerzeit 1688 – 1697 versuchte man erstmals 1692 mit dem Maisanbau dem Getreidemangel zu begegnen. Vgl. WELTI; Geschichte, S. 250.

²¹⁸ VOLAUCNIK, Feldkirch, S. 151.

²¹⁹ Der von 1800 bis 1835 amtierende Pfarrer Franz Josef Rosenlächer nahm großen Einfluss auf die Entwicklung der Gemeinde Lustenau während dieser Zeit. Er verfasste eine zweibändige Pfarrchronik. Am 9. Juni 1835 verstarb Rosenlächer beim Heimweg von einem Krankenbesuch an einem Schlaganfall.

²²⁰ VLA, Lichtbildserie, 150/2, Pfarrchronik Lustenau, Band 2.

*6 Uhr hat es [...] ganz zugeschneit, auch in der Nacht hat es noch mehr geschneyt u. hat in den Bergen ein sehr tiefen Schnee gemacht.*²²¹

Der frühe Schneefall forderte auf einer Alpe im Montafon sogar ein Todesopfer. Ein Viehhirt erfor, weil *die kalte Witterung [...] das Hochgebirge mit Schnee bedeckt und so wurde dieser verirrt Knecht eingeschneit und erfroren gefunden*. Wie schon 1813 kam es im Sommer 1815 durch schwere Regengüsse zu Überschwemmungen und Vermurungen. Straßen und Wasserschutzbauten waren beschädigt oder gänzlich weggerissen worden.²²²

Aufgrund des schlechten Wetters fand das Vieh auf den Alpen kein Futter und musste früh auf die niedriger gelegenen Weidegründe getrieben werden. Die Bauern hatten kein Heu und wussten, dass sie ihre Kühe nicht durchfüttern konnten. Deshalb versuchten sie es noch im Herbst wohlfeil zu verkaufen. Der Heumangel bereitete aber nicht nur den Bauern im Kleinen Walsertal Sorgen, sondern auch im Bregenzerwald und im Montafon.

Über Kälte, Lawinen, wenig Getreide und verfrühte Alpabfahrten 1815 berichten auch die Tiroler und Ostschweizer Quellen.²²³ Das nasse und kalte Wetter mit den gravierenden Ernteausfällen führte in Tirol 1815 zu einem ersten Eingreifen der Behörden.

Die Egger Chronik vermeldete, dass es am 3. November 1815 ein bisschen geschneit habe, dann sei es bis Neujahr trocken mit wenig Schnee gewesen. *Nach dem Neujahr hat es viel Schnee gehabt. Den 10. Merzen 1816 ist zum Hof 3 Schuh Schnee auf dem Feld und ist sehr wenig Futter im Land. Im Winter 1815/1816 erfroren viele Bienen, noch im Mai 1816 habe man sie füttern müssen.*²²⁴

Lawinen richteten u.a. im Kleinen Walsertal großen Schaden an. *Anno 1816, den 9. Jänner, nachmittag um halben 3 Uhr, ist eine Schneelahn von dem Schrecken hinunder bis auf die Breitach und hatte auf den Hofstetten und Außern Bödmen 10 Gemecher verrissen, und an Viech [...] dem Johann Fritz in Baad, ein Kuo, 2 Rinder, 1 Kalb und 4 Geiß wurden ermordet; und 3 Küh, 1 Schaf wurden lebent gefunden. [...] dem Christian Matt in Außern Bödmen sein Haus von Grund über einen Haufen geworfen. Er und seine Frau waren in der Stuben zunegst beim Tisch, [...] diese wurden zwar blesiert, doch mit gesunden und graden Gliedern angetrofen und mußten zu einer andern Herberg. Auch sein Vieh, nemlich 1 Kuoh, 2 Geis, 1 Schaf wurden toth gefunden.*²²⁵

Es gab so viel Schnee, dass wieder Raubtiere wie Wölfe und Bären im Kleinen Walsertal auftauchen, die schon seit Jahrhunderten verschwunden gewesen waren. *Es hat schon bey Jahren kein so schweren u. unbeständigen Winter gehabt von Neujahr bis in April als das im Jahr 1816.*²²⁶

²²¹ MÜLLER, Kleinwalsertal.

²²² TLA, Jüngerer Gubernium, Geheime Präsidialakten Fasz. 4, X, Stimmungsbericht, 2. August 1815.

²²³ FLIRI, S. 55.

²²⁴ Egger Chronik (1802 – 1848), in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 89 f.

²²⁵ Baader Chronik, S. 150.

²²⁶ MÜLLER, Kleinwalsertal.

Auch Pfarrer Herburger vermerkte in Lingenau, dass im Frühling *noch ein gewaltig großer Schnee gelegen habe, der bei den immer anhaltenden kalten Lüften und bösem Wetter nicht schmelzen konnte und über die Zeit liegen blieb.* An Josefi (19. März) lag der Schnee immer noch so hoch wie

die obere Kirchhofmauer. Das führte zu *großer Heunoth. [...] Das Klafter Heu galt allgemein 26 fl.* Aus Mangel an Heu fütterten die Leute dem armen Vieh Hafer und Tannenreisig.

Wegen der Kälte wuchs im Frühjahr 1816 das Gras erst spät, zudem gab es kein Heu mehr. Am 14. Mai 1816 *wurden zwey Fuder Heu von der Stadt Bregenz bis an die Egg in das Großdorf geführt, weil es im Land kein Heu mehr giebt.*²²⁷

Für das Kleine Walsertal vermerkte Daniel Müller: *1. u. 2. May hell u. warm. 3. trüb u. regnerisch W. 4. u. 5. starkes Regenwetter, 6. u. 7. Regen u. Schneewetter, es hat in den Bergen sehr viel Schnee gemacht, 8. z. T. [...] 9. Regen u. Schneewetter, 10. Sehr warm [...], die Nacht darauf starke Luft, 11. Vorm. trüb, Nachm. Schneewetter, 12. u. 13. kalt, luftiges Schneegestöber. es hat vom 4. May keinen Schnee vertrieben, den 9. hat es ein neues Knie Schnee gemacht. Es hat auch der Heumangel angefangen einzureißen. [...] Auch wurden zuweilen 2 Burden Heu um 7 fl an Auswärtige auf dem Land verkauft. Im Montafon, Oberland, Bregenzerwald u. auf dem Land ist die Heu Noth groß gewesen. 14. u. 15. May kalt u. trüb W. mit oftmaligen Schneerieselfall u. -gestöber. 16. am Morgen Reifen, den Tag hindurch sehr warm u. hell, 17. 18. 19. 20. u. 21. meistentheils warm u. hell, 22. warm Regenwetter, 23. hell u. warm, 24. u. 25. sehr hell u. warm, 26. trüb W. 27. Vormittag geschlacht, Nachmittag Thau u. Regenwetter, 28. Regenwetter, 29. 30. u. 31. Thau u. Regenwetter, es hat einen sehr kalten u. nassen Mayen gehabt u. ist deßwegen gar spät geworden, man hat sehr viel in den Wiesen ausgetrieben. Das Ahorn- u. Erle-Laub ist erst im Juni in Vorschein kommen.*

Das Jahr 1816 ist ein gar spätes Jahr gewesen, es ist im Sommer u. im Herbst u. auch am Frühling gar wenig gut Wetter, wohl aber gar viel Schneewetter gewesen, dass bey Mannsgedenken kein so kurzen aber rauhen Frühling, nassen u. kalten Sommer u. schlechter Herbst gewesen ist. [...]

*1816 den 1. u. 2. Oct. trüb u. neblig W., 3. Regenwetter, 4. trüb, 5., 6. schön hell u. gut Wetter, vom 17. Sept. hat es kein einzigen guten u. warmen Tag gehabt zum Omad heuen bis auf den 5. Oct. u. in dieser Zeit hat man das Omad übel zuschanden gehen lassen müssen. es haben die ältesten Leut sich keines so schlechten Ohmadheuwetters in dieser Zeit erinnert.*²²⁸

Der Egger Chronist vermerkte: *Es ist dieses Jahr ein sehr nasser Sommer gewesen und alles im höchsten Wert [...].*²²⁹

In den Bergen fiel der Regen als Schnee und richtete großen Schaden an. Im Juni 1816 wurden auf

²²⁷ Egger Chronik (1802 – 1848), in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 89 f.

²²⁸ MÜLLER, Kleinwalsertal.

²²⁹ Egger Chronik (1802 – 1848), in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 90.

der Alpe Vermund im Montafon die gerade aufgetriebenen Schafe vom Schneefall überrascht und mehr als 200 *dergestalt zu Grunde gerichtet, daß man sie herdenweis beysammen todt unter dem Schnee fand.*²³⁰

Im Rheintal, am Bodensee und in den Hofsteiggemeinden sah es nicht besser aus. Ein Wolfurter Chronist fasste das Jahr 1816 wie folgt zusammen: *1816 ist gar [ein] schlechtes Jahr, es hat gar kein Wein geben und Türgen geben, denn es hat den ganzen Sommer bereits alle Tag geregnet und im Herbst früher gefrohren, der Türgen und der Wein ganz erfroren [...] so ist eine große Not, das viele Leuthe fast zugrunde gegangen.*²³¹

*Den 31.sten des Morgens 3 Uhr wurde ich geweckt, und mir gemeldet, daß man genöthiget wäre, nach schon lange anhaltendem Regenwetter, wozu immer noch größere Gefahr des Rheineinbruchs, die Sturmglöcke läuten zu lassen, um Arbeiter und Hülfe zu bekommen. [...] Nach einer ganz außerordentlichen Anstrengung gelang es, die größte Gefahr abzuwenden, indeßen der Schaden, vorzüglich in der Gegend des Hagens am Mondstein sehr beträchtlich groß ist.*²³²

Der andauernde Regen 1816 führte zu größeren Überschwemmungen des Rheins und des Bodensees. Am 31. Juli 1816 trat der Rhein über die Ufer und richtete großen Schaden an. Während Lustenau am rechtsrheinischen Ufer verschont blieb, kam es linksrheinische in Haag und bei Monstein zu größeren Überschwemmungen.²³³ Der Bodensee war in Fußach, Hard und Vorkloster über die Ufer getreten und hatte in Fußach ein Drittel, wenigstens 160 Jauchert, der guten Wiesen, die den Gemeindebürgern gehören, unter Wasser gesetzt.²³⁴

*1816 war der Sommer immer Regenwetter, die Früchte stiegen im Preis, am 19. July kostete der Elfer Korn in Bregenz 50 fl. den 20. July fing es an zu regnen und so bis 31. Dieß, wo der See so groß wurde, daß bereits das ganze Dorf (Hard) mit samt den Feldern unter Wasser gesetzt, und sehr großen Schaden gethan hat. Der Herr Kreishauptmann und Rath Vogelsanger kamen auf Augenschein und versprachen Hilfe. Im Monate 7ber entstand unter den Kindern ein starker Husten, und bluten aus Mund und Nase, waren viele gestorben. Es wurde die Aufnahme dieses Wasserschadens vorgenommen, und zeigte diese Schätzung die Summe 8.858 fl 6 kr.*²³⁵

Um dem Heumangel zu begegnen, zogen die Bauern im Bregenzerwald mit dem Vieh wie in guten Jahren auf die Alpen, aber weil es ständig schneite, wurde das Vieh nach kurzer Zeit wieder abge-

²³⁰ TLA, Jüngerer Gubernium, Geheime Präsidialakten Fasz. 4, X 2, Stimmungsbericht, Daubrawa, Bregenz, 21. Juni 1816.

²³¹ NIEDERSTÄTTER, Geschichte Vorarlbergs, Bd 2, S. 155.

²³² VLA, LBS, 150/2, Pfarrer Rosenlächer.

²³³ Philipp KRAPP, Die Geschichte des Rheins zwischen dem Bodensee und Ragaz, in: Schriften d. Vereins für Geschichte d. Bodensees, 1901, Heft XXX, S. 133.

²³⁴ Gemeindearchiv Fußach (in Zukunft FGA), Sch. 1816, Gemeindeammann Joseph Anton Schneider, Fußach, 28. Juli 1816 und 29. Juli 1816.

²³⁵ Gemeindearchiv Hard, II.1, Pfarrbeschreibung, Hasler Chronik, 1816. Gallus Hasler (1774 – 1839), Ehemaliger Benediktiner aus dem Kloster Mehrerau, 1811 – 1819 Pfarrer in Fußach und ab 13. Mai 1819 bis zu seinem Tod in Hard. RAPP, III. Band, Dekanat Bregenz, Brixen 1898, S. 163.

zogen.²³⁶ Erst im Juli konnte man mit dem Galtvieh auf die Alpen ziehen. Die Bäume, besonders die Kirschbäume trugen reiche Blüte, die zum großen Teil nach kurzer Zeit abfiel. Im Verlauf des Julis starben sie von unten jedoch ab und wurden *ganz dürr bis an die Wipfel. Der Wipfel blieb grün und hatte Laub.* Von den Kartoffeln geriet nur die Hälfte, dass viele nach Martini, die meisten zu Lichtmess 1817 gar keine Kartoffeln mehr hatten. *Einzig ein gutes Bohnenjahr war dieses Jahr 1816, welches zum Reif oder zeitig werden die Zeit zu kurz werden wollte.* Da in Schwaben durch Hagelwetter in vielen Gegenden das Getreide vernichtet wurde, begannen im Juli alle Arten von Getreide teuer zu werden. Der Malter Korn kostet an Maria Geburt auf dem Markt in Kempten 60 fl, ein Malter gerollte Gerste 90 fl. Da Bayern aber selbst Getreide benötigte, belegte der bayerische König die Ausfuhr im November 1816 mit einer unerhörten Maut (Ausfuhrsteuer). Der Ausfuhrzoll betrug für einen Malter Korn 24 fl, für Roggen 18 fl, für Gerste 12 fl und für Hafer 6 fl, für ein Fass Kartoffeln musste man 9 fl Ausfuhrzoll entrichten.

Da Getreide auf dem Markt in Kempten schon zwischen 45 und 60 fl kostete und bei der Einfuhr nach Vorarlberg noch der Einfuhrzoll und das Weggeld²³⁷ dazugekommen wären, konnte es sich niemand mehr leisten, Getreide in Bayern zu kaufen.

Allein obschon man in allen Pfarreien des ganzen Waldes, so wie auch im Allgäu und Schwaben alle alten Pferde aufkaufte, metzgete, wozu sich jeder zünftige Stadt- und Dorf-Metzger auf obrigkeitlichen Befehl sich brauchen lassen mußte.²³⁸ Und wenn in dieser theuren Zeit viele hundert Pferde geschlachtet und von ärmeren Leuten gegessen wurden, so konnte man doch nicht ganz ohne Mehl seyn. So geschah es, daß mehrere Bauern zu Nachtzeit aus allen Pfarreyen des vorderen Waldes in das benachbarte bayerische Allgäu gingen und ganze Trög Mus- und Habermehl über die Gränzen hereintrugen und [...] für 24 – 25 Batzen²³⁹ verkauften. Da geschah aber was man lange befürchtete. Der Mauthner zur Ach samt seinen bayerischen Wachsoldaten wurde wachtsamer. Die bey der Nacht mit Habermehl beladenen Bauern wurden mit den Wachsoldaten handgemein und dieser schoß mit einem Gewehr auf einen Bauern, Schmidinger genannt, von Krumbach,²⁴⁰ welcher nach wenigen Stunden starb und dies geschah in der Nacht auf den 1. Jänner 1817.²⁴¹

Ähnlich düster blieb auch dem Bildsteiner Pfarrer Thomas Geiger das Jahr 1816 im Gedächtnis. *Das Jahr 1816 kam jenem 1770 gleich. Das Frühjahr war spät, der ganze Sommer naß, und kalt immer*

²³⁶ Vgl. auch Egger Chronik (1802 – 1848), in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 90.

²³⁷ Die bayerische Regierung hatte am 15. Juli 1808 das sogenannte Wasser- und Landweggeld eingeführt. Damit mussten gewerbliche Fuhr- und Schiffeleute, aber auch Bauern, die nebenbei Fuhrdienste versahen, für die beförderten Güter Abgaben entrichten, wenn Mautlinien überschritten wurden. Ausgenommen war nur der Transport von Salz. Bayerisches Regierungsblatt 1808, Sp. 1553 – 1557.

²³⁸ Wie viele Pferde wirklich geschlachtet wurden, ist schwer zu beurteilen. Der Fußacher Pferdebestand sank 1817/1818 nur um 2 Tiere. SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden, S. 338. Da Pferde die Betriebsgrundlage für Fuhrleute waren, dürfte man sie kaum geschlachtet haben.

²³⁹ Schweizer Währung, 1 St. Galler Batzen war ca. 1/17 fl.

²⁴⁰ http://www.vla.findbuch.net/php/view2.php?ar_id=3711&be_id=127&ve_id=3275&count=, Josef Schmidler, 44 Jahre, Krumbach 3, durch einen Schuss des Mautner zur Ach.

²⁴¹ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 564.

kalt, keine ganze Woche warm. Man wußte bey Mannsdenken kaum, daß man das Heu so hart eingebracht wie 1816. Die Früchte kamen auch an frühen Orten nicht zur vollkommene Reife, und an späten gar nicht, daß man die Saatsaamen fürs Frühjahr 1817 kaum, oder nur ums höchste Geld bekommen konnte.

Viele Bauern an späten Orten hatten an Allerheiligen kaum eine Sichel angeschlagen, weil man immer aufs Ausreifen wartete, aber nicht erwartete. Den 18. Xber hat es schon eingeschnieen und dieser Schnee blieb bis Anfangs May, wo das Vieh grossen Futtermangel litt, und nachher auch die Menschen.

Bey einigen Bauern blieb der Haber, Bodenbirn, Flachs, und Hampf über Winter im Feld. Der Haber wurde geschlertert von Mäusen so zerfressen, daß man der Linie nach meynte, man habe die Treben im Strohstuhl abgeschnitten. Die Bodenbirn sind zwar über Winter unterm beständigen Schnee nicht erfrohren, aber auch von Mäusen größten Theils aufgezehrt. Flachs und Hampf ließ man als Dünger liegen, weil es nicht einmal mehr Kuder gab. Die Haberbeigen wurden nach Kathrina Tag (25. November) heimgeschlittet.²⁴²

Nebst Misswachs, Teuerung und Hunger kamen gewaltige Überschwemmungen, Hagel und Blitzschläge im Sommer. Der Bodensee trat Ende Juli über die Ufer und richtete schwere Schäden an. Man habe Mäuse gegessen. Mist ausgewaschen und mit der Streue das Vieh gefüttert. Alle hungerten, Arm und Reich, nichts wollte „furen“ = nähren. Der volle Magen war nicht zufrieden.²⁴³

Der Wolfurter Chronist Mathias Schneider notierte über die beiden Jahre: „Schon das vorher gehende Jahr 1816 ist ein solches Fehljahr in allen Viktualien, daß es zum Erbarmen war. Die Hauptfrucht der Türken ist wegen so schlimmer Witterung gar nicht zur Zeitigung gekommen. Obwohl solcher bis Allerseeleu stehen geblieben ist, er dennoch nicht zu gebrauchen gewesen. Es ist der mehreste gleich mit samt den Schelfern dem Pferd und Vieh, um nicht ganz zu verfaulen, gefüttert worden. Die Erdäpfel sind auch wegen zu vieler Nässe nur halb geraten, und noch überall sehr rüdig geworden. Obst hat es auch wenig gegeben, und wo es gegeben, ist es so teuer geworden, das für das Viertel Birnen, welche nicht einmal die vollkommene Zeitigung erlangt, für 1 fl, die besseren aber als Wein- und Bergbirnen und dergleichen für 20 Batzen und noch mehr.“²⁴⁴

Am Tannberg auf der Alpe Glascher erfor am 25. September 1815 der zwölfjährige Johann Joseph Fleisch aus Schruns, der als Viehhirte eingesetzt war.²⁴⁵

Pfarrer Gallus Hasler, der während der Notjahre in Fußach Pfarrer gewesen war und 1819 nach Hard versetzt wurde, notierte in seiner Chronik über die Pfarre Hard folgendes:

Am 11. Xber (1816) hat man die Grumbieren herausgethan, wo man zunächst den Schnee wegthun

²⁴² Gemeindearchiv Bildstein, Chronik der Wallfahrt und Pfarre Maria-Bildstein von 1650 bis 1817, S. 83 – 86.

²⁴³ Ignaz KONZETT, Frastanzener Chronik, Frastanz 1924, Jahres-Wetter-Chronik nach Prugger und anderen, S. 6.

²⁴⁴ Wolfurter Chronik, Abschrift Wolfurt 1973, Vom theuren Jahr 1817, S. 12.

²⁴⁵ http://www.vla.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3711&link=564c412d5363687275x7#, 13. August 2016.

mußte, sie auf Schlitten nach Haus führte, das Viertl für 1 fl 20 kr, und das Malter Korn für 60 fl verkauft wurden. Die Bauern fingen an Pferde zu schlachten. Durch Herr Pfarrer Reiner wurde mittelst Gutthaten diese Zeit die Orgel in die Kirche gestellt.²⁴⁶

Der Schnee hielt sich 1816 oberhalb von 1.800 bis 2.300 Metern das ganze Jahr. Es schneite auch im Sommer regelmäßig, dass ab etwa 800 Höhenmetern immer wieder eine 10 bis 20 cm dicke Schneedecke lag. Insgesamt wurde zwischen April und Oktober 1816 an 137 Tagen Regen gezählt.²⁴⁷ Der Pfarrer von Schwarzenberg notierte: *1816 dieses Jahr war wie zum Theil alle Verfloßenen seit 1812 ein äuserst rauher und nasser Sommer und strenger Winter, dadurch entstand nach und nach Mißwachs, wo im August schon das Malter Korn in Bregenz 60 Gulden kostete. Im Winter 1816/17 fiel eine unerhörte Maße Schnee, besonders gegen das Frühjahr, dass die Alphütten, wie auch die höher liegenden in den Vorsäßen gänzlich eingehüllt wurden. Welches ein seit Menschengedenken nie erlebtes spätes Frühjahr zur Folge hatte.²⁴⁸*

Wie kalt es war und wie viel Schnee es in den Bergen hatte, wird bei Daniel Müller besonders deutlich.

1817 den 1. u. 2. Febr. trüb u. luftige Schneewitterung 3. schön hell Wetter 4. hell W. 5. Vormittag hell, Nachmittag Schneegestöber 6. hell u. kalt 7. – 9. z. T. geschlacht W. 10. sehr hell W. 11. z. T. hell u. z. T. am Nachmittag trüb mit Schneegestöber 12. z. T. geschlacht W. 13. u. 14. Schnee u. regnerische Witterung 15. trüb Wetter 16. Schneegestöber u. starke Luft 17. u. 18. z. T. sehr hell 19. – 21. teilweiß sehr gelind Wetter, 22. den ganzen Tag u. folgende Nacht ungeheures Schneegestöber u. gewaltige Luft fast die ganze Nacht unausgesetzt fort. 23. anhaltende Schneewitterung u. die ganze Nacht hindurch mit starker Luft. 24. den ganzen Tag u. folgende Nacht unaufhörlich fort u. zuweilen auch naßwarm u. stark geschneit, in den Bergen hat der Luft gewaltig gestürmet. 25. von Vormittag 9 Uhr an stark zu schneien aufgehört, jedoch leicht immer fort an bis den 26. Morgens geschneyt. Es hat einen gewaltigen Schnee gelegt u. ist man in grosen Sorgen gewesen wegen den Lauben. Außer dem Haus No. 7 in Bödmen hat es 6 $\frac{3}{4}$ Schue (ca. 2 m) u. auf dem Rein zwischen dem Stall u. Haus 7 $\frac{1}{2}$ Schue (ca. 2,25 m) unter dem Neuen Stall auf der Eben bey 7 Schue (ca. 2,10 m) Schnee gehabt 26. Vormittag hell bis gegen Abend 27. u. 28. ungemein stürmische Schneewitterung.²⁴⁹

Ähnliche Schnee- und Lawinenberichte finden sich auch im Montafon. Nach ungeheuren Schneefällen im Februar und März kam es am 9. März 1817 in St. Gallenkirch zu einem Lawinenabgang, der sechs Todesopfer forderte. *Auf der Reute hatte es 12 – 13 Schue Schnee, am 9. März an einem Sonntag kam die Schnee Lawine aus dem Reutetal herab zwischen 11 und 12 Uhr Vormittag, als eben die Leut aus der Kirchen kamen. [...] zu Glücke aber hat sich die Lawine getheilt, ein Theil gienge über*

²⁴⁶ Gemeinearchiv Hard, II.1, Pfarrbeschreibung, Hasler Chronik, 1816.

²⁴⁷ Vgl. Albert SCHÄDLER, Das Hungerjahr 1817 in Liechtenstein, S. 11. Onlineversion: www.eliechtensteinensia.li/JBHV/1918/18/Das_Hungerjahr_1817_in_Liechtenstein.html, 12. Jänner 2012. Pfister, Wetternachhersage, S. 228 ff. Höchster Chronik von Johann Baptist Humpeler, in: Höchst 5, Alltag und Fest, S. 105 – 126, hier S. 109 f. Vgl. POST (1969), S. 53.

²⁴⁸ Bregenzerwald Archiv Egg, Pfarrchronik Schwarzenberg, Abschrift, S. 169.

²⁴⁹ MÜLLER, Kleinwalsertal.



Lawinenunglück in St. Gallenkirch, Montafon

die Wieße des Joseph Schwarzmanns hinab bis in das Wasser. Der andere Theil der Lawine [...] gieng neben dem Schafschwerm bis mitten auf die Almen. [...] Die ganze Gemeinde hat die ganze Wochen gesucht und gegraben, des H. Einnehmers Frau hat man am nemlichen Tage gefunden, den H. Einnehmer erst am Samstag, die zwey Weiber am Donnerstag.²⁵⁰

[...] Es war ein fürchterlich strenger Winter den ganzen März und April schneite es ohne aufzuhören fort, am 30. April aber wehte ein warmer Südwinde und der Schnee wurde ganz weich, am 1. Mai kame die Lawine aus dem G'weiller Berg herunter ins Galgenuel und hat großen Schaden gethan, am nemlichen Tag kame die Lawine auf dem Lifinar herab bis in die Ill. Der Mail war so warm und heiß, das alle Tage eine Ellentief Schnee schmolz, auf der Reute hat man am 24. Juny ausgeschlagen und lang darnach hat man noch Gersten und Erdäpfel gesät, es war aber so ein guter warmer Sommer und alles wurde zur gehörigen Zeit reif; im Winter, Frühling und Sommer war alles entsezlich theuer, nach der Aernte aber wieder wohlfeil.²⁵¹

Je länger es kalt blieb, desto bedrohlicher wurde die Lage für die Bauern. Die Futtermittel schrumpften, der Preis für Heu stieg ständig, man konnte nicht aussäen und auch das Vieh nicht auf die Wiesen austreiben. Auch im Rheintal lag am 20. April 1817 noch Schnee, die Kälte hielt weiter an.²⁵²

1817 im April hat im Hinder Bregenzerwald ein Centner Heuw 3 bis 4 fl golten, im vordern Wald hat man gar vill Vieh u. nicht wenig Melkkuö gemetzget, auf dem Birg ist die Heuw Noth nicht minder groß gewesen, u. ist im Anfang des Aprilen schon Viech über das Gänstell her auf das Land gestellt worden. Auf dem Land zu Oberstdorf ist die Noth auch groß gewessen u. auch an andern viellen Orten. Es ist nicht zu beschreiben, der Kummer, Furcht u. Beträngnis der Menschen in dieser beträngten u. harten Zeit, mit welcher der Allmächtige u. güttige Gott die Menschen zu wahren Erkenntnis seiner Allmacht gebracht hat. Im May hat ein Zentner Heuw im Bregenzerwald 5 fl golten. Zu lezt im May hat man aus dem Thal sehr viel Viech auf das Land gestelt, einige sind mit ihren ganzen Haab abgezogen [...] auf Bleichach.²⁵³

Das Frühjahr 1817 verzögerte, und verweilte sich wieder so spätt hinaus, daß man zwar im April schon einige wenige Feldarbeiten zu thun angefangen, aber bis halb in May noch keine grünenden Saaten sahe – kalt und naß. Doch zeigte sich der Sommer, und Herbst so gut, daß man bey aller Spätte des Frühlings doch 1 ½ Monat früher Schnitt hatte als das vorige Jahr 1816. Auch der Wein gerieth so ziemlich gut besonders, im Tyrol gab es bey Meran, und Botzen ellenlange Trauben, daß eine solche dem Kaiser bis nach Wien gebracht wurde. Das Frühjahr 1817 hätte alles Uibel

²⁵⁰ Die Opfer waren der Zolleinnehmer Anton Ilmer, seine Ehefrau Catharina Thurnher, ihr Sohn Karl Rudolph, die beiden Frauen Maria Christine und Maria Anna Schwarzmann mit 83 und 74 Jahren, sowie Johann Ulrich Schwarzmann. http://www.vla.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3711&link=564c412d53744761x9#, 13. August 2016.

²⁵¹ Inge BACHER, Aus dem Tagebuch des Bartholomä Marlin (1801-1878), in: Bludener Geschichtsblätter 69 (2003), S. 14 – 17.

²⁵² VLA, LBS 150/2, Pfarrer Rosenlächer.

²⁵³ MÜLLER, Kleinwalsertal.

wieder besorgen lassen, aber der Sommer brachte alles ein mit Wärme. Bis zum Schnitt – auch schon gegen Ende July und Anfangs August – litten die Leute 3/4 Jahr um viel tausend Gulden Mangel und Noth. Einige legten Wucherkapitalien an. Die meisten aber unsrer Gegend mußten Theurungsschulden aufhäufen. Viele genossen diese Zeit nicht einmal menschliche Speisen – lauter Spreulbrod (Brot aus den Getreidespelzen), das gar nicht zusammenhing, Suppen von Grüschen (Kleie), grün buchenes Laub statt Kraut, Gras wie das liebe Vieh. Sauerampfen waren noch eine Delicates.²⁵⁴

Der Vorsteher von Altenstadt bemerkte in seiner Abrechnung der Notvorschüsse für den April, dass die Zahl derjenigen, die Unterstützung benötige, mit jedem Tag *zunehme und bedrängnisvoller werde*. In der Gemeinde gebe es kaum noch 20 Familien, die ohne selbst zu darben, den Armen helfen könnten.²⁵⁵

Der Frastanzer Chronist vermerkte wie die anderen: 1817 ein Hungerjahr. Menschen und Vieh litten großen Hunger. Viele Familien hatten monatelang kein Stückchen Brot. Es kam vor, daß der am Vormittag gemachte Käse am Abend schon von Fremden und Eigenen gegessen war. Es gab Bauern, die 6 – 8 Mitmel Erdäpfel angepflanzt hatten. Am 14. 10. 1817 war Weinlese, es gab viel, aber nur mittelguten Preis, für Rotwein 1 fl 52 kr, für Weißwein pro Maß 1 fl 12 kr. Der Türken kostete pro Viertel 4 fl, 40 St. Kartoffeln 48 kr bis 1 fl. 1 Malter Mehl 120 fl; hat aber in einer Nacht 100 fl abgeschlagen.

Im Rheintal zeigte sich das Wetter launenhaft. Pfarrer Rosenlächer notierte am 20. Jänner 1817. *Wo sonst um diese Zeit die größte Kälte ist, sind heute mehrere Bauern, als bei einer wahren Frühlingwitterung mit dem Pflug ins Feld gefahren.*

1817 waren es vor allem Stürme mit Hagel und Überschwemmungen, die das Wettergeschehen bestimmten. In Hard richtete ein gefährliches Hochgewitter am 15. April 1817 schwere Schäden an. *Alle Schiffe an dem Damm [wurden] gefällt* (die Masten der Segelschiffe wurden geknickt) und viele Ziegel von den Dächern geweht hat.²⁵⁶ Am 16. April herrschte im vorderen Bregenzerwald den ganzen Vormittag ein schwerer Sturm. Zuerst wurde der Schnee weggeblasen und taute, *am Abend kam ein heftiges Schneegestöber mit Donner und Blitz, daß es auf dem Sulzberg in den Kirchthurm einschlug, anzündete und das Feuer nur mit aller Mühe konnte gelöscht werden. [...] am 19. April zeigte das Thermometer eine Kälte von 8 Grad unter dem Gefrierpunkt.*²⁵⁷

In den höheren Regionen und auch den mittleren Lagen lag im April immer noch viel Schnee, die Not war groß und die Lebensmittelversorgung oft äußerst prekär. Der Hinterberger Vorsteher Johann Konrad Vögel kommentierte den Bericht über die Armen seine Gemeindedistrikts mit den Worten: *das in dem, mit noch wirklich circa 4 Schuh tief Schnee bedeckten Distrikt Hinterberg, ein solcher Mangel, eine solche Noth an Lebensmitteln auch Verdienst herrscht, dass es nicht mehr ohne*

²⁵⁴ Gemeindearchiv Bildstein, Chronik der Wallfahrt und Pfarre Maria-Bildstein von 1650 bis 1817, S. 83 – 86.

²⁵⁵ VLA, KA 1, Sch. 309, Johann Ulrich Schmidt, Altenstadt, 30. April 1817.

²⁵⁶ Gemeindearchiv Hard, II.1, Pfarrbeschreibung, Hasler Chronik, 1817.

²⁵⁷ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 566.

*weinende Augen zuzusehen ist, wo ja die Güterbesitzer selbst, vermög letzten Mißjahrs, größten Mangel und Hunger leiden, auch wegen Abgang des Saamens ihre Güter nicht mehr anbauen können.*²⁵⁸

Mit den steigenden Temperaturen im Sommer füllte immer mehr Schmelzwasser die Flüsse des Landes, besonders der Rhein brachte aus den Graubündner Bergen große Mengen Wasser. Am 15. Juni 1817 kam es in Lustenau zu einem *gefährlichen Austritt* des Rheins und zu Überschwemmungen.²⁵⁹ Der Bodensee ist vom 15. zum 17. Juni *in sechsunddreißig Stunden 2 ½ Schuh in die Höhe gewachsen* und in Hard in die Häuser gelaufen.²⁶⁰

*Am 28. Juny war der See so groß, daß das Dorf Hard mit seinen meisten Gütern unter Wasser gesetzt, in der Kirche das Wasser ein Schuh und 9 Zoll hoch war. Diesen Abend hatte es einen so starken Wind, wo dem Kornel Hermann die Mauer an seinem Haus eingeschlagen hat, und das Haus und Stadel wie das des Gebhard Birnbaumer der Einsturz drohte.*²⁶¹

Am 2. Juli 1817 setzte die nächste Hochwasserwelle des Rheins ein. In Lustenau erfolgte der Rheineinbruch am 6. Juli am Wiesenrain, der nur durch die äußerste Anstrengung der ganzen Gemeinde gesteuert werden konnte.²⁶²

Am 4. Juli 1817 trafen schwere Hagelunwetter den Bregenzerwald zwischen der Egg zum Stock, Rüteberg und Roschschwed und Undererberg *ein schedlicher Hagel* gewesen, dass man mit dem Vieh abziehen musste, und Schwarzenberg.²⁶³ Dort vermeldet die Chronik: *Am 4. Juli ereignete sich eine in unserer Gegend seltene Naturscheinung; es verdunkelte sich nämlich der Horizont gegen Westen, Nachmittags 1 Uhr, welches vermuthen ließ, daß ein Hochgewitter heran nahe. Auf der Losen entluden sich schwarze niedergesenkte Wolken mit Erscheinungen, die Schauer erregten! Mit Brausen und Toben, begleitet mit Hagelschauer und Regen, welcher in Strömen hernieder goß, zog sich das Gewitter gegen Nordost. Im Orte Stock artete er in einen förmlichen Hagelschlag aus; die Schlossen fielen wie Hühnereier. Und zwar in so dichten Massen, daß es das in seiner schönsten Blüthe stehende Heu nicht nur gänzlich vernichtete, sondern den Erdboden einer entarteten Steppe gleich machte! Von dort aus weiter über die Lergütern gegen den Vorderwald, wo er traf mit gleicher Verwüstung, ganze Wälder wurden ihres Grünes gänzlich beraubt und dem Verderben zugerichtet. Dieser trostlose Anblick war herzergreifend, und bei gegenwärtiger Theuerung und Noth für diejenigen, so dieses traurige Schicksal getroffen, doppelt fühlbar.*²⁶⁴

²⁵⁸ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Verzeichnis oder Conspect der Armen, Hinterberg, 24. April 1817.

²⁵⁹ VLA, LBS 150/2, Rosenlächer.

²⁶⁰ Gemeindearchiv Hard, Aufschreibbuch Sebastian Abler, Rochus Sebastian Hartmann, 1798 – 1829. Vgl. auch VLA, LBS 150/2, Rosenlächer.

²⁶¹ Gemeindearchiv Hard, II.1, Pfarrbeschreibung, Hasler Chronik, 1817.

²⁶² VLA, LBS 150/2, Rosenlächer.

²⁶³ Egger Chronik, S. 91.

²⁶⁴ Bregenzerwald Archiv Egg, Pfarrchronik Schwarzenberg, Abschrift, S. 169/170.

Zwischen Lingenau und Hittisau wurden beim selben Hagelsturm die Krautäcker, die Kartoffeln und die Bäume so getroffen, dass alles vernichtet war und auch der Wald Schaden davon trug. Auf den Hagel folgte eine große Hitze, die den Schnee auf einmal schmelzen ließ, daß es große Überschwemmungen gab und der Bodensee *in Bregenz bis zum Löwen herauf ging und in Lindau am 17. die Brücke wegnahm.*²⁶⁵

Am 5., 6. und 7. Juli der Regen unaufhörlich in Strömen goss, dass vom Gebirge alle Flüsse so angeschwollen wurden, dass sie die Dämme überstiegen. Der Rhein hat auch dieselben oberhalb Brugg bis Gaißau an mehreren Stellen durchbrochen und bildete mit dem großen See und der Dornbirner Ach von Lustenau bis Hard über Fußsach, Höchst nach Gaißau eine dreiviertel Stunde im Umkreis große Wassermasse. Jos. Ant. Schneider, damaliger Gemeindeammann zu Fußsach, ist am 8. Juli vom Dorfe mit vollem Segel über alle Felder nach Brugg gefahren und hat bei Josef Schneider, Vorsteher dort, angebunden. In der Kirche ging das Wasser bis zum ersten Staffel des Hochaltars, und der Gottesdienst musste bereits fünf Wochen lang im Tanzsaale zur „Krone“ abgehalten werden. Am 21. war die dritte und letzte Überschwemmung. Hierauf folgte bald eine große Theuerung, die bis zur Ernte dauerte. Es wurden viele Pferde,²⁶⁶ Katzen und Hunde geschlachtet und gemahlene Baumrinde als Mehl verwendet und gegessen; daher wurden die Armen von den reichen Familien gespeist.²⁶⁷ Das Hochwasser hatte auch zur Folge, dass der Friedhof nicht mehr zu benutzen war und Adam Schneider, weil die Kirche und der Gottesacker 2 Schuh tief vom Bodensee überschwemmt waren, zum Begräbnis nach St. Johann Höchst geführt wurde. Mit dem Schiff konnte man bis zur Hausstiege des Pfarrhofes bequem hinfahren. Die Überschwemmung des Bodensees wurde durch das schnelle Schmelzen der ungeheuren in den hohen Gebirgen liegenden Schneemasse verursacht, wodurch der Rhein mehrermal in kurzer Zeit unglaublich hoch angewachsen.²⁶⁸ Fußsach und Hard stunden im July die meiste Zeit im Wasser.²⁶⁹

Der Bodensee stieg rund 2,26 m über den mittleren Sommerwasserstand und blieb 89 Tage auf diesem Niveau.²⁷⁰

„Das ganze Rheintal war Monate lang ein trüber laufender See, dem nur die Weinhügel Gränzen setzten. Es faulten die Erdäpfel im Boden, es schwankten die Aehren der Getraidefelder auf eilenden Wellen, und die hohen Stengel des Türkischkorn sahen traurig aus dem Wasser heraus.

²⁶⁵ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 580.

²⁶⁶ Das führte dazu, dass 1817 eine Verordnung erlassen wurde, die zur besonderen Vorsicht beim Genuss von Pferdefleisch ermahnte. Dabei wurde festgestellt, dass aus dem gegenwärtigen Mangel an Lebensmitteln der Genuss von Pferdefleisch allmählich häufiger werde. Es sei keine schädliche Nahrung, und soll gleich wie Rindfleisch behandelt werden. Man soll nur kein Fleisch von kranken Tieren als Nahrung verwenden. Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg 1817, 4. Bd, I. Theil, Innsbruck 1824, S. 95.

²⁶⁷ Fußsacher Kirchturmurkunde 1817, Veröffentl. in: Holunder, Wochenbeilage der Vorarlberger Landeszeitung für Volkstum, Bildung und Unterhaltung, 15. Jg., Nr. 50, Bregenz, 11. Dezember 1937, 1 – 3.

²⁶⁸ Fußsacher Sterbebuch 1808 – 1854, S. 13, http://www.vla.findbuch.net/php/view2.php?ar_id=3711&link=564c412d4675c39fx9&count=

²⁶⁹ Gemeindearchiv Bildstein, Chronik der Wallfahrt und Pfarre Maria-Bildstein von 1650 bis 1817, S. 83 – 86. Vgl. dazu auch die Wolfurter Chronik, Abschrift Wolfurt 1973, Vom theuren Jahr 1817, S. 13 f.

²⁷⁰ PFISTER, Wetternachhersage, S. 228.

Ganze Magazine von Nahrung gingen unter, und die Klage um zerstörte Hoffnungen und Erndte stöhnte gen Himmel empor. (...) Zehn Dörfer ertranken beynahe mit allen ihren Feldern und Früchten. (...) Hätte der Föhn länger gedauert (denn es lagen noch, wie immer, unermeßliche Schneemassen in den Gebürgen) so wäre das ganze Rheintal ertrunken.²⁷¹

Nach dem alten Bregenzer Pegel lag der Wasserstand des Bodensees bei 4 m.²⁷² Als Datum des höchsten Seestandes seit 1566 ist auf der Tafel mit den „Höchsten Hochwassern“ am Bregenzer Molo bis heute der 7. Juli 1817 festgehalten.²⁷³ Teile von Vorkloster und der Kornmarkt in der Stadt waren überflutet. Und Kreishauptmann Daubrawa schrieb am 15. Juli 1817 nach Innsbruck: *Denn seit dem 12. d. M. tratt leider neuerlich eine so ungünstige stürmische Witterung ein, daß der Rhein und der Bodensee, obschon auch der letztere bereits zu fallen begonnen hatte, von Neuem gewaltig erwachsen, und [...] in dem See ein so fürchterliches Gewell sich erhob, daß den überschwemmten Häusern der gänzliche Untergang drohte, und einige von den Einwohnern schon verlassene auch wirklich umgestürzt wurden.*

Auch hier in der Stadt Bregenz, worin man mit Schiffen fahren kann, wurde gestern von einer eben derselben Woge eine sehr feste und hohe Gartenwehr und zugleich ein weit dahinter gestandenes Gartenhäuschen mit einem Wurfe umgeworfen. Die Verheerungen des wüthenden Seas (der auf der benachbarten Stadt Lindau die ganze Brücke wegzureißen droht) sind höchst schauerhaft, und zugleich von den Ortschaften Hard, Fußach und Gaißau einlangende Nachrichten lauten auf das Kläglichste, und nehmen eine fortwährende ergiebige Unterstützung der von allem entblößten Einwohner mit Lebensmitteln gebietherisch in Anspruch, um ihnen wenigstens die kümmerlichste Hilfe zu leisten.²⁷⁴

Eine besonders dramatische Beschreibung der Ereignisse am Bodensee lieferte die Klagenfurter Zeitung vom 30. Juli 1817. „Das günstige Wetter, welches seit dem 1. Mai auch in Vorarlberg zum Glück des ganzen Landes nach vier Mißjahren eintrat, war die Quelle des Unglücks. [...] Seit dem Eintritt des Frühjahrs wuchs der See täglich mehr an. [...] Die ohnehin geographisch unglückliche Gemeinde Gaißau steht ganz im Wasser des Bodensees und des Rheins. Der sogenannten Rebhügel ist der einzige noch nicht überschwemmte Platz. Die Wiesen und Felder stehen alle 3 bis 4 Fuß²⁷⁵ tief unter Wasser. Die Gemeinde Fußach wurde gänzlich unter Wasser gesetzt, nicht ein Haus steht außer demselben, und die über die Ach führende Brücke bildet den einzig sichtbaren Erdpunkt in der ganzen Gemeinde. ... der gefährlichste Tag für diese Gemeinde war der 6. d. M. weil an diesem Tage auch der durch warmen Regen angeschwollene Rhein bei Brugg den Damm durchbrach, und ein Arm desselben über Felder durch das Dorf sich mündete. Viele Häuser, welche dem See zunächst

²⁷¹ SCHEITLIN, S. 242 f.

²⁷² KRAPF, S. 133.

²⁷³ Karl Heinz BURMEISTER, „Die „zweite Sündfluth“. Das Rhein- und Bodensee-Hochwasser von 1566. In: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 2006, Heft 124, S. 111 – 137, hier, S. 111 f.

²⁷⁴ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D. über die bezirksweise Noth wegen Überschwemmung, Daubrawa, Bregenz, 15. Juli 1817.

²⁷⁵ 1 Fuß in Österreich: 316,102 mm.

liegen, mußten gänzlich geräumt werden. Die Wiesen und Felder dieses Dorfes stehen alle 3 bis 4 Fuß tief unter Wasser und mitten im Dorf selbst sind die größten Segelschiffe angebunden. Vom Dorf Hard stehen nur noch 14 Häuser außer dem Wasser. [...] Bregenz selbst hat durch die Überschwemmung des Bodensees sehr viel gelitten. Das Wasser überschwemmte den ganzen Kornmarkt und in der untern Hälfte der Riedgasse fuhr man mit Schiffen. In der Nacht vom 16. verursachten die strömenden Wellen selbst an Gebäuden großen Schaden, und zertrümmerten alles, was sich bisher an Gartenmauern, Geländern und Schutzwehren erhalten hatte. Der Sturm dauerte den ganzen Tag fort und zerstörte auch die Brücke von Lindau. [...] die von dem Schanzthore bis zur Bergeshöhe an der Klause führende Straßenstrecke bildete einen fortlaufenden Kieshügel, alle die Nußbäume, welche eine Allee bildeten, wurden fortgerissen, und die von dem sogenannten Felsenhäuschen bis zur Wegscheide nach Lochau und Bäumle führenden Straßenstrecke ganz unfahrbar gemacht. Die Verbindung wird einstweilen durch einen über die Rebhügel führenden Weg unterhalten. Gaißau, Fußach, Hard und Vorkloster, zum Teil auch Höchst und Lustenau waren jeglicher Hoffnung auf eine Ernte beraubt.“²⁷⁶

Die dritte und schlimmste Rheinüberschwemmung begann am 28. August 1817. Der Reichenauer Pegel am Zusammenfluss von Vorder- und Hinterrhein notierte mit 26 Schweizer Fuß (7,80 m) den höchsten Wasserstand für dieses Jahr.²⁷⁷ Der Rhein durchbrach bei Ruggel, Bangs, Meiningen, zwischen Koblach und Mäder, bei Brugg und in Gaißau die Dämme. Er richtete solche Schäden an, dass Kreishauptmann Daubrawa schon am folgenden Tag das Präsidium in Innsbruck informierte: *Wolkenbruchähnliche Regen welche vorzüglich in Graubündten durch mehrere Tage fielen, haben am 28. d. Ms den Rheinstrom um einen ganzen Schuh höher gehoben als er viele Jahre bey dem höchsten Wasserstand war. [...] Die Gemeinden Mäder, Koblach, Altach, Meiningen, Bangs und Matschels, welche bisher im Verlaufe des ganzen Jahres keinen bedeutenden Wasserschaden zu leiden hatten, [...] litten diesmal sehr beträchtlichen, theils weil der Rhein schon bey Ruggel in Liechtenstein den Damm durchbrach, theils weil auch die übrigen Dämme an mehreren Stellen der Gewalt des Stroms nicht zu widerstehen vermochten. [...] dass man mit freyem Auge von den benachbarten Anhöhen den neuerlichen Rheineinbruch bey Brugg und die Mündung eines Rheinarmes durch das Dorf Fußach bemerkt.*²⁷⁸

Auf Schweizer Seite war die ganze Talsohle vom Wasser bedeckt. Die Gegend zwischen Sargans und Mels war besonders betroffen. Die Menschen fürchteten sogar, dass der Rhein weiter in den Walensee ablaufen könnte.²⁷⁹ Am Schweizer Ufer des Bodensees standen die Orte Altenrhein, Rheineck bis St. Margrethen unter Wasser.

²⁷⁶ Klagenfurter Zeitung, Nr. 61, 30. Juli 1817, S. 2 f.

²⁷⁷ KRAPF, S. 138. Der gewöhnliche Niederwasserstand beträgt 7 Schweizer Fuß oder 2,10 m.

²⁷⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Bregenz, 29. August 1817. Vgl. VLA, LBS 150/2, Rosenlächer, am 28. d. M. die 3. und gefährlichste Rhein-Überschwemmung.

²⁷⁹ KRAPF, S. 133.

6. JAMMER UND ELEND

6.1. Mangel und Teuerung

Wegen des anhaltenden schlechten Wetters hatten die Bauern zwischen 1811 und 1818 deutlich weniger als in durchschnittlichen Jahren davor und danach geerntet. In vielen Gegenden waren die Ernten wie Getreide, Kartoffeln, Obst, Wein oder Heu überhaupt ausgefallen. Eine Ausnahme stellte nur das gesegnete Weinjahr 1811 dar. Der Mangel an Heu bedeutete, dass im Bregenzerwald, im Montafon und anderen Gegenden, wo die Viehzucht intensiv betrieben wurde, das Futter für das Vieh fehlte. In den Bregenzerwälder und Walsertaler Chroniken wird dieser Mangel regelmäßig erwähnt und betont. Das Vieh wurde aus den Berggebieten auf Wiesen im Gericht Hofsteig, nach Lustenau auf das Ried Hof und bis in die Schweiz verstellt, dass es dort gefüttert wurde.²⁸⁰

Bereits 1815 wurde die Versorgung mit Lebensmitteln in Tirol und Vorarlberg so problematisch, dass mit 7. September 1815 eine aus dem Jahr 1802 stammende Verordnung über den Aufkauf von Lebensmitteln wieder in Erinnerung gerufen und gültig wurde. Darin wurde bemerkt, dass gewinnsüchtige Händler und wucherische Spekulanten Getreide und Viktualien aller Art aufkauften, um die Preise hoch zu treiben und die Lebensmittel ins Ausland zu verkaufen. Kreisämter, Magistrate und die Obrigkeiten insgesamt sollten strengstens darauf achten, dass nur ausgewiesene von den Behörden lizenzierte, wohlbekannte und rechtschaffene Händler Lebensmittel und Getreide aufkauften und zwar nur für die inländischen Bedürfnisse. Gegen Schleichhändler, die ohne Genehmigung Lebensmittel aufkauften, sollte unnachsichtig vorgegangen werden.²⁸¹

Wegen des nasskalten Wetters war im Sommer 1816 abzusehen, dass die Ernte schlecht ausfallen würde. Aus allen Landesteilen erhielt Kreishauptmann Daubrawa schlechte Ernteberichte.

Landrichter von Gilm meldete aus Dornbirn, der bis gestern anhaltenden nassen Witterung wegen hat die Getreideernte noch nirgends ihren Anfang genommen. Die bevorstehende Ernte verspricht nach den verschiedenen Gattungen weit mehr Ergiebigkeit als man je vor drei Wochen erwarten konnte, wenn anderst nun die gute Witterung anhält. Das Winterkorn oder Fesen steht in dem hiesigen Landgerichtsbezirke schön und dürfte wenigstens eine mittelmäßige Ergiebigkeit gewähren. Die Erzeugung der Gerste ist in dem allhiesigen Landgericht unbedeutend und durch die Kälte im letzten Winter größtentheils zu Grunde gegangen, der Roggen ist auch größtentheils im Winter zu Grunde gegangen und steht unter der Mittelmäßigkeit.

Der Haber gewährt die beste Aussicht. Und dürfte am ehesten die gehörige Reife erlangen. Alles türkisch Korn steht wegen der anhaltenden naßen kalten Witterung äußerst schlecht und dürfte sehr schwer zur Reifung gedeihen.

²⁸⁰ Egger Chronik (1802 – 1848), in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 90. Lingener Chronik, 2. Teil, fol. 569.

²⁸¹ Provinzial-Gesetzsammlung, Jahrgang 1815, Bd 2, S. 385 ff.

Die Erdäpfel endlich versprechen wegen der anhaltenden Nässe auch nur eine mittlere Ergiebigkeit. In den Ortschaften, wo die Felder überschwemmt wurden, sind sie so wie der Türken und das Gras gänzlich vernichtet. Überhaupt hat der Austritt des Rheins und des Bodensees in den Gemeinden Lustenau, Höchst, Fußach und Gaißau den allerempfindlichsten Schaden an den Feldfrüchten verursacht, und diesen ohnehin größtentheils dürrigen Leuthen würde auf den kommenden Herbst und Winter ohne ausserordentliche Unterstützung die größte Hungersgefahr bevorstehen.

In dem allhiesigen Landgericht sind weder von vorgehenden Aernten noch durch merkantilische Spekulationen die geringsten Getraid-Vorräthe vorhanden, und der wochentliche Bedarf wird in Bregenz eingekauft.²⁸²

Im Montafon ließ die Getreideernte im ganzen genommen nicht das günstigste Resultat (erwarten). [...] in den höhern Gegenden, welche hier bereits den größeren Theil ausmachen, ist das Getraid in einem elenden Zustande, und kann und wird auf keinen Fall zur vollkommenden Abreife gelangen. [...] da in Montafon der Waizen, Roggen, Gerste und Haber unter anderen gesaet wird, aus welchem dann das sogenannte Mistelkorn entsteht, so kann hier das Resultat nach den verschiedenen Getraide Gattungen nicht angezeigt werden. Kukurutz wurd hier gar keiner angepflanzt.

[...] Die vorjährige Aerndte war im ganzen eben auch nicht gut und selbst in den fruchtbarsten Jahren wird in Montafon nie soviel Getraid erzielet, als zum eigenen inneren Bedarf erfordert wird. Die Getraidehändler nehmen von Feldkirch alle Wochen nur jenes Quantum von Getraid, welches sie für die künftige Woche bedörften, [...] daß im ganzen Montafon nicht für einzige 14 Tage, wenn nicht immer nachgekauft würde, ein Vorrath vorhanden wäre.²⁸³

Alle Landrichter befürchteten aufgrund der eigenen schlechten Ernteaussichten und ähnlicher Perspektiven für Bayern, Schwaben und Württemberg, den Gebieten, aus denen Vorarlberg traditionell sein Getreide bezog, Preiserhöhungen und Einfuhrprobleme. Sie gingen davon aus, dass Getreidespekulanten in Württemberg, Bayern und Baden wegen des anhaltend nassen Wetters die Preise künstlich hochhielten. Von der Ernte 1815 seien noch Vorräte vorhanden. Wegen des Geldmangels liege der Getreidehandel in den Händen der reichsten Wucherer, die das Getreide lange zurückhalten können. Sie fordern für die ärmeren Untertanen deshalb die Anlegung von Getreidemagazinen. Dazu sollte Getreide in Memmingen, Kempten und Überlingen angekauft werden. Besonders der Getreidemarkt in Überlingen schien der geeignetste Platz zu sein, um Getreide zu besorgen. Vor dort wäre ein kostengünstiger Transport durch die Vorarlberger Schiffer möglich gewesen. Der Dornbirner Landrichter ging dabei von einem Preis von 30 fl pro Malter aus. Er meinte, gegen Martini wäre das Getreide am günstigsten zu bekommen, da die Bauern dann Geld für Steuern und Zinse benötigten und deshalb ihre Vorräte verkaufen würden. Für die Vorarlberger würde das Getreide auch deshalb teurer kommen, weil die Schweizer Behörden Armenversorgungsmagazine mit Getreide anlegen dürften.²⁸⁴

²⁸² VLA, KA 1, Sch. 291, Praesidiale 1816, IV, Nr. 17, Gilm, Dornbirn, 9. August 1816.

²⁸³ VLA, KA 1, Sch. 291, Praesidiale 1816, IV, Nr. 17, Schruns, 7. August 1816.

²⁸⁴ VLA, KA 1, Sch. 291, Praesidiale 1816, IV, Nr. 17, Gilm, Dornbirn, 9. August 1816.

Bereits im August 1816 war den Verantwortlichen klar, dass die Ernte niemals ausreichen würde, um auch nur einen Teil des Bedarfs zu decken. Kreishauptmann Daubrawa richtete deshalb ein entsprechendes Schreiben an das Präsidium in Innsbruck, in dem er über die Erntemengen referierte und erklärte, dass die Menschen nach *drey Missjahren an Vermögen und allem Lebensmittelvorrathe ganz erschöpft seien*.²⁸⁵ Am 29. November schickte er ein weiteres Schreiben nach, in dem er betonte, dass die Vorarlberger Gemeinden *oder viel mehr Stände* vom Staat einen soliden unverzinslichen Geldvorschuss erwarteten, um die notwendigen Getreideankäufe besorgen zu können. Als Grundlage für die benötigte Summe hatte er die sechs Landrichter um ihre Einschätzung des Bedarfs gebeten. Die Summen, die von ihnen genannt wurden, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, übertrafen alles, was Daubrawa erwartet hatte.

a)	<i>Landrichter von Bregenz</i>	<i>150.000 fl</i>
b)	<i>Landrichter vom inneren Bregenzerwald</i>	<i>314.440 fl</i>
c)	<i>Landrichter von Dornbirn</i>	<i>36.000 fl</i>
d)	<i>Landrichter von Feldkirch</i>	<i>125.600 fl</i>
e)	<i>Landrichter vom Sonnenberg</i>	<i>32.000 fl</i>
f)	<i>und vom Montafon</i>	<i>20.000 fl</i>
	<hr/> <i>Ungeheure Summe von</i>	<i>678.040 fl</i>

Der Bregenzer Landrichter schätzte, dass er die Hälfte der Summe nach einem Jahr wieder zurückvergüten könne. Für die andere Hälfte aber müsste etwas länger zugewartet werden, und die Hälfte der Summe mit 37.500 fl sei vielleicht ganz uneinbringlich. Im Landgericht Dornbirn hatte der Landrichter bei seinen Berechnungen nur auf *die dürftigsten Familien Rücksicht genommen, derer es in Sonderheit im gräflichen Standesbezirke Hohenems und in Lustenau vorzüglich viele gibt*.²⁸⁶ Der Landrichter drängte wegen der vielen Mittellosen in seinem Amtsbezirk deshalb darauf, dass sämtliche Gemeindeglieder mit ihrem Vermögen und ihren Gütern für den gewünschten Vorschussbeitrag haften sollten.

Die Behörden in Innsbruck konnten sich vorerst aber nur dazu durchringen, im November 1816 ein Ausfuhrverbot für Lebensmittel und Getreide zu erlassen. Dieses Ausfuhrverbot beinhaltete sämtliche noch im Land erhältlichen Viktualien. Besonders Schmalz, Butter und Käse durften vom Herbst 1816 bis in den Sommer 1817 nicht mehr ausgeführt werden. Weil auch die Kartoffeln unter das Ausfuhrverbot fielen, obwohl es davon in Vorarlberg zumindest nach der Ernte 1817 wieder genug gab, protestierten die Bauern gegen dieses Verbot. 1818 kam es sogar zu Gewalttätigkeiten gegen Mautbeamte.²⁸⁷

Bayern wie auch Württemberg und Baden waren von den Ernteausfällen des Jahres 1816 ebenso betroffen wie Vorarlberg. In Württemberg hatte man sogar schon 1812 die Vorratslager des Königs

²⁸⁵ VLA, KA 1, Sch. 291, Praesidiale 1816, IV, Nr. 17, Daubrawa, Bregenz, 12. August 1816.

²⁸⁶ VLA, KA 1, Sch. 308, Nr. 623, Bericht des Kreishauptmanns in Betreff des hierländigen Getreidebedarfs, Bregenz, 29. November 1816.

²⁸⁷ KOLER, S. 212.

für das Volk öffnen müssen, um Hungersnöte zu verhindern.²⁸⁸

In normalen Zeiten gab es einen regen Getreidehandel zwischen den Gebieten rund um den Bodensee, wobei Vorarlberg deutlich mehr im- als exportierte. Noch im 2. Halbjahr 1816 wurden aus Vorarlberg bis zum Exportverbot 64 Scheffel Getreide nach Bayern exportiert. Eingeführt wurden 457 Scheffel. Ähnlich war die Situation in Tirol, 84 Scheffel wurden exportiert, 8.511 Scheffel importiert.²⁸⁹ Zur Sicherung der Versorgung der eigenen Bevölkerung belegte Bayern unter den aktuellen Umständen Getreide mit einem äußerst hohen Ausfuhrzoll, sodass die legale Ausfuhr im Winter 1816/17 nahezu zum Erliegen kam. Stattdessen blühte der Schmuggel. Bewaffnete Banden brachten unverzolltes Getreide aus Bayern nach Tirol und Vorarlberg. Dabei gingen beide Seiten nicht gerade zimperlich vor. Es gab sowohl auf der Seite der bayerischen Mautbeamten als auch der österreichischen Schmuggler, „hungerige Gebirgsbewohner aus dem Tyrol und vorzüglich aus dem Vorarlberg“, Tote.²⁹⁰ Mit der fortschreitenden kalten Witterung im Frühjahr 1817 sah sich Bayern gezwungen, selbst Getreide zu importieren. Trotz des eigenen Mangels verhängten die Bayern aber während dieser Zeit keine Getreidesperre gegen Österreich. Um den Tirolern und Vorarlbergern zu helfen, wurde auf Antrag der Behörden sogar der Zoll auf 1 fl statt des Regelsatzes von 16 fl je Scheffel gesenkt.²⁹¹ Die bayerische Regierung novellierte die bestehenden Gesetze zum Getreidehandel aus den Jahren 1805 und 1813 im Herbst 1816 mehrfach und ergänzte sie. Erst im September 1817, also nach der Teuerung und als Konsequenz auf die Engpässe und den Getreidewucher, wurden neue Verordnungen erlassen. Die Einfuhr aus dem Ausland war frei, man war immer noch auf Importe zur Versorgung angewiesen. Für die Durchfuhr galten die Bestimmungen wie 1816. Die seit 17. November 1816 bestehenden Ausfuhrzölle wurden gegen jene Länder wieder aufgehoben, die selbst die Ausfuhr nach Bayern nicht gesperrt hatten. Beim Getreidehandel mit diesen Ländern galten wieder die vor der Notzeit gültigen Zollsätze. Verboten war jedoch die direkte Ausfuhr von Getreide, das nicht zuvor auf einem öffentlichen Markt feilgeboten worden war. Ausgenommen von dieser Regelung waren Getreide und andere Anbauprodukte, die von Untertanen benachbarter Staaten auf Grundstücken, die ihnen gehörten, aber auf bayerischem Territorium lagen, geerntet wurden.²⁹²

Während der bayerische Markt für die Vorarlberger Kornhändler also prinzipiell offen war, sah es beim Kornhandel mit Württemberg anders aus. Die Landrichter hatten ja im Herbst 1817 den Kreishauptmann darum gebeten, dass er sich beim Präsidium in Innsbruck dafür verwende, dass auf Regierungsebene eine Einfuhrerleichterung aus Württemberg erwirkt werde. Die Regierung in Wien kam dem Wunsch von Kreishauptmann Daubrawa auch nach und wandte sich an das württembergische Ministerium. Dieses sollte die freie Getreideausfuhr nach Vorarlberg erlauben, um die Versorgung für den Winter 1817/18 zu sichern. Schon im März 1817 hatte Württemberg im

²⁸⁸ DÜWEL-HÖSSELBARTH, S. 148 f. Ihr Zitat von Heinrich Heine „In unserem Lande ist es frostig ...“ stammt allerdings erst aus dem 3. Band seiner Reisebilder von München nach Genua, 1830.

²⁸⁹ VASOLD, S. 102.

²⁹⁰ Ebenda, S. 192 f.

²⁹¹ MÜLLER, Hunger in Bayern, S. 102 f.

²⁹² Bayerisches Regierungsblatt 1817, Verordnung den Getreidehandel betreffend, 17. September 1817, Sp. 803 – 812.

Bundestag, der Versammlung des Deutschen Bundes in Frankfurt, den Antrag gestellt, bestehende Beschränkungen und Ausfuhrverbote für Getreide und Schlachtvieh aufzuheben. Von Wien war darauf eine abschlägige Antwort des Kaisers gekommen. „Die Verhältnisse der österreichischen Monarchie erlauben es nicht, einen unbedingt freien Verkehr mit Getreide und Schlachtvieh für alle Zeiten zu gestatten, deshalb finde Ich, der auf dem deutschen Bundestage vorgeschlagenen Übereinkunft nicht beizutreten.“²⁹³ Das Königreich Württemberg lehnte daraufhin im Herbst 1817 das österreichische Ansinnen auf vergünstigte Getreideexporte ab.²⁹⁴

Während die Behörden in Bayern, Württemberg und der Schweiz die Getreidelager auffüllen ließen und in den Markt eingriffen, kaufte die österreichische Verwaltung trotz dringender Warnungen keine nennenswerten Getreidemengen, mit denen Engpässe bei der Versorgung vermieden hätten werden können. Mit ein Grund dafür waren die Finanzturbulenzen in der Monarchie. Getreide musste auf den internationalen Märkten in Gold bezahlt werden.²⁹⁵ Im Herbst 1816 war jedoch gerade das Mangelware. Österreich war ein Land des Papiergeldes, der Einlösungs- und Anticipationsscheine, geworden. Zudem waren laut Gesetz die Gemeinden für die Armenversorgung zuständig und nicht der Staat. Die Behörden sahen daher vorerst keinen Grund, aktiv zu werden.

Unterdessen wuchs im ganzen Land der Hunger. Im Jänner 1817 notierte der Lustenauer Pfarrer Rosenlächler: *zunehmende Theuerung der Lebensmittel. Jammer, Elend und Noth!!*

Die Behörden reagierten auf die Teuerung vor allem mit Aufrufen und Appellen, um Wucher und Preistreiberei zu unterbinden, und Kreishauptmann Daubrawa klagte über die Verhältnisse im Bregenzerwald, dass die *Vermögen in die Kasse einzelner sparsamer oder geiziger Kapitalisten fließen. Die Ungleichheit des Vermögens und ihre nachtheiligen Folgen nehmen von Tag zu Tag zu.*²⁹⁶

Größtenteils blieb der Markt dem Spiel von Angebot und Nachfrage ausgesetzt. Wer Geld hatte, konnte immer noch alles kaufen, was er brauchte. Als der Bregenzer Schmalzwaagemeister²⁹⁷ im Jänner 1817 bei der Stadt ein Verbot des Schmalzverkaufs durch die Melber²⁹⁸ anregte, um zu verhindern, dass die Mehlhändler auch die Fettversorgung kontrollierten, wurde der Antrag abgelehnt.²⁹⁹

In den folgenden Wochen stiegen die Preise so weit an, dass die Menschen begannen, auch die für die Aussaat hinterlegten Vorräte an Kartoffeln und an Getreide aufzuessen, statt sie bis zum Frühjahr aufzubewahren. Als es dann Zeit für die Aussaat war, brauchten die Kleinbauern in den

²⁹³ BEER, S. 176, er zitiert eine kaiserliche Resolution vom 13. August 1817.

²⁹⁴ KOLER, S. 212.

²⁹⁵ POST (1977), S. 59.

²⁹⁶ VLA, LG Bregenzerwald, Sch. 31, Daubrawa, Bregenz, April 1817.

²⁹⁷ Der Waagemeister war neben dem korrekten Abwiegen des Getreides auch für das Abwiegen von Butter, Schmalz, Käse usw. verantwortlich. In großen Handelsstädten gab es unterschiedliche Waagemeister für die verschiedenen Produkte wie Getreide, Wolle, Garne, Fleisch, Fisch etc. In Bregenz lag die Besorgung der städtischen Waage in der Hand einer Person.

²⁹⁸ Mehlhändler

²⁹⁹ Stadtarchiv Bregenz, Kod. 88, 28. Jänner 1817, Nr. 132.

meisten Gegenden Geld aus den Notvorschüssen, um Saatgut zu kaufen. Die meisten hatten nämlich kein Saatgut und kein Bargeld, um sich mit Saatgetreide einzudecken. Wer keinen Kredit mehr bekam, musste auf die Notvorschüsse zurückgreifen.

Die ersten Erhebungen des Kreishauptmanns im Frühjahr 1817 ließen hoffen. Trotz des langen Winters und des nassen Frühjahrs versprach die Ernte ordentliche, wenn auch keine außergewöhnlichen Erträge.

Das Landgericht Bregenz berichtete am 14. April 1817 an den Kreishauptmann, dass aus den Gemeinden die frohsten Nachrichten eingelangt seien. Die Wintersaat sei in vortrefflichem Zustand, bei gutem Wetter sei eine ergiebige Ernte zu erwarten. Über die Wintersaat im Gebirge konnte noch keine Auskunft erteilt werden. Die guten Nachrichten wurden im nächsten Bericht im Juni nur leicht modifiziert. Die Saaten befanden sich in einem guten und sehr schönen Zustand, eine ergiebige Ernte war zu erwarten. Hinsichtlich *des türkischen Waitzen dürfte die Erndte nicht sehr ergiebig ausfallen*. Auch die Weinlese ließ zu wünschen übrig, weil sehr wenige Trauben anschießen wollten. Saaten, Heu und Obst waren in vortrefflichem Zustand.

Der Dornbirner Landrichter von Gilm war nicht ganz so optimistisch, die Wintersaat sei in gutem, jedoch nicht vorzüglichem Zustand. Ähnliche Berichte trafen aus dem Montafon, dem Klostertal, dem Tannberg und dem Großen Walsertal ein. In den höheren gelegenen Gebieten gab es keine Wintersaat. In der Region um Bludenz, Sonnenberg und Blumenegg waren die Erwartungen bei den Winteraussaaten, bei Korn und Gerste, überall gut. Die Sommerfrucht war wegen des Schnees in den höheren Regionen noch nicht ausgebracht.³⁰⁰

Im April 1817 erreichte die Teuerung einen neuen Höhepunkt. Ein Fass Kartoffeln kostete zwischen 24 und 30 fl. Weil Kartoffeln und Getreide so teuer wurden, ernährten sich viele Menschen, besonders dort, wo es durch die Viehwirtschaft Milch und Molke gab wie im Bregenzerwald, von Mehlmus. Eine Maß Milch kostete im Frühjahr 1817 3 kr. Ein Vierling Mußmehl kostete an der Egg 1 fl 21 kr, ein Malter Kernen aus Kempten mit allen Transportkosten, bis in Egg ankam, 100 fl. *Am 25. April 1817 kostete in Bregenz ein Malter Korn 82 fl, ein Fass Erdäpfel 48 fl, ein Viertel Mußmehl 2 fl 24 kr, ein Viertel Hafermehl 6 fl und ein Zentner Heu in der Schweiz 4 fl. Billig waren die Getränke: ein Maß Weißwein 44 kr, ein Maß Rotwein 48 kr, ein Maß Bier 10 kr. Der Malter Korn stieg in Bregenz bis zum 16. Mai auf 100 fl.*³⁰¹ Da dem Mußmehl aber mitunter Sägemehl, erfrorene Bohnen und Kalk beigemischt wurden, konnte man es nicht richtig kochen. Milch und Mehl verbanden sich nicht und den Menschen wurde von dem Gemisch zum Sterben übel und sie erbrachen das Mus.³⁰² Die Ernährung der Armen reduzierte sich je nach Region auf Molkeprodukte, Hafergrütze, gekochte Kartoffeln, die Rumfordsche Armensuppe in unterschiedlicher Zusammensetzung, Kleiebrot, Mehl-

³⁰⁰ VLA, KA 1, Sch. 292, Praesidiale V 44, Ernteberichte und Getreide- und Reiszufuhr aus der Lombardei zur Bekämpfung der Hungersnot 1817, Bregenz, 14. April 1817; Dornbirn, 9. April 1817; Bludenz, 6. April 1817; Schruns, 9. April 1817.

³⁰¹ Egger Chronik (1802 – 1848), in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 90.

³⁰² Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 568.

mus oder Riebel.³⁰³ Dazu kamen essbare Wildkräuter wie Brennesseln, Sauerampfer und Löwenzahn. Viele dieser Produkte, besonders die Wildkräuter, wurden von den Menschen aber eher mit Viehfutter in Verbindung gebracht. Kleiebrot galt für den menschlichen Verzehr als ungeeignet. Trotz der Notzeit waren die Menschen nicht unbedingt willens, Dinge zu essen, die sie für Viehfutter hielten. Mit Hafer, Kartoffeln und Törken wurde in guten Jahren auch das Vieh gefüttert. Wildkräutersalate mögen heute auf den Speisekarten unserer Sternelokale stehen, Hafer, Gerste, Kleie in Zeiten veganer Trends zu In-Produkten werden, ein Bauer, eine Stickerin, ein Handwerker wollte 1817 sein weißes Schildbrot und seine Kümmelpärle. Auch das Rezept der Rumfordschen Suppe mag manchen an seine geschätzte Gerstensuppe erinnern. Zur Zeit ihrer Einführung verband man diese Suppe aber mit Knochengallerte und Armenauspeisung. Während Weißbrot für viele unerschwinglich wurde, stiegen die Preise für Fleisch im Verhältnis kaum. Wer Geld hatte, konnte sich auch im Frühsommer 1817 Butter, Käse und Fleisch oder gar Leckereien wie Erdbeeren, Kaffee und Schokolade kaufen.³⁰⁴

Mit dem fortschreitenden Frühsommer verbesserten sich die Aussichten auf eine gute Ernte in den meisten Landesteilen. Das Landgericht Feldkirch vermeldete am 2. Mai 1817, dass die Hauptgetreidegattung Weizen, Korn, Gerste und Haber schön stehen. *Weizen wird wenig angebaut. Mais oder türkisch Korn ist so weit zurück, daß schon jetzt an der Reifwerdung gezweifelt werden muss. Für Hülsenfrüchte ist die Witterung bisher auch gut. Ebenso für die Erdfrüchte, Erdäpfel vorzüglich als die Hauptnahrung für die Bauersleute, Heu verspricht gute Aussichten, aber es muss zu viel Gras auf den Wiesen statt auf den Alpen, wo noch häufig Schnee ist, verwendet werden. Obstbäume besonders Birnen und Kirschen geben viel Hoffnung. Wein kann hinsichtlich Quantität nur mittelmäßig bezeichnet werden.*³⁰⁵

Entwicklung der Marktpreise:³⁰⁶

Preise laut Bregenzer Wochenblatt

	<i>Ochsenfleisch</i>	<i>Kalbfleisch</i>	<i>Schweinefleisch mit Speck</i>	<i>Schweinefleisch ohne Speck</i>	<i>Butter</i>	<i>Schmalz</i>
23.3.1816	11 kr	7 ½ kr	14 kr	13 kr	19 kr	26 kr
3.5.1816	11 kr	9 ½ kr	14 kr	13 kr	19 kr	26 kr

³⁰³ WEIZENEGGER-MERKLE, I. Abtheilung, S. 271. WEIZENEGGER nennt den Riebel aus Türkengrieß mit einer Schale Milch die wichtigste und beste Nahrungsquelle für die bäuerliche Bevölkerung.

³⁰⁴ Vgl. Ruth GSTACH, Christian Hummel, der Nenzinger Doktor, Medizin und Alltag im 19. Jahrhundert (= Bludenzer Geschichtsblätter 56 + 57), 2001, S. 106 ff. Dr. Hummel hat in seinen Ordinationsbüchern u.a. für 1817 die täglichen Kosten lückenlos notiert. So sind 14 kr für Erdbeeren notiert oder 3 fl 10 kr für Honig, dazu Ausgaben für Kaffee und Kriesiwasser (Kirschnaps).

³⁰⁵ VLA, KA 1, Sch. 292, Praesidiale V 44, Feldkirch, 2. Mai 1817.

³⁰⁶ Feldkircher Wochenblatt und Bregenzer Wochenzeitung 1816 – 1818 soweit sie erschienen sind. Die Preise gelten jeweils für 1 Pfund. 1 Loth = 17,5 g.

Preise laut Feldkircher Wochenblatt

	Ochsen- fleisch	Kalb- fleisch	Kuh- fleisch	Schweine- fleisch	Butter	Kerzen	Weiß- brot	Roggen- brot	für 2 kr
21.1./30.1./ 6.2.1816	11 kr	7 kr	8 kr	14 kr	20 kr	30 kr	5 kr 4 H	4 kr 2 H	9 Loth Schildbrot od. 12 Loth Kümmellaibl
13.2./ 20.2.1816	11 kr	7 kr	8 kr	14 kr	20 kr	30 kr	5 kr 6 H	4 kr 4 H	9 Loth Schildbrot od. od. 11 Loth Kümmellaibl
26.3. / 9.4.1816	11 kr	7 kr	8 kr	14 kr	18 kr		6 kr	4 k 6 H	9 Loth od. 10 Loth Kümmellaibl
13.8.1816	11 ½ kr	10 kr	8 kr	14 kr	22 kr	34 kr	9 kr	7 kr 2 H	6 1/2 Loth Schildbrot od. 7 Loth Kimmel
4.3.1817	12 kr	8 kr	9 kr	14 kr	21 kr	34 kr	11 kr	8 kr 4 H	4 Loth od. 6 Loth Kimmel
15.4.1817	13 kr	9 kr	9 kr	14 kr	24 kr	34 kr	11 kr	8 kr 4 H	4 Loth od. 6 Loth Kimmel
27.1.1818	14 kr	9 kr	14 kr	18 kr	23 kr	48 kr	7 kr 6 H	6 kr 2 H	7 Loth od. 8 Loth Kimmel
3.3.1818	14 kr	9 kr	14 kr		23 kr	42 kr	7 kr 2 H	5 kr 6 H	8 Loth od. 9 Loth Kimmel
1.12.1818	11 kr	10 kr		18 kr	21 kr	36 kr	4 kr 2 H	3 kr 2 H	6 Loth od. 7 Loth Kimmel

Wiktualienpreise.

Der Wochen	beste			mittlere			geringst			Brodtpreise				Fleischpreise				Butter 24 kr.	Kerzen 34 kr.
	fl.	kr.	h.	fl.	kr.	h.	fl.	kr.	h.	2 kr.	fl.	kr.	h.	Pfund	kr.	h.	Pfund		
Korn	10	15	9	12	8					Schild	weisses	11		12			Dachsen	12	
Roggen	7	15	6	51	6	15				Schild	weiskern	9	4	9			Kuh	9	
Gerste	7	11	6	42	6	13				Kimmel	Roggen	8	4	8			Kalb	8	
Hirsen	6	58	5	12	3	38					halb			9			Schaaß	9	
Haber	3	26	3	12	2	56					Wachm.	7	4	7			Schwein	14	

Feldkircher Wochenblatt, 25. März 1817

Im Frühsommer 1817, kurz bevor die ersten Ernten eingebracht werden konnten, wurde der Hunger am größten. Ein Malter Korn kostete inzwischen 110 fl, der Zentner Käse 24 fl, eine alte Maß Milch 4 kr. Der Brotpreis hatte sich verdoppelt. In vielen Gemeinden regierte der Hunger. Die Not wurde vor allem bei der ärmeren Klasse äußerst drückend. Nur wo sich eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit ergab, etwa in der Stickerie, *wo eine Weibsperson täglich 24 bis 30 kr verdiente*, konnte sie gemildert werden.³⁰⁷

Am 25. Juli (um St. Jakobi) wurden wegen immer mehr um sich greifender Theurung & Hungernoths auch in der hiesigen Pfarrey³⁰⁸ viele Menschen geschwollen, hetten eine kaum zu ersättigende Eßlust (wie ich dieses mit noch vielen anderen wohlhabenden Leuten, z. B. auch in Dornbirn, Hohenems & Bregenz an mir selbst erfahren hatte) wurden äußerst schwach & matt – und mehrere starben, vorzüglich Mannsbilder! – ohne daß man sagen kann, sie wären eigentlich vor Hunger gestorben. Die Hauptursache mag oder wird vermuthlich oder sicher seyn: der Genuß ungewöhnter, ungeschmalzener, halbroher Speisen, verschiedener Gasarten – das Entbehren des Butters – Einschränkung des Mehls, Musmehl etc. was übel wirkte auf die Verdauungssäfte, den Magen schwächte, und der edle Gesundheitsstoffe zerstörte – alle Lebenskraft brachen und der Körper dahin welken macht!

In der benachbarten Schweiz, vorzüglich im Appenzellerlande – fanden gar viele dadurch den Tod. Wobei bemerkenswerth bleibt, daß selten eine Weibsperson, am wenigsten aber Kinder starben.³⁰⁹ Dieser Volksanblick war so angreifig grässlich, daß er hätte harte Stein bewegen können. Kein Verdienst – kein Geld – kein Credit – und doch das theuerste ja allertheuerste Brod!!! Die Leute sahen wie der Hunger selbst aus. Man bemerkt an ihnen kein Leben – keine Farb – kein Muth – noch Stimme. In der Schweiz starben viele Menschen vor Hungers Noth zuerst sind solchen die Füße angeschwollen. Sie giengen wie die Schatten an der Wand herum – welkten allmählich ab, und starben zuletzt ohne Schmerzen – ohne Kraft. Man soll zu Märschwil³¹⁰ im Tockenburg an einem Tag viele solche Hungerleichen beerdigt haben!! Das Pfund Bodenbirn galt im Rheintal 2 kr und noch mehr.³¹¹

Der Mangel war so groß, dass auf den Märkten die raren Lebensmittel nur mit besonderem Einsatz, sowohl finanzieller Art als auch körperlicher Präsenz, erworben werden konnten. So musste der Lustenauer Pfarrer Rosenlächer seine Häuserin (Haushälterin) nach Bregenz auf den Markt begleiten, um Mehl und Brot für sich einzukaufen, was er in allen 16 Jahren seiner Dienstzeit in Lustenau noch niemals getan hatte. *Weil ich weder hier noch in Bregenz Mehl und gutes Brod auch um baares Geld für mich bekommen konnte, so nahm ich meine Zuflucht zu meinem benachbarten Metzger, Johann Seitz in Bernegg, der mir dann sehr willig und freundschaftlich damit ausgeholfen*

³⁰⁷ Bregenzerwald Archiv Egg, Pfarrchronik Schwarzenberg, Abschrift, S. 170.

³⁰⁸ Lustenau

³⁰⁹ VLA, LBS 150/2, Rosenlächer. Vgl. dazu Hannes GRABHER, Brauchtum, Sagen und Chronik, Lustenau 1956, S. 264.

³¹⁰ *durchgestrichen (vermutlich vom Verfasser), Anmerkung darüber: Bütschwil*

³¹¹ Bildsteiner Chronik, geschrieben, 1. Weinmonat (Oktober) 1817.

*hat, für welches ich ihm immer dankbar verbleiben werde.*³¹² Diese Episode zeigt deutlich, auch zum Zeitpunkt der größten Teuerung waren Lebensmittel erhältlich. Alles, was man brauchte, waren Geld, Beziehungen und Ellbogentechnik.

Der Anblick des reifenden Getreides und der Kartoffeln verleitete die hungernden Menschen dazu, das Getreide schon vor der vollkommenen Reife zu schneiden. Um dem entgegen zu wirken, brauchte es eine Reihe behördlicher Anweisungen und Kontrollmaßnahmen. Man wollte aber nicht nur den ökonomischen Schaden in Grenzen halten, sondern auch verhindern, dass das unreif geerntete Getreide zu Mangelkrankungen führte.³¹³

In den meisten Regionen entspannte sich die Lage nach der Ernte 1817. So notierte Pfarrer Rosenlächler im August: „Endlich erbarmte sich der unendlich gnädige und barmherzige Gott unser aller, zog seyne Strafruthe wieder zurück und segnete und erfreute uns alle mit einer sehr guten und ergiebigen Ernte, die am 11. (August) mit Jubel und Danksagung beginnen konnte.“³¹⁴

Auch der Bildsteiner Pfarrer vermerkte im Nachhinein: *Doch fielen die Fruchtpreise schon Anfangs August bey einigem Schnitt bereits zur Hälfte. Uiber eine einzige Nacht schlug der Vierling Weises Mühl zu Staufen 40 kr ab. Einen Tag vorhin kostete selber noch 1 fl 40 kr. Doch sind die Käufer, und Verkäufer an die hohe Preise schon gewöhnt, daß sie nicht so gern, und schnell herab als vorhin hinauf wollen.*³¹⁵

In ganz Europa feierten die Menschen nach der überstandenen Hungerszeit Messen, um Gott für sein Erbarmen und die gute Ernte zu danken.

Insgesamt war die Lage in Vorarlberg im Sommer 1817 zweigeteilt, in den mittleren und höheren Lagen, im Walgau, im Bregenzerwald und im Montafon fuhren die Bauern ihre Ernten wie in normalen Jahren ein. Ganz anders sah es aber im Rheintal und am Bodensee aus. Dort wurde durch die Rheinüberflutungen und das Bodenseehochwasser schon zum zweiten Mal in Folge die Ernte vernichtet. Diese Totalausfälle führten dazu, dass trotz der Erholung viele Menschen noch einen weiteren Winter und ein Frühjahr mit allem Nötigen versorgt werden mussten. Da die Ernten im Sommer 1817 bei den Vorarlberger Kornlieferanten, besonders in Schwaben und Württemberg, zufriedenstellend ausgefallen waren, hegten die Behörden in Innsbruck die Hoffnung, dass keine weitere Unterstützung notwendig sei. Zusätzliches Getreide für Tirol und Vorarlberg wurde aus der Lombardei importiert.³¹⁶ Zur Sicherheit erteilten sie dem Kreishauptmann im Oktober 1817 den Auftrag, noch einmal in allen Gerichten Erhebungen einzuholen, wie die Aussichten für den

³¹² VLA, LBS 150/2, Rosenlächler. Vgl. dazu Hannes GRABHER, Brauchtum, Sagen und Chronik, Lustenau 1956, S. 264. Grabher lässt in seiner Transkription die Worte „für mich“ bewusst oder unbewusst aus und gibt der ganzen Passage so eine andere Bedeutung. Bei ihm gewinnt man den Eindruck, Rosenlächler habe die Lebensmittel für die Armen gekauft, was eindeutig falsch ist!

³¹³ VLA, LG Dornbirn, Sch. 165, Sanität 1817, Nr. 38, Bregenz, 17. Juli 1817.

³¹⁴ GRABHER, S. 265.

³¹⁵ Bildsteiner Chronik, geschrieben, 1. Weinmonat 1817.

³¹⁶ KOLER, S. 212.

kommenden Winter seien.³¹⁷ In Anbetracht der verheerenden Ergebnisse im Vorjahr und der Not im Rheintal und am Bodensee von Gaißau bis Vorkloster brannte diesem die Frage unter den Nägeln, wie die Lage in den verschiedenen Talschaften im kommenden Winter sein werde? Drohte wieder irgendwo eine Hungersnot? Am 21. Oktober kam es im Rheintal zu *Regenwetter und dann ziemlich tiefer Schnee auf den Bergen & in der Ebene, der vorzüglich wieder an den Bäumen bedeutenden Schaden anrichtete, auch die Kälte & Gefröhrniß das Reifwerden der Trauben hindert, was hiermit auch im Wein ein Fehljahr zur Folge hat.*³¹⁸ Das rief unangenehme Erinnerungen wach. In den Menschen wuchs die Angst vor einem kalten und harten Winter.

Auf die Anfrage des Kreishauptmanns lieferten alle sechs Landrichter einen mehr oder weniger umfangreichen Bericht, der nicht nur als objektive Schilderung des Sachverhalts, sondern auch als subjektive Einschätzung zu lesen ist.

Für das Gericht Bregenz vermeldete der Landrichter, dass ungeachtet der gesegneten Ernte für den Winter und das Frühjahr Not zu erwarten sei, und zwar besonders in den Gemeinden Hard und Vorkloster, die durch die Überschwemmung gelitten hätten. Außerdem seien in den Berggemeinden und -orten Steusberg (Bildstein), Buch, Alberschwende, Möggers, Hub, Jungholz, Pfänder, Langen, Riefensberg, Sulzberg, Hinterberg, Langenegg und Reute der Hafer und andere Feldfrüchte noch nicht eingebracht, sondern unter dem Schnee. Dort würde man keine oder nur eine schlechte Ernte einbringen.

Abhilfe oder vielmehr ein Vorbeugungsmittel sah der Landrichter darin, dass getrachtet wird, dass die Einwohner der notleidenden Gemeinde ihre Lebensmittel auf die möglichst wohlfeile Art bekommen und dass dem Mangel an Geld durch einen von der Regierung zu leistenden Geldvorschuss abgeholfen werde.

Wohlfeiles Getreide könnte durch ein Einschreiten auf diplomatischem Wege ermöglicht werden, indem die angrenzenden Regierungen des Königreichs Bayern, Württemberg und Baden veranlasst werden, die freie Ausfuhr von Getreide nach Vorarlberg zu gestatten. Zudem müsse auf dem Ausfuhrverbot aller Lebensmittel ins Ausland mit Ausnahme des Viehs, Kälber, Schmalzes und Käse genau und strenge bestanden werden.

Die Unterstützung durch Vorschüsse vonseiten der Regierung sei umso notwendiger, weil der Geldmangel und die Dienstlosigkeit (Arbeitslosigkeit) allgemein seien. Diese Unterstützung dürfe jedoch nicht zu groß sein, sondern solle nur auf die Herbeischaffung des Notwendigsten beschränkt sein. Zu allererst sollen alle Hilfemittel im Land selbst benützt werden, und erst, wenn diese nicht genügten, sollten die Vorschüsse ausgegeben werden. Und zwar nur an jene Gemeinden, für die sie absolut notwendig seien und wo sie verwendet werden müssen.

Wieviel Vorschuss die genannten Gemeinden benötigten, konnte der Landrichter noch nicht sagen. Er nahm aber an, dass 2.500 fl ausreichen müssten, da die Gemeinden im abgelaufenen Jahr

³¹⁷ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Innsbruck, 12. Oktober 1817.

³¹⁸ VLA, LBS 150/2, Rosenlächer.

mit einem Vorschuss von 2.046 fl 20 kr durchgekommen seien. *Dort, wo Winterfrüchte angebaut würden, seien die Felder bestellt.*³¹⁹

Mit ausreichend Vorräten war im Herbst 1817 nur die Stadt Bregenz ausgestattet. Ihre Vorratspeicher waren gefüllt, dass sie sowohl Vorkloster als auch Hard beliefern konnten. Im Dezember 1817 wurden 75 Viertel Kartoffeln nach Vorkloster geliefert. Die Harder hatten einige Tage davor 500 Fuder Heu und 3 Viertel Rüben erhalten.³²⁰

Der Bericht des k.k. Gerichtsvorstandes des Bregenzerwaldes enthielt die alt bekannten Angaben, dass *wegen seiner örtlichen Lage ausser wenigen Erdäpfel keine andere Gattung der Feldfrüchte angebaut werde. Der Erlös der Hauptezeugnisse dieses Bezirks besonders des Molkens sei ziemlich ergiebig ausgefallen, dann das in das Ausland verkauften Viehes war ziemlich gut.*

In Folge dessen hat sich denn auch der allgemeine Nothstand nicht unbedeutend vermindert, auch lässt sich allerdings hoffen, daß dieser für den künftigen Winter nicht mehr jenen unglücklichen Grad erreichen werde, auf den er leider im letzten angewachsen ist, besonders wenn die Fruchtpreise bey der allgemeinen gesegneten Erndte in Schwaben und Baiern anstatt sich wieder zu vergrößern, sich noch um bedeutendes vermindern dürfte, welches allerdings viel von der thätigen Verwendung höherer Behörden bey den benachbarten Staaten gegen Fruchtsperre, und für Verminderung der noch bestehenden bedeutenden auswärtigen Ausfuhrzölle abhängen wird.

Die Hoffnung, daß sich der Nothstand nicht wieder wie im vergangenen Jahr mehre, nährt auch noch die allenthalben in den benachbarten Landgerichtsbezirken [...] sehr reichlich ausfallende Erdäpfelsegnung, ein Nahrungsprodukt, das hierlandes nebst Milch hauptsächlich die arme Klasse der Unterthanen nährt.

Bei allen diesen Verhältnissen und Mangel an eigenen Kräften auf Magazinierung von Früchten auf einen unerwarteten Nothfall (der höchstens nur von überhand nehmendem Wucher in den benachbarten Staat wieder zu befürchten seyn dürfte) kann der Unterfertigte bey dem undankbaren Erdreich seines Landgerichtes, dessen Bewohnern nur einzig von der Viehzucht leben, nicht wohl Vorschläge machen, wie auch eine unvorgesehene und wirklich allem Anschein nach allerdings nicht mehr in so großem Maße zu befürchtender Nothfall zu Unterstützung der Armen für diesen Bezirk Fürsorge getroffen werden könnte, wenn in einem solchen Falle nicht die Unterstützung des Staates (um durch zu bewilligende Geldvorschüsse Vorräthe an Naturalien besonders Erdäpfel zeitlich anzukaufen) in Anspruch genommen werden kann.

*Um diese Unterstützung wird man von Seite Bregenzerwald aber nur in der äußersten Bedrängniß bitten, und will auch daher vor man wieder in die Lag einer Noth wie im abgewichenen Jahre kömmt, diese Bitte nicht voreilig stellen.*³²¹

³¹⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Bregenz, 25. Oktober 1817.

³²⁰ Stadtarchiv Bregenz, 14A Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816-1821-1867, Bregenz, 22. Dezember 1817; Quittung des Harder Vorstehers Johann Dörler, 13. Dezember 1817.

³²¹ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, LG Innerbregenzerwald, Bezau, 25. Oktober 1817.

Kurz vor Weihnachten 1817 ergänzte der Landrichter, dass sich die gute Stimmung immer mehr zu mindern beginne. Die Hauptgründe dafür seien die immer noch fehlende landständische Verfassung und die neu eingeführten Steuern. Besonders die Gewerbeklassen und die Kopfsteuer, die es früher unter österreichischer Herrschaft nie gegeben habe, erregten überall Missmut. Vor allem für die ärmere und die verdienstlose ärmere Klasse sei die Kopfsteuer lästig. Bei diesen Staatsverfügungen wünsche man sich nicht ungern die königlich bayerische Regierung zurück. Zudem erinnerte er daran, dass das Gericht dringend mehr Kanzleipersonal benötige. Um Kundmachungen und Verordnungen abschreiben und verteilen zu lassen, müsse er schon den Lehrer mit seinen fähigsten Schülern zum Abschreiben anstellen.³²²

Vom Landgericht Dornbirn kam der Bericht, dass die Ernte im Gericht in diesem Jahr eine sehr reiche und glückliche gewesen sei. Außerdem hoffe man, dass durch die Neuordnung der Dinge, nämlich die Einfuhrsperre für ausländische Textilfabrikate, die seit 25. September 1817 galt, der vermisste Verdienst nach und nach wieder auflebe und so neues Leben und neue Tätigkeit unter der werktätigen Klasse und bei den Industriellen aufblühen, dass sie sich so wieder selbst ernähren könnten. Derselbe Fall wäre auch bei der Gemeinde Hohenems eingetreten, wenn nicht durch die Überschwemmung des Rheins in der Nacht vom 27. auf den 28. August die Gegend um emsisch Bauren völlig unter Wasser gesetzt worden wäre. Dabei wurden die Kartoffeln, Rüben, der Nachweizen und der späte Weizen schwer beschädigt. Durch die Überschwemmungen waren elf Familien mit 56 Köpfen so geschädigt, dass sie sich nicht mit ihren eigenen Erzeugnissen ernähren konnten und für das kommende Frühjahr keine Früchte mehr für die Aussaat hätten. Sie brauchen pro Kopf und pro Woche 4 Mäel Erdäpfel, 2 Mäel Habermehl, ½ Mäel Weizenmehl, ½ Mäel Türkenmehl. Das mache für 6 Monate 364 Viertl Erdäpfel, 182 Viertl Habermehl, je 48 ½ Viertl Türken- und Weizenmehl. Die Erdäpfel könnten aus der Hohenemser Produktion gedeckt werden. Die anderen Naturalien müssten gekauft werden. Da die Gemeinde ihren Wohlstand verloren habe, sollte die Regierung für diese Kosten in Anspruch genommen werden.

Trauriger sehe es in Höchst und Brugg aus. Sie seien schon von der ersten Rheinüberschwemmung getroffen worden. Bedeutender war noch der Schaden vom Rheineinbruch vom 27. auf den 28. August 1817. Die genauen individuellen Schadenshöhen lägen dem Gericht noch nicht vor, da die Gemeinden die Listen noch nicht geschickt hätten. Diese in ihrem Wohlstande sehr herabgekommene und vollkommen überschuldete Gemeinde könne ihre Armen nicht mehr selbst ernähren. Sie möge deshalb allergnädigst bedacht werden wollen. Die Wintersaat sei vorhanden und nichts bleibe unangebaut.

Über die mehr als traurige Lage von Gaißau und Fußach sei das Kreisamt schon am 10. und am 18. des Monats unterrichtet und die genauen Unterlagen ans Kreisamt geschickt worden. Ebnet hatte kein Missjahr, aber die Gemeinde sei an und für sich arm. Wenn sich der Verdienst aber wieder verbessere, werde sie sich selbst durchbringen können.³²³ In Hohenems sah der Vorsteher die Lage trotz der Rheinüberschwemmungen etwas hoffnungsvoller als Dr. Mosbrugger von Dornbirn aus.

³²² VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bezau, 19. Dezember 1817.

³²³ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Gerichtsvorstand Mosbrugger, Dornbirn, 17. Oktober 1817.

Nur drei Männer und vier Frauen der ganz armen Klasse mussten aus dem körperschaftlichen Kommunalvermögen unterhalten werden. Bis Lichtmess³²⁴ werde sich die Zahl aber auf ca. 60 Familien erhöhen, die dann Unterstützung benötigten.³²⁵

Den eindrücklichsten Bericht zur allgemeinen Lage verfasste Johann Georg Bereitter, der Landrichter in Feldkirch.³²⁶ Er beschrieb nicht nur die Situation, sondern bewertete auch das Verhalten der Bevölkerung aus seiner ganz persönlichen Sicht.

Die Bevölkerung des hiesigen in 26 Gemeinden bestehenden Kollegialgerichtsbezirkes beläuft sich über 15.000 Personen.

Im vorigen Winter und Sommer mußten stets alle hiesigen Gemeinden nebst den von der Gnade seiner kaiserl. Königl. Majestät erhaltenen Unterstützungsgelder von 4.190 fl 10 kr ganz außerordentlich anstrengen um die Nothleidenden zu unterstützen. Mit Ausnahme der Stadt Feldkirch, welche auch Wohlthätigkeitsstiftungen hat, dann des ehemaligen Gerichts Jagdberg und der Gemeinden Göfis und Übersaxen, alle übrigen Gemeinden haben sich stark in Schulden gesteckt, und der frühere Mittelmann ist durch die enormen Preise aller Lebensmittel häufig zum armen Mann geworden.

Mit einer gesegneten Erndte hat zwar mit Ende July die Noth einstweilen im Allgemeinen aufgehört, indem man Zuflucht zu dem selbst erzeugten Getreid, und insbesondere zu dem Erdapfel nehme. Dadurch wurden die Erzeuger in der Stund gesegnet, wenigstens auf einige Zeit den Bedarf zu decken, und ihre Mitbürger mit Lebensmitteln zu unterstützen, die Preise besonders der Erdapfel, die Hauptnahrung der hiesigen Bauersleuthe ginngen zurück, dieser Zustand dauert zwar ietz noch. Allein wenn man den Bedarf den eigenen Vorrat in Lebensmitteln und die ietz schon wieder steigenden Preise in Betracht ziehet, so läßt sich nicht anders, als im nächsten Winter und Frühling wieder bey einem großen Theil Mangel und Noth voraussehen.

Das Getreid in Vorarlberg decket den Bedarf kaum zum dritten Theil, zwei Drittheil müßen auswärts bezogen werden. Der gemeine Mann vermag es schlechterdings nicht, der Mittelmann aber unter den iezigen Umständen bey dem Stocken allen Verdienstes, und allgemeinen Geldmangel auch nicht mehr seinen Bedarf an Getreid bey den schon ietz wieder steigenden Preisen zu decken. Der vermögliche Theil ist sehr gering, der Egoismus ist allgemein, die Unterstützung der entkräfteten Gemeinden wird auch da siegen.

Die weiteren Vorräthe an Lebensmittel sind Erdapfel, Mais oder Türken, Hülsen- und Gartenfrüchte, Obst und Wein.

³²⁴ 2. Februar

³²⁵ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Hohenems, 21. Oktober 1817. S. auch VLA, KA 1, Sch. 303, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Hohenems, 18. Dezember 1817.

³²⁶ Johann Georg Bereitter war davor Landrichter in Bezau und Dornbirn gewesen. Von den Landrichtern war derjenige, der regelmäßig antisemitische Kommentare abgab und die Juden auch für die Teuerung verantwortlich machte.

Der Bedarf an Erdäpfel ist im hiesigen Gerichtsbezirke durch das gesegnete Jahr mehr als gedeckt, und durch gehörige Verwendung von diesem und zweckmäßiger Vertheilung könnte jedem Hauptmangel und einer Noth damit allein vorgebeugt. Aber der Bauer, der Überfluss an Erdäpfel hat, sucht sie zu verkaufen, weil er dringend Geld bedarf, indem durch beim Fehljahre die Zahlungen immer auf ein gesegnetes Jahr verschoben werden. Der Amtmann will Steuern, wovon noch viele von der bayrischen Regierung ausständig sind. Der Kapitalist will Zinse, derjenige welcher in Tagen der Noth die Unterstützung geleistet hat, will von allen die Zahlung. Kurz der Bauer ist von allen Seiten im Gedränge. Er hat keine Hilfsquellen, vom Viehstande mußte er sich in Stunde der Noth entblößen. Verdienst der früher so blühend war, und jeden Arbeitsamen ernährte, ist längst verschwunden. Der Wucher ist nicht selten in größter Noth am ärgsten, der Rendit ist weg. Unter solchen Umständen sucht der Bauer seine vorräthigen Erdäpfel bestmöglich an den Mann zu bringen. Er findet in der benachbarten Schweiz, wo im Rheinthal die Überschwemmung die Erdäpfel zu Grunde gerichtet hat, und in den Berggegenden ohnehin wenig gepflegt wird, Käufer zu hohen Preisen, und so kommen auch die Erdäpfel als Hauptlebensmittel trotz alles Verbothes, wenn nicht auf dieser meilenweit offenen Gränze Mautkordonisten Mann um Mann gestellt werden, ins Ausland. Türken wurde dies Jahr äußerst wenig gebaut, weil er dieß Jahr völlig mißrathen ist. Hülsen- und Gartenfrüchte decken den Bedarf auch nicht, Obst besonders Birnen waren ergiebig.

Ein Fehljahr war im Wein, die Quantität war gering, und die Qualität schlecht. Heute am 22 Oktober sind die Trauben zwomal unter dem Schnee, und der Wein ist gerade ein landwirtschaftlicher Zweig in dieser Gegend, der dem Bürger und Landmann als Erzeuger bares Geld verschaffen sollte. Nur gegen einem mittlern Jahr gerechnet leider dieser Gerichtsbezirk dadurch einen Verlust von vielen Tausend Gulden. Endlich hat den diesseitigen Gemeinden Altach, Mäder, Koblach, Meiningen, Bangs und Matschels der Austritt des Rheins einen sehr großen Schaden verursacht. Diese Gemeinden bedürfen nach dem schon früher gemachten Vortrag ohnehin verhältnismäßig Unterstützung.

Auch die Gemeinde Fraxern, eine Berggemeinde, welche vorzüglich in Kirschen und Obst ihren Gewerb und Nahrung findet, hat durch vollkommenen Mißwuchs dieser Gegenstände ein schlechtes Jahr.

Diese kurz berührte Verhältnisse sind mit Ausnahme des Mißwuchs im Wein in den meisten Gegenden des flachen Landes von Vorarlberg die nehmlichen, daher auch der Mangel an Lebensmittel oder Noth verhältnismäßig gleich zu besorgen ist.

Vorzüglich drohet in diesem Bezirke Gefahr des Nothstandes den nachstehenden Gemeinden Koblach, Bangs, Meiningen, Mäder und Altach, welche durch Eintritt des Rheines äußerst beschädiget wurden.

Ferner Götzis, welche Gemeinde noch immer 140 Arme ihrer Gemeinde zu ernähren hat. Die Gemeinde Fraxern aus den oben angeführten Gründen.

Große Anstrengungen machten im vorigen Jahre auch Laterns, Altenstadt, Rankweil, Sulz, Klaus, Weiler, Tisis, Röthis, Viktorsberg und Zwischenwaser, alle diese sind mehr oder weniger entkräftet und zur fernem Unterstützung der armen Gemeindeangehörigen unvermögend.

Da wie oben angeführt der Bedarf an den nothwendigen Lebensmitteln bey weitem nicht gedeckt ist, auch weder Private noch Gemeinden aus ihren Kräften den Ankauf vermögen, so liegt es am Tage, daß wieder im Winter und Frühjahr Mangel und Noth zu besorgen ist.

Gegenwärtig überlassen es zwar die Gemeinden den Armen ihren Unterhalt durch wohlthätige Unterstützer sich selbst zu verschaffen. Die meisten auch selbst von der Armenklasse haben doch etwas auf einem eigenen oder verpachteten Acker Frucht oder Erdäpfel gepflanzt wovon sie sich etwa bis Weihnachten ernähren können. Dann unterstützen Verwandte und Bekannte auch andere, solange bis die die Gefahr des Mangels noch nicht vor Augen haben.

Das Steigen der Getreidepreise, wonach sich auch die Preise der übrigen nothwendigsten Lebensmittel regulieren, macht im gegenwärtigen Zeitpunkte, nach einem so gesegneten Jahre, und bey dem großen Vorrath in Fruchtländern allgemeines Aufsehen, auch Mißvergnügen, und erzeugt ernsteste Sorge.

Die Hauptaufgabe bleibet immer das Getreide in einem Mittelpreise zu erhalten. Ob dieses durch einen Machtspruch oder durch Setzungen oder durch Beförderung und Festhaltung der Konkurrenz geschehen könne, vermag der Unterfertigte nicht zu beurtheilen. Beides setzt voraus, daß der Bedarf vollkommen durch inländisches Getreide bedeckt seye. In Vorarlberg ist dieser Fall nicht. Es bleibet daher nichts anderes übrig, als von den anderen österreichischen Provinzen den Bedarf im Mittelpreise zu decken oder der Willkür des Auslandes überlassen bleiben. Im letzten Falle kommt das wenige noch im Umlaufe befindliche baare Geld ganz ins Ausland und die Preise der Lebensmittel werden, bis wieder neue Lebensmittel wachsen, steigen, und dem hiesigen Landmann, welcher sich bey mittleren Preisen der Lebensmittel wieder zu einem Viehstand erschwigen sollte, ganz in Ruin ziehen.

Um diesem vorzubauen dürfte nichts anderes übrig bleiben, als von Seite der Staatsverwaltung Getreide im besten Zeitpunkte zu magazinieren und es zu jeder Zeit um einen Mittelpreis wieder losschlagen zu können.

Da über diesen Gegenstand so viel geschrieben, gesprochen und versucht wurde, wird die weitere Auseinandersetzung hier übersprungen.

In dem Collegial-Gerichtsbezirk Feldkirch wäre nebst obiger Anstalt die Magazinierung von Erdäpfeln das beste, zweckmäßigste und leichteste Vorbauungsmittel für den zu besorgenden Nothstand. Wenn in den vorne namentlich aufgeführten Gemeinden, in welchen ein solcher Fall zu besorgen ist, nur 20.000 Viertel Erdäpfel zusammen aufgekauft und gehörig zu welcher Zeit vertheilt würden, könnte ohne Zweifel der Mittelpreis immer erhalten werden. Dieser Vorrath oder Überfluß wäre im Gerichtsbezirk selbst vorhanden, wird aber wie vorne angeführt wurde in kurzer Zeit in die Schweiz abgesetzt werden.

Gegenwärtig dürfen, wenn das Getreide nicht außer allen Verhältnissen steigt, das Viertel Erdäpfel noch um 36 kr gekauft werden, welcher Preis im Frühjahr oder beim eintretenden Mangel wohl mehr als die Hälfte höher gehen wird.

Diese Magazinierung und Vertheilung dürfte wohl am schicklichsten den betreffenden Gemeinden selbst überlassen werden. Allein diese sind ohne Geld, ohne Kredit, und ganz erschöpft. Wenn nicht der Vorschuß wenigstens auf ein Jahr unverzinslich von der angeführten Summe von 12.000 fl von Seiten der Staatsverwaltung gemacht wird, kann nichts unternommen werden.

Dieser Vorschuß könnte am leichtesten durch Überlassung des nothwendigen Salzbedarfes an die Gemeinden unter ihrer Haftung im gewöhnlichen Preise auf ein Jahr zum Voraus, und ohne Zins herbeygeschafft werden, oder es dürften wenigstens die ausgesprochenen Erwerbslasten, und Personalsteuer soweit sie hinreichen, zu diesem Vorschuß bewilligt werden.

Der Unterfertigte kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es eine außerordentliche Sensation in dieser Gemeinde mache, daß gerade in dem Zeitpunkte, in welchem man eine Erholung von Drangaten (Abgaben, Bedrängnissen) aller Art und am meisten die thätige Unterstützung der Staatsverwaltung erwartete noch obige außerordentliche Steuern eingeführt werden sollen.

Es ist der höchste Zeitpunkt der Theuerung überhaupt, und Mangel und Noth in den Gemeinden, in denen es nöthig wird, gleich jetzt, durch wirksame Massregeln vorzubauen. Denn schon in zwey Monaten kann der Zeitpunkt vorüber seyn. Sobald einmal die Theuerung die nothwendigsten Lebensmittel wiederallgemeinen, wie im letzten Jahre wird, so ist es mit der wirksamen Abhilfe zu spät, und die üblen Folgen sind unübersehbar, indem mit der Noth auch zugleich Unzufriedenheit und Zügellosigkeit eintreten könne, wie es durch äußere Einwirkung beabsichtigt seyn scheint.³²⁷

Im Gericht Bludenz hatte der Hagel im Sommer schwere Verwüstungen angerichtet. *In den vom Hagelschlag nicht berührten Gemeinden, in denen Getreid und Erdäpfel gepflanzt werden, als Frastanz, Nenzing, Bludesch, Thüringen, Ludesch, Thüringerberg, St. Gerold und Blons, Raggal, Brand, Dalas, Klösterle und Stuben ist die Erndte sehr gut ausgefallen, und alle Arten von Früchten, die gesäet werden, sind sehr gut gerathen und geben sehr viel aus. Die Grundbirn-Erndte ist aber auch noch in diesen Gemeinden gut ausgefallen, und man kann daher, mit Abstrachirung von diesem Unglücke und der im Eingange berichterweise angeführten Verhältniße in den höchsten Berggegenden, die Erndte als gute zählen.*

Diese gute Ernte hätten die Produzenten gerne in die Schweiz exportiert, statt sie im Land zu verkaufen. Deshalb sollten die Behörden an das Ausfuhrverbot für Lebensmittel erinnern, da einige Gemeinden schon für dessen Aufhebung plädierten.³²⁸

Aus dem Montafon kam der Bericht, dass es im Sommer nur einige Überschwemmungen gegeben habe. Im Gesamten sah man die Lage aber positiv, *allgemeine Vorkehrungen dürften wegen solchen einzelnen Individuen nie nothwendig fallen. Wintersaaten giebt es hier keine, es wird alles Getraid im ganzen Amtsbezirk erst im Frühjahr angesät.*³²⁹ Wie aus früheren Berichten bekannt sei, würden im Amtsbezirk Montafon nur Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, *Erdäpfel und einige Gemüse-*

³²⁷ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Feldkirch, 22. Oktober 1817.

³²⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Bludenz, 21. Oktober 1817.

³²⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809, Schruns, 21. Oktober 1817.

gattungen angesäet. Die Ernte sei bei allen Getreidegattungen sowohl in der Quantität wie auch in der Qualität sehr gut und zeichne sich *in diesen beeden Hinsichten vor den Erndten aller frühern Jahre seit unfürdenklichen Zeiten aus.* Durch den ersten Frost im Oktober sei in den Bergen jedoch Getreide erfroren. Daher werde man Unterstützung brauchen. Die vorjährige allgemeine Not werde auch dieses Jahr bei den Bewohnern der gebirgigen Gegenden andauern.

Die Gemüsearten gewährten aber nur eine geringe Ausbeute. Die an Baumfrüchten war noch weit geringer. Im Hinblick auf die Obstgattungen könne man das Jahr nur ein wahres Missjahr nennen.³³⁰

In vielen Gebieten sahen sich die Armen also wieder vor die Frage gestellt, wie sie den Winter überbrücken sollten. Den Landrichtern und dem Kreishauptmann war bewusst, dass es vor allem eine Frage der Preisentwicklung sein würde, ob es zu einer Wiederholung der Hungersnot kommen würde oder nicht. Solange die Preise über dem Durchschnitt blieben und es an Verdienstmöglichkeiten fehlte, drohte großen Teilen der verarmten Bevölkerung, speziell in den kleinen Bergdörfern, wieder der Hunger.

Aus allen Eindrücken fasste der Kreishauptmann seinen Abschlussbericht für das Präsidium in Innsbruck zusammen:

1. *Im Gerichtsbezirk Feldkirch, Lustenau, Bregenz, Dornbirn und innerer Bregenzer Wald wird eine milde Steuersammlung ausgeschrieben.
Dagegen die Ausschreibung in den von den Austritten des Rheins oder Bodensees verunglückten Gemeinden eingeleiteten freiwilligen Naturaliensammlungen in den Gerichtsbezirken von Sonnenberg und Montafon dahin modifiziert, daß letztere zwei Gerichtsbezirke die durch Hagelschlag verunglückten Gemeinden mit Naturalien zu unterstützen haben.*
2. *Steuernachlass für jene begüterten Bürger, die durch den Hagelschlag wirklich in eine so drückende Lage versetzt worden sind, dass sie ihre direkten Steuern nicht zu entrichten vermögen. Für die Gerichtsbezirke Montafon, Sonnenberg und innerer Bregenzerwald dürfte dann keine weitere Unterstützung notwendig sein.*
3. *Ganz anders verhält es sich aber mit den Gerichtsbezirken Dornbirn, Feldkirch und Bregenz, besonders hinsichtlich jener Gemeinden, die durch die Überschwemmungen getroffen worden sind. Durch die vorjährige Überschwemmung und nacheinander gefolgten Missjahre sind sie auf das äußerste mitgenommen. Gesamtschaden 228.072 fl. Die augenblicklichen Aushilfsmaßnahmen für die betroffenen Gemeinden bestanden in der Verwendung der von seiner Majestät genehmigten Vorschüsse für diese Gemeinden sowie zum Kauf und der Verteilung von Naturalien von 8. zu 8. Tag an die Bedürftigen. Verteilung von Schmalz und Holz als erste Hälfte, da weder die Gemeinden selbst noch die benachbarten Gemeinden wegen der eigenen Entkräftigung und der hohen Getreidepreise aushelfen konnten. Maßnahmen:*
 - a. *Vorsteher sind aufgefordert, dass die Gemeinden den Bedürftigen noch für kurze Zeit aushelfen*
 - b. *Naturaliensammlung im Gericht Bregenz, Innerer Bregenzerwald, Dornbirn und Feldkirch,*

³³⁰ VLA, KA 1, Sch. 292, Präs. V/44, Schruns, 29. Oktober 1817.

durch deren günstigen Erfolg der Weg gebahnt würde, vermitteltst Einziehung der Subskribentengeldbeträge die Unterstützung der Bewohner bis zum Eintritt der Ernte möglichst fortzusetzen und damit die dringendsten Bedürfnisse beizuschaffen, vor allem die Wiederherstellung der eingestürzten und beschädigten Öfen.

- c. Maßnahmen außer den Möglichkeiten des Kreishauptmanns: Ausschreibung einer Sammlung nicht nur in Tirol, sondern in der ganzen Monarchie. Die betroffenen Gemeinden wenden sich direkt an den Kaiser um Unterstützung (Almosen), Steuernachsicht für die betroffenen Bürger, die ihre Steuern nicht bezahlen können.*
- d. Gaißau, das vom Sand und Wasser überschwemmt ist und neu kultiviert werden muss, soll eine angemessene Zahl von Freijahren gewährt werden.*

Aber auch für nicht von den Überschwemmungen betroffenen Gemeinden der Gerichte Feldkirch und Bregenz sei für den Winter 1817/18 und besonders für den Frühling 1818 eine ähnliche Not wie 1817 zu befürchten.

Er erklärte, dass die Konkurse zunähmen, da es keine Arbeit und damit keinen Verdienst gebe. Bei Konkursen seien die Grundstücke oft das nicht wert, was sie geschätzt und wie sie versteuert seien. Wenn sich wieder Verdienstmöglichkeiten ergeben würden, werde sich die Situation verbessern, sonst wäre eine Steuersenkung notwendig.

Die Zollvorteile für Baumwoll- und Seidenfabrikate würden nicht genügen, *um die Vorarlberger Baumwollwirtschaft auf das alte Niveau zu bringen, denn während der bayerischen Herrschaft sind in Österreich die Baumwollfabriken ausgebaut und modernisiert worden und dieser Vorsprung ist schwer einzuholen.* Die Konkurrenz sei zu groß, um zu durch einen Steuervorteil ausgeglichen zu werden. Dazu drängten die Schweizer Fabrikate als Schmuggelware ein. Das geringere den Gewinn und den Verdienst. Der Getreidepreise sei gesunken, aber immer noch sehr hoch und drückend. Grund dafür sei die Getreidepolitik der Nachbarländer Bayern, Baden, Württemberg und die Abhängigkeit Vorarlbergs gerade von diesen Ländern. Vorarlberg könne sich nicht durch italienische Importe von dieser Abhängigkeit frei machen.

Für die Erledigung der polizeilichen und administrativen Arbeiten sei weiteres Personal nötig. Die Stadtpolizei Bregenz solle dem Stadtmagistrat übertragen oder ein eigenes Polizei-Kommissariat für das Landgericht eingerichtet werden.³³¹

Dass sich die Lage zwar entspannt hatte, aber vielen immer noch das Notwendigste zum Überleben fehlte, zeigt die Zunahme kleinkrimineller Delikte, besonders von Holz- und Fruchtdiebstählen. Die Quartalsberichte aus den Gerichten bilden diese Entwicklung deutlich ab. Folgende Delikte sind u.a. aus den Gerichten Bregenz und Dornbirn dokumentiert:

Holzdiebstahl: Thomas Kloser, dessen Sohn Johann Georg Kloser und Alois Hermann wurden in Hard zu 8 Tagen Arrest verurteilt.

³³¹ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1809 und 660, Bericht des Kreishauptmanns in Betreff des hier und da noch herrschenden Nothstandes, Bregenz, 25. Oktober, 27. Oktober 1817, 1. November 1817.

Traubendiebstahl: Joseph Bickel, 15 Jahre, Tagelöhnersohn aus Lochau am 13. Oktober 1817 zu 7 Tagen Arrest.

Geldfälschung: Magdalena Haimerin aus Rieden versuchte in Schwarzach mit einem falschen Taler zu bezahlen.³³²

Mehldiebstahl: Johann Salzman in Dornbirn wurde am 23. Oktober 1817 beim Stehlen ertappt, er erhielt 6 Wochen Arrest verschärft durch 12 Rutenschläge.

Feldfrüchtediebstahl: Katharina Fröwis erhielt in Hohenems 12 Tage Arrest. Magdalena Rein in Dornbirn 6 Tage und Joseph Schwendinger, Bauer von Dornbirn, 10 Tage einfachen Arrest.³³³

Als besonders schweres Verbrechen galt der Diebstahl von Heu. Die Gemeindevorstellung von Fußach forderte vom Landgericht Dornbirn, dass der Höchster Wagner Joseph Nagel, der wie sein Vater schon seit mehreren Jahren als Heudieb bekannt war und von dem man auch annahm, dass er noch andere Feldfrüchte stahl, öffentlich gezüchtigt werde oder ihm mit der Exekution gedroht werden dürfe, *da in der gegenwärtigen traurigen Lage sonst mit Mord- und Totschlag zu rechnen sei*.³³⁴

Die Urteile zeigen deutlich, dass zu jener Zeit jeder kleine Diebstahl mit Arrest geahndet wurde. Mundraub war kein Kavaliersdelikt, jede Kartoffel, jede Weintraube bedeutete für den Besitzer einen großen Wert. In Lustenau stellte die Gemeindevorstellung sogar extra Feldwachen ein, die die Sicherheit der Feldfrüchte gewährleisten sollten, d. h. Frucht- und Felddiebstähle von den Feldern verhindern sollten.³³⁵ Abgesehen von diesen kleinen Delikten gab es in Vorarlberg im Gegensatz zu anderen Kreisen der Herrschaft Tirol und Vorarlberg aber trotz der großen Not keine schweren Verbrechen.³³⁶ Eine Ausnahme bildete nur der Mord an Maria Benedikta Fritzin der Ehefrau des Schrunser Vorstehers Johann Ulrich Rudigier im Mai 1817.³³⁷

Das Ansteigen der Diebstähle in Vorarlberg entspricht derselben Tendenz wie in den umliegenden Ländern, in der Schweiz waren in diesen Jahren 90 Prozent der verurteilten Personen Diebe.³³⁸ Im Verwaltungsbereich Tirol und Vorarlberg machten die Diebstähle und Veruntreuungen über 70 Prozent der Verbrechen 1817 aus.

³³² VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bregenz, 22. Dezember 1817.

³³³ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Dornbirn, 19. Dezember 1817.

³³⁴ VLA, GAF. Sch. 5, Nr.125, Fußach, 4. August 1817.

³³⁵ Gemeindearchiv Lustenau, Rh Rh 18,30: Gemeinderechnung 1815/16, Rh 18,31: Gemeinderechnung 1817/18.

³³⁶ TLA, Hofresolutionen 1818, fol. 1394 f., Nr. 11702/900, Verbrechen 1817.

³³⁷ Sterbebuch Schruns 1784 – 1918, S. 95, http://www.vla.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3711&link=564c412d5363687275x7#, VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Nr. 343, III. Quartalsbericht 1818, Schruns, 16. September 1818.

³³⁸ Geographica Bernensia, S. 32. TLA, Hofresolutionen 1818, fol. 1394 f., Nr. 11702/900, Verbrechen 1817. 1.322 Diebstähle und Veruntreuungen, 106 Raubüberfälle, 121 Betrugsfälle, 1.851 Verbrechen insgesamt.

6.2. Sterblichkeit

In den mündlichen Überlieferungen und den Pfarrchroniken, besonders in den Darstellungen aus der benachbarten Schweiz, stehen die Hungertoten oft im Mittelpunkt der Überlieferung. Der St. Galler Pfarrer und Prediger Peter Scheitlin beschreibt in seinem Buch „Meine Armenreisen im Kanton Glarus und der Umgebung der Stadt St. Gallen in den Jahren 1816 und 1817“ in dramatischen Worten, wie im Appenzell und im Toggenburg die Hungertoten kaum mehr würdig bestattet worden sind.³³⁹ Seine Schilderungen wurden nicht nur von Vorarlberger Chronisten wie Rosenlächer und Brändle übernommen, sie fanden ihren Eingang auch in die Textilgeschichte von Hans Nägele: „Zur Industriekrise gesellte sich 1817 eine Hungersnot, als deren Folge Tausende von Schweizern verhungerten und im Toggenburg die Toten nackt, ohne Sarg in Massengräbern beigesetzt wurden.“³⁴⁰

In den amtlichen Berichten aus Vorarlberg fehlen jedoch Hinweise auf verhungerte Menschen ebenso in den Chroniken. Es wird zwar auf die Toten in der nahen Schweiz verwiesen, aber gleichzeitig betont, dass in Vorarlberg niemand verhungert sei. Auch in den Totenbüchern finden sich, wenn die Todesursache verzeichnet ist, keine Hinweise auf einen dezidierten Hungertod. Aus anderen Teilen der Monarchie hingegen sind hohe Opferzahlen als Folge der Ernteausfälle überliefert. 18.000 Personen verhungerten in Rumänien im Gebiet um Arad, 26.000 in Szamtar, Krasso Bihar und Bereg im Königreich Ungarn.³⁴¹

Die Sterbezahlen zeigen allerdings, dass die Sterblichkeit auch in Vorarlberg in den von Hochwasser betroffenen Gegenden zugenommen hat. Unter den Verstorbenen waren besonders häufig Kinder und ältere Personen. *An Hunger und Entkräftung auf dem Weg zum Arzt gestorben, Entkräftigung als Folge des Mangels*,³⁴² Gichter³⁴³ und Auszehrung sind häufig genannte Todesursachen. Daneben häufen sich die Fälle von Faulfieber/Fleckfieber, auch als Hungertyphus oder Kriegspest bezeichnet, einer Krankheit, die durch Läuse, Milben und Flöhen übertragen wird und von Napoleons Soldaten aus dem Russlandfeldzug nach Hause gebracht wurde. Im Landgericht Sonnenberg brach im Herbst 1817 bei Kindern das sogenannte stipide Nervenfieber aus, eine verwandte Hungerkrankheit. Alle erkrankten Kinder überlebten aber.³⁴⁴ Wo es an sauberem Trinkwasser fehlte, brachen im Sommer 1816 und 1817 Ruhr und Typhus, Diarrhöe sowie andere Durchfallerkrankungen aus. Die Behörden warnten deshalb davor, verunreinigtes Wasser zu trinken. Als krankheitserregend wurde auch der

³³⁹ https://de.wikisource.org/wiki/ADB:Scheitlin,_Peter, 14. April 2016, SCHEITLIN, S. 329; SPECKER, 1. Teil, S. 32 und S. 36. Zur Frage, wie weit die Sterblichkeit im Vergleich zur Geburtenzahl in den Schweizer Kantonen als krisenhaft zu sehen war, siehe KRÄMER, S. 322 – 329.

³⁴⁰ NÄGELE, Textilland, S. 60.

³⁴¹ POST (1977), S. 46.

³⁴² Götzner Sterbebuch, ab Mai 1817, http://www.vla.findbuch.net/php/view2.php?ar_id=3711&link=564c412d47c3b674x13&count=

³⁴³ Gichter (Fraisen, Kopfkrämpfe, Zahnkrämpfe), verschiedene meist krampfartige Krankheitserscheinungen bei Kindern, deren Ursachen sehr verschieden sein können: akuter Wasserkopf, Zahnentwicklung, aber auch Darmreize (heftige Diarrhöe, Würmer), Scharlach, Masern, Harnverhaltung, Lungenentzündung.

³⁴⁴ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bludenz, 16. Dezember 1817.

Gestank angesehen, der durch das verfaulende Gras entstand und beim Rückgang des Wassers zurückblieb. Ausbrechende bösartige Krankheiten waren augenblicklich zu melden.³⁴⁵

Sterbestatistik ausgewählter Gemeinden:³⁴⁶

Gemeinde	1814	1815	1816	1817	1818
Altach	17	25	31	23	20
Bezau	31	48	30	42	30
Feldkirch	52/30	44/20	48/22	37/12	52/19
Fußach	19/9	16/10	27/15	28/17	24/9
Gaißau	7/7	12/5	11/3	23/7	9/5
Götzis	66	45	63	80	82
Hard	30/14	31/16	28/23	42/11	46/18
Hittisau	41	49	44	61	34
Krumbach	19	16	34	43	44/10
Lech bis 1816 ohne Kinder	16	7	11	21	19
Ludesch	13/4	22/8	18/4	16/7	16/3
Lustenau	85/31	62/40	56/35	93/43	48/15
Möggers ohne Kinder	7	6	8	6	5
Nenzing/Beschling/Nüziders	69/34	44/26	74/52	46/23	52/25
Schruns (Montjola, Rieth)	fehlt	fehlt bis Juni 1816	23/13	55/29	56/15
St. Gallenkirch/Gortipol	fehlt bis Sept. 1815	12	27	56	31
Thüringen ohne Kinder	14	9	12	10	6
Warth	6	6	4	8	7

Die Sterbebücher zeigen, dass die Sterblichkeit 1817 im Vergleich zu den Jahren davor und danach erhöht war, vor allem die Kindersterblichkeit. In manchen Gemeinden erreichte sie aber 1816 oder 1818 einen jeweils höheren Wert.

In Götzis starben laut Götzner Turmkopfschriften 15 Personen an der „Hungersucht“, einer Entkräftigung als Folge des Mangels.³⁴⁷ Von Hungersucht wird auch in Altach berichtet. Die Beschreibungen lassen darauf schließen, dass die Menschen an Pellagra litten, einer Mangelkrankheit, bei der ein Vitamin aus der Gruppe der B-Vitamine fehlt, nämlich Nicotinsäure.³⁴⁸ Dieser Mangel entsteht bei einer Ernährung, die ausschließlich auf Mais beruht, wenn dieser nicht alkalisch behandelt oder geröstet ist.

³⁴⁵ VLA, LG Dornbirn, Sch. 165, Sanität 1817, Nr. 34, Bregenz, 1. Juli 1817 und Dornbirn, 27. Juli 1817.

³⁴⁶ Die Zahlen sind den online verfügbaren Sterbebüchern entnommen. In einigen Gemeinden sind keine Verstorbenen eingetragen, die noch nicht die Heilige Kommunion empfangen haben. Gesamtzahl/Kinder

³⁴⁷ Ernst LÄNGLE, Altacher Chronik, Altach 1983, S. 43 f.

³⁴⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/Pellagra>, 14. August 2016.

Auch in Hittisau sollen drei ausgehungerte Personen gestorben sein, nachdem sie in einem Haus einmal genug zu essen bekommen hatten und das Essen nicht mehr vertrugen.³⁴⁹ Im Hittisauer Sterbebuch finden sich jedoch keine Angaben, die das bestätigen würden. In Krumbach starben im April 1818 elf Erwachsene an Grippe.³⁵⁰

Die Kälte und der Schnee forderten in den Gebirgen ihre Opfer. Am Tannberg und im Montafon sind Hirten erfroren.³⁵¹ Es waren meistens Kinder wie der zwölfjährige Johann Joseph Fleisch aus Schruns, der am Tannberg am 25. September 1815 auf der Alpe Glascher (Schalalpe) erfror. In der Gemeinde Lech sind im März 1816 die Geschwister Gotthartus, 16 Jahre, und Maria Kreszentia Elsensohn, 10 Jahre, am Spulensee vom Hunger und Frost getötet worden. Schwere Lawinenabgänge gab es in St. Gallenkirch³⁵² und Zug. Am 17. April 1817 starben dort in zwei Häusern elf Personen, Elisabeth Ganahl, verehlt. Elsensohn und ihre drei Kinder, Johann Anton, Veronika und Maria Jochum, deren Tochter Maria Anna, Theresia Wolf sowie die Kinder Theresia und Apolonia Elsensohn.³⁵³ In St. Gallenkirch waren es sechs Personen.

Als im Montafon am 15. Juni 1817 die Ill bei St. Anton über die Ufer trat, ertrank in Schruns der Gemeindevorsteher Johann Josef Versell bei einem Hochwassereinsatz.³⁵⁴ Tödlich endete auch die Einkaufsfahrt des Anton Gut aus Klaus. Er war mit der Rheinfähre von Muntlix nach Altstätten übergesetzt, um für seine neunköpfige Familie 2 Viertl Grüschen zu kaufen. Als die Fähre kenterte, fiel er ins Wasser und ertrank.³⁵⁵

Zu den ungewöhnlichsten Todesfällen gehört der in Krumbach erschossene Mehlschmuggler Josef Schmidler.

Wenn, wie im Frühsommer 1817 und im Herbst 1817, im benachbarten Liechtenstein und im Kanton Graubünden oder der Schweiz ansteckende Krankheiten ausbrachen, waren die Behörden in höchsten Alarm versetzt und trachteten danach, eine Ausbreitung in Vorarlberg zu verhindern. Im Extremfall sperrte man dazu die Grenzen. Da bei einer Grenzsperrung auch die Ein- und Ausfuhr von Waren verboten war, wog der Kreishauptmann immer sehr genau ab, ob eine Seuchenwarnung und die damit verbundene Grenzsperrung notwendig seien. So beim Ausbruch des Faulfiebers im Liechtenstein, das durch *die Noth, die schlechten Nahrungsmittel, Mißmuth und durch nachtheiligen Einfluß der üblen Witterung* hervorgerufen worden war. Da die Krankheit beim ersten Auftreten

³⁴⁹ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 568.

³⁵⁰ B'üs im Krumbach, S. 55.

³⁵¹ TLA, Jüngerer Gubernium, Geheime Präsidialakten Fasz. 4, X, Stimmungsbericht, 2. August 1815.

³⁵² Die Opfer waren der Zolleinnehmer Anton Immer, seine Ehefrau Catharina Thurnher, ihr Sohn Karl Rudolph, die beiden Frauen Maria Christine und Maria Anna Schwarzmann mit 83 und 74 Jahren, sowie Johann Ulrich Schwarzmann. http://www.vla.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3711&link=564c412d53744761x9#, 13. August 2016.

³⁵³ http://www.vla.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3711&link=564c412d4c6563x4#, 13. August 2016.

³⁵⁴ KASPER, S. 31.

³⁵⁵ TLA, Jüngerer Gubernium 1817, 141, Gubernium 3632, Präsidiale Fasz. 350, Nr. 429, Bregenz, 25. Juni 1817.

von Mattigkeit, Abgeschlagenheit, Reißen und Gliederschmerzen gut behandelbar war, nahm er von einer förmlichen Kundmachung Abstand.³⁵⁶ Als in der Gemeinde Thal im Herbst 1817 eine ansteckende Krankheit ausbrach, an der in kurzer Zeit acht Menschen starben, rief der Dornbirner Landrichter die Behörden zu verstärkter Vorsicht auf. Er hielt die Vorsteher und Pfarrer an, beim ersten Anzeichen der Krankheit die Behörden zu verständigen.³⁵⁷

Zwischen 1812 und 1817 sank die Bevölkerung in Vorarlberg von 80.586 Personen³⁵⁸ auf 76.254 Einwohner.³⁵⁹ 1817 standen in Tirol und Vorarlberg 21.609 Lebendgeborenen 25.326 Gestorbene gegenüber, ein Minus von 3.717 Personen.³⁶⁰ 1818 betrug die Bevölkerungszahl 82.262, sie war zwar wieder um 1.468 Personen gewachsen, der Zuwachs lag aber noch deutlich unter dem der folgenden Jahre mit jeweils knapp 7.000 Personen. Deutlich angestiegen ist die Bevölkerung erst wieder in den 1820er Jahren.³⁶¹ Zwischen 1785 und 1850 stieg die Bevölkerungszahl in Vorarlberg aber trotz der schlechten Zeit von allen Teilen der Monarchie am stärksten, nämlich um 39 Prozent von 75.000 auf 104.000, im Tirol betrug das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum nur etwa acht Prozent.³⁶²

Wenn es in Vorarlberg auch keine direkten Hungertoten gab, die nicht einmal würdig bestatten wurden, so forderte die Not doch ihre Tribute. Die sowieso schon hohe Kindersterblichkeit stieg noch einmal. Geschwächte Menschen starben an Entkräftigung, Fieber und Grippe. Die mangelnde Hygiene und schmutziges Wasser waren für Kinder wie auch Alte eine tödliche Gefahr. Der für unsere mit Vitaminpräparaten übertersorgte Gesellschaft kaum vorstellbare Mangel an Vitaminen und Mineralstoffen führte zu tödlichen Krankheiten. Wer aber sauberes Trinkwasser und zumindest Kartoffeln und Milch zum Essen hatte, überlebte die Zeit.

6.3. Schadensbilanz

Wenn man die Schadensmeldungen aus dieser Zeit ansieht, dann fällt auf, dass die angeführten Schadenssummen oft extrem hoch beziffert waren. Für eine öffentliche Sammlung war es nämlich notwendig, eine möglichst beeindruckende Schadenssumme anzugeben, um eine Sammlung genehmigt zu bekommen. Aufgeführt waren vor allem Ernteauffälle durch Hagel, Hochwasser oder Vermurungen sowie Schäden an Gebäuden und Grundstücken. Gerade bei den Zahlen hinsichtlich

³⁵⁶ VLA, LG Dornbirn, Sch. 165, Sanität 1817, Nr. 20, Bregenz, 27. Mai 1817. Eine förmliche Kundmachung wäre einer offiziellen Seuchenwarnung mit allen Konsequenzen gleichgekommen. So hätte man die Grenzen sperren müssen.

³⁵⁷ VLA, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Dornbirn, 19. Dezember 1817.

³⁵⁸ RODE, Tabelle III-8: Handel und Bevölkerung im Illerkreis 1811/12, S. 169.

³⁵⁹ LIECHTENSTERN, S. 680.

³⁶⁰ Vincent GOEHLERT, Die Entwicklung der Bevölkerung von Tirol und Vorarlberg, in: Statistische Monatschrift, hrsg. vom Bureau der k.k. statistischen Central-Commission, VI. Jahrgang, 1880, S. 52 – 64, hier S. 63.

³⁶¹ Vgl. Historisches Ortslexikon, Statistische Dokumentation zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte, Vorarlberg, 2011, S. 2.

³⁶² BRUCKMÜLLER, S. 287.

der Ernteauffälle muss man sich im Klaren darüber sein, dass es sich um fiktive Werte handelt. Die Produzenten gaben damals wie heute an, welche Menge sie im besten Fall von einem Kartoffel-, Türken-, Dinkelacker etc. hätten ernten können, multiplizierten diese Menge mit einem durchschnittlichen Marktpreis und errechneten daraus die Schadenssumme. Dasselbe galt für ausgefallene Heuernten und die verhagelten Äpfel, Birnen, Weintrauben etc. Dabei gingen sie von idealen Erntemengen und guten Preisen aus. Sie gaben so ihren Verdienstentgang als Verlust, als Schaden an. Die erhaltenen detaillierten Schadenslisten von Fußsach und Bludenz zeigen, dass Gebäudeschäden 1816 und 1817 den kleineren Teil der Schadenssummen ausgemacht haben.³⁶³

No 34. Christian Bickel			
Schaden im Weinberg		100	
Gersten und Korn 16 Vrtl		48	
Waizen 3 Vrtl		12	
Türgen 7 Vrtl		21	
Hampf 20 Vrtl		10	
Kraut und Erbis		15	
Obst und Baumschaden		10	
Schaden an 5 Mittelmel Grundbiren		150	
Heuschaden im Ausmad		15	
			381

Christian Bickel

Hagelschaden des Christian Bickel in Bludenz 1817

Schaden im Weinberg		100 fl
Gersten und Korn	16 Vrtl	48 fl
Waizen	3 Vrtl	12 fl
Türgen	7 Vrtl	21 fl
Hampf	20 Vrtl	10 fl
Kraut und Erbis		15 fl
Obst und Baumschaden		10 fl
Schaden an 5 Mittelmel Grundbiren		150 fl
Heuschaden im Ausmad		15 fl
		381 fl

³⁶³ VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. 23/35; GAF, Sch. 2, Nr. 25, Schätzung der Schäden, Fußsach, 13. Sept. 1817.

				Pflanzungsrechnung des Pflanzens						
Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn	Lohn
9		Pflanzung	
				1					120	
				38	10	2	8	1	26	12
				2	7		7	1	48	12
				2	25		20	2		50
				38	112	7	165		50	52
				18	15		15		24	6
				12	35		25		48	5
				12	22		22		112	27
				23	70	22	47		26	28
				14	6		6	2		12
				18						5
										49
									Total Summe = 401 12	
10		Pflanzung	
				2 1/2						30
				5 1/2	48		48	1	26	70
				3 1/2	45		45	1	48	31
				1 1/2	12		12	2		25
				1/2	200		200		20	150
				1/2	20	20	10		24	4
				10 1/2	280		280		48	40
				6 3/4	127	42	85	1	112	102
				7 1/2	140	22	187		26	70
				1/2	9		9	2		18
				1/2						29
				1/2						30
									Total Summe = 1027 50	

Hochwasserschaden des Gebhard Zoller und des Boten Jakob Speler 1817

6.3.1. Wasser

Bei den Überschwemmungen des Sommers 1816 belief sich der Gesamtschaden in Lustenau, Höchst mit Brugg und Gaißau sowie in den Bodenseeanrainergemeinden Fußsach, Hard, Vorkloster und Bregenz schlussendlich auf 33.658 fl 21 kr R.W.³⁶⁴ Nach der ersten Erhebung lag die Summe noch um rund 1.000 fl niedriger, weil Bregenz noch keine Zahlen abgeliefert hatte. Die Schäden in Höchst, Gaißau, Fußsach, Lustenau, Hard und Vorkloster bezifferten sich auf 32.655 fl 21 kr.³⁶⁵ Von Bregenz übermittelte der Bürgermeister die genauen Zahlen erst am 18. November 1816, nämlich 1.366 fl. Hier enthielt die Schadenssumme auch Gebäudeschäden wie den vom Schießstand der Stadt. Dort waren die Uferbefestigung, Stallungen und ein Gebäude beschädigt worden. Der Schaden betrug 104 fl.³⁶⁶

<i>Gemeinde</i>	<i>Schaden</i>
Gaißau	5.052 fl 24 kr
Lustenau	5.929 fl
Höchst und Brugg	6.963 fl 23 kr
Fußsach	5.547 fl 36 kr
Hard	8.856 fl 50 kr
Vorkloster	306 fl 8 kr
Bregenz	1.003 fl
Summe	33.658 fl 21 kr

Ein Vergleich der Bregenzer Schadenssummen anhand unterschiedlicher Quellen zeigt, dass dem Kreishauptmann zur Schadensdokumentation für die öffentliche Sammlung noch nicht die letzten Endabrechnungen zur Verfügung standen. Man kann also davon ausgehen, dass auch andere Schadenssummen, die in den Sammlungsdekreten aufscheinen, nur eine Momentaufnahme zeigen.

Deutlich höher als 1816 fielen die Elementarschäden 1817 aus. Wie schon im vergangenen Jahr traf es wieder die Rhein- und die Bodenseegemeinden. Neben den Überschwemmungsschäden schlug sich auch der Hagelschaden im Gericht Sonnenberg in der Negativbilanz deutlich nieder. Dokumentiert sind die Summen wieder in den Listen, die der Kreishauptmann den Gemeinden als Grundlage für eine öffentliche Sammlung abverlangte.

Beim Rheinaustritt am 6. Juni 1817 war die Straße zwischen Lustenau und Brugg ruiniert worden. Diese wichtige Straße musste schnell repariert werden. Der Schaden wurde von einer Kommission aus Landgericht, k.k. Weginspektion und Vertretern der Gemeinden Höchst, Fußsach und Lustenau begutachtet und die Reparatur veranlasst. Da es sich um einen Elementarschaden handelte, mussten die angrenzenden Gemeinden die Kosten in Konkurrenz (gemeinsam) übernehmen. In

³⁶⁴ VLA, Patente, Sch. 13, Nr. 86; VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Armensachen II, Nr. 24.

³⁶⁵ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Conspect, Bregenz, 13. November 1816.

³⁶⁶ Stadtarchiv Bregenz, 14A Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816–1821–1867, Auftrag zur Schadensschätzung, Gesamtschaden, Bregenz, 18. November 1816.

Dornbirn sollten im Auftrag des Landrichters Mosbrugger 60 Fuder Stauden für Faschinen abgehauen werden. Lustenau musste den Transport erledigen, dafür brauchte es 20 Wagen, die namentlich von der Vorstehung dazu abkommandiert wurden. Am 9. Juni sollte das Holz geholt werden. Allerdings gab es kaum 5 Fuhren mit Holz, 15 Fuhrleute gingen leer aus. Insgesamt erhielten die Lustenauer 12 Fuder Material für die Faschinen und 4 Fuder, die man beim nächsten Rheinaustritt am 15. Juni zur Sicherung der Dämme einsetzte. Insgesamt waren es 16 Fuder zu wenigstens 1 fl 30 kr, zusammen 24 fl, pro Wagen 1 fl, insgesamt mussten die Gemeinden 44 fl für den „Holzeinkauf“ aufwenden. Die gesamte Reparatur der Straße kostete sie 168 fl 24 kr.³⁶⁷

Bei einer ersten Schätzung der Hochwasserschäden am 28. August 1817 betrug der Schaden in den Gerichtsbezirken Bregenz, Feldkirch, Dornbirn und Lustenau 225.838 fl 43 kr.³⁶⁸ Die Bregenzer Stadtvertretung gab am 16. Juli 1817 eine erste Schadensschätzung über 800 fl im Stadtgebiet ab.³⁶⁹ Betroffen waren 23 Familien, die als unterstützungswürdig galten.

In Gaißau erlitten die 68 Geschädigten 1817 einen Gesamtschaden von 25.614 fl 6 kr. Die Schäden lagen zwischen 47 und rund 808 fl.³⁷⁰ Die Fußacher Schäden beliefen sich auf 41.815 fl ohne die notwendigen Summen für die Reparatur von Öfen.³⁷¹

Im Gericht Feldkirch zählten Koblach, Mäder, Altach und Bangs sowie Meinigen zu den am stärksten betroffenen Ortschaften. In Mäder durchbrach der Rhein am 16. August bei Egeten den Binnendamm. Obwohl das Wasser nach zwei bis drei Tagen wieder abfloss, stand *beinahe das ganz Dorf Mäder im Wasser*. Die Flurschäden seien aber nicht so groß gewesen wie beim verheerenden Rheindurchbruch 1762.³⁷² Der Gemeinde Götzis erwuchs ein Passiv-Schuldenstand von 16.000 fl. Etliche Bewohner mussten ihre Häuser den Gläubigern überlassen, weil sie die Zinsen nicht mehr bezahlen konnten.³⁷³

Zu den unangenehmsten Folgen des Hochwassers gehörte der Schlamm, der beim Rückgang des Wassers die Wiesen bedeckte. Das Gras verfaulte bis zu den Wurzeln und erzeugte einen unreinen Dunst, den die Menschen für Krankheiten verantwortlich machten.³⁷⁴ 1817 stand das Wasser auf den Feldern und Wiesen über mehrere Wochen 6 Schuh (ca. 1,80 m) hoch.³⁷⁵ Die Überschwemmungen des Rheins und des Bodensees wirkten sich noch über Jahre auf die Ernteerträge aus, weil viele

³⁶⁷ Gemeindearchiv Lustenau, Rh 13, Rh 13/20, Wuhrkosten 1816/17, Joseph Bösch, Gemeindsammann, Lustenau, 14. Juli 1817.

³⁶⁸ Gemeindearchiv Lustenau, Sch. Rh 13, 1 – 13, Nr. Rh 13,2, Wuhrunge, Wasserschäden (1816 – 1819).

³⁶⁹ Stadtarchiv Bregenz, Histor. Archiv 14A Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816–1821–1867, Bregenz, 16. Juli 1817.

³⁷⁰ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4.

³⁷¹ VLA, GAF, Sch. 2, Nr. 23 – 25, Fußach, 30. September 1817.

³⁷² Klaus FESSLER, Der Rhein – Mäders Schicksalsfluss, S. 334 – 369, in: Mäder, hrsg. v. Harald WALSER, Bregenz 2004, S. 345. Als Quelle dient die Pfarrchronik aus dem Gemeindearchiv Mäder, S. 98 und 154.

³⁷³ VLA, Gemeindearchiv Götzis, Sch. 11, Nr. 10 Armenfürsorge, Hungerjahr 1817, Götzis, 1. September 1819.

³⁷⁴ Stadtarchiv Bregenz, Histor. Archiv 14A Akt 144, LG Bregenz, 11. Juli 1817.

³⁷⁵ Gemeindearchiv Lustenau, Annales oder Jahrschriften der löblichen Hollensteinischen Familie, angefangen in diesem 3. Buch 1804, fol. 87.

Ackerflächen erst wieder neu kultiviert werden mussten. Sand, Schlamm und Steine bedeckten die Humusschicht. Fruchtbare Boden war weggeschwemmt worden.³⁷⁶ Die Böden waren versauert.

6.3.2. Hagel

Bei den schweren Hagelunwettern am 12. Juli 1817 wurden in Teilen der Herrschaft Sonnenberg und der Stadt Bludenz alle Feldfrüchte vernichtet. Die Schäden waren so groß, dass der Kreishauptmann das Präsidium in Innsbruck verständigte und um Hilfe für die Geschädigten ersuchte.³⁷⁷ In der Stadt Bludenz belief sich die Schadenssumme nach der ersten Schadensaufnahme auf 9.621 fl 30 kr.³⁷⁸ Mit dem betroffenen Umland ergaben sich 58.240 fl 27 kr.³⁷⁹ In der Endabrechnung aller geschädigten Gemeinden schlug sich der Hagel mit einer Schadenssumme von mehr als 94.144 fl zu Buche.

Stadt und Ausbürger Bludenz	58.240 fl 27 kr
Innerbraz	5.921 fl
Bürs	14.326 fl 16 kr
Bürserberg	3.376 fl
Nüziders	12.283 fl 18 kr
Gesamt	94.144 fl 1 kr



Hungertaler

In der detaillierten Schadensaufstellung wurden die geschätzten Summen für die vernichteten Obst-, Wein-, Getreide-, Kartoffel- und Gemüseernten aufgelistet. Dabei meldeten nicht nur die Bauern und ärmeren Bürger ihre Schäden, sondern auch die Mitglieder der städtischen und

³⁷⁶ Gemeindearchiv Lustenau, Sch. Reichshof (Rh) 13, Rh 13,16, Rheinakten 1820–1824, Koblach, 12. Mai 1824.

³⁷⁷ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Nr. 471/482, Bregenz, 15. Juli 1817.

³⁷⁸ VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. 6/150, Bludenz, 3. August 1817.

³⁷⁹ VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. 6/150, Bludenz, 17. Juli 1817.

dörflichen Eliten wie Dr. Joseph von Ganahl in Bludenz. Die Geschädigten wollten ihren finanziellen Verlust als solchen demonstrieren und nicht allein auf die Bedrohung ihrer Existenz hinweisen.

Das betroffene Gericht Sonnenberg forderte nach dem schweren Hagel folgende Hilfsmaßnahmen:

1. Die Genehmigung für eine Sammlung in der gesamten Monarchie
2. einen Steuernachlass für 1816/17 für Stadt und Landgemeinden Bludenz und für die beschädigten Gutsbesitzer in den anderen Gemeinden
3. dass ein Zinsnachlass für ein von diesen Gemeinden dem Rentamt zu Feldkirch schuldiges Zehentauslösungskapital erwirkt werden möge.³⁸⁰

Viele konnten oder wollten ihre Steuern nicht bezahlen, sodass das Rentamt Feldkirch die fehlenden Summen einklagte und die Betreuung der Rückstände mit Nachdruck forderte. Obwohl noch einmal alle Schäden detailliert gemeldet wurden, erklärte das Gericht Sonnenberg der Stadt Bludenz am 17. September 1817 bei allem Verständnis für die Notlage der Betroffenen, *daß die Steuerschuldigkeit für das vergangene Jahr nicht nachgesehen werden könne, und daß nur solche Nachsicht für das Steuerjahr 1817/18 zu erhoffen sei, und man sich daher in Folge der vorliegenden höchsten Entschließung genöthigt sehe, die Gemeinden umso strenger an die Abfuhr ihrer Schuldigkeit, und die Steuereinzieder zum Einzug zu beauftragen, als man widrigens auch zu Exekutionsmitteln die Zuflucht nehmen müßte.*³⁸¹

Von den Stadtbürgern kündigten an die 150 an, nicht imstande zu sein, die Steuern für das Militärjahr 1817/1818 bezahlen zu können. Dabei handelte es sich um 620 fl an Steuern, die offenen Einzelbeträge lagen zwischen 41 kr und 13 fl 49 kr.³⁸²

Während der Hagelschaden von Bludenz genau dokumentiert ist, fehlen für die Unwetter im Bregenzerwald die Zahlen. Beim Unwetter 1818 in Nenzing ist ein Schaden von 7.373 fl 58 kr entstanden.³⁸³

6.3.3. Lawinen

Von den Lawinenschäden sind zwei besser dokumentiert. Im März 1817 wurden bei Gaschurn

³⁸⁰ VLA, KA 1, Sch. 308. Faszikel D.D., Nr. 471/482, Bregenz, 26. Juli 1817.

³⁸¹ VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. 6/150, Hagelschaden 1817, Bludenz 17. September 1817. Fasz. Enthält Auflistung aller Schäden. In Fasz. 23 – 35 sind die Schäden von Rungelin detailliert aufgelistet. Hauptschäden aus dem Weinbau (bis zu 150 fl), daneben Gerste, Hanf, Türken, Obstbäume, Kartoffeln, Kraut, Weizen, Korn, Kartoffeln, Heu. 1 Viertel Wein mit 4 fl geschätzt, 14 Viertl Korn mit 42 fl Schaden, 60 Viertl Kartoffeln mit 30 fl, 28 Viertl Korn mit 84 fl. 1 Viertel Getreide zu 3 fl gerechnet. 1 Viertel Kartoffeln mit 30 kr, 1 Viertel Hanf mit 30 kr. Fasz. 23/49, Detailrechnung von Dr. von Ganahl vom 15. Juli 1817 über 296 fl 53 kr.

³⁸² VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. XIV–16, Verzeichnis der In- und Ausbürger der Stadtgemeinde Bludenz, welche durch den am 12. Juli 1817 gehaltenen Hagelschaden in die Armuth versetzt worden sind, daß selbe außerstands sind, ihre auf 1818 schuldigen Steuern zu zahlen.

³⁸³ VLA, Gemeinearchiv Nenzing, Sch. 27, Nr. 258, Johann Bertsch, Vorsteher.

14 Sommerstädel und der Schutzwald von einer Lawine fortgerissen.³⁸⁴ Einige Tage davor waren beim Lawinenabgang in St. Gallenkirch neben den Todesopfern Sachschäden von 2.641 fl 37 kr zu beklagen gewesen. In den Abrechnungen für die milden Sammlungen sind die Lawinenschäden in den Gerichten Montafon und Sonnenberg insgesamt mit 15.877 fl 20 kr nach dem 20-Guldenmünzfuß angegeben.³⁸⁵

Kreishauptmann Daubrawa hatte zuerst 91 fl 53 ¼ kr aus dem Geld, das für die Wolkenbruch- und Hagelverunglückten gedacht gewesen war, an die Opfer verteilt. In einer zweiten Berechnung korrigierte er seinen Fehler aber und reduzierte die Summe für die Lawinengeschädigten auf 65 fl 40 kr.³⁸⁶

	<i>Vieh</i>	<i>Gebäude</i>	<i>Mobilien</i>	<i>Grundstücken</i>	<i>Zusammen im 20-fl-Fuß</i>	<i>Betreffnis aus 65 fl 40 W.W.</i>	<i>Erste Berechnung</i>
Sonnenberg	218	3.635	484 fl 12 kr	3.887	6.853 fl 30 kr	28 fl 20 ½ kr	39 fl 40 kr
Montafon					9.023 fl 50 ⅝ kr	37 fl 19 ½ kr	52 fl 13 ¼ kr
					15.877 fl 20 kr	65 fl 40 kr	91 fl 53 ¼ kr

6.3.4. Gesamtschaden

Um einen Überblick über alle Elementarschäden der Jahre 1816 und 1817 zu erhalten, müssen die einzelnen Schadenssummen zusammengerechnet werden.

Landgericht Bregenz	9.001 fl
Kollegiatsgericht Feldkirch	60.803 fl
Gericht Dornbirn (ohne Höchst und Brugg)	68.978 fl
Patrimonialgericht Lustenau	19.288 fl
gesamt	228.072 fl ³⁸⁷

Für Höchst und Brugg lieferte der Kreishauptmann die Schadenssumme erst im November nach. Sie belief sich auf 33.160 fl 27 kr R.W. Damit stieg der Gesamtschaden durch das Hochwasser 1817 auf 261.232 fl 32 kr R.W.³⁸⁷ Zählt man zu obiger Summe noch die Wasserschäden von 1816, die Bludnzer Hagelschäden und die Lawinenschäden von St. Gallenkirch kommt man auf 407.552 fl.

³⁸⁴ Vgl. KASPER, S. 30.

³⁸⁵ VLA. KA 1, Sch. 263, 1841, Nr. 661, Bregenz, 10. März 1821.

³⁸⁶ VLA. KA 1, Sch. 263, 1841, Nr. 661. Diese „Manipulation“ wird erst sichtbar, wenn man alle Aktenstücke aus dem entsprechen Akt Nr. 661 miteinander vergleicht.

³⁸⁷ TLA, Jüngerer Gubernium 1817, 141, Gubernium 3632, Präsidiale Fasz. 350, Nr. 660, Daubrawa, Bregenz, 1. November 1817.

Nimmt man für die Hochwasserschäden von 1817 die 339.007 fl 9 kr R.W. des Dornbirner Landrichters³⁸⁸ als Grundlage der Berechnung kommt man auf 518.487 fl. Es ist allerdings davon auszugehen, dass außer den verzeichneten Schäden noch mehr angefallen sind, da von den Behörden ja nur die Zahlen festgehalten worden sind, die man für geplante milde Sammlungen benötigt hat. Wenn nur ein Haus beschädigt worden ist, zwei Wiesen überschwemmt oder die Kirschbäume erfroren sind, hat man dafür keine Zahlen erhoben.

Vergleicht man die Schadenssumme mit Steuervorschreibungen, so entsprach sie in etwa dem Sechs- bis Siebenfachen einer Steuervorschreibung für Vorarlberg. 1816 betrug die Vorschreibung 67.304 fl, 1817 waren es 73.730 fl.

Die ausgefallenen und vernichteten Ernten hatte aber nicht nur den Verdienstentgang für die Produzenten zur Folge, sondern sie bedeuteten vor allem auch, dass die Menschen ihre Grundnahrungsmittel auf dem Markt kaufen mussten. Getreide und Mehl aus dem Ausland, das man importieren und teuer bezahlen musste. Die vielen kleinen Nebenerwerbsbauern mussten nun Getreide, Kartoffeln, Türken und Gemüse kaufen, statt ihre eigenen Überschüsse verkaufen zu können.

³⁸⁸ VLA, KA 1, Sch. 309, Bericht des Landgerichts wegen der Zurückzahlung der Notvorschüsse, Dornbirn, 15. März 1818.

7. VERWALTETE NOT

Für die Behörden bedeuteten die Ernteausfälle der Jahre 1815 bis 1817 vor allem eine zunehmende Zahl von Armen, die versorgt werden mussten, weil die zuständigen Kommunen und Armenstiftungen nicht mehr dazu in der Lage waren. Dabei wurden ständig Erhebungen durchgeführt, wie es mit den Armenkassen, ihrer Finanzierung und der Zahl der Bedürftigen stand. Aus den gesammelten Daten versuchte man zumindest einen Überblick zu gewinnen. Der Kreishauptmann und die Landrichter konnten nur zusehen, ihnen waren die Hände gebunden. Dem Kreishauptmann fehlte die rechtliche Handhabe: Den Gemeindevorstehern, die eigentlich für die Versorgung der Armen zuständig gewesen wären, fehlten mit zunehmender Not die Mittel. Das Kreisamt konnte von den Landgerichten nur Listen mit den Armen erbitten, diese in Evidenz halten, mahnen, drohen, bitten und betteln, aber kaum helfen. Das Repertoire an staatlichen Hilfsmaßnahmen beschränkte sich auf Steuerstundungen und Steuernachlässe in Form von steuerfreiem Salz sowie auf Notvorschüsse und nicht zurückzahlende Spenden aus der Privatschatulle des Kaisers. Jeder Steuernachlass bedeutete aber auch, dass dem Staat Einnahmen entgingen, die er dringend brauchte, auch, um seinen Bürgern in Not helfen zu können!

Zuständig für die Versorgung der Armen und Bedürftigen waren die Gemeinden und die lokalen Armenstiftungen. Wenn die Gemeinden kein Geld hatten, ihre Bürger die Gemeindesteuern nur unregelmäßig bezahlten und es auch sonst an Einnahmen fehlte, waren die Armenstiftungen gefragt. Wo es keine Armenstiftungen gab, vertraute man auf das klassische Handalmosen und auf die christliche Solidarität des Besitzenden mit dem Besitzlosen.

7.1. Betteln

Zu einem großen Problem wurde in den Notjahren das öffentliche Betteln, insbesondere das Gassenbetteln von Ortsfremden, das man von Seiten der Behörden immer wieder zu unterbinden suchte. Beim Gassenbetteln hatten die Gemeinden keine Kontrolle, wer bettelte und wie oft er sein Glück versuchte.

Almosen sammeln, Betteln, war eine durchaus gängige „Arbeitsform“, um sich das Notwendigste zum täglichen Überleben zu besorgen. Nicht nur Kranke und Arme, sondern auch die Mitglieder vagierender Berufsgruppen sammelten Nahrungsmittel und Geld oder baten um ein Dach über dem Kopf.³⁸⁹ So wurden auch einige der in Vorarlberg weit verbreiteten Berufe von Zeitgenossen mit Betteln in Verbindung gebracht. 1793 hatte der Pfarrer und spätere Waisenhausdirektor Johann Ulrich Schöll in seinem Buch „Abriß des Jauner und Bettelwesens in Schwaben“³⁹⁰ zwischen

³⁸⁹ Vgl. Gerhard FRITZ, Bettler und Vaganten in Südwestdeutschland im späten 18. Jahrhundert nach Johann Ulrich Schölls „Abriß des Jauner und Bettelwesens in Schwaben“, in: Gerhard AMMERER, Gerhard FRITZ, Die Gesellschaft der Nichtsesshaften, Affalterbach 2013, S. 53-74. Zum Leben Vagierender s. Gerhard AMMERER, Heimat Straße. Vaganten im Österreich des Ancien Régime (= Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien Bd 29), Wien und München 2003.

³⁹⁰ http://reader.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb10018179_00005.html, 10. Februar 2016.

Bettlern, die neben dem Bettel irgendein Gewerbe betrieben, und Bettlern, die allein oder doch hauptsächlich vom Bettel lebten, unterschieden. Zu ersteren zählte er auch Wanderhändler, Scheurenschleifer, Störschneider, Bürstenbinder, Kessler, Sockenstricker, Krautschneider und Hüte-kinder. Also Menschen, die zum Erwerb ihres Lebensunterhalts nicht permanent an einem Ort lebten, sondern ihrem Beruf unterwegs nachgingen. Auch einfache Bauhandwerker sowie reisende Handwerksburschen dürften sich auf dem Weg zur Baustelle oder zum nächsten Lehrmeister das eine oder andere Mal mit Betteln beholfen haben. Nach Schöll zählte damit ein nicht unbedeutender Teil der Vorarlberger zum Kreis der potentiellen Bettler und Almosenempfänger. Sogar die Vorarlberger Geiseln, die 1809 von den Bayern nach Belgien in die Festungshaft transportiert wurden, mussten sich auf dem Weg mit Betteln behelfen und Geld für Unterkunft und Verpflegung bei den Ortsansässigen erbitten.³⁹¹

Um das Gassenbetteln in Grenzen zu halten oder ganz auszurotten, gab es eine Reihe von Vorschlägen: den Steuerfuß (= Steuersatz) so festlegen, dass von allen Gemeindeangehörigen die ganzen Bedürfnisse der Armen gedeckt wären. Außerdem müssten Fabriken errichtet werden, in denen die Armen schon von Kindheit an ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Bei jeder Hochzeit, die im Distrikt stattfände, sollten 30 kr für den Armenfonds entrichtet werden. Zudem sollte bei Verkäufen und Erbschaften von über 100 fl eine kleine Abgabe für die Armen geleistet werden.³⁹²

Für die Einhaltung des Bettelverbots waren die Landgerichte und die Gemeinden zuständig. Jedes Gericht, jede Gemeinde hatte seine eigenen Regeln im Umgang mit den eigenen und fremden Bettlern. Das Landgericht Sonnenberg etwa empfahl der Stadt Bludenz am Höhepunkt der Not, das Betteln in der Stadt freizugeben. Die „anerkannten“ Armen sollten jedoch ein Erkennungszeichen tragen, damit klar war, dass sie zum Betteln in Bludenz berechtigt waren. Im Gegenzug wollte man das „fremde Gesindel“ möglichst aus der Stadt vertreiben. Wer auswärtigen Bettlern Almosen gab oder sie gar beherbergte, wurde bestraft. Die Strafsumme wurde zwischen dem Denunzianten, der das Vergehen angezeigt hatte, und dem Armenfonds aufgeteilt.³⁹³ Eine durchaus zweischneidige Vorgangsweise im Umgang mit den Ärmsten.

Schon vor dem drohenden Hungerwinter forderte im September 1816 der Bregenzer Landrichter Mosbrugger im Hinblick auf die zu erwartende Not den Ausbau der Armenfonds und Armenräte, um so das Bettelunwesen, besonders das Gassenbetteln in Grenzen zu halten. Auswärtige Bettler sollten zudem in Zukunft ohne Nachsicht verfolgt werden. Eine Möglichkeit, um die Armen ausreichend unterstützen zu können und das Bettelwesen zu bekämpfen, sah er in der Verumlagerung einer außerordentlichen Armensteuer.³⁹⁴

Als im Jänner 1817 das Kreisamt die Gemeinden anwies, Armenanstalten und Suppenküchen einzu-

³⁹¹ Manfred TSCHAIKNER, Die 1809/10 in Bouillon internierten Geiseln aus Vorarlberg einschließlich des oberen Allgäus, Montfort, 67. Jg, 2015, Bd 1, S. 95 – 116, hier S. 101.

³⁹² VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen I, Nr. 20/1853, Vorsteher Redler in Eichenberg.

³⁹³ KASPER, S. 61.

³⁹⁴ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen I, Nr. 27, Bregenz, 19. September 1816. Vgl. auch die Aussagen des Hörbranner Pfarrers Pfanner vom 12. Februar 1817. VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20.

richten, weigerten sich viele Gemeinden, dem nachzukommen. Stattdessen erlaubten sie den Gemeindeangehörigen, an bestimmten Tagen zu betteln. Nur nicht bettelfähige Gemeindemitglieder wurden von den Gemeinden versorgt. In Möggers, Hörbranz, Hofrieden, Lochau und Rieden war es anerkannten Gemeindeangehörigen gestattet, zwei Tage die Woche selbst Almosen zu sammeln. Dazu mussten sie ein besonderes Kennzeichen tragen. Fremden Bettlern und solchen, die nicht aus dem Distrikt waren, war das Betteln grundsätzlich verboten. Vielmehr hatten die Gemeinden solche *Bettler zu wehren und über die Distriktsgrenze zu weisen*. Bettler aus anderen Landgerichten waren nach Bregenz ins Gefängnis zu überstellen.³⁹⁵

Die Zahl der Bettler verringerte sich erst nach der Ernte im Herbst des Jahres 1817 wieder. Laut Bludener Landrichter waren im 4. Quartal noch 13 Bettler unterwegs, zwei weniger als im 3. Quartal desselben Jahres.³⁹⁶ Auch im Leiblachtal waren noch Bettler aus dem eigenen Distrikt und vor allem aus dem Rheintal unterwegs. In Hörbranz war am Sonntag und am Donnerstag Betteln erlaubt. Diese Möglichkeit wurde gerne auch von Armen und Verunglückten *aus benachbarten Distrikten und gar vielen aus den benachbarten Rheingegenden, selbst auch aus der Schweiz* genutzt, die damit den Bürgern lästig fielen. Das hatte zur Folge, dass sich viele über die fremden Bettler beschwerten und ihren eigenen Geschädigten nichts geben wollten,³⁹⁷ niemand hatte ein Interesse, doppelt zu spenden. Die Behörden sollten daher gegen die fremden Bettler einschreiten. Ähnliche Kommentare gab es aus allen Gemeinden des Gerichts Bregenz.

Am 1. Mai 1818 beschwerte sich das Gericht Bregenzerwald bei Kreishauptmann Daubrawa, dass Bewohner der Gerichte Bregenz und Dornbirn unerlaubterweise im Gericht Bregenzerwald gebettelt hätten. Die Bregenzerwälder forderten, dass in diesen Gerichten das Betteln in der eigenen Gemeinde gestattet werden solle, damit die dortigen Armen im eigenen Gericht und nicht in der Nachbarschaft betteln. Der Kreishauptmann erklärte, dass es einen Unterschied zwischen dem Gassenbetteln und der wechselweisen Verpflegung der Armen in den Gemeinden oder *Distrikten gebe. Gassenbetteln finde weder im Gerichtsbezirk Dornbirn noch Bregenz statt*, allerdings können die Armenanstalten in diesen Bezirken nicht so beschaffen sein, *wie sie teils das Herkommen bzw. die früheren Einrichtungen, teils der in den letzten Jahren gefühlte Druck der Teuerung im Bregenzerwald schuf. Jeder Bezirk dieser Landgerichte habe und hat für seine Armen nach den Maßstabe seiner Kräfte zu sorgen, und die Verhältnisse der Gemeinden sind so verschieden, daß das, was einer gut war, der anderen Kommune schädlich geworden wäre.*

Das Landgericht Bregenzerwald hat sich daher durch Gerichte [Gerüchte] oder Angaben minderunterrichteter Filze in Handhabung der wohlthätigen Anstalten seines Bezirkes nicht beirren lassen, und wird angewiesen jeden Gassenbettel in seinem Gerichte einzuschicken, welche [die anderen Gerichte] unter einem angewiesen werden, ein gleiches mit den nicht minderen zahlreichen Bettlern des Bregenzerwaldes zu tun.

³⁹⁵ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Nr. 1502. Bregenz, 16. Dezember 1817.

³⁹⁶ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817 – 1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Bludenz, 16. Dezember 1817.

³⁹⁷ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Hörbranz, 17. November 1817.

*Da dem Landgericht Bregenzerwald 7 Kordonisten zur Disposition überlassen sind, während das Landgericht Bregenz nur 3 und Dornbirn gleichfalls nur 4 wegen den täglichen Transporten bei dem Gerichtssitze besitzt, so wird es dem Landgerichte minder schwer fallen den dortigen Bezirk von fremden Bettlern rein zu halten.*³⁹⁸

Durch den ständigen Zug Almosen heischender und bettelnder Personen verloren die Bürger vielerorts auch immer mehr das Verständnis und die Neigung, zusätzlich Geld für die städtische bzw. gemeindeeigene Armenversorgung zu spenden. Wenn einem die Bettler schon die Tür einrannten, wollte man nicht auch noch für Armenstiftungen und Suppenanstalten aufkommen. Damit war teilweise die Fortführung der Suppenanstalten, etwa in Bregenz, gefährdet. Deshalb forderte der Bregenzer Stadtmagistrat beim Landgericht auch ein schärferes Durchgreifen gegen die herumziehenden Bettler.³⁹⁹

Insgesamt hatte die Zahl der Bettler aber soweit abgenommen, dass Kreishauptmann Daubrawa in seinen Kreisbereisungsberichten 1818 dezidiert erklärte, dass es keine mehr gebe.⁴⁰⁰ Für ihn war das Fehlen der Bettler im Straßenbild das Indiz für die überwundene Not und Teuerung.

Das Betteln blieb aber nichtsdestotrotz in den folgenden Jahrzehnten eines der größten sozialen Probleme. Wenn Gemeinden ihre Armen nicht versorgen konnten, wichen sie gerne auf eine Bettelerlaubnis aus. Almosensammeln war dann den eigenen Armen zu bestimmten Zeitpunkten gestattet. Zu den eigenen Armen kamen aber auch die herumziehenden Bettler, die reisenden Handwerker und Arbeit suchenden Fremden. Mit ihnen gingen die Behörden deutlich härter um als mit den lokalen Armen.

Für reisende Handwerker und arme arbeitssuchende Reisende wurden 1891 in Vorarlberg die Naturalverpflegungsanstalten gegründet. Mit diesen wollte man das Landstreicher- und Bettelwesen bekämpfen.⁴⁰¹ Die Debatte um die Notreisenden im Jahr 2016 in Vorarlberg zeigt, dass sich in der Kernfrage im Umgang mit Bettlern und vagabundierenden Familien in den letzten 200 Jahren wenig geändert hat.⁴⁰²

³⁹⁸ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 10, Bregenz, 3. Juli 1818. Dasselbe Schreiben findet sich auch unter VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20/400, Bregenz, 3. Juli 1818.

³⁹⁹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Bregenz, 27. Dezember 1820.

⁴⁰⁰ TIEFENTHALER, BERICHTE, S. 34, 36, 38, 39, 43, 44.

⁴⁰¹ Mit der Gründung der Naturalverpflegungsstationen in Vorarlberg hat sich Patricia BERSIN in ihrer Dissertation beschäftigt. Patricia BERSIN, Die Naturalverpflegungsstationen in Vorarlberg 1891 – 1914, unveröffentl. Diss., Innsbruck 1987.

⁴⁰² http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160721_OTS0110/bettelnde-notreisende-in-vorarlberg, <http://www.vol.at/die-lebenswelt-bettelnder-notreisender-in-vorarlberg/4799813>, 1. August 2016.

7.2. Armenpflege

In einer Zeit, in der es keinen Katastrophenfonds⁴⁰³, keine Hagelversicherung⁴⁰⁴, keine Sozialversicherung und keine staatliche Altersversorgung⁴⁰⁵ gab, waren große Teile der Bevölkerung tendenziell armutsgefährdet und bei schlechten Ernten von Hunger bedroht.

Armut war in der Gesellschaft der frühen Neuzeit ein alltägliches Problem, das den Menschen in verschiedenster Form begegnete. Man unterschied zwischen Gott gegebener und selbst verschuldeter Armut, zwischen würdigen und unwürdigen Armen. Kriege und Katastrophen verstärkten den Druck auf die Menschen, die sich nicht mehr selbst versorgen konnten und bettelnd auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen waren. Wer krank war, wer alt war, wer keine Familie und keinen Besitz hatte, war darauf angewiesen, seinen Lebensunterhalt mit Betteln zu bestreiten, er war auf Almosen angewiesen. Aus christlicher Sicht war es dafür seine Aufgabe, für das Seelenheil des Spenders zu beten und diesem für sein wohlätiges Tun einen Platz im Himmel zu verschaffen. Mildtätigkeit und Almosen geben gehörten zu den Pflichten eines rechtschaffenen Christen.

So quittierte 1820 der Hohenemser Gemeindeausschussrat Johann Josef Amman den Erhalt von 49 fl 52 ½ kr aus den öffentlichen Sammlungen mit den Worten, dass *die armen Beschädigten [...] samt & sonders bei der Vorstehung erscheinen und erklären, dass sie die ihnen zugeschiedenen milden Beyträge mit innigstem Danke annehmen. [...] und für deren gesegnete Erhaltung, und für das Wohl der Geber sie sich Gebethe zum Himmel abzuschicken verbünden.*⁴⁰⁶ Wer auf die Hilfe anderer angewiesen war, musste zum Dank zumindest für das Seelenheil des Spenders beten.

Wer ein gottesfürchtiges Leben führte, nicht trank, faulenzte oder seine Mitmenschen betrog, hatte im Gegenzug ein Anrecht darauf, von der Gesellschaft durchgefüttert zu werden. Als anerkannter Armer konnte er auf die Hilfe seiner Heimatgemeinde hoffen, als vagierender Bettler auf die Almosen und die Hilfe der Gesellschaft. Angehörige bestimmter Berufsgruppen wie Bergknappen oder in Zünften und Gilden organisierte Handwerker wurden im Alter und in Notzeiten aus den Kassen ihrer Berufsgenossenschaften versorgt. Im Hinblick auf die Formen der Armut unterscheiden Armuts- und Sozialforscher wie Wilhelm Abel oder Wolfram Fischer zwischen der klassischen Armut des „typ ancien“, bei der Menschen in Notzeiten zu Bettlern und Almosenempfängern werden, und der

⁴⁰³ Der Katastrophenfonds, das Budget, das zur Finanzierung von Vorsorge und Abwendung von Katastrophen oder nach Eintritt zur Beseitigung ihrer Folgen eingesetzt. Gegründet wurde er im Lawinenwinter 1951. Finanziert wird er aus Anteilen der Lohn-, Einkommen-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer. Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophenfonds>, 27. Juli 2016.

⁴⁰⁴ 1947 erste österreichische Hagelversicherung auf Gegenseitigkeit gegründet. https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichische_Hagelversicherung, 27. Juli 2016,

⁴⁰⁵ Seit 1906 gibt es in Österreich ein Angestelltenpensionsgesetz, 1914 einen Gesetzesentwurf für eine Arbeiterrente. Die Altersfürsorgerente wird erst in den späten 1920er Jahren gesetzlich verankert. Das allgemeine Pensionsgesetz für alle in Österreich in der Pensionsversicherung versicherten Personen gilt seit dem 1.1.2005.

⁴⁰⁶ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Hohenems, 18. Mai 1820.

strukturellen Armut der vorindustriellen Zeit, dem Pauperismus.⁴⁰⁷ Wenn die landwirtschaftlichen Erträge wegen eines Anstiegs der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum nicht ausreichten, um die Menschen ausreichend zu ernähren, führte das auf im Laufe der Zeit zu einer Verarmung. Gleiches galt auch, wenn die Existenzgrundlage allein auf der Arbeit in einem konjunkturabhängigen Wirtschaftszweig beruhte.

Weil viele Menschen in Vorarlberg seit dem späten 18. Jahrhundert hauptsächlich von Heimarbeit oder industrieller Arbeit lebten und nichts mehr selbst anbauten, waren sie von einer guten Konjunktur und funktionierenden Märkten abhängig. Wenn die Saisonarbeit fehlte, die Spinner, Weber und Sticker ihre Heimarbeit verloren oder Transporte für die nebenberuflichen Rodfuhrleute ausfielen, gerieten viele an die Existenzgrenze.

Mit dem Aufkommen des Merkantilismus und der Aufklärung hatte sich der Druck auf die Armen verstärkt. Wer arbeiten konnte, sollte sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen. Wer nicht arbeiten wollte, dem drohte das staatliche Zucht- und Arbeitshaus. Mit Bettelverboten versuchte man die Menschen zur Arbeit zu zwingen. Im Hinblick auf eine effiziente Armenpolitik forderte Kaiser Joseph II. einerseits eine Differenzierung der Armen nach ihrer Verwendbarkeit für die Gesellschaft. Andererseits sollte auch die Kirche mehr in die Versorgung der Armen eingebunden werden. Die Unterscheidung zwischen würdigen und nicht würdigen Armen wurde immer wichtiger. Arme hatten zwar das Recht, um Almosen zu bitten, wenn niemand aus der Verwandtschaft oder aus ihrer Berufsgruppe mehr für sie aufkommen konnte. Sie sollten das Betteln aber nicht beruflich betreiben. Damit sich Notleidende aber nicht zum Betteln bemüßigt fühlten, führte man 1784 die Armeninstitute in den Pfarrbezirken ein, die vom Pfarrer, einem Armenvater und einem Rechnungsführer geleitet wurden. Die Einführung beruhte aber auf Freiwilligkeit. Die Gründung blieb den einzelnen Gemeinden überlassen.⁴⁰⁸ In den ländlichen Gemeinden Vorarlbergs unterblieb in der Regel die Gründung eines solchen kommunalen Armeninstituts.

Finanziert wurden die Armeninstitute durch die Vermögen der von Joseph II. aufgelösten Bruderschaften, Sammlungen, Subskriptionen, Strafgelder und Legate sowie größere Stiftungen. Zudem wurden „rechtschaffene“ Männer der Gemeinde dazu verpflichtet, Geld und Sachspenden für die Armen zu rekrutieren. Als Existenzminimum für Arme wurden vier Kreuzer Taggeld festgelegt. Bis 1817 erhöhte sich dieser Betrag nur um einen auf fünf Kreuzer. Für fünf Kreuzer konnte man im April 1817 in Feldkirch 10 Loth Schildbrot (= 175 Gramm) oder 15 Loth Kümmelbrot (ca. 260 Gramm) oder ein halbes Pfund Schweinefleisch kaufen.⁴⁰⁹

Die Armenversorgung mit Armeninstituten und Bürgerspitälern war anfänglich von Johann Graf von Buquoy für seine südböhmischen Grundherrschaften entwickelt, dort ausprobiert und anschließend in der gesamten Monarchie eingeführt worden. 1787 wurden auf dem Lande besonders die Obrig-

⁴⁰⁷ Wilhelm ABEL, Massenarmut und Hungerkrisen, 2. Aufl., Göttingen 1977, S. 54 f. und Wolfram FISCHER, Armut in der Geschichte, Göttingen 1998.

⁴⁰⁸ Johann Ernest TETTINEK, Die Armen-Versorgung in Oestreich, oder Zusammenstellung sämmtlicher das Armenwesen betreffenden Gesetze und Verordnungen, Nabu Public Domain Reprints, S. 7.

⁴⁰⁹ Feldkircher Wochenblatt, 15. April 1817.

keiten und die Gemeinden zur Versorgung der Armen verpflichtet. Diese waren aber nur zur Versorgung der gemeindeeigenen Armen verpflichtet. Inwohner⁴¹⁰ hatten keinen Anspruch auf Unterstützung, wenn sie nicht, wie im Konskriptionspatent von 1804 festgelegt, mindestens seit zehn Jahre in der Gemeinde ansässig waren. Erst 1849 mit der Einführung des Heimatrechts wurde die Armenunterstützung als Anspruch der Bürger geregelt und die Heimatgemeinde verpflichtet, ihre Gemeindebürger zu versorgen, auch wenn sie sich nicht dort aufhielten.⁴¹¹

In Vorarlberg entstanden vorerst nur in den Städten Bregenz, Feldkirch und Bludenz Armeninstitute. In vielen Gemeinden bestanden kirchliche und private Armenstiftungen. In Hohenems gab es getrennte Unterstützungseinrichtungen für die christlichen und die jüdischen Armen, die von ihrer jeweiligen Gemeinde versorgt wurden.⁴¹² Diese Trennung blieb auch nach der Gleichstellung der Juden im Königreich Bayern 1813 bzw. nach der Rückkehr zu Österreich bestehen.⁴¹³

Im ländlichen Raum hatten sich die Armeninstitute, die von den Pfarrern betreut wurden, kaum durchsetzen können. Die Bevölkerung wollte nicht auf die Tradition der individuellen Handalmosen verzichten. Einerseits wollten Almosengeber, dass ihre Wohltätigkeit bekannt wurde, andererseits scheuten viele Arme die ständige Kontrolle durch den Ortspfarrer. Eine geplante Reform des Armenwesens unter Kaiser Franz I. kam wegen der Napoleonischen Kriege und der staatlichen Finanzkrise nicht zustande.⁴¹⁴

Von den Bayern wurde im Rahmen der Verwaltungsorganisation auch die Sozial- und Armenfürsorge umstrukturiert und zentralisiert. Die bayerische Armenfürsorge setzte einerseits die josephinische Armenfürsorge mit ihrer Sozialdisziplinierung und dem Versuch, arbeitsscheue und vagierende Arme zu einem für die Gesellschaft nutzbringenden Verhalten zu zwingen, fort. Andererseits spiegelte sie die systematische, aufgeklärte, staatlich organisierte Wohlfahrtspolitik des bayerischen Ministers

⁴¹⁰ Zugezogene Bewohner, die in einer Gemeinde wohnten, dort aber keine Allmendenutzungsrechte oder Gemeindennutzungsrechte besaßen. Mitunter werden als Inwohner auch landlose Familien/Personen bezeichnet, die zur Miete wohnten und kein eigenes Wohnhaus mit einem kleinen Acker oder einem Allmendeanteil besaßen. Vgl. Hermann ZEITLHOFER, Flachs und die lokale Ökonomie, Arbeitsbeziehungen und das Agrosystem im südlichen Böhmerwald (17. bis 19. Jahrhundert), in: Land-Arbeit, Arbeitsbeziehungen in ländlichen Gesellschaften Europas (17. bis 19. Jahrhundert), hrsg. v. Rita GARSTENAUER, Erich LANDSTEINER, Ernst LANGTHALER (=Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2008), Innsbruck 2010, S. 20-35, hier S. 30 f

⁴¹¹ Zu den Entwicklungen des österreichischen Heimatrechts und der Staatsbürgerschaft s. Waltraud HEINDL, Edith SAURER (Hrsg.) Grenze und Staat: Passwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Passgesetzgebung in der österreichischen Monarchie (1750-1867), Wien 2000, S. 121 f.

<https://books.google.de/books?id=OQgYqdynJfwC&pg=PA122&hl=de#v=onepage&q&f=false>

⁴¹² Aron TÄNZER, Die Geschichte der Juden in Hohenems, Meran 1905, Nachdruck, Bregenz 1971, S. 380 ff. Zu den Armen in der jüdischen Gemeinde s. auch Monika VOLAUCNIK-DEFrancisco, Arme und Hausierer in der jüdischen Gemeinde von Hohenems (= Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs 12. Bd), Dornbirn 1993.

⁴¹³ Bayerisches Regierungsblatt 1813, Stück 39, S. 921.

⁴¹⁴ Zur Armenversorgung im 18. und 19. Jahrhundert s. Martin SCHEUTZ, Geschichte der Armut und des Bettels in der Neuzeit. Online: <http://www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/ss2003/vorlesungsinhalte/vorlesungsinhalte11.htm>, 25. Jänner 2016.

Montgelas wider. So verfügte die bayerische Gemeindeordnung, dass die Gemeinden als Sozialsprengel fungierten, in denen es fest angestellte Ärzte, Hebammen und Viehärzte geben sollte. Jede Gemeinde sollte auch ein Armenasyl oder Armenhaus haben. Waren die Gemeinden zu klein, sollten sich mehrere zusammenschließen, einen Gemeindefeldarzt teilen und ein gemeinsames Armen- und Verpflegungshaus einrichten. Kranke, die das Geld für die Behandlung nicht aufbringen konnten, mussten von den Gemeinden bzw. über die Landgerichte unterstützt werden. Über den Grad der Unterstützungswürdigkeit entschieden die Ortpfarrer und Beamten, die den Bedürftigen wie schon unter Kaiser Joseph II. Armutszeugnisse ausstellten, mit denen diese das Anrecht auf regelmäßige Unterstützung erwarben.⁴¹⁵

Die Finanzierung der neuen bayerischen Armenanstalten unterschied sich nicht grundlegend von der der bisherigen. Auch sie lebten mehr von privaten als von staatlichen Zuwendungen. So erhielt die Bregenzer Armenanstalt am 28. November 1811 anlässlich der Geburt des erstgeborenen Sohnes des bayerischen Kronprinzen 1.000 fl gespendet sowie 500 fl zu Ehren der glücklichen Entbindung der Kronprinzessin.⁴¹⁶ Daneben wurden die Armenkassen aus folgenden Einnahmequellen gespeist: Spendebrot zu festgelegten Jahrtagen, Almosen für Arme beim Begräbnis verstorbener Pfarrkinder, allfällige Vermögen oder Erbschaften von Personen, die von der Gemeinde versorgt worden sind, sowie regelmäßige (mitunter monatliche) Sammlungen für die Gemeindefeldarmen und Zuschläge auf die Gemeindeumlage.⁴¹⁷

Die Ausgaben der Gemeinden für ihre Gemeindefeldarmen konnten in „normalen Jahren“ ohne größere Probleme aus den Gemeindefeldnahmen finanziert werden. So hatte Fußach 1809 Einnahmen aus Stiftungen und Strafgeldern in der Höhe von 11 fl. Für die Gemeindefeldarmen musste die Gemeinde nur 3 fl für Nahrungsmittel und Kleidung ausgeben.⁴¹⁸ Lustenau hatte 25 Familien bzw. Einzelpersonen zu versorgen und benötigte dafür 455 fl 21 kr pro Jahr. An Einnahmen für die Armen standen 163 fl 34 kr an jährlichem Zins aus Stiftungen zur Verfügung, 18 fl Strafgeldern, 24 fl 12 kr Spenden verschiedener Bürger und ein Zuschuss aus der Gemeindefeldkasse in der Höhe von 249 fl 15 kr.⁴¹⁹ Die Beiträge aus den Stiftungen und Strafgeldern genügten also bei weitem nicht, um die Ausgaben zu decken.

Ähnlich war die Situation in Höchst, 1809 hatte man 168 fl 2 kr, dazu 20 fl 30 kr für unvorhergesehene Ausgaben für die Armenversorgung gebraucht. Durch die regulären Einnahmen gedeckt waren 134 fl 8 kr. Der Rest musste aus der Gemeindefeldkasse bezuschusst werden.⁴²⁰ Dornbirn musste sogar 923 fl 48 kr zuschießen. Die größte Gemeinde des Gerichts benötigte 1.220 fl 45 kr für die Armenversorgung. Außer die wöchentliche, monatliche oder jährliche Unterstützung trug die Dornbirner Vorsteherung noch „Medizinkosten“ in der Höhe von 33 fl.⁴²¹

⁴¹⁵ Bayerisches Regierungsblatt 1806, Verordnung vom 31. Dezember 1806, Sp. 183.

⁴¹⁶ Bregenzerisches Intelligenzblatt, 20. Jg, 51. Stück, Wochenblatt, 20. Dezember 1811, S. 203.

⁴¹⁷ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Hörbranz, 12. Februar 1817.

⁴¹⁸ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1809, Nr. 368, Fußach, 10. März 1809.

⁴¹⁹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1809, Nr. 368, Lustenau, 3. März 1809.

⁴²⁰ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1809, Nr. 368, Höchst, 14. März 1809.

⁴²¹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1809, Nr. 368, Dornbirn, 13. April 1809.

Die geistlichen milden Stiftungen und die Kommunalstiftungen in ganz Bayern wurden per Dekret vom 29. Dezember 1806 unter staatliche Kuratel gestellt und sollten zentral verwaltet werden. Dazu erhielten die Landgerichte den Auftrag, die Stiftungsvermögen in ihrem Verwaltungsbereich zu erheben und zu inventarisieren. Die einzelnen Landrichter orientierten sich dabei an den Stiftungen und der Struktur der bestehenden Pfarren und befragten die Gemeindevorsteher und Säckelmeister.⁴²² Als zentraler Verwalter für die Stiftungen der Gerichte Weiler, Wangen, Bregenz, Innerer Bregenzerwald, Dornbirn, Feldkirch, Sonnenberg und Montafon wurde Josef Anton Kaufmann⁴²³ eingesetzt. Mit seinem Aktuar Josef Felder war er für die ordnungsgemäße Verwendung der Stiftungsgelder verantwortlich. Mit ihrer peniblen Vorgangsweise verärgerten die beiden viele alte Amtsträger, die bisher ohne große Kontrolle nach eigenem Gutdünken die Armenversorgung erledigt hatten. Die mildtätigen Stiftungen besaßen damals oft beträchtliche Vermögen, die von den unterschiedlichen Organen nach eigenem Belieben verwaltet und verteilt worden waren. So verfügten die Feldkircher Armeninstitutionen, nämlich die Spitalspflege, das Armeninstitut, der Bettelsäckel, die Leprosenstiftung und die Spendstiftung, 1808 zusammen über ein Kapital von knapp 120.000 fl, das jährliche Zinseinnahmen in der Höhe von 6.000 fl einbrachte. Viele kleine, ländliche Stiftungen und Armenkassen hingegen hatten aber keine ausreichenden Einnahmen, wenn die Zahl der Bedürftigen über das gewohnte Maß wuchs. Da Armenstiftungen und Pfarrstiftungen häufig auch als Banken bzw. Geldverleiher fungierten, waren sie auch auf die regelmäßigen Zinszahlungen ihrer Schuldner angewiesen. In schlechten Zeiten konnten die Gläubiger aber ihre Zinsen oft nicht mehr bezahlen, geschweige denn Rückzahlungen leisten.⁴²⁴ Dazu kam, dass mit dem österreichischen Staatsbankrott von 1811 und der folgenden Abwertung des Guldens die Erträge aus den angelegten Stiftungskapitalien drastisch geschrumpft waren. Viele Stiftungen hatten ihr Geld in Anleihen bei der Schwazer Kreditkasse angelegt. Während die bayerische Verwaltung noch bemüht gewesen war, die Zinsen auszuführen, warteten die Anleger unter der österreichischen Verwaltung oft jahrelang darauf. Diese Zinsen waren aber für das Überleben und Funktionieren der Armenstiftungen entscheidend. Nur aus den Zinserträgen konnten sie ihren Aufgaben nachkommen, ohne das Kapital anzugreifen.

Der Bregenzer Stiftspfleger erhielt etwa noch im Oktober 1817 von der bayerischen Verwaltung 2.000 fl Zinsen, die aus den Zeiten der bayerischen Stiftungsadministration offen waren. Das war fünfzigmal so viel, wie die Stadt 1817 für ihre Armen an Notvorschüssen erhalten hatte, oder etwa so viel, wie die Stadt für das Steuerjahr 1817/18 Steuern abzuführen hatte.⁴²⁵

Nach dem Ende der bayerischen Herrschaft bestand die zentrale Stiftungsadministration vorerst weiter. Erst mit dem Hofkammerdekret vom 28. Jänner 1817 wurde veranlasst, die Agenden der

⁴²² NACHBAUR, Reformen, S. 414.

⁴²³ Kaufmann wurde nach der Rückkehr zu Österreich pensioniert und starb im Frühsommer 1815 in Bregenz. Die Leitung der Stiftungsadministration blieb vakant.

⁴²⁴ Vgl. Schreiben des Ebniter Ortpfarrers Johann Michael Spiegel und des Ortsvorstehers Jakob Halbeisen, Ebnit 16. Jänner 1816. VLA, KA 1, Sch. 309.

⁴²⁵ Stadtarchiv Bregenz, Kod. 88, 1. Oktober 1817, Nr. 1143. Steuerpflicht ebenda, 13. Dezember 1817, Nr. 1378, die Steuerpflicht betrug 2.023 fl 10 7/8 kr. Zu den Notvorschüssen s. VLA, KA 1, Sch. 308, Verzeichnis der verteilten Gelder.

bayerischen Stiftungsadministration den Rentämtern zu übertragen. So könne die kostspielige Stiftungsadministration eingespart werden.⁴²⁶ Für Vorarlberg bedeutete dies, dass die Rentämter in Bregenz und Feldkirch für die Verwaltung der Realitäten und die Einnahmen aus Zehent und Gefälle des Religionsfonds-Vermögens zuständig wurden. Die Armeninstitute, die Schul- und Meißerstiftungen sowie andere private Stiftungen für wohltätige und soziale Zwecke wurden wieder von den jeweiligen Stiftungsverwaltern betreut. Für die Stiftungsgelder galten genaue Vorschriften, wie und bei wem sie angelegt werden durften. Hinsichtlich der Höhe der Verzinsung von Passivkapitalien, sprich von verliehenem Kapital, hatten sich die Stiftungen an den von den Bayern festgelegten Zinssatz zu halten. Für Gelder, die nach 1816 verliehen wurden, mussten vom Schuldner wieder 5 Prozent Zins verlangt werden.⁴²⁷ Als das Geld knapp und die Nahrungsmittel teurer wurden, forderten die Behörden im Dezember 1816 die Gemeindevorsteher auf, *wo Gefahr für die Notleidenden auf dem Vorzug hafte von den milden Stiftungen die entbehrlichen Überschußsummen zur Unterstützung der Nothleidenden zu verwenden*.⁴²⁸ Das Problem war nur, dass die wenigsten Stiftungen noch über Überschüsse verfügten.

Um die Spender, die die Armeninstitute unterstützen, zu informieren, begannen Armeninstitute und Stiftungen im Zeichen einer guten Transparenz, ihre finanzielle Gebarung offen zu legen. So veröffentlichte das Bregenzer Armeninstitut 1818 einen *summarischen Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben*. Der größte Teil der Bregenzer Einnahmen, 3.158 fl 54 kr, kamen aus den städtischen Pflugschaften, der Spitalpflugschaft und der Leprosenpflugschaft. Deutlich geringer waren die anderen Einnahmen: 177 fl 11 kr erbrachten die Kirchenopfer bei Begräbnissen, aus den Strafgeldern des Landgerichts waren es 36 fl 28 kr. Bei der Sammlung zu Kaisers Geburtstag waren in Bregenz 58 fl 5 kr 1 H zusammengekommen. Geld lukrierte das Armeninstitut auch aus dem Haferverkauf an die Armen und dem Überschuss des Kornvereins, insgesamt 151 fl 22 kr. Das meiste Geld, nämlich 3.374 fl 25 kr, stammte vom freiwilligen Armenverein der Bregenzer Honoratioren, Bürger und Stadtinsassen. Das war knapp die Hälfte der Jahreseinnahmen.⁴²⁹

Die lokalen Armenkassen und milden Kapitals-Stiftungen betreuten in den Gemeinden die Bedürftigen nach Bedarf und alter Gewohnheit.⁴³⁰ Dazu gehörte etwa, dass man die Armen für die einzelnen Mahlzeiten, *auf Morgen-, Mittag- und Abendkost*, verschiedenen vermögenderen Familien zuwies. Die übrigen Armenbedürfnisse wie die Verpflegung von Kranken, Quartierzahlung, Kleider für ganz arme Schulkinder wurden aus den Geldern des Armenfonds und der Armenkasse finanziert.⁴³¹

⁴²⁶ Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg 1817, 4. Bd, I. Theil, Innsbruck 1824, S. 83 ff.

⁴²⁷ Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, Repertorium über die ersten 12 Bände, Innsbruck 1828, S. 459 f.

⁴²⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Nr. 2697, Ferdinand von Bissingen-Nippenburg, Innsbruck, 29. Dezember 1816.

⁴²⁹ Bregenzer Wochenblatt, XXVII, 3. Juli 1818, S. 106.

⁴³⁰ TIEFENTHALER, Berichte, S. 34–46, in den Auszügen aus den Kreisbereisungsberichten von Kreishauptmann Daubrawa erwähnt dieser in fast jeder Gemeinde und Stadt die jeweilige Armenkasse, das Pfründ- und Spitalshaus oder die spezifische Versorgung der örtlichen Armen.

⁴³¹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Hörbranz, 12. Februar 1817.

Die Armen wurden in drei Klassen eingeteilt: wer gar nichts hatte, krank, bresthaft,⁴³² arbeitsunfähig und hilflos war und das ganze Jahr über unterstützt werden musste, gehörte zur I. Armenklasse. Zur II. Armenklasse gehörten diejenigen, die keinen Besitz hatten, aber arbeitsfähig waren und nur zeitweise Unterstützung benötigten. Als Armer der III. Armenklasse galt jemand, der Besitz hatte, aber aufgrund der aktuellen Umstände und weil es ihm an Bargeld mangelte, zeitweise Hilfe brauchte. Gerade die Zahl dieser Armen der III. Klasse vergrößerte sich während der Notjahre 1816 und 1817 dramatisch, während die beiden anderen Klassen eher stabil blieben. Die Abrechnungen der Stadt Bludenz zeigen, dass in den Jahren vor 1816 die Armen in den einzelnen Klassen in etwa gleich verteilt waren. Laut Quartalsrechnungen unterstützte die Stadt im ersten Quartal 1814 sechs Arme der I. Klasse. Sie erhielten zwischen 26 und 52 kr die Woche, insgesamt 36 fl 50 kr. An acht Arme der II. Klasse wurden im selben Zeitraum zwischen 20 und 40 kr verteilt, insgesamt 35 fl 20 kr. Neun Arme der III. Klasse erhielten pro Woche 16 kr, insgesamt wurden für sie 31 fl 12 kr aufgewendet. Die gesamte Armenversorgung kostete die Stadt im ersten Quartal 103 fl 22 kr. In den folgenden Jahren erhöhte sich die Summe für die wöchentliche Unterstützung minimal. Arme der I. Klasse erhielten wöchentlich 48 kr, die der II. Klasse 36 kr und Arme der III. Klasse noch 24 kr.⁴³³ Von 1. Jänner bis 31. März 1815 ergab sich eine leichte Verschiebung innerhalb der drei Klassen. Aufgewendet werden mussten 101 fl 22 kr. Ähnliches galt für die folgenden Quartale bis in den Dezember 1816. Der Aufwand betrug zwischen 107 fl 48 kr und 110 fl 8 kr.⁴³⁴

Die Armenpfleger und Stiftungsverwalter gingen bei der Verteilung der Gelder mitunter durchaus willkürlich vor und legten bei der Vergabe von Unterstützungen ihre eigenen moralischen Maßstäbe an. Dabei wirkte immer noch die Unterteilung in würdige und unwürdige Arme weiter. Das zeigte sich auch 1816 und 1817, wenn die Armenräte in den Gemeinden vermerkten, ob ein Armer arbeitswillig oder faul und trunksüchtig war, und daran die Höhe der Unterstützung festmachten.⁴³⁵ Immer wieder finden sich in den Abrechnungen von Spenden und Unterstützungsgeldern detaillierte Angaben, dass bei der Verteilung nicht nur die Dürftigkeit und der erlittene Schaden eine Rolle gespielt haben, sondern auch die gute Verwendung, das Leumundszeugnis, der Betroffenen.⁴³⁶

Die von den Behörden geforderten Armendeputationen bestanden wie früher aus dem Pfarrer,⁴³⁷ dem Gemeindevorsteher oder einem städtischen Verwaltungsbeamten und zwei bis drei anerkannten und vor allem vermögenden Bürgern. Besonders als sich im Jänner 1817 die Situation verschärfte, verstärkte sich der behördliche Druck auf die einzelnen Gemeinden, Armenräte einzusetzen und auch den Gassenbettel durch fremde Bettler zu bekämpfen.⁴³⁸ Am 24. Jänner 1817

⁴³² Menschen mit Beeinträchtigung.

⁴³³ TIEFENTHALER, Berichte, S. 35. Mit 24 kr konnte man laut Marktpreis 96 Loth Schildbrot kaufen, umgerechnet 1,68 kg Brot; knapp ein Pfund Butter oder 1,5 Pfund Schweinefleisch.

⁴³⁴ VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. 114/29.

⁴³⁵ VLA, KA 1, Sch. 309, Riefensberg, 22. April 1817.

⁴³⁶ Stadtarchiv Bregenz, Historisches Archiv, Akt 144, Bregenz, 23. Dezember 1817.

⁴³⁷ In den Einlaufbüchern des Bregenzer Stadtrates werden in den Notjahren 1816 und 1817 alle Ansuchen, Anordnungen und Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Armenversorgung, der Unterstützung von Bedürftigen und Geschädigten sowie Sammlungen an das Pfarramt weitergeleitet. Vgl. Stadtarchiv Bregenz, Kod. 88, Einreichungsprotokoll des Municipalraths Bregenz 1817.

⁴³⁸ Vgl. VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen I, Nr. 27, Steusberg, 21. Wintermonat 1815.

erging die Weisung, in allen Gemeindebezirken pflichtgemäße Armenräte zu bilden. Diese Armendeputationen hatten die Aufgabe, die Vergabe der Notvorschüsse zu organisieren und zu überwachen, zusätzliche Geldmittel zu lukrieren und die Verteilung der Naturalien vorzunehmen. Um den Gassenbettel einzudämmen, versprachen die Behörden den Armenräten Naturalien oder eine zusätzliche Steuerumlage in den Gemeinden. Die Arbeit in der Armenkommission wurde stets den wohlhabendsten Gemeindeangehörigen übertragen, weil sie oft gezwungen waren, viele der notwendigen Ausgaben aus dem eigenen Vermögen zu bestreiten.⁴³⁹

Wenn in einer Gemeinde Arme unterstützt und versorgt wurden, die nicht als „eingetragene“ Arme galten, so wurde erwartet, dass diese das erhaltene Geld wieder zurückzahlen. Als Dorothea Gegenbauer, die in Lustenau als geduldete Fremde aus Bayern lebte, 1822 ein Erbe von 60 fl erhielt, wurden ihr davon von Pfarrer Rosenlächer 16 fl abgezogen, weil sie 1817 Naturalien in diesem Wert von der Gemeinde erhalten hatte.⁴⁴⁰ Die hohen Kosten für die Armenauspeisungen veranlassten Gemeinden auch dazu, Gemeindeforderungen mit Exekution zu drohen.⁴⁴¹

Vorsteher und Armenräte scheuten auch nicht davor zurück, massiven Druck auf diejenigen auszuüben, die in ihren Augen über ausreichend Mittel verfügten. So wollte die Lauteracher Armenkommission Agatha Götzin⁴⁴² mittels einer kreisamtlichen Weisung zwingen, ihrem Vermögen entsprechend eine Mindestsumme für die Armenversorgung zu spenden. Agatha Götze besaß ein *Kapitalvermögen zwischen 5 & 6.000 fl und musste aufgrund des Steuerprovisoriums keine außerordentlichen Steuern bezahlen*. Der Armenrat hatte sie um einen monatlichen Betrag zur Unterstützung der Armen gebeten. Sie habe kaltblütig gesagt, sie könne sich *bloß selber verhalten*. Man zahle ihr von ihrem Vermögen keine Zinsen, man gebe den Armen zu viel. Sie wollte einmal 8 kr geben, aber die Armenkommission wollte das nicht annehmen, denn andere mit einem ähnlichen Vermögensstand bezahlten monatlich 1 fl oder mindestens 48 kr. Das sei nicht viel. Agatha Götzin blieb jedoch hart. Schließlich brachte sie noch einmal 4 kr, insgesamt also 12 kr. Die Armenkommission nahm auch diese Summe nicht und erklärte, sie solle lieber nichts geben. Die Lauteracher wollten nicht akzeptieren, dass sich jemand seiner solidarischen und christlichen Pflicht zur Unterstützung armer Mitbürger entzog.⁴⁴³ Schließlich musste Agatha Götzin auf Weisung des Kreisamts monatlich 48 kr an die Armenkommission abgeben. Sie blieb das Geld aber sofort schuldig, sodass sich die Lauteracher Armenkommission noch einmal ans Kreisamt wandte.⁴⁴⁴

Während sich in Lauterach die Armenkommission mit aller Kraft für ihre Armen einsetzte, musste sich in anderen Gemeinden der Kreishauptmann darum kümmern, dass sich die Zuständigen ausreichend um die Armen kümmerten. So musste die Gemeinde Höchst im Juli 1817 dazu Stellung nehmen, warum der Hebamme Maria Blum, geborene Gehrler, der Hungertod drohe. Die 61-jährige

⁴³⁹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Hinterberg, 18. Februar 1817.

⁴⁴⁰ Gemeindeforschung Lustenau, Rh 7,1, Rosenlächer, Lustenau 1822.

⁴⁴¹ FGA, Sch. 1817, Joseph Anton Schneider Gemeindeforschung, Fußsach, 2. Jänner 1817.

⁴⁴² Anna Maria Götzin bzw. Agatha Götzin, im Dokument tauchen beide Versionen auf.

⁴⁴³ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20/1019, Joseph Bildstein, Pfarrer; Lauterach, 29. April 1817.

⁴⁴⁴ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20/1019, Lauterach, 11. Juni 1817.

Witwe war alleinstehend, sie hatte drei Söhne, zwei davon Soldaten, von denen einer meistens auf der faulen Haut im Urlaub sei. Die Söhne sollten sich laut Kreishauptmann Daubrawa um ihre Mutter kümmern.⁴⁴⁵ Maria Blum hatte im Mai beim Kreisamt auch geklagt, dass ihr die Gemeinde das Wartgeld (das Hebammengeld) nicht ausbezahlt habe.

Die Innsbrucker Behörden trugen den Kreisämtern auf, die Gemeinden dazu anzuhalten, ihre Armen pflichtgemäß zu unterstützen. Die Kreisämter sollten den Gemeinden auch ans Herz legen, die Notdürftigen hinsichtlich ihrer Erwerbsmöglichkeiten tunlichst zu unterstützen. Wenn die Gemeinden ihren Auftrag zur Versorgung der Armen vernachlässigten oder sich diesem entzogen, sollten die Behörden selbst einschreiten.⁴⁴⁶

In den Folgejahren wurde streng darauf geachtet, dass die Armenkassen zu ihren Einnahmen kamen. Ab 1817 wurde der Armenprozent bei allen Versteigerungen außer bei Konkurs- und Exekutionsverfahren eingeführt. Ein Prozent des Versteigerungserlöses musste nun an den lokalen Armenfond entrichtet werden.⁴⁴⁷ Dazu kam noch eine Art Vergnügungssteuer. So meldete die Gemeinde Höchst-Brugg 1820, dass seit 1818 Tanzlizenzen für die Wirtshäuser eingehoben würden. Die betreffenden Wirte hatten zwischen 30 kr und 1 fl 30 kr bezahlt, so dass insgesamt 11 fl für die Armenkasse zusammengekommen waren.⁴⁴⁸

Die private Unterstützung von Armen, Almosengeben, die Solidarität mit Nachbarn und Mitbürgern waren während der Notjahre 1816 und 1817 aber mindestens so wichtig wie die institutionalisierte Armenpflege. Im Verlauf der Krise verhärteten sich allerdings die Fronten zwischen Arm und Reich zunehmend, besonders als die Behörden fast nur noch auf die Solidarität der Wohlhabenderen bauten. *Die Reichen blieben hart und unbarmherzig, nichts wollten sie zur Abhelfung der allgemeinen Noth beitragen, was sie nicht gerade aus Zwang thun mußten, wohl war der allgemeine Spruch unter den Leuten: die Armen haben Gelegenheit zu büßen, die Reichen ihr Säckel zu gießen (das ist mit ihren Käsen und Schmalz)*, klagte der Lingenauer Chronist Herburger.⁴⁴⁹

Die Armenversorgung war der Knackpunkt in den Notjahren, damit gabe es die meisten Probleme. Auf dem Papier existierten zwar noch die Verordnungen der josephinischen Armenpflege, die reformatorischen Grundsätze aus der bayerischen Zeit und das Werkzeug der öffentlichen Sammlungen. Grundsätzlich baute die Armenversorgung aber immer noch auf individuelle Mildtätigkeit und die christliche Solidarität. Wer etwas hatte, versorgte die weniger wohlhabenden, redlichen Mitbürger. Man unterschrieb Armensubskriptionen oder entrichtete zusätzlich eingeführte Armen- oder Liebessteuern, eine Sondersteuer für die Bedürftigen. Der Staat vertraute darauf, dass man die Ärmsten der Gesellschaft nicht verhungern ließ. Denn noch war der Sozialstaat, der für die Grundbedürfnisse seiner Bürger aufkommt, nicht geboren. Jede Gemeinde legte peinlichst genau Wert darauf, nur ihre eigenen Armen zu verpflegen, und strebte danach, Fremde möglichst abzuschieben.

⁴⁴⁵ VLA, LG Dornbirn, Sch. 165, Sanität 1817, Nr. 15, Bregenz, 22. Juli 1817.

⁴⁴⁶ Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1817, Bd 4, II. Teil, S. 1159 f., Verordnung vom 20. November 1817.

⁴⁴⁷ Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1817, Bd 4, II. Teil, S. 71 f.

⁴⁴⁸ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 11, Höchst, 26. Februar 1820.

⁴⁴⁹ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 574.

Sie prüften auch auf das Genaueste, ob die Bedürftigen wirklich kein Einkommen hatten und ob ihnen der Genuss öffentlicher Unterstützung überhaupt zustand. Die Gemeinde Bildstein/Steusberg stellte etwa fest, dass der vorgebliche Notstand mancher Familien nicht so groß sei, wie von diesen angegeben. So verdiene der Baumwollen- und Schnupftücher-Weber Johann Martin Blum laut Auskunft seines Fabrikanten pro Woche 2 fl. Seine Frau Anna Maria Männlin als gute Stickerin komme täglich auf gut 8 kr. Die beiden hätten also 2 fl 48 kr pro Woche an Verdienst, wovon für den Unterhalt schon etwas angesetzt werden könne. Zudem erhielten sie von einem Nachbarn täglich eine Portion Milch unentgeltlich. Der Notstand sei bei Martin Blum deshalb nicht so groß.⁴⁵⁰

Die unterschiedlichen Wege, wie die Gemeinden ihre Armenversorgung handhabten, sollten einige Beispiele aus einzelnen Gerichten zeigen.

7.2.1. Gericht Bregenz

Aus dem Landgericht Bregenz ist die genaueste Auflistung aller Armen aus diesen Jahren, speziell aus dem Winter 1816/1817, erhalten. Im Hauptausweis sind mit Stand 1. Jänner 1817 aus der Stadt Bregenz und den siebzehn Gemeindedistrikten 352 unterstützte arme Einzelpersonen und Familien vermerkt. Für sie haben die Armenväter der Gemeinden insgesamt einen Unterstützungsbedarf von 1.003 fl an Geld und pro Woche 1.587 fl 34 ½ kr für Naturalien errechnet. Ein Teil dieser Armen hatte schon Geld erhalten, insgesamt 6.275 fl 37 kr. In Langenegg hatte man auch schon 625 fl 44 kr für Naturalien ausgegeben. Schwarzach, Wolfurt, Hard, Hörbranz und Reute hatten ihren Armen noch kein Geld zukommen lassen bzw. sie mit gegenseitiger privater Hilfe durchgefüttert.⁴⁵¹

Noch 1815 hatte die Stadt Bregenz für ihren Armenfond Einkünfte von 4.758 fl 24 kr zur Verfügung.⁴⁵² Davon wurden von November 1816 bis Ende Oktober 1817 56 Familien mit 269 Personen mit Bargeld versorgt. Das kostete das städtische Armeninstitut 4.133 fl 16 kr 3 H. Während dieser Notzeit erhielten 4.485 reisende Handwerksburschen jeweils 4 kr Zehrpfeinig vom Bregenzer Armeninstitut. Im Schnitt machten zwölf Handwerksburschen pro Tag in Bregenz Halt. Wobei anzunehmen ist, dass etliche davon keine Handwerksburschen, sondern Bettler waren. Für die eigenen Armen und die Handwerksburschen gab das Bregenzer Armeninstitut in dieser Zeit 6.641 fl 29 kr 3 H aus.⁴⁵³

Die Einnahmen der Armenkasse in diesem Zeitraum betragen 6.956 fl 55 kr 1 H, die Ausgaben 6.940 fl 29 kr 3 H, der Überschuss betrug gerade 16 fl 25 kr 2 H. Ihre wichtigste Stütze war der Armenverein. *Bei diesem Armenverein haben sich die Gebenden – und die Administrierenden vor Gott und denen Edelen dieser Erde Verdienst gesammelt. Gott der Herr möge sie alle ewiglich belohnen.*⁴⁵⁴

⁴⁵⁰ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Joseph Dür, Vorsteher, Bildstein, 22. Jänner 1817. Blum hatte sich zusammen mit Franz Müller und Anna Maria Huberin am 8. Jänner 1817 an das Kreisamt in Bregenz gewandt und dort um Geld gebeten.

⁴⁵¹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Hauptausweis verfasst, Bregenz, 26. Jänner 1817.

⁴⁵² VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen I, Nr. 27, Bregenz, 1. November 1815.

⁴⁵³ Bregenzerisches Wochenblatt, XXVII., 3. Juli 1818, S. 106.

⁴⁵⁴ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Dechant Steger, Bregenz, 26. Jänner 1818.

Die in Bregenz übliche Praxis, den Armen auch Bargeld auszuhändigen, wurde vom Kreisamt gar nicht gerne gesehen, und das Gericht dafür mehrfach getadelt. Zudem sollte diese Art der Hilfe nicht allgemein bekannt gemacht werden.⁴⁵⁵ Vorgesehen war nämlich die Unterstützung der Bedürftigen mit Naturalien.

Die Gemeinde Vorkloster, die auch in normalen Jahren zahlreiche Arme zu versorgen hatte, war schon durch das Hochwasser 1816 so getroffen, dass der Dorfmeister Joseph Anton Benzer und sein Kollege Johann Georg Günthör sich im Februar 1817 an das Landgericht Bregenz wandten, damit genau festgestellt würde, wen sie an Armen zu unterstützen hätten. In der Gemeinde Vorkloster wohnten nämlich Familien, die zum Teil zur Stadt Bregenz, teils zur Gemeinde Möggers gehörten, und von der wohlthätigen Unterstützung der Gemeinde Vorkloster lebten. *Indemen diese ohnehin von denen in die Gemeinde Vorkloster angehörigen armen Gemeindsleuten so stark überladen, daß kaum die Hälfte derselben, keiner Unterstützung äußerst bedürftig wären. Dieses würde so demnach der Gemeinde Vorkloster um so viel mehr beschwerlich fallen, wenn selbe auch diejenigen Familien unterstützen müßte, welche sich nicht gehörig genug ausweisen könnten, daß sie einen Anspruch auf dessen Aufenthalt oder Unterstützung derselben zu machen hätten.*⁴⁵⁶

Im Armen- und Gemeindedistrikt Möggers, zu dem Möggers, Hub, Schwend, Eichenberg, Jungholz und Niederhaus gehörten, versuchten die Vertreter des Armenausschusses, Geld über eine Armensteuer zu lukrieren. Auf den üblichen Steuergulden bezogen hatten die Bewohner wöchentlich eine kleine Summe zusätzlich zu bezahlen. Im gesamten Distrikt kamen auf diese Weise wöchentlich 9 fl 24 kr zusammen. Das Geld wurde an die vier bestellten Armenväter verteilt: Ulrich Spieler in Möggers, Joseph Pfanner in Jungholz, Jakob Redler in Eichenberg und Joseph Spieler in Niederhaus erhielten zwischen 3 fl 18 kr und 1 fl 16 kr, die sie für die Armenversorgung einsetzen konnten.⁴⁵⁷ Damit konnten sie aber kaum die fixen Ausgaben für ihre Gemeindearmen bestreiten. Jakob Redler hatte in Eichenberg allein für die Gemeindearme Anna Maria Gorbach wöchentlich 1 fl 45 aufzuwenden, mehr als er aus der Armensteuer bekam.⁴⁵⁸

Sulzberg und zwei angrenzende Gemeinden vermeldeten, sie hätten schon in normalen Zeiten viele Arme. Im Februar 1817 waren es 159 Personen. Die Gegend sei nicht sehr fruchtbar. Viele befänden im Ausland. Ein oder zwei wöchentliche Sammlungstage würden vom Pfarrer festgesetzt, damit die Bauern nicht überlaufen würden. Statt einer Armensteuer forderte der Pfarrer, dass die Armen selbst sammeln gehen und so direkt etwas bekommen sollten. Dem Handalmosen gab er den Vorzug vor einer Armensteuer.

Ein großer Teil der hinterbergischen Armen habe bey dem ehvor bestandenen Gerichte Sulzberg vor kurzen Jahren, in dem Bezirk des Distrikt Sulzberg erträgliche Güter besessen, darauf ihr Vermögen zum größten Theil verzehrt, und hernach solche abgetreten, mit ihrem noch unbedeutenden Vermö-

⁴⁵⁵ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armsachen II, Nr. 20, Bregenz, 19. Dezember 1816.

⁴⁵⁶ VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Armsachen III, Nr. 9, Vorkloster, 26. Februar 1817.

⁴⁵⁷ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armsachen II, Nr. 20, Franz Joseph Deuring, Pfarrer, Möggers, 22. Februar 1817.

⁴⁵⁸ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armsachen II, Nr. 20, Anton Feßler, Vorsteher, Möggers, 1. März 1817.

*gen in der gegen deß jetzigen Distrikt Hinterberg gering wertig Gütle, oder unbegüterte Händler sich wieder angekauft, und so ihr noch weniges Vermögen ganz verzehrt, und jetzt als Arme der Gemeinde Hinterberg allein zur Last sein sollten.*⁴⁵⁹

Im Februar 1817 mussten in Bildstein 26 Personen unterstützt werden. Jeder Unterstützte erhielt pro Tag 4 kr, eine geringe Summe. Aber die sehr arme Gemeinde konnte sich nicht mehr leisten. In Summe waren es nämlich wöchentlich 12 fl 8 kr, die die Gemeinde aufzubringen hatte. Von den Sammlungen von Haus zu Haus war man abgekommen, weil die meisten Bauern selbst nichts hatten. Stattdessen war eine Vermögenssteuer eingeführt worden. Viele Einwohner konnten aber auch diese nicht bezahlen. Viele hatten keine Erdäpfel und keinen Hafer mehr, auch kein Vieh und folglich keine Milch, und litten deshalb selbst Hunger.⁴⁶⁰ Im April 1817 zählten 22 Familien zu den Armen I. Klasse, zum Teil waren sie ganz mittellos, teilweise arbeitsfähig, teilweise nicht. In der II. Klasse waren es 34 Familien, die eigentlich nur temporäre Notleidende waren. Sie besaßen Grundstücke, Häuser und Ökonomien, aber keine Aktiv-Kapitalien.⁴⁶¹

Die Gemeinde Alberschwende hatte keinen Armenfond. Aus den Tanzgeldern war auch nichts eingegangen, ebenso fehlte es an bedeutenderen Strafgeldern, nur 4 fl waren eingegangen. Es gab auch keine freiwilligen Almosen für den Armenfond. Da die Armen aber unterstützt werden mussten, hatte man in der Gemeinde das Gassenbetteln gestattet. Es erschien den Alberschwendern auch wenig sinnvoll, den Armen jährlich oder monatlich eine bestimmte Summe zukommen zu lassen, da viele der Armen das Geld sofort verbrauchen würden. Viele der Armen hätten auch keine eigene Wohnung, und es wäre sehr kostspielig, ihnen auch noch eine Wohnung zu besorgen. Es seien auch die wenigsten Armen, die nur von Almosensammeln leben, die meisten holten sich von Zeit zu Zeit bei Nachbarn und Verwandten Hilfe.⁴⁶²

7.2.2. Gericht Innerer Bregenzerwald

Im Inneren Bregenzerwald gab es in den meisten Gemeinden keine Armenstiftungen. Die Armen wurden mit Geld von den Gemeinden versorgt oder konnten Almosen sammeln.⁴⁶³ Mit zunehmender Teuerung erhöhte sich die Zahl der Menschen, die mit immer mehr Geld unterstützt und versorgt werden musste. Die Armeninstitute und Armenstiftungen sollten ihr Kapital für die Versorgung der Armen angreifen. Kreishauptmann Daubrawa versprach den Gerichtsvertretern und Vorstehern, dass dieses Geld den Stiftungen nach Einlangen der staatlichen Notvorschüsse wieder erstattet werde. Über die dringendsten Bedürfnisse für Geld und Lebensmittel sollten die Gemeindevorsteher zusammen mit dem Gemeindepfarrer Listen anlegen und ans Kreisamt übermitteln. Von den Gemeinden Andelsbuch, Au, Bezau, Bizau, Egg, Mittelberg, Riezlern, Baad, Reute, Schnepfau

⁴⁵⁹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Hinterberg,

⁴⁶⁰ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Joseph Dür, Vorsteher, Joh. Thomas Geiger, Pfarrer, Bildstein, 26. März 1817.

⁴⁶¹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Johann Thomas Geiger, Pfarrer, Bildstein, 25. April 1817.

⁴⁶² VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen I, Nr. 27/129, Alberschwende, 9. Jänner 1816.

⁴⁶³ VLA, LG Bregenzerwald, Sch. 31, Bezau, 21. Jänner 1817.

und Schoppernau kam die Rückmeldung, sie hätten in ihren Stiftungen keine Überschüsse bzw. überhaupt keine Stiftungen wie in Langenegg und Schwarzenberg. Die Meißmerstiftung in Hittisau hatte 20 fl Überschuss.⁴⁶⁴

<i>Arme Innerer Bregenzerwald</i> <i>Name der Gemeinde</i>	<i>Zahl der Familien</i>	<i>erhalten monatlich an Geld</i>	<i>Zahl der Personen</i>	<i>an Getreide</i> <i>Weizenmehl</i>	<i>Hafer</i>	<i>Gerste</i>
Andelsbuch	13	25 fl	52	3	14	2 ½
Au	28	129 fl	51			
Bezau	38	117 fl	56			
Bizau	19	41 fl	21 ¼			
Egg	20	79 fl	30			
Hittisau	14	24 fl	40			
Krumbach	11	45 fl				
Langenegg	1			auf Sammlung in der Gemeinde		
Lingenau	20	97 fl	7			
Mellau	30	66 fl	28			
Mittelberg	42			131		
Reute	14	53 fl	15			
Schnepfau	7	24 fl	12			
Schoppernau	9	41 fl	20			
Schwarzenberg	36	186 fl	36			
Sibratsgfäll	13					
	315	933 fl	8 ¼	3	145	2 ½

7.2.3. Gericht Dornbirn

In Lustenau betragen die Kosten für die Armenversorgung 1815/16 210 fl 44 kr und 1817/18 175 fl 19 ¼ kr. Die Ausgaben für 1816/17 sind nicht bekannt, weil das entsprechende Rechnungsbuch 1816/17 nicht erhalten ist. Die Armenversorgung wurde durch den Lustenauer Armenfond getragen. Was er mit seinem eigenen Vermögen nicht leisten konnte, übernahm wie überall die Gemeinde. So ersetzte sie dem Armenpfleger Joseph Fitz eine größere Summe für Lebensmittel, die er aus eigener Kasse bezahlt hatte. Zudem bezahlte sie auch Gemeindeangehörige für die Beherbergung und Verpflegung von durchreisenden Armen, Handwerksburschen, Waisenkindern aus der Gemeinde sowie einer wahnsinnigen Gemeindeangehörigen. Außerdem ersetzte sie Begräbniskosten, die für einen mittellosen Verstorbenen ausgelegt worden waren. 1817 waren in Lustenau 85 Familien mit 415 Personen, ab April über 592 Personen zu versorgen.

Es hat aber die Gemeinde 6.000 fl gekostet, nebst dem das noch vom Aerar in mehrmalen, was die Gemeinds- und Communal-Rechnung pro 1817 zeigen wird, erhalten, welche 6.000 fl der damalige Gemeindsammann Joseph Bösch durch seine große Anstrengung und viele Mühe mehr auf seine

⁴⁶⁴ VLA, LG Bregenzerwald, Sch. 31, IX/3, Daubrawa, Bregenz 1. Jänner 1817.

*als der Gemeinde Kredit zu entlehnen bekommen, und zwar von Herr Gaudenz Bohl von Hauptwil bei Bischofzell, was hiermit zum ewigen Andenken, der Nachwelt, hier aufgezeichnet worden.*⁴⁶⁵

Im Jänner 1817 waren in Hohenems 253 Familien mit 1.070 Personen notleidend. In den folgenden zwei Monaten erwartete der Vorsteher eine Zunahme um weitere 19 Familien mit 69 Personen, die sich nicht mehr selbst ernähren konnten.⁴⁶⁶

Zwei Jahre nach dem Katastrophenjahr besaßen die lokalen Armenstiftungen der Hohenemser Christen noch ein Vermögen von 860 fl, das in einem öffentlichen Fonds angelegt war. Weitere 477 fl 11 ½ kr hatten sie bei Märkten, Gemeinden und Körperschaften angelegt und 3.324 fl 19 kr bei Privaten. Die gesamte Summe war mit 5 Prozent verzinst.⁴⁶⁷ Das heißt, die Armenstiftungen konnten mit rund 230 fl pro Jahr an Zinserträgen rechnen. Das hätte im April 1817 bei 5 kr Armengeld pro Tag gerade für 2 ½ Tage gereicht, um die 1.139 bedürftigen Personen zu versorgen.

Die jüdische Gemeinde von Hohenems hatte 1809 39 Personen zu versorgen, ein Jahr später waren es 46 Personen. 1816 erhöhte sich die Zahl auf fast 70 Personen. Die Armenversorgung der jüdischen Gemeinde wurde aus dem Synagogengefälle (Einnahmen aus Stiftungen und Strafgeldern) sowie aus zusätzlichen privaten Spenden finanziert. Die zusätzlichen Spenden waren notwendig, denn aus dem Synagogengefälle, 1819 betrug dies 1.500 fl, mussten auch alle anderen Ausgaben der Gemeinde finanziert werden.⁴⁶⁸

Im gesamten Bereich des ständischen Bezirks Hohenems und Lustenau benötigten im Jänner 1817 362 Familien mit 5.623 Personen laut Auskunft der ständischen Vertreter Karl Benedikt Hollenstein, Gottfried Peter und Joseph Bösch Hilfe. *Wird nun auf eine Person täglich nur 5 Kreuzer Unterstützung angetragen, so berechne sich der nothwendige Unterstützungsfond bis 1. Mai des Jahres auf 12.172 fl 30 kr.* Im 2. Quartal von 1. Mai bis 1. August vergrößerte sich diese Summe aufgrund der Zunahme der Bedürftigen noch einmal um als die Hälfte.⁴⁶⁹ Bei ihrer Schilderung der Lage gingen die Verantwortlichen des ständischen Bezirks Hohenems und Lustenau im Jänner 1817 nicht gerade zimperlich vor. Die Zahlen, die sie dem Kreishauptmann nannten, waren höher, als die drei Gemeinden Lustenau, Hohenems und Ebnit überhaupt Einwohner hatten, nämlich 5.188. Entweder hatten die Hohenemser Christen auch noch die Juden dazugezählt und überhaupt alle als arm eingestuft, oder sie glaubten, der Kreishauptmann wisse nicht, wie groß die Gemeinden waren. Wenn die Verantwortlichen mit ihren Zahlen und Rechenspielen nur zeigen wollten, dass der finanzielle Bedarf sehr hoch werden würde, stellt sich die Frage, wie sinnvoll ihre Schummelei bei der Personenzahl war. Vielleicht wollten sie auch nur demonstrieren, dass die 12.000 fl Notvorschüsse nie ausreichen würden, um ganz Vorarlberg zu retten.

⁴⁶⁵ Gemeindearchiv Lustenau, Reichshof Lustenauisches Jahrbuch und Sammlugen der merkwürdigsten Vorfällenheiten die sich auf verschiedene Art zu getragen, fol 24.

⁴⁶⁶ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Hungersnot 1817, Nr. 535/65, Karl Benedikt Hollenstein, Gottfried Peter, Joseph Bösch, Landrichter Gilm, Dornbirn, 10. Jänner 1817.

⁴⁶⁷ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1819, Armensachen Nr. 38, Dornbirn, 24. August 1819.

⁴⁶⁸ VOLAUCNIK-DEFRANCESCO, S. 22.

⁴⁶⁹ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 535/65, Karl Benedikt Hollenstein, Gottfried Peter, Joseph Bösch, Landrichter Gilm, Dornbirn, 10. Jänner 1817.

Laut Gesamtabrechnung für die Notvorschüsse hatte Lustenau nämlich 2.257 Einwohner, unterstützt wurden zwischen 185 und 510 Personen mit Geld aus diesen. Die Christengemeinde von Hohenems hatte 2.740 Mitglieder, unterstützt wurden zwischen 375 und 435 Personen. Das kleine Ebnit hatte 191 Bewohner, in den schlechtesten Monaten mussten 128 versorgt werden.⁴⁷⁰

Die lokale Dornbirner Armenstiftung hatte im August 1819 ein Vermögen von 1.088 fl, das bei Privaten angelegt war und zu 5 Prozent verzinst wurde.⁴⁷¹ Das heißt, sie hatte gerade einmal 54 fl an Zinseinnahmen zu erwarten.

7.3. Suppenanstalten

Eine Möglichkeit zur Versorgung von Hungernden waren öffentliche Suppenküchen. Die Innsbrucker Behörden regten im Winter 1816/17 wie im benachbarten Bayern die verstärkte Einrichtung solcher Küchen an. Über die Landrichter sollten die Vorsteher dazu ermuntert werden, in den Gemeinden Suppenküchen zu schaffen.⁴⁷² Allerdings stießen sie gerade auf dem Land und in den Talschaften auf wenig Gegenliebe. Aus den meisten Gerichten kamen Einwände zu dieser Anregung. Der Landrichter in Bezau argumentierte, dass in seinem Gericht keine Feldfrüchte angepflanzt würden und die für die Zubereitung der Rumfordsuppe benötigten Hülsenfrüchte daher um teures Geld eingeführt werden müssten. Außerdem werde in diesem Gericht wenig Vieh geschlachtet, dass die für die Rumfordsuppe benötigten *Beiner*⁴⁷³ (Knochen) nicht in der nötigen Menge zu bekommen seien. Zudem lägen in den Orten die Häuser so weit auseinander, dass die Armen zu viel Zeit versäumten, um die Suppe zu holen. Die Einführung der Rumfordsuppe, so wünschenswert sie wäre, sei daher nicht möglich.⁴⁷⁴ Ähnliche Bedenken äußerte der Sonnenberger Landrichter. Er erklärte, in seinem gebirgigen Gebiet seien die Häuser der notleidenden Familien ganz verstreut, *so daß der mangelnde tägliche Verkehr und besonders die stürmische Witterung ihre Zusammenkunft am Pfarrorte manchmal durch Tage verhindere*. Wie sein Bezauer Kollege wandte er ein, dass zu wenig Vieh geschlachtet werde, um so die Knochen zu bekommen. Außerdem seien die notwendigen nährenden Zutaten wie Gerste, Bohnen und Reis wegen der hohen Marktpreise nicht aufzubringen. Auch im Gericht Sonnenberg bestand die Ernährung der Landleute aus *Milch und Käse*, die sie mit Habermehl und Kartoffeln ergänzten. Nur in der Stadt Bludenz könnte man einen Versuch wagen, weil sich dort zwei Schlachtbänke befänden, *wo die abgängigen Schlachtbeiner hiezu um billigen Ersatz verwendet werden könnten, und auch ein Spitalgebäude zur Abkochung und zur Ablangung einer derlei Rumfordischen Suppe für Durstige vorhanden sei*. Zur Finanzierung schlug er die Erträge der Wohltätigkeitsstiftungen der Stadt sowie die angekündigte Unterstützung vor, ob es

⁴⁷⁰ VLA, KA 1, Sch. 308, Verzeichnis der verteilten Gelder, Bregenz, 17. Oktober 1817.

⁴⁷¹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1819, Armensachen Nr. 38, Dornbirn, 24. August 1819.

⁴⁷² VLA, KA 1, Sch. 308, Nr. 2697, Ferdinand von Bissingen-Nippenburg, Innsbruck, 29. Dezember 1816.

⁴⁷³ Für die Rumfordsuppe, wie sie in den Suppenanstalten zubereitet wurde, verwendete man Knochenmehl. S. VLA, KA 1, Sch. 308, Abschriften der Ausgabsbelege zur Rechnung der Armenversorgungsanstalt durch Knochen Gallerte zu Feldkirch Nr. 1 – 15, Rechnung Nr. 5, Feldkirch, 31. Juli 1817. 36 Zentner Mehl aus Knochen à 20 kr für die Armenversorgungsanstalt. Die Knochen wurden nicht ausgekocht, wie es heute bei einer Rinderkraftbrühe üblich ist.

⁴⁷⁴ VLA, LG Bregenzerwald, Sch. 31, Bezau, 17. Jänner 1817.

die Notvorschüsse oder das verbilligte Salz sei.⁴⁷⁵

In Feldkirch engagierte sich der junge Apotheker Carl Fidel Clessin besonders für die Einrichtung einer Suppenküche. Die Spitalsstiftung mit ihrer Infrastruktur erschien ihm dabei besonders geeignet.⁴⁷⁶

Clessins Vater hatte 1769 in der Kreuzgasse von den Erben des Apothekers Mang Ernst de Tschugg ein Haus und die dazu gehörende Apothekergerechtsame gekauft und sich verpflichtet, dort weiter eine Apotheke zu unterhalten. Carl Fidel Clessin hatte in Innsbruck Pharmazie studiert. 1817 kaufte er seinem Vater das Haus mit der Apotheke ab.⁴⁷⁷ Clessin machte zusätzlich verschiedene Vorschläge für die Ernährung der hungernden Massen. Er riet, Isländisch Moos zu sammeln und am Abend mit einer schwachen Aschenlauge zu übergießen, damit die Bitterstoffe entfernt würden. Dann musste man das Moos am Morgen mehrmals gut waschen und als nahrhaftes Gemüse zubereiten. Als Brotersatz schlug er Spitzgras vor, getrocknet und zu Mehl gemahlen, vermischt mit Leinsamen und Molke.⁴⁷⁸

Bevor die Feldkircher Suppenküche in Betrieb ging, bestellte der Kreishauptmann ein Gutachten zu den verschiedenen Vorschlägen Clessins. Dr. Kaiser, Kreisphysikussubstitut, urteilte positiv über die Einführung der Rumfordsuppe. Er war nur skeptisch, was die Verwendung der gestampften Knochen bzw. des Knochenmehls betraf. Seiner Meinung nach musste man dabei sehr umsichtig vorgehen. Wenn die Gallerte gut sei, so müsse sie klar und von weißer Farbe sein. Die Bräune zeuge von zu stark angewandter Hitze.

Er empfahl als Gewürze Majoran, Sellerie, Zwiebel, Thymian, *aber besonders notwendige Zuthaten sind Ingwer, Pfeffer, Salz und auch Essig*. Die Verdauungsbeschwerden und Blähungen, über die die Besucher der Bregenzer Suppenküche klagten, erklärte er damit, dass sich diese Leute *aus ihrem Wochengeld Caffee und geistige Getränke anschafften*, und jetzt beim Genuss der Suppe Blähungen und Durchfall bekämen, weil ihr Verdauungssystem geschwächt sei. Je 150 Portionen Suppe empfahl er daher dringend den Zusatz *von 2 Loth Pfeffer und eben so viel Ingwer* und im Frühjahr den von Kräutern. Für die Zubereitung riet er, einen schweren, geschmiedeten, zylindrischen Eisentopf anzuschaffen. Der sollte wohlfeiler zu bekommen sein, als der von Clessin geplante Topf des Glockengießers Graßmayer.

Von Isländisch Moos riet er ab. Die Zubereitung sei zu aufwändig und brauche zu viel Holz. Brennesseln und Sauerampfer seien gesund, würden bei den Menschen aber keinen Beifall finden. Auch dem Brotersatz von Clessin stand er skeptisch gegenüber. Er erklärte, eine Mischung aus gleichen Teilen Kartoffelmehl, Weizenmehl und gesottenen Kartoffeln ergebe ein schmackhaftes dem Weizenbrot sehr ähnliches Brot. Zudem sei Brot aus Kartoffelmehl oder gekochten Kartoffeln besser als aus rohen, geriebenen Kartoffeln.⁴⁷⁹

⁴⁷⁵ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D. D, Landrichter Aberer, Bludenz, 20. Jänner 1817.

⁴⁷⁶ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D. D, Carl Fidel Clessin, Feldkirch, 18. Jänner 1817.

⁴⁷⁷ Hans JAKESZ, Die A. Clessin'sche Stadt-Apotheke, älteste Apotheke Vorarlbergs, Dornbirn 1987, S. 8 – 11.

⁴⁷⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Carl Fidel Clessin, Feldkirch, 18. Jänner 1817.

⁴⁷⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Dr. Kayser, Bregenz, 27. Februar 1817.

In der Feldkircher Suppenküche wurde schließlich trotz der Einwände die Suppe aus zerstampften Knochen hergestellt. Bei der Einrichtung wurde dagegen weniger gespart. Zimmermeister und Baumeister kosteten 190 fl 10 kr, für Kupfergeschirr und das Baumaterial für die Knochenstampe wurden insgesamt 51 fl 10 kr ausgegeben. Die Glocke vom Glockengießer Graßmayer, um die Hungrigen zusammenzurufen, kostete noch einmal 139 fl. Bis die Suppenküche schließlich im Frühsommer ihren Dienst aufnehmen konnte, waren über 380 fl geflossen.⁴⁸⁰ Das Knochenmehl, das man für die Suppe benötigte, schlug dagegen nur mit 12 fl zu Buche.⁴⁸¹ Vom 2. Juni bis 15. Juli 1817 wurden in Feldkirch 37.055 Portionen Suppe an Bedürftige aus der Stadt und den umgebenden Gemeinden verteilt. Altenstadt, Gisingen, Nofels, Meiningen, Mäder, Tisis und Sulz, die Feldkircher Suppe in Anspruch nahmen, bekamen dabei den Transport der Butten mit Suppe in Rechnung gestellt.⁴⁸² Im gesamten Juli waren es 23.854 Portionen.⁴⁸³ Zubereitet wurde die Suppe von den Kapuzinern.⁴⁸⁴ Als das Gericht als Zuschuss für die Suppenküche um ein kostenloses Fass Salz vom Aerar bat, wurde dies mit der Begründung abgelehnt, dass mehrere ähnliche Anträge bereits von der Hofstelle zurückgewiesen worden seien.⁴⁸⁵

Außer in der Stadt Feldkirch gab es im Gericht auch in Götzis eine öffentliche Suppenküche. Vom 16. Februar bis zum 31. Mai 1817 und zur Reife der Feldfrüchte gab die Gemeinde nahrhafte Suppe zu je einem schweren Pfund an Bedürftige ab. Die 35 allerärmsten Familien erhielten ab Februar an drei Tagen der Woche eine kostenlose Suppe, die vom Vorsteher Johann Georg Bösch und den Reichsten der Gemeinde bezahlt wurde, insgesamt 5.310 Portionen. Ab März 1817 wurde zudem noch an weitere 90 Familien Suppe auf Kosten der Gemeinde abgegeben. Insgesamt erhielten 125 Familien mit 462 Personen über vier Monate 31.415 Portionen Suppe. Die Zahl der Bedürftigen nahm aber immer noch zu, sodass im Juni über die örtliche Suppenanstalt fast 1.000 Personen ernährt werden mussten. Als die Gemeinde dafür ebenfalls als Zuschuss ein Fass Salz vom Aerar erbat, wurde das wie in Feldkirch abgelehnt.⁴⁸⁶

Die Gemeinde Götzis versorgte die Gemeindemitglieder in diesen Monaten außerdem mit Mehl und mit Saatgut (Erdäpfel, Hafer, Gerste und Türken) für die Pflanzung im Frühjahr. Die Erwachsenen

⁴⁸⁰ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 1505, Ferdinand von Bissingen-Nippenburg, Innsbruck, 21. August 1817, Übersicht über die im Juli vertheilten Unterstützungsgelder. Die hohen Extrakosten für Glocken und Töpfe wurden in der Folge vom Kreishauptmann beanstandet und mussten vom Kollegialgericht ausführlich erklärt werden, VLA, KA 1, Sch. 308, Landrichter Johann Georg Bereitter, Feldkirch, 7. Juli 1817.

⁴⁸¹ VLA, KA 1, Sch. 308, Abschriften der Ausgabsbelege zur Rechnung der Armenversorgungsanstalt durch Knochen-Gallerte zu Feldkirch Nr. 1 – 15, Rechnung Nr. 5, Feldkirch, 31. Juli 1817.

⁴⁸² VLA, KA 1, Sch. 308, Nr. 122, Approximativer Rechnungsausweis über die Armenversorgungsanstalt durch Knochen-Gallerte vom 4. Mai inclusive 15. Juli 1817, Clessin, Feldkirch, 16. Juli 1817.

⁴⁸³ VLA, KA 1, Sch. 308, Abschriften der Ausgabsbelege zur Rechnung der Armenversorgungsanstalt durch Knochen-Gallerte zu Feldkirch Nr. 1 – 15, Rechnung Nr. 5, Feldkirch, 31. Juli 1817.

⁴⁸⁴ Pater Johannes BAPTISTA, Vaterländische Bilder aus Unglückszeiten, in: Vorarlberger Volkskalender, Jg. 29, 1879, S. 22. BAPTISTA, selbst Kapuzinermönch, streicht in seiner Chronik die große und selbstlose Tätigkeit seiner Mitbrüder heraus. Den Namen Clessin erwähnt er gar nicht. Er scheidet auch, die Kapuziner hätten die Suppe, bei ihm ein Brei aus Kartoffeln und Gerste, in die umliegenden Gemeinden gefahren.

⁴⁸⁵ VLA, KA 1, Sch. 308; Nr. 404, Innsbruck, 30. Juni 1817.

⁴⁸⁶ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 428, Feldkirch, 23. Juni 1817; Innsbruck, 30. Juni 1817; Bregenz, 19. August 1817.

erhielten Hafer und Roggen, für die Kinder und Kranken wurde Kernenmehl (Dinkelmehl) verteilt. Je nach Bedarf wurden bis zu 6 Meßle pro Person abgegeben. 195 Personen, vom Altadlerwirt Johann Ellensohn bis zur alleinstehenden Anna Maria Moser, erhielten für insgesamt 856 fl Saatgut und für 881 fl 40 kr Mehl. Die Gemeinde gab für diese Hilfsmaßnahme 1.736 fl 40 kr aus. Im Schnitt 9 fl pro Person. Joseph Nägele erhielt 62 fl 30 kr Unterstützung, davon waren 39 fl 30 kr für Saatgut. Anna Maria Gstöhl Mehl für 16 kr. Rund vierzig Personen brauchten nur das Saatgut, um im Frühjahr anbauen zu können.⁴⁸⁷

Für die nötigen Ausgaben zog die Gemeinde die staatlichen Notvorschüsse und die Einnahmen der Armenkasse heran. Deren Einnahmen setzten sich aus dem obligatorischen Prozentsatz für die Armenkasse bei den freiwilligen Versteigerungen, einem Fleischaufschlag in der Gemeinde, dem Verkauf von Kartoffeln und Hafer sowie Heu und den Strafengebühren zusammen.⁴⁸⁸ Laut Zinsrodel hatten die Götzner Stiftungen mehrere Tausend Gulden an über 60 Schuldner verliehen, für die sie 396 fl 23 $\frac{3}{4}$ kr Zinsen erhalten sollten. Viele Schuldner konnten ihre Zinsen aber nicht bezahlen und waren auch von früher noch im Zahlungsrückstand. Als Ersatz mussten viele daher in den folgenden Jahren Arbeitsdienste für die Gemeinde leisten.⁴⁸⁹

In Fußsach war schon nach dem Hochwasser im Sommer 1816 eine Suppenküche eingerichtet worden. Das Geld dafür hatte Pfarrer Hasler im August 1816 von Kreishauptmann Daubrawa erhalten. Mit den 25 fl des Kreishauptmanns und 202 fl von Kaiser Franz I. versorgte er 95 Personen.⁴⁹⁰ Nach der Ernte im Herbst 1816 entspannte sich die Situation ganz leicht, dass die Zahl der Armen bis im Jänner 1817 auf 43 Personen zurückging. Verpflegt wurden vor allem Kinder, Witwen, Witwer und ledige Frauen.⁴⁹¹ Weil auch fremde und „unwürdige“ Arme die Ausspeisung nutzten, stellte die Gemeinde zwischendurch die Ausgabe der Suppe ein. Erst im Frühjahr schenkte sie wieder mittags und abends eine nahrhafte Suppe an die armen Mitbürger aus, damit diese die Feldarbeit erledigen konnten.⁴⁹²

In Bregenz ging Landrichter Mosbrugger eigene Wege. Wie der Kreishauptmann war er mit der zögerlichen und mit bürokratischen Vorschriften überladenen staatlichen Hilfe nicht zufrieden, sondern verließ sich mehr auf seinen Hausverstand. Dabei setzte er auf unbürokratische und schnelle Hilfe. Im Februar 1817 ließ er in Vorkloster und Rieden erste Suppenküchen einrichten,

⁴⁸⁷ VLA, KA 1, Sch 308, Johann Georg Ellensohn, Gerichtsvorsteher und die Armendeputation, Götzis, 2. Juni 1817.

⁴⁸⁸ VLA, Gemeindearchiv Götzis, Sch. 12, Vorsteher, Johann Längle, Götzis, 13. September 1820.

⁴⁸⁹ VLA, Gemeindearchiv Götzis, Sch. 11, Nr. 9, Liquidations, oder Vergleichsprotokoll, Götzis, 16. und 17. Oktober 1821.

⁴⁹⁰ VLA, KA 1, Sch 308, Pfarrer Hasler, Fußsach, 7. August 1816. Verzeichnis der Armen und Auflistung der erhaltenen Beträge, Fußsach, 7. August 1816; Unterschriften der Empfänger der Nothilfe, Fußsach, 20. August 1816; Dankschreiben an den Kreishauptmann für 25 fl, Fußsach, 16. Nov. 1816; Dankschreiben im Namen der Maria Anna Schneider für die Nothilfe, Fußsach, 16. Dez. 1816; Dankschreiben für 202 fl vom Kaiser für die Notleidenden.

⁴⁹¹ FGA, Sch. 1817, Fußsach, 31. Jänner 1817.

⁴⁹² VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 3, Nr. 21, Gallus Hasler, Joseph Anton Schneider, Franz Joseph Spehler, Fußsach, 14. März 1817.

finanziert mit dem Geld für das Saatgetreide. Statt sich die Verwendung der Notvorschüsse wie angeordnet unterschreiben zu lassen, verzichtete er zudem auf die Unterschriftenlisten für das Kreisamt. Kreishauptmann Daubrawa quittierte dieses Verhalten ironisch mit den Worten: *Wie aber der Herr Landrichter die Behauptung sich erlauben kann, meinem Präsidial-Auftrage [...] vom 1. d. M. nunmehr vollkommen entsprochen zu haben, weiß ich nur durch die Vermuthung mir zu erklären, daß eben dieser Auftrag gar nicht gelesen worden seyn müße, denn sonst hätten der Herr Landrichter nimmermehr auf Berichte sich beziehen können, worin wohl die schon viel früheren kreisämtlichen Aufträge erlediget wurden, von den nachträglich abgeforderten Aufschlüssen aber nichts enthalten ist, und auch noch nichts enthalten seyn konnte. [...] Ich muß dem Herrn Landrichter unverhohlen das Zeugniß einer Auszeichnung geben, wodurch dieselbe allerdings vor allen Ihren Herren Amts-Kollegen, jedoch leider auf einer sehr verkehrten Art sich hervorthun, füge aber zugleich zum letzten Mahle die Erinnerung bei, daß ich den unter 1. d. M. betriebenen mir unumgänglich nöthigen Aufschlüssen ohne mindesten längeren Umtrieb entgegen sehe.*⁴⁹³

In der Suppenanstalt in Vorkloster wurden in dreizehn Wochen 1.772 Personen mit Suppe versorgt. Die Gemeinde gab dafür 159 fl 15 kr aus. 110 fl hatte das Kreisamt übernommen, 58 fl 12 kr die Gemeinde.⁴⁹⁴

Außer in Rieden und Vorkloster gab es im Kloster Thalbach eine Suppenküche. Vom 16. Februar bis 31. Oktober 1817 erhielten 48 Familien mit 206 Köpfen Suppe. Die Bregenzer Suppe bestand aus *Habermehl, Fleisch, Kraut, Salz, Pfeffer, Sellerie und an Fasttügen hinlängliches Schmalz*. Pro Kopf wurde ein $\frac{3}{4}$ Maß am Tag ausgegeben. Es waren schließlich 41.476 Suppenportionen.

In seiner Zwischenabrechnung für das Kreisamt notierte der Bregenzer Stadtpfarrer Liberat Steger im Mai 1817 Ausgaben von 3.553 fl 11 kr 2 H, die die Bregenzer Armenkommission seit November 1816 für die Suppenküche und für Geldspenden aufgewendet hatte. Bis dahin waren 13.613 Portionen Suppe ausgegeben worden. Die Kosten wurden mit 1.817 fl von der Bregenzer Armenstiftung, aus Vermächtnissen verstorbener Personen, mit 3 fl 12 kr an Strafgeldern und einem großen Anteil aus Privatspenden, nämlich 1.593 fl 57 $\frac{1}{2}$ kr, finanziert.⁴⁹⁵ Die meisten privaten Spender waren Mitglieder des Armenvereins, dem k.k. Beamte, Honoratioren, Bürger und freiwillige wöchentliche Spender angehörten.

Als die Bayern im April und Mai 1817 die Ausfuhrzölle erhöhten, hätte man den nötigen Hafer fast nicht mehr kaufen können. Dechant Liberat Steger wandte sich deshalb an den bayerischen Generalkommissär Grafenreuth und bat für die Suppenanstalt bis zur Aufhebung der Zölle um eine wöchentliche Spende von *3 Schafel Habermehl*, ohne Zollgebühr, damit die Suppenanstalt ihre Arbeit erledigen konnte.⁴⁹⁶ Die Kosten für die Bregenzer Suppenausgabe beliefen sich insgesamt auf 2.508 fl 13 kr.⁴⁹⁷

⁴⁹³ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20/691, Bregenz, 14. März 1817 und 10. April 1817.

⁴⁹⁴ VLA, KA 1, Sch. 309, Pfarramt Bregenz, 15. Mai 1817.

⁴⁹⁵ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20/691, Bregenz, 31. Mai 1817.

⁴⁹⁶ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Bregenz, 26. Jänner 1818.

⁴⁹⁷ Bregenzerisches Wochenblatt, XXVII., 3. Juli 1818, S. 106.

In den Städten und den Gemeinden, die eine Suppenküche einrichteten, wurden viele Menschen über Wochen günstig ernährt. Eine Portion Suppe kostete die Betreiber dabei zwischen 2 kr 4 H in Feldkirch und 3 kr 5 H in Bregenz, also weniger als die 5 kr, die als Tagsatz für einen Armen angesetzt waren. Was man als Rumfordsuppe bekam, hing von den Köchen und dem Lebensmittelangebot ab. Die Bregenzer Suppe mit Fleisch, Kraut und Hafermehl war gehaltvoller und wahrscheinlicher besser als die in Feldkirch servierte mit Knochenmehl, Gerste und Kartoffeln.

Das Original der 1795 erfundenen Suppe bestand nur aus Graupen/Gerste und Erbsen, die mit Wasser stundenlang zu einem Brei verkocht und dann mit Salz und Essig gewürzt wurden. Graf Rumford empfahl aber, sie mit Gemüse wie Zwiebeln, Karotten, Knollensellerie, Steckrüben, Lauch, Kohlrabi, Weißkohl oder Sauerkraut aufzubessern. Das Wasser konnte durch Knochenbrühe mit etwas Fleisch, Speck oder Innereien ersetzt werden. Wenn die Suppe mit Gewürzen und Kräutern wie Pfeffer, Majoran oder Thymian gewürzt wurde, verzichtete man meist auf den Essig.⁴⁹⁸

Vergleicht man die einzelnen Suppenküchen, so zeigt sich aber auch, wo ihre Errichtung als wirksame Maßnahme zur Unterstützung der Hungernden funktionierte und wo sie das Imageprojekt eines zwar engagierten, gut meinenden, aber nicht unbedingt effizienten Wohltäters war. Während in Bregenz, Vorkloster, Götzis und Fußach die Suppenküchen schon im März 1817 ihren Betrieb aufnahmen, wurde in Feldkirch erst im Juni gekocht, allerdings in der am besten ausgestatteten Küche. Laut Abrechnung der Notvorschüsse gab es in Feldkirch und den sieben umliegenden Gemeinden ja keine unterstützten armen Familien. Von den Suppen, die in Feldkirch im Juni und Juli 1817 ausgegeben wurden, gingen im Juni 10,5 % und im Juli 13,1 % an Feldkircher Arme, der Großteil wurde nach Gisingen, Altenstadt, Nofels und Tisis geliefert.

7.4. Liebessteuern und Armensubskription

Weil die Gemeinden und die Armenstiftungen durch die ständig steigende Zahl an Bedürftigen überfordert waren, suchte man Möglichkeiten, um die notwendigen Mittel aufzubringen. Ein Weg bestand darin, eine Steuer speziell für die Armenversorgung einzuheben oder den wohlhabenden Bürgern einer Gemeinde einen zusätzlichen Betrag abzuverlangen. Diese Armensteuer, auch Liebessteuer genannt, beschneit aber die individuelle Entscheidung der Menschen, ob und wie viel sie wem spenden wollten. Man könnte sie auch mit der viel diskutierten Reichensteuer heute vergleichen.

Aus dem Leiblachtal ist eine solche Liste von armensteuerpflichtigen Bürgern erhalten. Für jeden Steuergulden, den sie entrichteten, wurde für die Armen ein zusätzlicher wöchentlicher Steueraufschlag berechnet.⁴⁹⁹ Es zeigt sich aber, dass die vorgeschriebenen Summen minimal waren. Die meisten mussten nur 1 kr bezahlen. Aus dieser Steuer erhielten die vier Armenpfleger des Leiblachtals insgesamt 9 fl 24 kr. Auf dem Höhepunkt der Not ein Tropfen auf den heißen Stein.

⁴⁹⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/Rumfordsuppe>, 18. August 2016.

⁴⁹⁹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen 2

<i>Steuerbuch Nr.</i>	<i>Wohnort</i>	<i>Name des Steuerpflichtigen</i>	<i>Soll auf ein Steuergulden pro Woche Armensteuer</i>
2	Möggers	Zangerle Bartle	1 kr
4	Möggers	Zeh Johann	10 kr
5	Möggers	Zeh Georg	3 kr
6	Möggers	Rädler Joseph	10 kr
7	Möggers	Feßler Anton	9 kr
8	Möggers	Spieler Felix	10 kr
9	Möggers	Spieler Xaver & Gebrüder	23 kr
10	Möggers	Forster Johs. Wwe & Kinder	4 kr
11	Möggers	Wucher Ulrich & Mutter	26 kr
12	Möggers	Forster Joseph	9 kr
13	Möggers	Wagner Georg	9 kr
14	Möggers	Forster Joh. Baptist	5 kr
15	Geigers	Lutz Joseph	1 kr
16	Geigers	Gorbach Gebhard	6 kr
17	Geigers	Spieler Joseph	1 kr
18	Stegen	Gorbach Fr. Anton	5 kr
19	Stegen	Stüble Georg	15 kr
20	Niderhaus	Schneider Joseph	4 kr
21	Niderhaus	Steuere Julian	5 kr
22	Lutzenreuthe	Sohler Joh. Martin	15 kr
23	Lutzenreuthe	Spieler Peter David & Kinder	17 kr
24	Lutzenreuthe	Lutz Anna Maria & Sohn	1 kr
25	Lutzenreuthe	Mangold Joseph	16 kr
26	Lutzenreuthe	Dür Johann Georg	5 kr
27	Mühle	Feßler Plazi	9 kr
28	Mühle	Feßler Johannes	
29	Unterfluh	Holl Johann	6 kr
30	Schupfenlehen	Feßler Johannes	15 kr
31	Bernatzreithe	Holl Johann	6 kr
32	Trägen	Achberger Georg	14 kr
33	Trägen	Schirpf Joseph	6 kr
34	Gschwend	Dür Michel	5 kr
35	Gschwend	Walser Jakob	4 kr
36	Mäschen	Redler Franz & Kinder	4 kr
37	Gorbachen	Gorbach Franz Anton	12 kr
38	Halden	Gorbach Michel	5 kr
39	Hinteregg	Gorbach Joseph	10 kr
40-41	Hinteregg	Feßler Johannes	18 kr
42	Grundholz	Wiedemann Joseph	18 kr
43	Grundholz	Reichard Joseph	12 kr
44	Grundholz	Reichard Mangus	6 kr
45	Grundholz	Pfanner Joseph	12 kr
46	Hub	Reichard Johann Georg	5 kr
47	Hub	Gorbach Martin	1 kr
48	Hub	Gorbach Joseph	3 kr
49	Hub	Böhler Joh. Michels Wwe & Kinder	3 kr

<i>Steuerbuch Nr.</i>	<i>Wohnort</i>	<i>Name des Steuerpflichtigen</i>	<i>Soll auf ein Steuergulden pro Woche Armensteuer</i>
50	Hub	Böhler Johannes	6 kr
51	Holzanger	Sinz Martin	1 kr
52	Juggen	Böhler Joseph	5 kr
53	Juggen	Markstaller Xaver	1 kr
54	Tröggle	Stedler Joseph	1 kr
55	Eichenberg	Gorbach Joseh Anton	6 kr
56	Eichenberg	Mangold Anton	1 kr
57	Eichenberg	Redler Jakob	7 kr
58	Eichenberg	Hefe Jos. Wwe & Kinder	6 kr
59	Eichenberg	Bernhard Bartle	3 kr
60	Eichenberg	Altmann Fr. Joseph	2 kr
61	Eichenberg	Hutter Johannes	4 kr
62	Eichenberg	Altmann Benedikt	4 kr
63	Eichenberg	Gorbach Johann Georg	6 kr
64	Eplisgehr	Reichard Michel	7 kr
65	Eplisgehr	Hutter Bartle	4 kr
66	Eplisgehr	Böhler Gebhard	5 kr
67	Sattel	Schmidinger Jakob	2 kr
68	Ruggburg	Hagen Georg	4 kr
69	Möggers	Wiedemann Anna Maria	4 kr
70	Neihle	Feßler Xaver	3 kr
71	Möggers	Spiber Michel	3 kr
73	Jungholz	Gorbach Joseph	8 kr
74	Möggers	Altmann Joseph	1 kr
75	Grundholz	Reichard Thomas	3 kr
76	Hub	Gorbach Barbara	1 kr
78	Hub	Feßler Joseph	2 kr
79	Schützenlehen	Feßler Katharina	5 kr
81	Möggers	Zeh Josepha	2 kr
83	Trögen	Höfle Barbara	5 kr
84	Möggers	Geistl. Hw. Förster	3 kr
85	Jungholz	Gornbach Anna	6 kr
90	Eichenberg	Gorbach Jos. Alt	
99	Stegen	Steur Maria	
101	Geigers	Eckard Georgs Weib	1 kr
104	Gschwend	Dür Joseph	1 kr
105	Gschwend	Dür Agatha	1 kr
106	Stegen	Gorbach Anna Maria	1 kr
107	Stegen	Gorbach Georg	
108	Stegen	Gorbach Katharina	1 kr
109	Stegen	Gorbach Maria Agatha	1 kr
111	Möggers	Feßler Katharina	1 kr
112	Möggers	Feßler Magdalena	1 kr
118	Möggers	Milz Agatha Anton Hages Wwe	2 kr
119	Möggers	Haag Andreas	1 kr
120	Möggers	Hagin Magdalena	1 kr

<i>Steuerbuch Nr.</i>	<i>Wohnort</i>	<i>Name des Steuerpflichtigen</i>	<i>Soll auf ein Steuergulden pro Woche Armensteuer</i>
121	Möggers	Hage Fidel	1 kr
122	Niederhaus	Feuerle Jos. Anton	2 kr
123	Möggers	Feßler Joseph	8 kr
124	Eplisgehr	Gorbach Barbara	1 kr
127	Eplisgehr	Höfle Rosalia	1 kr
128	Eplisgehr	Höfle Anna Maria	1 kr
130	Eplisgehr	Höfle Maria Agatha	1 kr
133	Möggers	Zeh Gebhard	1 kr
135	Möggers	Redler Josephs Wwe	2 kr
136	Möggers	Redler Sebastian	4 kr
136 ½	Möggers	Spieler Georg	5 kr
137	Möggers	Spieler Margareta	1 kr
139	Möggers	Spieler Renata	1 kr
141	Jungholz	Pfanner Katharina	
142	Jungholz	Pfanner Agatha	
143	Jungholz	Pfanner Maria Anna	
144	Jungholz	Pfanner Georg	
146	Hub	Dür Martin	
147	Eichenberg	Gorbach Sebastian	7 kr
148	Juggen	Baldauf Gebhard	
149	Neuhaus	Schneider Matheus	1 kr
150	Neuhaus	Schneider Magdalena	1 kr
151	Neuhaus	Schneider Anna Maria	1 kr
153	Bregenz	Lang Jakob	2 kr
155	Trögle	Kinz Johann	1 kr
156	Lutzenreuth	Redler Michael	
157	Juggen	Häfele Georg	1 kr
158	Unterfluh	Walser Elisabetha	3 kr
159	Unterfluh	Feßler Katharina	1 kr
			9 fl 24 kr
	aufgeteilt auf die	4 Armenväter	
	Möggers	Ulrich Spieler	3 fl 18 kr
	Jungholz	Joseph Pfanner	2 fl 33 kr
	Eichenberg	Jakob Redler	1 fl 16 kr
	Niederhaus	Joseph Spieler	2 fl 17 kr
			9 fl 24 kr

Auf Freiwilligkeit basierte die Armensubskription. Dabei verpflichtete sich der Subskribent für einen bestimmten Zeitraum, eine Woche, einen Monat oder mehrere Monate, eine fixe Summe zu spenden. Man konnte aber auch für einen bestimmten Zeitraum eine oder mehrere arme Personen an seinem eigenen Tisch mitversorgen. So spendete man öffentlich für einen Hilfsbedürftigen der eigenen Solidargemeinschaft, den man auch persönlich kannte. Man wusste, wem die Spende zugute kam.

Gerne wurde auch ein ganz besonderer Anlass dazu herangezogen, um an die Hilfsbereitschaft der Menschen zu appellieren. Im Winter 1816/17 nutzten die Behörden den Geburtstag des Kaisers am 12. Februar, um den Bürgern Geld zu entlocken. Mit der Spende zeigte man seine enge Verbundenheit mit dem österreichischen Kaiserhaus. Im Landgericht Dornbirn versprach Landrichter von Gilm sogar, jeder Subskribent des Gerichts Dornbirn, ob jüdischer oder christlicher Wohltäter, der sich bis 12. Februar 1817 verpflichte, 50 fl oder mehr zu spenden, würde dafür öffentlich gewürdigt werden und ein besonderes Belobigungsdekret erhalten.⁵⁰⁰ Später entwickelte sich die Gepflogenheit, zu Neujahr Spendenversprechen statt Glückwünsche abzugeben.

Der Aufruf, zum Geburtstag des Kaisers zu spenden, hatte reichen Erfolg. In Bludenz versprachen 96 Spender auf fünf Monate zu spenden, alle zusammen 116 fl 21 kr im Monat. Die höchste zugesicherte Spende betrug 5 fl 24 kr. Dazu kamen Schmalz- und Kartoffelspenden. Wenn alle ihre Beiträge wie angekündigt bezahlten, waren es 581 fl 45 kr für die städtische Armenkasse. Weil einige Bürger wie der Freiherr Ludwig von Sternbach oder Joseph Anton Brunold und Joseph Anton Jehli ihre Zusagen erst nachträglich abgeben konnten, erhöhte sich die Summe noch um 18 fl 32 ½ kr. Die Stadt Bludenz lobte besonders ihre Stadträte Karl Lorenzi, Anton Khüni und Ludwig Ösinger und die Armendeputierten, Kooperator Alois Matt, Apotheker Anton Hilz, Johann Joseph Schedler und Hauptmann Joseph Andrä Neyer, dass sie sich so rühlig um die Armen kümmerten. Anton Khüni hatte am Geburtstag des Kaisers 2 fl gespendet, ein anonymer Stifter einen Kronentaler.⁵⁰¹

Außer in der Stadt Bludenz war die Sammlung zu Kaisers Geburtstag auch in den meisten Gemeinden des Gerichts Sonnenberg erfolgreich verlaufen. Pfarrer Joseph Hipp in Dalaas hatte 5 fl 30 kr erbettelt. Pfarrer Florian Mayer in Nüziders 27 fl 13 kr, Pfarrer Karl Gunz in Nenzing 12 fl 51 kr, Pfarrer Sander von Klösterle 1 fl 17 kr und Pfarrer Matt in Frastanz 13 fl 30 kr, 30 Viertel Erdäpfel, 4 Pfund Butter, ein Vierling Vesen und 4 Stück Käse. Der Kurat in Thüringerberg konnte 7 fl 16 ½ kr und mehrere Naturalien vorweisen. Der Pfarrprovisor in Sonntag 44 fl und Naturalien, außerdem wurden 13 der ärmsten und bedürftigsten Schulkinder gespeist. Der Hauptwohltäter in Sonntag war der Gemeindevorsteher Kristian Müller. Sogar der Pfarrprovisor der armen Gemeinde Fontanella hatte noch 38 kr erhalten und selbst die zehn ärmsten Schulkinder verköstigt. Pfarrer Michael Spaar in Buchboden hatte acht Schulkindern ein Mittagessen spendiert.⁵⁰²

Der Dornbirner Landrichter Johann Nepomuk von Gilm versuchte mit „Liebessteuern“ Geld für die Bedürftigen seines Gerichts zu lukrieren. In seinen Augen waren die Notvorschüsse nämlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn man in Innsbruck denke, man könne mit 12.000 fl das Land retten, irre man sich. Das reiche gerade für das Landgericht Dornbirn, um knapp bis zur Ernte durchzukommen.⁵⁰³ Die Landbauern litten besonders, sie hatten durch den Krieg Verluste gehabt.

⁵⁰⁰ VLA, KA 1, Sch. 309, Gilm, Dornbirn, 4. Februar 1817.

⁵⁰¹ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 151, Verzeichnis jener Gemeindeglieder, welche sich zu Unterstützung der Armen sich auf fünf Monate subscribirt haben, Bludenz, 12. Februar 1817.

⁵⁰² VLA, KA 1, Sch. 309, Bludenz, 12. Februar 1817 und Aberer, Landrichter Sonnenberg, 8. März 1817.

⁵⁰³ Die Rechnung, die die drei Vertreter von Lustenau am 10. Jänner aufgestellt und die von Gilm von amtlicher Seite bestätigt hatte, dürfte dazu gedient haben, diese Aussage zu untermauern. S. VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Hungersnot 1817, Nr. 535/65, Karl Benedikt Hollenstein, Gottfried Peter, Joseph Bösch, Landrichter Gilm, Dornbirn, 10. Jänner 1817

Den am Rhein und Bodensee gelegenen Gemeinden Lustenau, Höchst, Fußach, Gaißau habe die Überschwemmung 1816 die Grundbieren (Kartoffeln) und das Futter geraubt. In Dornbirn sei durch den Abgang der Fabrikation der ärgste Hunger zu erwarten. Zur Rettung aus der ärgsten Not seien im Gericht fünf Liebessteuern zu je 9.000 fl ausgeschrieben gewesen, aber davon konnten kaum 2/3 einbringlich gemacht werden. Weil es in den betroffenen Gemeinden seines Gerichts unmöglich war, eine sechste oder siebte Steuer zu fordern, während man in anderen Gemeinden kaum eine oder zwei Steuern als Hilfe für die Armen opfern würde, bat er dringend auch das Kreisamt um Hilfe. *Sollte seine Schilderung gar zu grell sein, so soll sich das Kreisamt selbst oder eine Kommission durch eigenen Augenschein in den Gemeinde bei der Armenportionsausteilung hievon überzeugen oder bei den nächsten bevorstehenden Prüfungen die christliche Schulen dieses Bezirks besuchen, wo man aus den blassen abgekehrten Gesichtern und hohlen Augen der Kinder ihren Hunger deutlich lugen sehen kann.*⁵⁰⁴

Wie die anderen Landrichter bat er um Spenden zum Geburtstag des Kaisers und versprach dafür besondere Ehren. Er wandte sich dabei besonders an die Juden in Hohenems und forderte sie auf, für ihre eigenen Glaubensgenossen und für die Christen zu spenden. Die Mitglieder der israelitischen Gemeinde kündigten in der Folge auch an, sechs Monate lang für die eigenen Gemeindemitglieder und arme Christen in Hohenems und Ebnit zu spenden. Die Spende belief sich auf 125 fl 52 kr pro Monat für die eigenen Gemeindemitglieder und 57 fl 26 kr für die Christen sowie einmalig 30 Laibe Brot für die Ebniter Armen.

Den höchsten Beitrag für die Angehörigen der eigenen Gemeinschaft, nämlich 15 fl, spendete Isak Löwengart, der kleinste, 40 kr, stammte von Michael Bidart. Die Beiträge für die Christen waren in der Regel deutlich kleiner. Sie betrug zwischen einem und zwei Drittel der Summe, die man den eigenen Gemeindemitgliedern zukommen ließ. Drei Subskribenten, die Ehefrau von Moritz Löwenberg, Simon Löwenberg und Ludwig Brettauer, spendeten für beide Religionsgemeinschaften gleich viel.

Name	für Israeliten	für Christen in Ems und Ebnit
Löwenberg Moritz' Ehegattin	2 fl 24 kr	2 fl 24 kr
Löwenberg Simon	1 fl	1 fl
Brettauer Ludwig	1 fl	1 fl
Schweizer Benedikt	3 fl	2 fl
Löwenberg Daniel	4 fl	2 fl 30 kr
Levi Wolf Hoffaktor	5 fl	3 fl
Brettauer Jonathan	1 fl 30 kr	48 kr
Brunner Heinrich Metzger	1 fl	32 kr
Schwarz Joseph	1 fl	32 kr
Rosenthal Joseph	6 fl	3 fl
Hirschfeld Joseph Gemeindekassier	6 fl	3 fl
Rosenthal Urban	4 fl	2 fl
Hirschfeld Martin	4 fl	2 fl

⁵⁰⁴ VLA, KA 1, Sch. 309, Landrichter Gilm, Dornbirn, 3. März 1817.

Name	für Israeliten	für Christen in Ems und Ebnit
Bernheimer Simon	2 fl	1 fl
Bernheimer Salomon	2 fl	1 fl
Reichenbach Markus	2 fl	1 fl
Hirschfeld Albert	2 fl	1 fl
Brettauer Simon	2 fl	1 fl
Sulzer Joseph	1 fl	30 kr
Bernheimer Benedikt	1 fl	30 kr
Bernheimer Abraham	1 fl	30 kr
Hirschfeld Karl	1 fl	30 kr
Heumann Marx	1 fl	30 kr
Heumann Samuel	1 fl	30 kr
Bidart Heinrich	1 fl	30 kr
Schweizer Joseph	1 fl	30 kr
Bidart Michael	40 kr	20 kr
Brentano August	10 fl	4 fl
Bernheimer Markus	2 fl 30 kr	1 fl
Frey Mathias	1 fl 30 kr	36 kr
Burgauer Mayer	1 fl	24 kr
Löwengart Josef Vorsteher	12 fl	4 fl 30 kr
Löwenberg Josef	12 fl	4 fl 30 kr
Löwengart Moses	3 fl	1 fl
Brettauer Raphael	3 fl	1 fl
Hirschfeld Leopold	1 fl 30 kr	30 kr
Reichenbach Abraham	1 fl 30 kr	30 kr
Biedermann Salomon	1 fl	20 kr
Frey Samuel	45 kr	15 kr
Mendelsohn Joseph	45 kr	15 kr
Reichenbach Kilian	48 kr	15 kr
Löwengart Isak	15 fl	5 fl
Mendelsohn Abraham	1 fl	15 kr

Insgesamt verpflichteten sich die Hohenemser Juden für ihre eigenen Armen 755 fl 12 kr zur Verfügung zu stellen sowie 300 fl für die notleidenden Christen in Hohenems und 44 fl 36 kr für die höchst bedrängte Gemeinde Ebnit. Diese edelmütige Gabe wurde vom zuständigen Landrichter von Gilm deshalb besonders geschätzt, weil auch zwei bedrängten christlichen Gemeinden brüderlich zu Hilfe geeilt und die gesamte Summe sofort zur Verfügung gestellt wurde, um Samenkartoffeln zu kaufen. Die *schöne Gabe der 30 Laibe Brot* hob er noch besonders hervor. Sie sollten am Geburtstag des Kaisers verteilt werden.⁵⁰⁵

⁵⁰⁵ VLA, KA 1, Sch. 309, Landrichter Gilm, Dornbirn, 4. Februar 1817.

Die Freude über die angekündigte Spende wurde aber schon bald getrübt. Landrichter von Gilm hatte bei der Überreichung der Subskribentenliste am 4. Februar 1817 Druck auf den Vorsteher der jüdischen Gemeinde Joseph Löwenberg und den Kassier Joseph Hirschfeld ausgeübt. Er hatte erklärt, die Juden könnten die gesamte Summe leicht vermissen und sie in einem für den Ankauf des Saatgetreides und der Samenkartoffeln spenden. Die beiden Vertreter hatten ihm das zugesagt, doch mit der Auszahlung ließen sie sich Zeit. Die versprochenen Brotlaibe waren zum Geburtstag des Kaisers nach Ebnit befördert worden. *Aber von dem Gelde war keine Rede. Die Gemeindevorsteherung in Hohenems fand sich gekränkt, daß sie dieses Geld nochmals von der Judenschaft abbettern und diesfalls ihre Complimente machen sollte. Auch war der dortige Armenrath bis zum 19. d. M. unschlüssig, ob und unter welchen Modificationen man dieses Geld von der Judenschaft annehmen wolle.* Nach diesen Bedenken der Hohenemser Christen forderte von Gilm das versprochene Geld zur Disposition der Regierung oder besser zur landgerichtlichen Verteilung an die beiden Gemeinden. Doch die Juden verweigerten dieses Ansinnen standhaft. Sie wollten statt der gesamten Summe wie ursprünglich geplant die Hilfsgelder monatlich übergeben. Die Christen empfanden es aber als *Demütigung von der stolzen Judenschaft die Gnadengabe abzubetteln*.⁵⁰⁶ Da die *mindeste Reibung* zwischen den beiden Gruppen die freiwilligen Subskriptionen, die schon *gewöhnlich sehr unverlässlich sind, zertrümmert* hätte, beharrte der Landrichter darauf, dass die Juden ihm die versprochene Summe zur Verteilung durch das Landgericht überlassen sollten. Am 26. Februar beugte sich die jüdische Gemeindevorsteherung schließlich, übergab ihm die Hälfte der Summe, 177 fl 33 kr, und versprach, die zweite Hälfte innerhalb von 14 Tagen zu übergeben. 155 fl 6 kr gab von Gilm zum Ankauf von Saatgut an die christlichen Armenräte in Hohenems sowie 22 fl 27 kr an Ebnit. Trotz des Druckes durch den Landrichter hatten die Hohenemser Juden von 344 fl 36 kr auf 355 fl 6 kr erhöht.⁵⁰⁷

Bei der Versorgung ihrer Armen galten in der israelitischen Gemeinde dieselben Prinzipien wie bei den Christen. Der Armenrat entschied, wer wieviel Geld zur täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Unterstützung erhielt. Das moralisch-sittliche Verhalten der Armen sowie ihr Nutzen für die Gesellschaft spielte bei Juden wie Christen eine entscheidende Rolle bei der Höhe der Unterstützung. So beklagte sich die 50 Jahre alte, alleinstehende und arbeitsunfähige Fanny Eggmann beim Dornbirner Landgericht, dass sie von der Hohenemser Judenschaft wöchentlich nur 24 kr R.W. für ihren Lebensunterhalt bekomme. Da dieser Betrag aber nicht zum Leben reiche, ersuchte sie das Landgericht, die Judenschaft dazu aufzufordern, sie ausreichend zu unterstützen. Sie sei von jeher arm gewesen, bis dato aber *niemand überlästig und beschwärllich, sie suchte sich durch Redlichkeit, Fleiß und Handarbeit nach eigenen Kräften durchzubringen*. Jetzt im Alter brauche sie die Unterstützung. Für Nahrung und Kleidung benötige sie 2 fl R.W. wöchentlich. Andere Personen würden von der Judenschaft mit diesem Betrag, hie und da noch mehr beziehen. Isaak Löwengard von der israelitischen Gemeinde kommentierte das Ganze damit, dass Fanny Eggmann auch andere milde Gaben bekäme, außerdem sei ihr Bruder für sie verantwortlich. Weil sie böse sei und ein loses Maul habe, unterstütze sie dieser aber nicht mehr. Sie könne sich von den zugewiesenen Beiträgen erhalten und sei auch noch vermögend. Landrichter Mosbrugger, der

⁵⁰⁶ Gilm schreibt immer von einer beabsichtigte Demütigung der Christengemeinden und suggeriert, die Juden hätten es mit ihrer Spende darauf abgesehen.

⁵⁰⁷ VLA, KA 1, Sch. 309, Landrichter Gilm, Dornbirn, 27. Februar 1817.

inzwischen in Dornbirn zuständig war, reichte den Fall an die jüdische Gemeinde zurück, damit sich diese mit Fanny Eggmann arrangiere.⁵⁰⁸

Zur Unterstützung der Hohenemser Armen in den Monaten März bis August 1817 verpflichteten sich auch wohlhabende Hohenemser Familien zu einer finanziellen Unterstützung, um die Ärmsten *vor dem Hungersterben* zu bewahren. Die christliche Subskriptionssumme betrug 1.453 fl 34 kr. Daraus wurden die Bedürftigen wöchentlich oder monatlich nach den jeweiligen Erfordernissen (*in der für sie gefährvollen Zeit das einte mahl nicht zu wenig und das andere mahl nicht zu viel*) versorgt. Je länger die Notzeit aber andauerte, desto öfter kam es vor, dass die Subskribenten das zugesagte Geld nicht mehr bezahlten, weil sie es selbst benötigten. Um *die Versorgung der Armen nicht zu gefährden, nahm man auswärtig Geld in der Absicht auf, solches wieder aus den rückständigen Beiträgen hier zu bezahlen*. 1818 waren von den zugesagten Beiträgen und dem von der Gemeinde auch schon ausgegebenen Geld des Jahres 1817 noch 390 fl 14 kr ausständig. Laut Gerichtsamman Andrä Peter hätten die Subskribenten das Geld durchaus bezahlen können. Sie seien aber der Meinung, versprochene Beträge *dürften mit Recht nicht eingehoben werden, sondern nur willkürlich bezahlt oder nicht bezahlt werden*. Dies sei jedoch den anderen Subskribenten gegenüber ungerecht, die regelmäßig bezahlt hätten. Peter ersuchte deshalb um die Genehmigung, die offenen Beträge durch den Gerichtsdienner eintreiben oder per Exekution einklagen zu lassen zu dürfen. Landrichter Mosbrugger äußerte großes Verständnis für den Hohenemser Gerichtsamman. Er erklärte, da die Subskription für die Armenkasse gedacht gewesen sei und so strengen Regeln unterliege und es sich nicht gehöre, solche Versprechen zu brechen, habe die Hohenemser Vorstehung das Recht, die säumigen Privaten vorzuladen, ins Gebet zu nehmen und ihnen mit dem Exekutionsverfahren zu drohen.⁵⁰⁹

Mit säumigen Subskribenten hatte auch die Lauteracher Armenkommission zu kämpfen. So hatte Josef Vonach, *ein ziemlich bemittelter Mann*, im April 1817 die erste versprochene Rate von 1 fl 12 kr ohne Anstand bezahlt. Bei der zweiten Monatssammlung weigerte er sich aber und erklärte, er habe im Vergleich zu andern zu viel versprochen. Er berappte deshalb nur noch 48 kr. Auf die Aufforderung der Armenkommission, den versprochenen Beitrag zu bezahlen, reagierte er mit Ablehnung, sodass diese beim zuständigen Landgericht in Bregenz um Hilfe nachsuchte. Vonach sollte dazu gezwungen werden, das Geld wie versprochen zu zahlen. Die armen Familien, die auf die Unterstützung angewiesen seien, bräuchten nämlich dringend das Geld.⁵¹⁰

Bei säumigen Subskribenten standen sowohl die Kreisbehörde als auch die Landrichter auf dem Standpunkt, dass es sich dabei um eine „Ehrenschild“ handle, die zu begleichen war, und nicht um eine unverbindliche Ankündigung. Wer sich in einer Subskriptionsliste eintrug, musste auch dazu stehen und bezahlen.

⁵⁰⁸ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 27, Hohenems 30. Dezember 1818, 5. Jänner 1819, Dornbirn 11. Jänner 1819.

⁵⁰⁹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Nr. 14, Hohenems, 11. Juni 1818, Dornbirn, 13. Juni 1818.

⁵¹⁰ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Lauterach, 16. Juni 1817.

7.5. Engagierte Bürger

Neben der institutionalisierten Hilfe waren es besonders karitative Bürger und Ständevertreter, die versuchten, in ihrem Umfeld die allgemeine Notlage zu mildern. Diese Unterstützung durch Seelsorger, Gemeindevorsteher und Privatpersonen spielte bei der Bewältigung der Krise eine entscheidende Rolle. Bei seiner eigenen Hilfslosigkeit und Finanzschwäche war der Staat darauf angewiesen, dass tatkräftige und vermögende Bürger in die Bresche sprangen. Alles, was der Staat als Dank anbieten konnte, waren öffentliches Lob und Anerkennung. Kreishauptmann Daubrawa äußerte sich sowohl den vorgesetzten Behörden in Innsbruck gegenüber wie auch an die Adresse der Landrichter immer wieder lobend über die großen Opfer und die unschätzbare Unterstützung, die von vielen Einzelpersonen geleistet wurden. Dabei war ihm klar, dass diese patriotischen Bürger dafür keine Entschädigung und nur einen geringen Dank für ihre uneigennütigen und edlen Absichten erwarten konnten. *Die bey all ihrer äusseren Größe doch nur das lohnende Bewußtsein geretteter Armuth, gestillten Hungers und getrokener Tränen erreichen würden. Allein unbekannt – vergessen sollen diese wahren Beschützer in den Tagen der Gefahr nicht werden.* Um den Spendern zumindest eine gewisse Ehrung zukommen zu lassen, beschloss er, eine eigene Matrikel anzulegen, in der die Namen der Spender aufgezeichnet werden sollten. Dabei bemerkte er noch, *daß das Kreisamt jedem in die Matrikeln aufgenommen verdienten Bürger jedes Standes die Aufnahme durch eigene Dekrete notifizieren lassen werde, und daß bey dem wandelbaren Loose der Menschen bey ähnlichem Unglücke solcher Wohlthäter, bey Beförderungen, bey Unterstützungen ihrer Kinder und anderen amtlichen Betheilungen die vorzüglichste Rücksicht genommen werden solle.*⁵¹¹

Die größte Last, in finanzieller wie auch organisatorischer Hinsicht, lastete dabei auf den Vorstehern, den Armenpflegern und Ortspfarrern, die versuchen mussten, zu verhindern, dass Menschen verhungerten. Dafür setzten sie ihre Beziehungen, oft ihr Vermögen und ihre ganze Kraft ein. Wer sich für die ihm anvertrauten Mitbürger und besonders die Schwächsten der Gesellschaft verantwortlich fühlte, leistete seinen Beitrag *zur Unterstützung der Armen*.⁵¹² Gemeindeammänner wie der Gaißauer Franz Joseph Lutz⁵¹³ oder der Lustenauer Joseph Bösch⁵¹⁴ beschafften in der Schweiz Kredite, mit denen sie die Versorgung in den Gemeinden aufrecht zu erhalten versuchten. Mitunter erfolgten Spenden auch anonym.⁵¹⁵ Jede private Spende konnte aber auch dazu führen, dass es weniger öffentliche Mittel gab. In Götzis taten sich im April 1817 43 vermögende Bürgerinnen und Bürger zusammen und legten eine Summe von 1.000 fl als Vorschuss zum Kauf von Samen und zur Unterstützung der Armen aus. Dieses Darlehen war als Überbrückung gedacht, falls es der Armendeputation allein nicht gelingen sollte, das nötige Geld für Lebensmittel aufzunehmen. Joseph Heinzle, der Altseckelmeister, versprach 100 fl, der Lehrer Johannes Lampert 60 fl, die Mindestzusage betrug 10 fl.⁵¹⁶

⁵¹¹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Nr. 736, Bregenz, 3. Dezember 1817.

⁵¹² VLA, LG Dornbirn, Sch. 232, Steuer 1817, Fußach, 25. Juni 1817.

⁵¹³ FGA, Sch. 1818/19, LG Dornbirn 16. Juli 1819 und Schuldbrief Kassier Schneider an Franz Joseph Lutz Ammann in Gaißau.

⁵¹⁴ Gemeindecarchiv Lustenau, Reichshof Lustenauisches Jahrbuch und Sammlugen der merkwürdigsten Vorfällenheiten die sich auf verschiedene Art zu getragen, fol 24.

⁵¹⁵ Vgl. SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden, S. 34.

⁵¹⁶ VLA, Gemeindecarchiv Götzis, Sch. 11, Nr. 10, Armenfürsorge, Götzis, 14. April 1817.

Im Mai 1817 ließen die Montafoner Ständevertreter Ignaz Vonier und Johann Ulrich Rudigier durch den Bludener Handelsmann Getzner 70 Malter Weizen und Türkisch Korn in Tirol aufkaufen und ins Montafon schaffen. Getzner erhielt von seinen Auftraggebern das Geld für den Ankauf, den Fuhrlohn und ein Fixum für seine Arbeit. Dieses Geld hatten Vonier und Rudigier durch private Anleihen und Kredite selbst aufgebracht.⁵¹⁷ Mit ihrem rastlosen Einsatz versuchten sie im Montafon eine Hungersnot abzuwenden.⁵¹⁸

Der Feldkircher Apotheker Carl Fidel Clessin hatte den Armen des Gerichts Feldkirch unentgeltlich Medikamente (Pillen, Mixturen, Tee, Salben, Brechmittel, abgerechnet nach der Gebührenverordnung von 1804 bzw. 1816) um 146 fl 25 kr überlassen. Es waren Arme aus Altenstadt, Feldkirch, Göfis, Götzis, Klaus, Laterns, Meiningen, Rankweil, Röthis, Tisis, Satteins sowie Tosters. Dazu erließ er ihnen alte Arzneirechnungen, die bis 1804 zurückreichten, in der Höhe von 325 fl 27 kr, insgesamt also 471 fl 52 kr R.W.⁵¹⁹ Für diese Wohltaten und sein Engagement bei der Errichtung der Suppenküche stellten ihm die Feldkircher Bürger sowie die Vorsteher aller versorgten Gemeinden ein offizielles Zeugnis aus, damit er in die Ehrenmatrikel Daubrawas aufgenommen würde.⁵²⁰

In Feldkirch spendete auch Joseph von Ganahl namentlich für die betroffenen Gemeinden des Gerichts. Im Frühjahr 1818 waren es 50 fl, die auf Bangs und Matschels, Meiningen, Altach, Koblach und Mäder verteilt wurden.⁵²¹

Zu den Wohltätern im Landgericht Bregenz gehörte der Kennelbacher Pfarrer Kurat Joseph Hele. Er förderte die Armenanstalt und wandte große Kräfte auf, um *den Gassenbettel zu heben*. Er leitete die Armenanstalt zur Zufriedenheit der Armen und der Bedrängten. Dabei nahm er die gespendeten Beiträge an, führte genau Buch und verteilte sie. Er erhöhte oder verminderte die Bezüge der Armen nach den Umständen. Kein Armer wurde ohne Trost entlassen. Der Pfarrer gab Kost aus seiner Küche und versorgte unter großen eigenen Opfern auch im Stillen die Hausarmen, die keinen Anspruch auf Unterstützung aus den öffentlichen Kassen hatten. *Er schenkte ihnen 2-3-4 und lieb ihnen 5-10-15 bis 20 fl zur Anschaffung der notwendigen Aussaat*, auch wenn wenig Aussicht auf Rückzahlung bestand. Um eine neue Einnahmequelle zu schaffen, hob er in der Kirche eine Stuhlgebühr ein.⁵²² Für eine 76-jährige, bresthafte Frau kaufte er sogar *ein Federbett samt Zugehör*, um ihr *die Härte ihres Lagers zu erleichtern*. Er verzichtete auf die Einziehung der ihm zustehenden Pfründen und Abgaben sowie auf die Zinsen, *bis auf bessere Zeiten*. Um die Menschen vor der Hungersnot zu schützen, plante er mit Zustimmung der Behörden sogar den Verkauf eines silbernen Ziboriums.⁵²³ Neben den bekannten Wohltätern und Spendern gab es auch zahlreiche anonyme Spender, die

⁵¹⁷ KASPER, Montafon, S. 98.

⁵¹⁸ KASPER, S. 51.

⁵¹⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Ausweis über an arme Kranke des Landgerichts Feldkirch im allgemeinen Noth Jahre 1817 abgereicht ohnentgeltliche Arzneyen, Carl Fidel Clessin, Feldkirch, 31. Dezember 1817.

⁵²⁰ VLA, KA 1, Sch. 308, Feldkirch, 31. Dezember 1817, Landrichter Johan Georg Bereitter, Feldkirch, 23. März 1818.

⁵²¹ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Bregenz, 8. Juli 1818.

⁵²² Gebühr für einen Platz vorne in der Kirche. <http://www.augsburger-allgemeine.de/guenzburg/Ein-jeder-an-seinem-Platz-id7067861.html>, 12. Mai 2016.

⁵²³ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20, Nr. 944, Vorsteher Johann Mägerle, Rieden, 3. Mai 1817.

halfen, wo immer sie konnten. Im April 1817 überließ ein anonymer Spender Fußsach 300 fl für den Ankauf von Saatgut.⁵²⁴ Eine Hilfe stellten für die Bedürftigen aber nicht nur Geld oder die Kartoffeln in der Hand dar, sondern genauso der Erlass von Zinszahlungen und Schulden.

7.6. Staatliche Hilfe

Weil die Ernte schon 1814 in Tirol und Vorarlberg so schlecht ausgefallen war, hatte Kaiser Franz I. Ende 1814 den beiden Ländern für die bedürftige Bevölkerung 50.000 fl aus den Landeseinkünften als unentgeltliches Darlehen auf ein Jahr vorgestreckt. Dieses Darlehen war zur Verteilung an die Bedürftigen vorgesehen und nicht dazu gedacht, dass von Seiten des Aerars Naturalien gekauft und diese verteilt werden sollten.⁵²⁵ Zudem sollten mit Verlautbarung vom 19. Jänner 1815 der Bevölkerung 4.000 Zentner Salz zu besonderen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Und zwar gegen Bezahlung des Verschleißpreises, aber auf ein Jahr ohne Zinsen.⁵²⁶ Das Salz war nur für die bedürftigsten Untertanen gedacht. Die Verteilung sollte entweder zusammen mit der Verteilung der Notvorschüsse erfolgen oder durch eine Kommission bestehend aus dem Ortsvorsteher und dem Ortsseelsorger. Die Gemeinden sollten die Zahl der Personen melden, die von diesem Angebot Gebrauch machten, damit das Salz in Hall angefordert werden könne. Es sollte auf jeden Fall verhindert werden, *dass mit dem baaren Geldvorschusse oder auch durch das versilbernde Salz Marschschulden oder ausständige Kapitalinteressen oder rückständige Steuern* bezahlt wurden.

Für das verteilte Geld wie auch das Salz mussten die Gemeinden als Sicherheit für den Aerar Schuldscheine ausstellen. Die Vorsteher wurden aufgefordert, binnen zwölf Tagen die Formalitäten zu erledigen, andernfalls liefen sie Gefahr, von dieser Art der Unterstützung ganz ausgeschlossen zu werden.⁵²⁷

Diese Form der Staatshilfe, vergünstigtes, sprich steuerfreies Salz zum Kauf anzubieten, war eine gängige Methode staatlicher Katastrophenhilfe. Die Hofkammer in Wien und die Regierung in Innsbruck stellten den notleidenden Gebieten in Tirol und Vorarlberg wiederholt den Erlass des Salzgefälles (der Salzsteuer) für einen begrenzten Zeitraum als Hilfsmaßnahme in Aussicht. Wenn es aber dann darum ging, Salz zur Verfügung zu stellen, reagierte die Innsbrucker Verwaltung deutlich reservierter. Im Sommer 1817 hatte das Kollegialgericht in Feldkirch darum ersucht, dass ihm für die Suppenküche ein Fass Salz gratis zur Verfügung gestellt werde. Dies lehnten die Behörden in Innsbruck mit der Bemerkung ab, das stehe nicht in ihrer Macht.⁵²⁸

Die Vorarlberger reagierten auf diese Hilfsmaßnahme sehr unterschiedlich. Der Bregenzerwälder Landrichter berief die Vorsteher von Bezau, Reute, Schwarzenberg, Egg und Lingenau in dieser Sache zu einer Besprechung ein und erörterte mit ihnen das Angebot. Dabei kam man zum

⁵²⁴ VLA, KA 1, Sch. 308, Gilm, Dornbirn, 31. März 1817.

⁵²⁵ KOLER, S. 272 f.

⁵²⁶ VLA, LG Innerer Bregenzerwald, Bezau, 2. März 1815.

⁵²⁷ VLA, LG Innerer Bregenzerwald, Kreiskommissariat Innsbruck, 24. Jänner und 24. Februar 1815.

⁵²⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 404, Galura in Vertretung des Herrn Landesgouverneurs, Innsbruck, 30. Juni 1817.

wohlformulierten Ergebnis, dass nach den Kriterien des Kaisers die Bewohner des Gerichts Bregenzerwald im Vergleich zu den *Verunglückten* (Notleidenden) anderer Gemeinden wenig Anspruch auf diese Unterstützung hätten und dass man *vielleicht dürftigen dasjenige nicht entziehen wolle, worauf sie mehr Anspruch machen können*

Dem Kreiskommissariat in Innsbruck teilte er mit, man glaube, noch bemerken zu dürfen, dass der Bregenzerwald das Salz im Falle der Annahme des Angebots auf einem langen, teureren, unbequemen Transport über den Arlberg beziehen müsste. Die Weggeldbesteuerung werde die Kosten erhöhen. Dem Gericht würde viel mehr geholfen, wenn diese Besteuerung fallen würde. *Die Dürftigen würden schon in dem wohlfeileren Salzpreise einige Unterstützung finden.*⁵²⁹ Statt vergünstigtes Salz aus Hall zu beziehen, hätten die Vorsteher aus dem Bregenzerwald also lieber Salz aus der Nähe bezogen und für den Transport dieses Salzes kein Weggeld bezahlt.⁵³⁰

Auch das Geld aus dem ersten Notvorschuss lehnten die Vorsteher aus dem Inneren Bregenzerwald ab. Als Begründung gaben sie an, dass die Region von der Viehzucht lebe und es keinen Ackerbau gebe. Das Missjahre 1814 habe die Gemeinden nicht so hart wie andere Gegenden getroffen. Die Heuernte habe zudem unter die guten gehört. Sie waren überzeugt, dass ihre Gemeinden im Verhältnis zu *den wirklich im Nothstande befindlichen Gemeinden des ganzen Tyrols und Vorarlbergs* kaum hinreichend Anspruch auf die Unterstützung hätten. Die treuen Bewohner des Bregenzerwaldes danken für die künftigen weisen Anordnungen, die den Absatz ihrer Landesprodukte nicht erschweren und die Einfuhr der notwendigsten Lebensmittel, besonders des Getreides, möglichst erleichtern, und die Aussicht auf Verdienst für arbeitsame Hände, welcher schon jetzt wieder mit Sticken und Weben auflebt, gewähren.

Der Landrichter war überzeugt, dass die Angehörigen des Landgerichts *mit Hinsicht auf den größeren Nothstand seiner Mitbürger auf die allergnädigst bewilligten Unterstützungsgelder gerne verzichten werden.*⁵³¹

Mit dem Missjahr 1816 spitzte sich die Situation aber weiter zu, statt sich zu verbessern. Wie schlecht es in Tirol und Vorarlberg mit der Ernährungslage bestellt war, kommentierte Freiherr Anton von Baldacci in seinem geheimen Bericht über die inneren Zustände Österreichs folgendermaßen: „Zwar gehört Betriebsamkeit und Frugalität zu den charakteristischen Eigenschaften dieses Gebirgsvolkes, und man kann also mit Zuversicht darauf rechnen, dass es mit seinen wenigen Erzeugnissen eben so strenge haushalten, als dass es auch kein Mittel, durch Industrie sich Zuflüsse zu erwerben, vernachlässigen wird. Aber es wäre doch wohl möglich, und es ist selbst in einem hohen Grade wahrscheinlich, dass die äusserste Sparsamkeit und die thätigste Emsigkeit in dem noch langen Zeitraume zur künftigen Fechsung⁵³², dem Nothstande abzuwehren, doch nicht überall hinreichen, und dass es sohin unvermeidlich werden dürfte, einzelnen Gegenden mit Geldvorschüssen unter die Arme zu greifen.“⁵³³

⁵²⁹ VLA, LG Innerer Bregenzerwald, Bezau, 6. März 1815.

⁵³⁰ Gefallen ist das Weggeld erst mit dem Patent vom 25. Mai 1821, s. KOLER, S. 208.

⁵³¹ VLA, LG Innerer Bregenzerwald, Bezau, 30. Jänner 1815.

⁵³² Ernte

⁵³³ BALDACCI, S. 77.

Ende Juli 1816 verursachten Rhein und Bodensee die ersten massiven Schäden in den Gemeinden. Nach dem Bericht des Fußacher Faktors Joseph Anton Schneider und des Vorstehers Franz Joseph Spehler und der Visitation in Hard wandte sich Kreishauptmann Daubrawa an die hohe Landesstelle in Innsbruck, schilderte die Katastrophe und bat Ferdinand von Bissingen-Nippenburg um eine finanzielle Unterstützung.⁵³⁴ Unter dem Eindruck der Schilderungen Daubrawas versprach dieser 4.000 fl als Notvorschuss. Wie die Behörden in den folgenden Monaten agierten, zeigt deutlich, wie schlecht es um die österreichischen Finanzen bestellt war. Die Landesstelle in Innsbruck stellte diese 4.000 fl als Vorschuss auf ein Jahr aus der Kameralamtskasse in Aussicht.⁵³⁵ Davon gab Daubrawa für erste Hilfsmaßnahmen 430 fl 54 kr für Lebensmittel aus. Das Geld erhielten 16 Familien in Hard, 7 Familien in Vorkloster, 25 Familien in Fußach, 14 Familien in Gaißau, 44 in Höchst und Brugg, 38 Familien in Lustenau, dann noch einmal 2 Familien in Hard und eine weitere in Fußach. Weil das Rentamt aber kein Geld in der Kasse hatte, wurde die provisorische Finanzdirektion zunächst angewiesen, ihm das Geld zukommen zu lassen.⁵³⁶ Nach kurzer Zeit hieß es dann aber stattdessen, es stehe kein weiteres Geld zur Verfügung.

Von Innsbruck kam im November 1816 die Anregung, bei der k.k. Central-Organisierungs-Hofcommission um die Genehmigung einer Sammlung in der Provinz Tirol und Vorarlberg anzusuchen. Bei der Schadenssumme sei das wohl kein Problem, in anderen Kreisen seien solche Sammlungen bereits genehmigt worden. *Weil jedoch bey den gegenwärtigen ungünstigen Zeitverhältnissen die hierländige Sammlung von keinem Belang seyn kann, so schreitet diese Landesstelle unter einem bei der hohen Central-Organisierungs-Hofcommission darum ein, daß auch in den übrigen österreichischen Provinzen eine gleiche Sammlung gestaltet werde.*⁵³⁷ Von Bissingen-Nippenburg war also durchaus klar, dass kein Geld für Notvorschüsse vorhanden war. Alles, was er anbieten konnte, war die Hoffnung auf eine Monarchie weite Sammlung.

Als dann im Herbst 1816 nicht mehr zu übersehen war, dass viele Gemeinden im kommenden Winter die Versorgung ihrer Armen nicht mehr selbst übernehmen können würden, wurde der Ruf nach einer staatlichen Unterstützung immer lauter. Dem Kreishauptmann war aber durchaus bewusst, dass aufgrund der Lage in der gesamten Monarchie wenig zu erwarten war. Im Dezember 1816 äußerte er sich dem Bregenzer Landrichter Mosbrugger gegenüber realistisch und desillusioniert: *Doch kann auf diese nicht in so großem Maaße gerechnet werden, weil wenn S. Majestät wirklich dem Lande eine Unterstützung zufließen zu lassen geruhen, diese Hilfe bey dem durch die vorausgegangenen Kriege erschöpften Zustande des Staatsschatzes – und bey dem Umstande das dieser bey ganz ähnlichen ungünstigen Verhältnissen in den übrigen Provinzen von allen Seiten in Anspruch genommen wird, auf der einen Seite nicht so schnell dem Lande zu Theil werden und auf der anderen Seite vielleicht nicht in zu großer Ergiebigkeit erfolgen könnte.*

Damit übrigens genannte Unterstützung zureichend seyen und andererseits nicht vergeudet werden sondern strengsten Sinnes nur dort statt haben, wo solche wesentlich nothwendig sind, wird das

⁵³⁴ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Nr. 4158, Bregenz, 1. August 1816.

⁵³⁵ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Bissingen, Innsbruck, 3. August 1816.

⁵³⁶ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Innsbruck, 1. September 1816, 6. September 1816; Empfangsquittung, Bregenz, 13. September 1816; Bregenz, 17. November 1816.

⁵³⁷ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Innsbruck, 28. November 1816.

*k.k. prov. Landgericht in Folge der vorerwähnten hohen Weisung beauftragt, in jeder Gemeinde eine genaue Untersuchung aller Notleidenden vorzunehmen.*⁵³⁸

Wenn schon wenig Bargeld zu erwarten war, sollte zumindest die angekündigte „Salzspende“ genutzt werden. Dazu sollten im Jänner 1817 im Auftrag des Kreishauptmanns zwei Vertreter der ehemaligen oberen und unteren Stände nach Innsbruck reisen, um dieses als Repräsentanten des Landes für die Notleidenden zu übernehmen. So sollten die zeitraubenden Schreibebeiten und der bürokratische Aufwand umgangen werden. Zu diesem Zweck bat Daubrawa die sechs Landrichter, Vertreter aus den ehemaligen Gerichten zu einem Gespräch nach Feldkirch zu entsenden, um dort zwei Männer als Vertreter zu wählen.⁵³⁹ Für die Hilfsmission wurden schließlich Dr. Bitschnau aus Bludenz und Markus Danner aus Dornbirn gewählt. Mit einer Petition, mit der die beiden bevollmächtigt waren, sowohl beim Landespräsidium als auch beim Gubernium in Innsbruck das Beste für die notleidende Provinz Vorarlberg zu bewirken, versuchten die ehemaligen ständischen Vertreter der Städte und Gerichte noch einmal als landständische Vertretung gemeinsam etwas für die Vorarlberger zu erreichen. Das Salz sollte zum Preis für das Ausland abgegeben werden und nicht zum *unerschwinglichen Inländer-Preis*, wenn schon die erforderliche Nothilfe unterblieben ist. Für das Land erwarteten sie einen Jahresvorrat von mindesten 6.000 Fass Salz⁵⁴⁰

Die Reise nach Innsbruck verlief für Danner und Bitschnau aber überaus enttäuschend. Die beiden konnten sich hinsichtlich der Forderungen der Landstände nach billigem Salz nicht durchsetzen und mussten mit leeren Händen wieder zurück nach Vorarlberg. Ihr Ansuchen vom 17. Jänner 1817 wurde von der hohen Central-Organisations Hofkommission mit 12. März 1817 abgelehnt. Es gab keine Verminderung des Salzpreises.⁵⁴¹ Den einst mächtigen ständischen Vertretern war es nicht gelungen, beim Innsbrucker Gubernium, dem Organ des Wiener Zentralstaates, mit ihrem Anliegen durchzudringen. Dieser Misserfolg und die damit verbundene Hilflosigkeit mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass die ständischen Repräsentanten fürderhin jede weitere Mitarbeit unterließen. Am 3. Jänner 1817 bewilligte der Kaiser schließlich für die Notleidenden in Tirol und Vorarlberg eine weitere Summe von 20.000 fl als Notvorschüsse, die zurückbezahlt werden mussten. Von den 20.000 fl waren 12.000 fl für Vorarlberg bestimmt und 8.000 fl für die Tiroler Notleidenden, die schon seit 1815 mehrfach beträchtliche Summe erhalten hatten. Außer den 50.000 fl 1815 waren im September 1816 30.000 fl zum Ankauf von Samen-Getreide für die Winteraussaat an die Kreisämter zugesagt worden.⁵⁴²

Die Rückzahlung des Geldes sollte mit den Ernteerträgen von 1817 erfolgen. Wenn die Summe *ihrer Erschöpfung nahe sei* und eine weitere Aushilfe unentbehrlich sei, sollte das von den Beamten dem Grafen Bissingen-Nippenburg mitgeteilt werden, damit er sich höheren Ortes für die bedürftigen Untertanen einsetzen könne.⁵⁴³ Die Innsbrucker Verwaltung verknüpfte diese Notvorschüsse allerdings mit den im Sommer 1816 zugesagten 4.000 fl für die überschwemmten Gebiete und der

⁵³⁸ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Daubrawa, 17. Dezember 1816.

⁵³⁹ VLA, LG Bregenzewald, Sch. 31, IX/3, Daubrawa, Bregenz 9. Jänner 1817

⁵⁴⁰ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nr. 353/65, Feldkirch, 11. Jänner 1817.

⁵⁴¹ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nr. 5774/719, Salz, Innsbruck, 12. März 1817.

⁵⁴² KOLER, S. 275, Quelle: TLA, Präs. 1817 I, Nr. 641.

⁵⁴³ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Bissingen, Innsbruck, 12. Jänner 1817.

im Dezember 1816 genehmigten öffentlichen Sammlung. Die 430 fl 54 kr, die Daubrawa schon ausgegeben hatte, wurden jetzt abgezogen.⁵⁴⁴ Die Summe für Vorarlberg war im Vergleich zu den Notvorschüssen für die Tiroler Gerichte 1815 und 1816 jedoch äußerst bescheiden.

Die Vorarlberger Gerichte standen den Notvorschüssen durchaus skeptisch gegenüber. Einerseits benötigten sie Geld. Das hatten sie dem Kreishauptmann im Herbst 1816 deutlich klar gemacht. Andererseits waren sie zu stolz, um als abhängige Bittsteller aufzutreten. So lange es irgendwie möglich war, versuchten sie ihre Bewohner selbst zu versorgen. Außerdem dürfte den Landrichtern durchaus bewusst gewesen sein, dass die mit den Notvorschüssen verbundene Rückzahlung illusorisch war. Wie sollten die armen Gemeinden, die schon jetzt nichts hatten, von ihren Gemeindefürsorgern, die teilweise weder Besitz noch Einkommen hatten, das Geld im Herbst wiederbekommen? Welche überschuldete Gemeinde hatte das Kapital, um die Notvorschüsse zurückzubehalten?

Im Montafon wie im Inneren Bregenzerwald stützten sich die Landrichter auf die lokalen Armen-deputationen und betonten, dass sich nur die wirklich armen Gemeinden, die ihre eigenen Armen nicht versorgen konnten, sich um einen Vorschuss an das Kreisamt wenden würden.⁵⁴⁵

Das Geld wurde zwischen Jänner und März 1817 in Raten nach Vorarlberg transportiert. Die erste Rate erhielt Kreishauptmann Daubrawa am 6. Jänner 1817, 1.200 fl W.W. Dieser folgten am 12. Jänner weitere 4.000 fl und am 6. März noch einmal 3.800 fl, diese 9.000 fl W.W. entsprachen 10.800 fl R.W. Dieses Geld konnte Daubrawa nach eigenem Ermessen verteilen. Er hatte nur den Auftrag, es zur Anschaffung von Samenkorn zu verwenden. Fünf Landgerichte beantragten vorerst Geld und erhielten Vorschüsse in der Höhe von 9.270 fl R.W. Nur das Landgericht Bregenzerwald verzichtete vorerst auf Zuschüsse. Den Rest von 1.640 fl R.W. hatte Daubrawa auch schon verplant.

Bereits am 18. April 1817 meldete der verzweifelte Kreishauptmann Daubrawa dem Grafen Bissingen-Nippenburg in Innsbruck, trotz der sorgfältigsten Verteilung sei kein Geld übrig, *allein die Noth nimmt besonders seit einigen Wochen immer mehr und wahrlich mit Riesenschritten überhand*. Daraufhin wurden ihm am 22. April 1817 noch einmal 2.000 fl W.W. genehmigt.⁵⁴⁶ Mit jeder Geldlieferung aus Innsbruck wurde der Kreishauptmann aber daran erinnert, dass es sich nur um *vorschußweise bewilligtes Unterstützungsgeld* handle, bei der Verteilung sei auf eine entsprechende Sicherstellung für die verteilten Summen zu achten. In Innsbruck war man sich der Finanzschwäche und Zahlungsprobleme der Regierung in Wien durchaus bewusst und auch entsprechend instruiert. Für die Innsbrucker Behörden war private Hilfe immer noch die favorisierte Strategie. Im Juni 1817 kam zumindest eine gute Nachricht. Das Geld, das Daubrawa für die 1816 verunglückten Gemeinden ausgegeben hatte, wurde nicht mit dem Notvorschuss vom Jänner 1817 verrechnet. Außerdem musste das Kameralzahlamt in Innsbruck auch die noch ausstehenden 3.000 fl überweisen.⁵⁴⁷ Jetzt wiederholte sich dasselbe Spiel wie im vergangenen

⁵⁴⁴ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 311, Galura, Innsbruck, 30. Jänner 1817.

⁵⁴⁵ KASPER, S. 49 F.

⁵⁴⁶ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Hungersnot 1817, Bissingen, Innsbruck, 9. April 1817; Daubrawa, Bregenz, 18. April 1817; Bissingen, Innsbruck, 22. April 1817.

⁵⁴⁷ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Nr. 1978, von Thaler, Innsbruck, 19. Juni 1817.

August. Das Rentamt hatte nämlich wieder kein Geld. Von den für das Steuerjahr 1816/17 an Steuern und Domaingefällen angesetzten 63.671 fl 2 kr R.W. für die Ausgaben in Vorarlberg waren vom Kameralzahlamt nur 60.686 fl 2 3/8 kr zur Verfügung gestellt worden. Im Rentamt in Bregenz waren die Kassen leer. So musste der Kreishauptmann mehrfach das Geld einmahnen. Nach den Überschwemmungen in Bregenz, Hard, Fußach und Vorkloster appellierte er erneut an das Landespräsidium in Innsbruck und insistierte mit den Worten: *Ich war schon in der vergangenen Woche, um den vorgenannte 3 Gemeinden und der Gemeinde Vorkloster nur zum Theile mit Haber und Türken auszuhelfen in die außergewöhnliche Nothwendigkeit versetzt, eine Auslage von 300 fl zu machen, und da die ähnliche Unterstützung noch wenigstens 3 Wochen fortdauern muß, wird der mir zu Geboth stehende Unterstützungsbeitrag auch bei aller nur immer möglichst wirtschaftlichen Gebarung doch nur zu bald gänzlich vergriffen seyn, und werde ich nothgedrungen noch nachträglich um einen weiteren Beitrag von wenigstens 500 fl ehrfurchtsvoll bitten müssen, welcher freilich danach mit dem Gesamtschaden der sicher über 150/M f. sich belaufen wird, in ganz und gar keinem Verhältnis steht.*⁵⁴⁸

Als er schließlich per Quittung bestätigte, dass im Rentamt in Bregenz die notwendigen Barmittel fehlten,⁵⁴⁹ kam am 12. August aus Innsbruck die Nachricht, dass die Summe mit dem am nächsten Samstag abgehenden Postwagen in 20 Stücken abgesendet werde.⁵⁵⁰

Als er weiter um eine Aufstockung seiner Mittel ansuchte, blieben seine Appelle ungehört.⁵⁵¹ Trotz der ablehnenden Schreiben aus Innsbruck forderte er aber im Oktober von den betroffenen Gerichten wieder Schadenslisten an und stellte den Geschädigten eine Steuernachsicht *für die gänzlich Zahlungsunfähigen und eine Terminerstreckung für die nur in diesem Jahr zahlungsunfähigen Individuen* in Aussicht.⁵⁵² Erst im Jänner 1818 wurde ihm noch einmal Geld zugesagt, Geld, das er allerdings schon verbraucht hatte. Es handelte sich um die 1.222 fl 32 ½ kr R.W., die er für die Versorgung der Hochwasseropfer des Bodensees im Spätsommer 1817 ausgegeben hatte. Diese Summe wurde den Empfängern *gänzlich nachzusehen allergnädigst* bewilligt. Weil Daubrawa 1816 schon 1.000 fl vom Kameralzahlamt erhalten hatte, standen ihm noch 222 fl 32 ½ kr R.W. oder 185 fl 27 ¼ kr W.W. zu.⁵⁵³

Die eingetroffenen Beträge hatte der Kreishauptmann unter Beachtung des Vergabemodus umgehend an die Gerichte weitergeleitet. Von den Gerichten wurde das Geld dann an die bedürftigen Gemeinden verteilt, die wiederum nach ihrem Ermessen damit arbeiteten. Da diese Hilfgelder einen Notvorschuss darstellten, der wieder an den Staat retourniert werden sollte, war die Vergabe mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. In einem ständigen Austausch erhob Daubrawa über die sechs Gerichtsbezirke Dornbirn, Feldkirch, Sonnenberg, Montafon, Bregenz und Bregenzerwald die aktuellen Zahlen, die er monatlich an die Regierung in Innsbruck

⁵⁴⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D. über die bezirksweise Noth wegen Überschwemmung, 210, Daubrawa, Bregenz, 15. Juli 1817.

⁵⁴⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Bregenz, 9. August 1817.

⁵⁵⁰ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Josef Aigner, Innsbruck, 12. August 1817.

⁵⁵¹ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Galura, Innsbruck, 13. August 1817.

⁵⁵² Gemeindearchiv Lustenau, Sch. Rh 13, 1 – 13, Nr. Rh 13,2, Wuhungen, Wasserschäden (1816-1819).

⁵⁵³ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Innsbruck, 26. Februar 1818.

weiterleitete. In den einzelnen Gerichten waren die Vorsteher der Gemeinden dazu aufgefordert, die entsprechenden Daten abzuliefern.⁵⁵⁴ In den einzelnen Gemeinden wurden Ausschüsse erstellt, die für die Verteilung der Gelder verantwortlich waren. In der Regel bestand der Ausschuss aus dem Vorsteher, dem Ortpfarrer und einer vertrauenswürdigen Person. Während sich einige Gemeinden genauestens an die Vorgaben hielten und das Geld für Saatgut verwendeten, kauften andere damit Mehl und Lebensmittel für die Bedürftigen. Im Landgericht Bregenz und im Patrimonialgericht Feldkirch mussten die Beteiligten, die keine Sicherheiten besaßen, mit ihrem Gemeindeanteil für die empfangene Summe bürgen. In den jeweiligen Verfabüchern finden sich die entsprechenden Pfandeintragungen. Im Gericht Bregenzerwald floss das Geld häufig in die jeweiligen Armen- und Gemeindekassen. Die individuellen Empfänger wurden so nicht immer bekannt.

Im Herbst 1817 musste der Kreishauptmann die Verwendung der Notvorschüsse dokumentierten und seine Abrechnungen vorlegen. Für die 1.000 fl R.W., die ihm 1816 für die Hochwassergebiete überlassen worden waren, gab er folgenden Verwendungsausweis ab. Das Geld, das als rückzahlbarer Vorschuss gedacht gewesen war, war ja später *von seiner Majestät allergnädigst nachgesehen* worden. Die Empfänger des Geldes hatten Dankschreiben an den Kaiser verfasst, die Daubrawa der Abrechnung beilegte, mit der Bitte, sie seiner Majestät vorzulegen. Dieser *mit tiefster Rührung ausgedrückte Dank* wurde von den Behörden sehr erfreut zur Kenntnis genommen.⁵⁵⁵

	<i>unterstützte Familien</i>	<i>Datum</i>		
Gaißau	14	7. August 1816	58 fl 36 kr	
Gaißau	21	27. Dezember 1816	40 fl 30 kr	
Gaißau	31	18. Juni 1817	40 fl 36 kr	139 fl 42 kr
Lustenau	35	13. August 1816	70 fl 30 kr	
Lustenau	36	27. Dezember 1816	40 fl 30 kr	
Lustenau	43	16. Februar 1817	50 fl	
Lustenau	22	24. May 1817	25 fl	186 fl
Höchst und Brugg	44	9. August 1816	84 fl 6 kr	
Höchst und Brugg	31	27. Dezember 1816	40 fl 30 kr	
Höchst und Brugg	31	29. Jänner 1817	50 fl	
Höchst und Brugg	19	13. Juni 1817	25 fl	
Höchst und Brugg	19	16. Juni 1817	25 fl	224 fl 36 kr
Fußsach	25	7. August 1816	86 fl 30 kr	
Fußsach	1	15. November 1816	25 fl	
Fußsach	25	27. Dezember 1816	40 fl 30 kr	
Fußsach	34	10. Juni 1817	25 fl	
Fußsach	34	16. Juni 1817	25 fl	202 fl
			752 fl 18 kr	752 fl 18 kr

⁵⁵⁴ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, die teils minutiös geführten Listen der einzelnen Gemeinden zeigen Monat für Monat, wie viele Familien/Personen in jeder Gemeinde des Landes in welcher Höhe unterstützt worden sind. Wieviel Geld für Hafer, Kartoffeln, Weizenmehl und Musmehl verteilt wurde und wieviele Portionen jeweils aus den Hilfgeldern gekauft werden konnten.

⁵⁵⁵ VLA, Sch. 308, Nr. 3784, Bregenz, 5. Oktober 1817, Innsbruck, 27. November 1817.

<i>unterstützte Familien</i>		<i>Datum</i>	
Hard	16	9. August 1816	68 fl 24 kr
Hard	10	2. November 1816	10 fl 48 kr
Hard	10	27. Dezember 1816	40 fl 30 kr
Hard	9	7. Februar 1817	40 fl 30 kr
Hard	5	8. Juni 1817	25 fl
Hard	5	16. Juni 1817	25 fl 210 fl 12 kr
Vorkloster	7	18. August 1816	27 fl
Vorkloster	2	23. Dezember 1816	5 fl 24 kr
Vorkloster	2	31. Jänner 1817	5 fl 6 kr 37 fl 30 kr
		1.000 fl	1.000 fl

Die 12.000 fl W.W. Notvorschüsse vom Jänner 1817 hatte Daubrawa nach Antrag und Bedarf an alle Landgerichte verteilt.⁵⁵⁶

<i>Rekapitulation</i>	<i>R.W.</i>	<i>W.W.</i>
k.k. Kollegialgericht Feldkirch	4.190 fl 10 kr	3.491 fl 48 1/3 kr
k.k. Landgericht Bregenz	2.046 fl 20 kr	1.705 fl 16 2/3 kr
Landesfürstliches Gericht Dornbirn	3.978 fl 30 kr	3.315 fl 25 kr
Gräflich Zeilisches Patrimonialgericht Lustenau	850 fl	708 fl 20 kr
Landesfürstliches Gericht Innerer Bregenzerwald	700 fl	583 fl 20 kr
Landesfürstliches Gericht Sonnenberg	1.600 fl	1.333 fl 20 kr
Landesfürstliches Gericht Montafon	1.035 fl	862 fl 30 kr
Summe	14.400 fl	12.000 fl

7.6.1. Gericht Bregenz

Von März bis August 1817 erhielt der Bregenzer Landrichter in mehreren Raten insgesamt 2.046 fl 20 kr, die er weiter verteilte, die größte Summe im März, im Sommer wurden die Beträge immer kleiner, da die Notvorschüsse aufgebraucht waren.

<i>Anweisungstermin</i>	<i>R.W.</i>	<i>Anweisungstermin</i>	<i>R.W.</i>
28. März	600 fl	28. Juni	50 fl
16. April	110 fl	8. Juli	86 fl 37 1/2 kr
21. April	33 fl 30 kr	11. Juli	10 fl
8. Mai	500 fl	24. Juli	30 fl
19. Mai	471 fl 40 kr	13. August	29 fl 42 1/2 kr
10. Juni	100 fl	Summe	2.046 fl 20 kr

⁵⁵⁶ VLA, KA 1, Sch. 308, Verzeichnis der verteilten Gelder, Bregenz, 17. Oktober 1817.

Das Gericht leitete das Geld dann nach Bedarf an die am meisten betroffenen Gemeinden weiter, Lauterach, Wolfurt und Schwarzach hatten kein Geld beantragt.

<i>Gemeinde</i>	<i>Seelenzahl</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung R.W.</i>
Bildstein oder Steusberg	723	119	428 fl 56 kr
Bregenz	632	12	40 fl
Buch	315	29	137 fl 48 kr
Hard	968	312	380 fl 12 ½ kr
Hinterberg	489	23	40 fl
Lochau	504	2	12 fl
Möggers	394	54	140 fl
Oberlangenegg	405	50	162 fl 14 kr
Reutti	594	180	211 fl 4 kr
Riefensberg	847	74	211 fl 4 kr
Vorkloster mit Rieden	508	130	283 fl 1 ½ kr
	6.379	985	2.046 fl 20 kr

Von den 6.374 Bewohnern des Gerichts brauchten 985 einen Notvorschuss, etwas mehr als sechzehn Prozent. Im Durchschnitt erhielt jeder Empfänger gut 2 fl.

Hard erhielt Bargeld und Getreide. Im August waren es wegen des Hochwassers noch einmal 40 fl Bargeld sowie 2 ½ Bilfer Haber, insgesamt mit einem Wert von 101 fl 52 ½ kr. Verteilt wurden Getreideportionen bestehend aus einem Meßle Mehl im Wert von 15 kr sowie 3 kr in bar. Abhängig von der Familiengröße und der Erwerbsfähigkeit der Mitglieder wurden zwischen ein und drei Portionen verteilt, insgesamt wurden 122 Portionen à 18 kr verteilt. Da die Summe aus Geld- und Getreidespende aber mit 146 fl 24 kr höher als der Notvorschuss war, musste die Gemeinde noch 44 fl 31 ½ kr aus ihrer eigenen Kasse zuschießen.⁵⁵⁷

In Vorkloster erhielten 26 Familien je einen Vierling Mehl, weil statt der vorgesehen 17 Viertl Hafer Hafermehl geliefert worden war. Damit waren kurzfristig 130 Seelen versorgt, gut die Hälfte der 258 Einwohner der Gemeinde.⁵⁵⁸

Die Gemeinde Bildstein hatte für ihre notleidenden Familien als erstes 146 fl 40 kr erhalten, um Saatgut zu kaufen. Dieses war im April noch nicht verteilt worden, weil die Sorge bestand, dass es aufgegessen würde. Denn zu diesem Zeitpunkt lagen noch zwei bis drei Schuh Schnee in der Berggemeinde. Um die ärmsten 22 Familien zu ernähren, hatte die Gemeinde eine Sondersteuer eingeführt, aus der jedes Kind und jeder erwerbsunfähige Erwachsene 4 kr erhalten sollte. Diese Solidaritätsabgabe konnte im April 1817 aber von vielen nicht mehr bezahlt werden. Zur Sicherheit kaufte der Vorsteher aus den weiteren Zuschüssen noch einmal 37 ½ Viertl Saatkartoffel zu je

⁵⁵⁷ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Vorsteher Hermann Büchele, Hard, 8. August 1817.

⁵⁵⁸ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Vorsteher Johann Mägerle, Vorkloster, 10. Jui 1817, alle im Brief von Daubrawa vom 21. August 1817, Nr. 1505/Präs. 555

1 fl 20 kr, um die Aussaat zu sichern.⁵⁵⁹

In Buch mussten zehn Prozent der 44 Familien (311 Personen) unterstützt werden. Die Gemeinde hatte als erste Rate 53 fl 20 kr erhalten, wovon sie vier Familien mit insgesamt 29 Personen unterstützte. Der Waisenrat der Gemeinde hatte aus dem Geld 33 Viertel Samenkartoffeln gekauft, das Viertel zu 1 fl 37 kr und an die vier Familien verteilt. Am meisten, zehn Viertel Saatkartoffeln, erhielt die achtköpfige Familie des Joseph Winder, der sich mit Handarbeit ernährte, zwei Familien bekamen jeweils sieben Viertel und eine neun Viertel. Bei der Verteilung wurde genau vermerkt, wie es um die Gesundheit, Arbeitskraft und den Arbeitswillen der Unterstützten stand und wie sie sonst noch versorgt wurden, etwa durch Almosen und Wohngeld der Gemeinde.⁵⁶⁰

In Riefensberg ging der Vorstand bei der Verwendung der Beiträge genau nach Vorschrift vor. Von den im April 1817 erhaltenen 93 fl 20 kr kaufte er für beinahe den gesamten Betrag Kartoffeln, die sie den Armen der Gemeinde nach ihrer Bedürftigkeit für den Anbau, wenn es einmal Zeit dafür ist, austeilen wollte. Diese Saatkartoffeln kamen allen zugute, denn *es ist hier Sitte, daß auch die Armen, welche keine eigenen Gründe besitzen, etwas – vorzüglich Erdäpfel – anbauen, wozu ihnen Gründe von den Bauern gegeben werden. Nur einer einzigen von den hier bezeichneten Personen wird das Geld, welches ihr zugeschrieben wurde, nach der Hand [bar] ausgetheilt, weil sie selbst unfähig ist, etwas anzubauen.* Wie an vielen Orten hatten die meisten unterstützten Familien kein Eigentum und waren sehr kinderreich. Arbeitsfähige Kinder waren zum Teil schon im Ausland, Frauen bettelten in der Gemeinde um Almosen.⁵⁶¹

7.6.2. Gericht Innerer Bregenzerwald

Der Bregenzerwälder Landrichter reagierte zuerst auf die angebotenen Notvorschüsse sehr skeptisch und zurückhaltend. Vom ihm kam die Standardauskunft, dass die Not aufgrund der Viehzucht nicht so groß sei, die Gemeinden die Versorgung ihrer Armer individuell und in persönlichem Austausch handhaben würden und dass andere arme Gegenden die Hilfe dringender bräuchten. Erst mit 30. Mai und noch einmal am 13. Juni nahm der Standesrepräsentant Metzler insgesamt 700 fl für seine Gemeinden in Empfang. Das Geld wurde unabhängig von der Zahl der Armen an Vorsteher und die Armenräte verteilt. Wie in anderen Gerichten nahmen auch im Bregenzerwald nicht alle Gemeinden die Notvorschüsse in Anspruch. Die wohlhabenden Gemeinden Egg, Großdorf, Andelsbuch, Schwarzenberg und Bezau fehlen daher in der Abrechnung.

beteiligte Gemeinde	Bevölkerung gesamt	unterstützte Arme	Gesamtunterstützung
Hittisau	1.080		25 fl
Krumbach	869	111	100 fl

⁵⁵⁹ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Johann Thomas Geiger, Pfarrer; Kaspar Gunz, Armenrat; Joseph Dür, Vorsteher, Bildstein, 24. April 1817.

⁵⁶⁰ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Pfarrer Joseph Vinzenz Preyer, Peter Eberle, Michael Schelling, Buch, 22. April 1817.

⁵⁶¹ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Vorsteher Hackspiel, Riefensberg, 22. April 1817.

<i>beteilte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung</i>
Lingenau	1.115		25 fl
Mellau	589	75	100 fl
Mittelberg samt Hirscheck und Riezlern	1.323	71	200 fl
Reute	333	74	50 fl
Schnepfau	126		30 fl
Schoppernau	515	50	50 fl
Sibratsgfäll	187	40	100 fl
Unterlangenegg	105	8	20 fl
Summe	6.242	429	700 fl

In den drei Vorderwäldergemeinden Sibratsgfäll, Lingenau und Hittisau teilten die Vorsteher die 150 fl, die ihnen Metzler geschickt hatte, nach ihrem Ermessen auf. Sibratsgfäll erhielt für seine insgesamt 78 Familien mit 187 Seelen 100 fl. Das Bargeld wurde auf einmal an 12 Familien mit 40 Seelen verteilt, sodass es jeder Seele 2 fl 30 kr traf. Die Vorsteher von Lingenau und Hittisau legten es in die Armenkasse, von wo es *alle Samstage an die Ärmsten verteilt* wird.⁵⁶²

In Reute wurden die 50 fl Gulden Unterstützungsgeld vom Juni 1817 in bar an 15 bedürftige Familien verteilt. Die Beträge variierten von 2 fl für eine Person bis zu 3 fl für die größte Familie mit elf Personen. Den Höchstbetrag von 5 fl 30 kr erhielten allerdings zwei kleinere Familien mit sechs bzw. acht Personen in der Parzelle Hof, die von Franz Andreas Zengerle und Joseph Ratz.⁵⁶³

In Mellau gingen 100 fl an 22 Familien mit 75 Personen, meist waren es alleinstehende Frauen oder Frauen mit Kindern. Das Geld wurde für gute Milch und teilweise für Erdäpfel ausgegeben. Anna Maria Kündig erhielt um 6 fl 31 kr Mehl, Brot und Schmalz.⁵⁶⁴

Dieselbe Summe wie in Mellau, nämlich 100 fl, wurde auch in Krumbach verteilt. Bei sieben Familien mehr, waren es aber knapp doppelt so viele Personen, nämlich 141, die in den Genuss der Notvorschüsse kamen. Für die Versorgung der großen Familien bedeutete das Geld für die äußerst arme Gemeinde eine große Erleichterung. Sie hatte aus der Armenkasse seit Oktober 1816 neben diesen 100 fl weitere 458 fl 34 kr für die Versorgung der Bürger aufbringen müssen. *Das Pfarr- und Vermittlungsamt nebst der äußerst armen Gemeinde macht für das Empfangene die gehorsamste Danksagung und bittet ferner wo immer möglich um weitere Unterstützung.*⁵⁶⁵

⁵⁶² VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nr. 19, Johann Peter Sutterlütli, Gerichtsamman, Hittisau, 17. Juli 1817.

⁵⁶³ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Johann Georg Feuerstein, Pfarrer; Johann Kaspar Rüscher, Vorsteher, Reute, 6. Juli 1817.

⁵⁶⁴ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Johann Bartholomäus Steurer, Pfarrer; Franz Feuerstein, Vorsteher, Johann Jakob Natter, Armenvater, Mellau, 5. Juni 1817.

⁵⁶⁵ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nikolaus Nägele, Pfarrer; Johann Konrad Heidegger, Vorsteher, Hans Bittriol, Armenvater, Krumbach, 2. Juli 1817.

In Schnepfau übergab der Standesrepräsentant Metzler die 30 fl dem Armenfond bzw. in die Hände des Armenrats, der das Geld für die Versorgung der Armen einsetzte.⁵⁶⁶

In Schoppernau flossen 50 fl an elf Familien mit insgesamt 50 Personen. Die Beträge für die Familien lagen zwischen 2 fl 5 kr und 10 fl 20 kr, ohne Angabe, warum manche mehr und manche weniger bekamen. Pro Person waren es zwischen 2 fl 5 und 2 fl 35 kr, bei einer Familie wurde die Summe aber nicht einfach anhand der Mitglieder vervielfacht.⁵⁶⁷ Daran zeigt sich deutlich, dass der Armenrat das Geld nach eigenem Gutdünken vergab.

Ins Kleine Walsertal wurden 200 fl übersandt. Dieses Geld wurde in den Gemeinden Baad, Hirscheegg und Riezlern für Weißmehl und Mußmehl ausgegeben. 40 Empfänger, Familien und Einzelpersonen erhielten insgesamt 42 Immen⁵⁶⁸ Weißmehl und 84 ½ Immen Mußmehl. Das Weißmehl kostete im Juni 1817 2 fl 7 kr je Einheit, das Mußmehl 1 fl 38 fl. Damit hatten die gekauften Quantitäten 226 fl 55 kr gekostet. Die auf die Unterstützung fehlenden 26 fl 55 kr hatte die Gemeinde übernommen. Die Verteilung war unterschiedlich, einige Personen erhielten nur Mußmehl.⁵⁶⁹

Vom Vorsteher in Langenegg wurde bemerkt, dass die Kinder des Joseph Häger noch arbeitsfähig wären, ebenso wie *das Weib des auf Arbeit abwesenden Fr. Anton Steurer noch etwas zu verdienen im Stande wäre*. Der zuständige Landrichter in Bezau ergänzte dazu, *dass aller Verdienst, Fabricazion und jeder andere Erwerb ausser der Viehzucht, und wenigem Holzhandel dermal in diesem Landgerichtsbezirk ganz versiegt sind, und auswärtiger Verdienst ebenfalls, wo nicht bereits ganz, doch größtentheils ganz verlohren ging, weswegen so viele nach der Schweiz, Elsass, und Schwaben auf Arbeit abgegangen diesseitige erwachsene Bezirksangehörige, so wie viele nach Schwaben abgegangene Hirtenkinder schon im Frühjahr wieder brodloos zurückkehren mußten, und nunmehr durch die ganze nahrungslose Sommerszeit ihren darbenden Familien, anstatt eingärndeten Verdienst eingebracht zu haben, zur größten Last fallen*.

Da kein Getreide, keine Kartoffeln geerntet werden konnten und die Menschen im Bezirk bei den hohen Getreidepreisen auf dem Land nicht sinnvoller Weise mit Getreide versorgt werden konnten, erhielten sie Geld, um sich *von besser bemittelten Gemeindsangehörigen Molkeerzeugnisse* zu verschaffen. So sollte auch verhindert werden, dass *von gewinnsüchtigen Händlern, und Eigenthümern* zu hohe Preise verlangt würden. Diese Vorgangsweise zeitigte für manchem Armen auch *die Wohlthat, daß ihm der redliche Verkäufer das geforderte oder manchmal ganz ohnentgeltlich überließ, oder im Preis und Maas, und gerecht ihn rücksichtlich seiner bekannten Dürftigkeit vorzüglich berücksichtigte*.

Die Ernährung erfolgte im gesamten Bregenzerwald hauptsächlich mit Molkeerzeugnissen, da Getreide nicht mehr finanzierbar war.⁵⁷⁰

⁵⁶⁶ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nr. 23, Jakob Mosbrugger, Vorsteher, Schnepfau, 10. Juli 1817.

⁵⁶⁷ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nr. 24, Joh. Joseph Albrecht, Armenvater, Schoppernau, 7. Juli 1817.

⁵⁶⁸ Imme – Maßangabe im Originaldokument, dieselbe Angabe findet sich auch in der Kleinwalsertaler Chronik der Familie Heim. Eine Imme ist als kleines Maß zwischen Malter und Pfündle eingeordnet. s. MÜLLER.

⁵⁶⁹ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Nr. 1505, Mittelberg, 24. Juli 1817.

⁵⁷⁰ VLA, KA 1, Sch. 309, Präsidiale D, Gericht Innerbregenzerwald, Bezau, 1. August 1817.

7.6.3. Gericht Dornbirn

Das Gericht Dornbirn erhielt im Rahmen der Notvorschüsse die zweithöchste Summe. Da die Gemeinden durch die Überschwemmungen 1816 ihre Ernten eingebüßt hatten, mussten in Fußsach, Höchst und Brugg, Gaißau, Lustenau und auch in der armen Berggemeinde Ebnit große Teile der Bevölkerung seit Herbst 1816 ernährt werden. Damit waren die Gemeindekassen überfordert.

<i>beteiligte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung R.W.</i>
Dornbirn	5.500	813	400 fl
Ebnit	191	128	275 fl
Fußsach	395	264	608 fl 45 kr
Gaißau	355	355	514 fl 45 kr
Hohenems - Christengemeinde	2.740	435	1.200 fl
Höchst und Brugg	1.410	300	980 fl
Lustenau	2.257	510	850 fl
Summe	12.848	2.805	4.828 fl 30 kr

In der Abrechnung der Notvorschüsse scheint zwar die Hohenemser Christengemeinde auf, nicht aber die Judengemeinde. Diese dürfte auf die Notvorschüsse verzichtet haben. Eigentlich wäre sie zudem seit 1813 per Inkorporierungsakt der bayerischen Regierung als Teil der Gemeinde Hohenems eingegliedert worden. Die Hohenemser Juden hatten das jedoch vorerst abgelehnt, sie wollten ihre Selbständigkeit behalten. Im Mai 1816 brachten sie dazu beim Kreisamt eine Eingabe ein, in der sie darum baten, dass der Inkorporierungsakt nicht zur Durchführung gelange. Sonst müssten sie sich u.a. sorgen, durch die Passiva der Christengemeinde in Mitleidenschaft gezogen zu werden.⁵⁷¹ Schlussendlich konnte sie die Durchsetzung der Inkorporierung zwar nicht verhindern. Über viele Jahrzehnte existierten aber viele Einrichtungen in der Christen- und der Judengemeinde in Hohenems parallel. Dazu gehörte auch die Armenfürsorge.

In Gaißau und Fußsach mussten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Menschen versorgt werden. Die Vorsteher und Armenräte kauften Lebensmittel, Saatgut, Baumaterial, sie bezahlten Medikamente und Arztrechnungen und verteilten auch Bargeld an die Bedürftigen. Beide Gemeinden erhielten sieben Mal Teilbeträge in unterschiedlicher Höhe aus den Notvorschüssen. So verteilte der Gaißauer Vorsteher Lutz den kleinsten Betrag von 25 fl in bar an 18 Empfänger zum Ankauf von Brot, Schmalz und Salz.⁵⁷² Um weitere 50 fl kaufte die Gemeinde am 4. Juli 1817 10 Viertel Habermehl, die sie an die 32 allerärmsten Familien verteilte. Für jede Familie traf es so mindestens 5 Mesli Mehl. Das Kreisamt Bregenz hatte als Naturalspende am 8. Juli einen Eilfer Haber und einen Filfer Türken geliefert, die am 12. Juli ebenfalls verteilt wurden. Daraus ergaben

⁵⁷¹ TÄNZER, S. 214 ff. Interessanterweise behandelt Tänzer zwar die Entwicklung der Gemeinde in und nach der bayerischen Zeit sehr ausführlich. Die Notzeit 1816 und 1817 erwähnt er aber mit keiner Silbe. Sie scheint im Bewusstsein der Hohenemser Juden keine Spuren hinterlassen zu haben.

⁵⁷² VLA, KA 1, Sch. 309, Gaißau, 2. August 1817.

sich für die 73 Empfänger zwischen 1 und 6 Mesli Türken und 1 bis 2 Mesli Hafer.⁵⁷³

Die Ebniter erhielten fünfmal Geld zugewiesen. Der Vorsteher nutzte auch hier die Beträge nach eigenem Ermessen. Als es im Sommer nur mehr zwanzig Personen zu unterstützen galt, verteilte er die 25 fl, die er am 1. Juli 1817 erhielt, gleichmäßig an vier Familien. Jede bekam 5 fl 20 kr in Form von dreimal ein Viertel Habermehl. Ein kleinerer Betrag von 3 fl 10 kr ging an die Witwe von Joseph Schuler für Mehl und Schmalz.⁵⁷⁴

In Fußach hatte Kreishauptmann Daubrawa schon im August 1816 eine kleine Summe angewiesen, so hatten die Bewohner insgesamt 526 fl 50 kr W.W. an Notvorschüssen erhalten.

Vorsteher Franz Joseph Spehler, Gemeindevorstand Joseph Anton Schneider und Pfarrer Gallus Hasler kauften, wie von den Behörden vorgesehen, im Mai aus den Notvorschüssen unterschiedlichstes Saatgut, das an 58 Personen verteilt wurde.⁵⁷⁵ Während in den meisten Gemeinden nur Kartoffeln für den Anbau verteilt wurden, war es in Fußach auch Hafer, Dinkel, Gerste und Türken.

Verzeichnis der über- lassenen Sämereien	Erdäpfel		Hafer		Dinkel		Gersten		Türken		Gesamt- betrag	
	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	fl	kr
Schneider Benedikt	5 ½	9 37 ½	¾	1 12	¾	1 39					12 fl	28 kr
Kuster Johann	7 ½	13 7 ½	1	1 36	1	2 12	1	4	½	13 ½	21 fl	9 kr
Weiß Leonhards Wwe	5 ½	9 37 ½	3	4 48	1	2 12					16 fl	37 kr
Schneider Johann lang	6	10 30	3								15 fl	18 kr
Zoller Gebhard	4	7					1/4	1			8 fl	
Schneider Georg	4	7			2	4 24					11 fl	24 kr
Kuster Maria Joseph	4 ½	7 52 ½	3 ½	5 36							13 fl	28 kr
Nagel Anton Joseph	2	3 30	1 ¼	1 52 ½							5 fl	22 kr
Schobel Joseph alt	3	5 15									4 fl	45 kr
Gugele Joseph Ulrichs	4	7									7 fl	
Schneider Johann	5	8 45									8 fl	45 kr
Kuster Nikolaus Wwe	5	8 45	3	4 48					1	27	13 fl	33 kr
Gugele Johann	10 ½	18 22 ½	3	4 48							23 fl	37 kr
Kuster Joseph Kassier	3	5 15	1 ¼	3							7 fl	15 kr
Gugele Theresia ledig	3	5 15	2	3 12							8 fl	27 kr
Weiß Johann Schmids	11	19 25	3	4 48	1	2 12					26 fl	15 kr
Bachmayer Georg	4	7	2	3 12	1	2 12					12 fl	24 kr
Spehler Johannes	2	3 30					½	2			5 fl	30 kr
Nagel Ignaz Wwe	4	7	1	1 36							8 fl	36 kr
Bachmayer Joseph A.	4	7									7 fl	

⁵⁷³ VLA, KA 1, Sch. 309, Gaißau, 10. August 1817.

⁵⁷⁴ VLA, KA 1, Sch. 309, Johann Michael Spiegl, Ortspfarrer, Jakob Halbeisen, Orstvorsteher.

⁵⁷⁵ Fußach, Gemeinearchiv, Sch. 1817, Verzeichnis der überlassenen Sämereien pro 1817, Fußach, 4. Mai 1817.

Verzeichnis der über- lassenen Sämereien	Erdäpfel		Hafer		Dinkel		Gersten		Türken		Gesamt- betrag fl
	1 fl 45 kr / Viertel		1 fl 36 kr / Viertel		2 fl 12 kr / Viertel		4 fl / Viertel		27 kr / Viertel		
	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	Viertel	fl kr	
Kuster Joseph	6	10 30	5	8							19 fl 24 kr
Weiß Jacobs Wwe	6	10 30	2	3 12	1	2 12			2	54	17 fl 15 kr
Weiß Magdalena Wwe	3	5 15	1 ½	2 24			½	2	3	1 21	9 fl 39 kr
Bachmayer Jacob	7	12 15									12 fl 15 kr
Helbock Michael	1	1 45									1 fl 45 kr
Schneider Jacob	4 ⅛	7 14	2	3 12	1	2 12			1	27	13 fl 5 kr
Schneider Johann	7	12 15									12 fl 15 kr
Christle											
Schneider Margaretha	3	5 15	½	1 36							6 fl 3 kr
Schneider Katharina	1	1 45									1 fl 45 kr
Bachmaier Baptist	10	17 30	3	4 48							22 fl 18 kr
Schneider Nik., Bäcker	9 ½	16 37 ½									16 fl 37 kr
Schneider Jakob Küfer	5	8 45	3	4 48					3	1 21	14 fl 54 kr
Schneider Nicolaus	7	12 15	1	1 36			1	4			17 fl 51 kr
Nagel Georg Meißmer	2	3 30									3 fl 30 kr
Pfefferle Jacobs Wwe	7	12 15	2	3 12							15 fl 27 kr
Nagel Jacob Leutnants	1	1 45									1 fl 45 kr
Kuster Georg Wendelis	6	10 30	2	3 12							13 fl 42 kr
Weiß Jacob Schüß	6	10 30	5	8							18 fl 30 kr
Weiß Joseph Schüß	6	10 30	2 ½	4			1	4	½	13 ½	18 fl 43 kr
Schobel Jos. Weibel	4	7			1	2 12					9 fl 12 kr
Gugele Joseph	9	15 45	3	4 48							20 fl 33 kr
Schneider Georg	7 ½	13 7 ½	2	3 12							16 fl 19 kr
Schneider Jacob	12	21	3	4 48							25 fl 48 kr
Bigg Joh. Baptist	10	17 30									17 fl 30 kr
Blum Joseph Jakobs	5	8 48	3	4 48							13 fl 36 kr
Gugele Nicolaus	9	15 45	2 ½	4							19 fl 45 kr
Gugele Bapt. Jägers			2	3 12							3 fl 12 kr
Schneider Adam			1	1 36							1 fl 36 kr
Nagel Georg Richters	11	19 15	3	4 48	1	2 12	½	2			28 fl 15 kr
Nagel Johann Säckler	7	14	3	4 48							17 fl 3 kr
Blum Johann	7	14	3	4 48							17 fl 3 kr
Bachmaier Barbara	2	3 30	2	3 12							6 fl 42 kr
Weiß Gebhard	8	14	3	4 48	1 ¼	2 45	⅝	2 30	2	54	24 fl 87 kr
Schneider Jakob	4	7									7 fl
Nagel Franz Leutnant					2	4 24					4 fl 24 kr
Kuster Maria	2	3 30									3 fl 30 kr
Blum Maria ledig	2	3 30	2	3 12							6 fl 42 kr
Nagel Leonhard	2	3 30									3 fl 30 kr
		518 fl 39 ½ kr		143 fl 28 ½ kr		30 fl 48 kr		21 fl 30 kr			720 fl 17 kr

Die Gemeinde gab insgesamt 720 fl 17 kr für dafür aus,⁵⁷⁶ diese Ausgaben blieben allerdings fruchtlos, weil mit dem Bodenseehochwasser im August nahezu die gesamte Ernte vernichtet wurde. Aus anderen Spenden wurden Lebensmittel für fast alle Bewohner besorgt.⁵⁷⁷

7.6.4. Kollegialgericht Feldkirch

Von allen sechs Gerichten nahm das Kollegialgericht Feldkirch den größten Anteil an den Notvorschüssen in Anspruch, insgesamt 4.190 fl 10 kr, die 3.484 Personen zu Gute kamen. Monatlich wurde in einer oder zwei Tranchen Geld von Bregenz nach Feldkirch geliefert.

16. Jänner	300 fl
8. Februar	1.000 fl
8. März	500 fl
29. März	500 fl
11. April	600 fl
2. Mai	150 fl
10. Mai	400 fl
7. Junius	600 fl
9. Juli	140 fl 10 kr

Betroffen waren besonders die Gemeinden am Rhein, die zweimal überschwemmt wurden. In Meiningen betrug die Zahl der unterstützten Armen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung, in Altenstadt war es jeder Dritte.

<i>beteiligte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung in R.W.</i>
Altach	590	136	121 fl 30 kr
Altenstadt	1.479	537	446 fl 30 kr
Feldkirch Stadt und sieben umliegende Gemeinden	6.631		190 fl 10 kr
Fraxern	288	49	151 fl
Göfis	944	95	22 fl 30 kr
Götzis	2.181	750	854 fl 30 kr
Jagdberg	2.059	85	56 fl
Klaus	374	70	42 fl
Koblach	564	159	121 fl 30 kr
Laterns	692	156	332 fl
Mäder	491	150	121 fl
Meiningen	352	230	301 fl
Rankweil	2.553	450	759 fl
Röthis	421	60	62 fl

⁵⁷⁶ FGA, Sch. 1817, Fußsach, 24. Mai 1817.

⁵⁷⁷ VLA, KA 1, Sch 309, Tabelle der Weizenempfänger, Hasler, Schneider, Spehler, Fußsach, 13. August 1817.

<i>beteiligte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung in R.W.</i>
Sulz	550	195	252 fl
Tisis	601	130	112 fl
Tosters	389	50	40 fl
Übersaxen	198	28	16 fl
Viktorsberg	136	56	115 fl 30 kr
Weiler	275	18	21 fl 30 kr
Zwischenwasser	603	80	52 fl 30 kr
Summe	29.002	3.484	4.190 fl 10 kr

Den höchsten Betrag erhielt die Gemeinde Götzis. 860 fl R. W. nach eigener Aussage, 854 fl 30 kr laut offizieller Abrechnung. Von Februar bis Ende August 1817 musste die Gemeinde 827 Individuen versorgen. In dieser Zeit schenkte sie *10.569 Porzionen Suppen und überdieß noch jede Woche 10 Staar Mehl und 10 Pfund Schmalz an die dürftigen Gemeindesglieder* aus. Die Ausgaben beliefen sich auf 6.468 fl R.W. Es bestünden auch kaum Chancen, dass die Gemeindemitglieder für diese Kosten der Gemeinde aufkommen könnten. Die meisten Gemeindemitglieder haben keine Verdienstmöglichkeit. *Der Armenfond erwirtschaftete jährlich rund 60 fl R.W., die Ausgaben des vergangenen Jahres beliefen sich aber auf über 600 fl., die Zahl der Unterstützungsbedürftigen steigt von Jahr zu Jahr in einer höchst beunruhigenden Progression, wodurch auch die vermögenderen und wohlhabenden Gemeindeglieder allmählich durch das fast alleinige Übernehmen und Bestreiten der Gemeindeausgaben sich dem Zustande der Insolvenz nähern müssen.*⁵⁷⁸

Für das Geld bürgten die Empfänger mit ihrem Allmendeanteil.⁵⁷⁹ Weil die wirtschaftliche Situation in den folgenden Jahren aber so schlecht war, dass die meisten Gemeindebürger, die Unterstützung nicht mehr zurückzahlen konnten, richtete auch Götzis 1819 ein Gesuch an den zuständigen Gerichtsvorsteher, dass die Beträge als uneinbringbar verfielen. Zur Untermauerung der misslichen Lage wurden die Leistungen der Gemeinde wie auch der Unterstützten akribisch aufgelistet.⁵⁸⁰ Für die Gemeinden Altstadt, Gisingen und Nofels übernahm die Stadt Feldkirch die Rückzahlung und ließ sich dafür die entsprechenden Gemeindennutzungen und dann das bewegliche und unbewegliche Vermögen zum Generalunterpfand überschreiben.⁵⁸¹ Auch die 27 Empfänger in Fraxern, die in Altach sowie die aus Klaus bürgten mit ihrem Gemeindeanteil.⁵⁸²

⁵⁷⁸ VLA, Gemeindearchiv Götzis, Sch. 11, Nr. 10 Armenfürsorge, Hungerjahr 1817, Götzis, 14. Juli 1819. In der Abrechnung vom Sommer 1817 waren es allein bis Juni deutlich mehr Portionen gewesen. Dafür sind die genannten Kosten niedriger! Vgl. VLA, KA 1, Sch 308, Johann Georg Ellensohn, Gerichtsvorsteher und die Armendeputation, Götzis, 2. Juni 1817

⁵⁷⁹ VLA, Verfachbuch Feldkirch 5, Verfachbuch des k.k. Civil- und Criminalgerichts Feldkirch, bis 1. Mai 1817. Band I., Nr. 764, 28. April 1817.

⁵⁸⁰ VLA, Gemeindearchiv Götzis, Sch. 11, Nr. 10 Armenfürsorge, Hungerjahr 1817, Götzis, 14. Juli und 1. September 1819. Vollständige Rechnung vom 10. März 1818.

⁵⁸¹ VLA, Verfachbuch Feldkirch 5, Verfachbuch des k.k. Civil- und Criminalgerichts Feldkirch, 1. Mai 1817 bis 1. Jänner 1818, II. Band, fol. 538, Nr. 304.

⁵⁸² VLA, Verfachbuch Feldkirch 4, Vertragsprotokoll des k.k. Civil- und Criminalgerichts Feldkirch, 1. Jänner 1817 bis 30. April 1817, I. Band, Nr. 764, 28. und 29. April 1817.

7.6.5. Gericht Sonnenberg

Die 19 Gemeinden des landesfürstlichen Gerichts Sonnenberg wurden dreimal mit Notvorschüssen versorgt. 500 fl R.W. am 24. Jänner 1817, mit denen 472 Viertel Erdäpfel zu Saamen angekauft wurden. Verteilt wurde die Kartoffeln erst, als die Witterung gut genug für die Anpflanzung war. Bis es Zeit für die Pflanzung war, fanden 15 Viertel davon den Weg in die Kochtöpfe. In der Abrechnung ist nur vermerkt: *die übrigen aber von der Zeit des Ankaufes bis zur Austheilung durch Schwandung aufgingen.*⁵⁸³ Da zudem Frastanz, Nenzing, Bürs, Braz, Ludesch, Thüringen, Bludesch und Thüringerberg auf ihren Anteil an den Saatkartoffeln verzichteten, erhielten die anderen Anfang Mai 1817 entsprechend mehr. Die acht Gemeinden brauchten 1817 überhaupt keine Notvorschüsse. Aufgrund ihrer Lage blieben sie von Überschwemmungen verschont. Es gab dort keine Ausfälle wegen zu großer Kälte und Schnee, und auch vom Hagel blieben sie großteils verschont.

Verteilung der Saatkartoffeln

Bludenz	32 Viertel Kartoffeln
Blons	27 Viertel Kartoffeln
Brand	15 Viertel Kartoffeln
Bürserberg	27 Viertel Kartoffeln
Dalaas	50 Viertel Kartoffeln
Damüls	27 Viertel Kartoffeln
Fontanella	40 Viertel Kartoffeln
St. Gerold	27 Viertel Kartoffeln
Klösterle	50 Viertel Kartoffeln
Krumbach	27 Viertel Kartoffeln
Nüziders	10 Viertel Kartoffeln
Raggal	35 Viertel Kartoffeln
Sonntag	40 Viertel Kartoffeln
Stuben	50 Viertel Kartoffeln

Am 18. April folgten 700 fl und noch einmal 400 fl am 14. Juni 1817. Dieses Geld wurde in den Gemeinden von den Vorstehern und Armenräten individuell vergeben. Und da vom Gericht aus der ersten Tranche der Notvorschüsse schon Saatgut gekauft worden war, bekamen die beteiligten Gemeinden in der Regel Bargeld, um Nahrungsmittel zu kaufen.

<i>beteiligte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung in R.W.</i>
Blons	424	45	80 fl
Brand	321	23	30 fl
Bürserberg	400	74	70 fl
Dalaas	818	115	120 fl

⁵⁸³ VLA, LG Sonnenberg, Nr. 767, Akten über die Zurückzahlung des im Jahr 1817 erhaltenen Notvorschusses 1819.

<i>beteilte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung in R.W.</i>
Damüls	342	75	125 fl
Fontanella	474	129	115 fl
Klösterle	365	100	120 fl
Krumbach II	51	8	30 fl
Raggal	414	61	110 fl
Sonntag	636	70	95 fl
St. Gerold	231	52	80 fl
Stuben	121	47	125 fl
Saatkartoffeln für alle 19 Gemeinden des Gerichts			500 fl
Summe	7.034	799	1.600 fl

In Bürserberg sparte der Vorsteher die letzte Rate von 10 fl 48 kr auf und verteilte das Geld sowie zwei Mäße! Mehl erst im Juli.⁵⁸⁴ Zu dieser Zeit hatte sich die Zahl der Bedürftigen schon wieder auf dreizehn Personen reduziert.

Der Damülsor Vorsteher Johann Bertsch verteilte die beiden Beträge, die er erhielt, abhängig von der Familiengröße und dem Alter der Kinder. Dass die Zahlen für die Verteilungen in seinen Rückmeldungen variierten, erklärte er damit, dass *einige in das Schwabenland sind und anderst wo ihr Brod verdienen*, so gut es ihnen möglich war.⁵⁸⁵

7.6.6. Landgericht Montafon

Der Stand Montafon erhielt insgesamt 1.035 fl in drei Tranchen an Notvorschüssen. Die größte Summe gab es am 5. April 1817, und zwar 600 Gulden für den Kauf von Saatgut. Die Verantwortlichen Ignaz Vonier und Johann Ulrich Rudigier kauften damit in Bregenz 58 $\frac{3}{4}$ Viertel Saatkartoffeln⁵⁸⁶ und ließen sie an fünf Gemeinden verteilen.

Schruns	24 Viertel
St. Gallenkirch	24 Viertel
Tschagguns	16 Viertel
Silberthal	16 Viertel
Bartholomäberg	5 $\frac{3}{4}$ Viertel

⁵⁸⁴ VLA, KA 1, Sch. 309, Bürserberg, 29. Juli 1817.

⁵⁸⁵ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 1538, Beilage Nr. 32, Johann Bertsch, Damüls, 30. Juli 1817.

⁵⁸⁶ Die Angabe Weizen bei KASPER, S. 50 f. ist falsch. In der Gesamtabrechnung des Kreishauptmanns heißt es Erdäpfel zum Saamen. Saatweizen hätte auch keinen Sinn gemacht, da das Klima im Montafon für den Weizenanbau viel zu rau ist.

Am 10. Mai gab es 35 fl und am 31. Mai noch einmal 400 fl. Diese Summen wurden in den verschiedenen Gemeinden des Gerichts für Lebensmittelkäufe verwendet. Dass das Montafon nur 400 fl erhalten hat, kann nicht, wie Kasper schreibt,⁵⁸⁷ daran gelegen haben, dass sich die Gemeinde St. Gallenkirch weigerte, im Juni eine Lieferung schlechten Türken anzunehmen. Das Geld wurde ja bereits Ende Mai ausbezahlt. Kreishauptmann Daubrawa hatte schlicht und einfach keine Mittel mehr, die er hätte verteilen können, und konnte absehen, dass er im Lauf des Jahres noch mehr Geld brauchen würde.

<i>beteiligte Gemeinde</i>	<i>Bevölkerung gesamt</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung in R.W.</i>
für die 5 genannten Gemeinden			
für Saatkartoffeln	5.986		600 fl
Gaschurn	580	9	2 fl
Lorüns	188	9	2 fl
Schruns	1.375	78	119 fl 37 kr
Silberthal	606	3	1 fl
St. Bartholomäberg	1.156	29	57 fl 35 kr
St. Gallenkirch	1.609	330	140 fl 38 kr
Tschagguns	1.210	43	109 fl 10 kr
Vandans	832	4	3 fl
Summe	13.542	505	1.035 fl

In den Gemeinden verfahren die Vorsteher ganz unterschiedlich. In Bartholomäberg kaufte der Armenrat fünf Staar Mais und versorgte acht Familien mit 29 Personen.

In St. Gallenkirch mussten mit den 121 fl 38 kr Lebensmittel für 73 Familien mit 330 Seelen besorgt werden. Der Armenrat verteilte im Schnitt 22 kr pro Person.⁵⁸⁸ Im benachbarten Schruns traf es 117 fl 53 kr für 13 Familien mit 78 Seelen. Hier erhielt eine Familie mit drei und vier Personen 5 fl 21 ½ kr, für fünf- bis siebenköpfige Familien waren es 10 fl 43 kr. Das war drei- bis viermal so viel wie in St. Gallenkirch. Die Gemeinde kaufte aus dem Geld vor allem Türken, dazu erhöhte sie den Vorschuss aus eigener Kasse um 16 kr.⁵⁸⁹

In Tschagguns war das Verhältnis zwischen Bedürftigen und vorhandenen Mitteln für die Armen am vorteilhaftesten. Für acht Familien mit 43 Personen, davon 27 Kinder, traf es 107 fl 10 kr. Die größte Summe, 21 fl 26 fl, erhielt Johann Joseph Bitschnau mit Frau und sechs Kindern. Mit zwei und drei Kindern gab es 10 fl 43 kr. Eine Ausnahme war Aloisius Amman, der für sich, seine Frau und die drei Kinder nur 5 fl 21 ½ kr bekam. Das Geld war für Getreide gedacht. *Auf den Kopfe wurde 1/16 Star Türken für jede Woche den Hausarmen aufgetheilt*, als sie in der Gemeinde Almosen sammelten, wurde jede Woche weniger gegeben.⁵⁹⁰

⁵⁸⁷ Vgl. KASPER, S. 51 f.

⁵⁸⁸ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 1505, St. Gallenkirch, 5. August 1817.

⁵⁸⁹ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 1505, Schruns, 5. August 1817. Eine Liste der Beteiligten s. KASPER, S. 53.

⁵⁹⁰ VLA, KA 1, Sch. 309, Nr. 1505, Tschagguns, 5. August 1817

7.6.7. Rückzahlungen

Im Februar 1818 stellte die Regierung in Innsbruck fest, dass aufgrund der guten Ernten im Sommer 1817, der reichlich geflossenen privaten Hilfe und Spenden für die Notleidenden der Staat von weiteren Hilfsmaßnahmen und Unterstützungsgeldern absehen könne. Außerdem mahnte sie noch einmal, dass die verteilten Notvorschüsse nicht Eigentum des Unterthans seien.⁵⁹¹ Sie sollten, wie angeordnet, endlich zurückbezahlt werden. Das war bisher aber noch kaum geschehen. Im Rheintal war die Ernte, die vom vorfinanzierten Saatgut geerntet werden hätte sollen, im vorhergehenden Sommer ja wieder vernichtet worden.

Hinsichtlich der Tauglichkeit der vom Kaiser am 3. Jänner 1818 befohlenen Rückzahlung der Notvorschüsse erklärte der Dornbirner Landrichter, dass zwar die Ernte einigermaßen gut war, die Schäden durch Hagel und Hochwasser aber 339.007 fl 9 kr R.W. betragen. In einigen Orten des Landgerichts Dornbirn waren die Schäden durch Überschwemmung so groß, dass die Bewohner nicht in der Lage seien, die Vorschüsse zurückzubezahlen. *Die Getreidepreise sind zwar im Fallen, dessen ungeachtet herrscht in vielen Gebieten noch eine bedeutende Theuerung aller Lebensbedürfnisse, er kann nicht oft genug in die Erinnerung zurückholen, dass die Provinz Vorarlberg vier und zum Teil fünf Missjahre unmittelbar nacheinander auszustehen hatte und das letzte Notjahr war von so außerordentlicher Art, dass die Anstrengungen der gesamten Gemeinden auf den höchsten Grad getrieben werden möchten und dieselben [...] unumgänglich noch lange Zeit eine derartige nöthige Erholung bedürfen wie ich solches schon in früheren Berichten ehrfurchtsvoll dargestellt habe.*

*[...] Aus allen diesen Gründen ist es nicht möglich, dass die betroffenen Gemeinden, die Notvorschüsse erhalten haben, diese zurückbezahlen können. Es muss deshalb noch einmal den betroffenen Gemeinden eine angemessene Zahlungsfrist zur Rückzahlung der Vorschüsse gegönnt werden. Dornbirn kann die 400 fl zurückzahlen, die anderen vor Martini nimmermehr auch nur im Stande sein eine Fristenzahlung leisten zu können. Die überschwemmten Gemeinden nicht einmal bis Martini. Wahrscheinlich erst bis Martini 1819 zu beginnen hätten, wäre für sie am besten. Den Gemeinde sollte thunlichst überlassen werden, ob sie in einem oder mehreren Fristen bezahlen und in welcher Höhe. Bei einigen Gemeinden hat das Elend einen so hohen Grad erreicht, dass er zur gänzlichen Nachsicht der Rückzahlung rät.*⁵⁹²

Den Argumenten aus Vorarlberg musste sich auch das Landespräsidium in Innsbruck beugen. Zudem konnten auch die Tiroler Empfänger ihre Vorschüsse nicht besser und schneller abstottern. Das Landespräsidium suchte deshalb bei der Hofkammer in Wien am 25. März 1818 um eine Stundung von drei Jahren, beginnend 1819, an. Dieses Ansuchen wurde jedoch am 22. Mai 1818 von der allgemeinen Hofkammer in Wien aufs schärfste zurückgewiesen. Das Gubernium hatte auf die Tilgung der Notvorschüsse *nach der heurigen Erndte* zu dringen, umso mehr als die Notvorschüsse schon im Jahr davor getilgt hätten werden müssen. Nur *wenn die Unmöglichkeit des Rückersatzes*

⁵⁹¹ VLA, KA 1, Sch. 308, im Akt Nr. 1809, Daubrawa an die Gerichte, Bregenz, März 1818.

⁵⁹² VLA, KA 1, Sch. 309, Bericht des Landgerichts wegen der Zurückzahlung der Notvorschüsse, Dornbirn, 15. März 1818.

im laufenden Jahr dargethan und gehörig nachgewiesen werden könnte, darf um möglichst kurze Verlängerungsfristen angesucht werden.⁵⁹³

Die betroffenen Gebiete kümmerte diese Anordnung aus Wien herzlich wenig. Die meisten Armen hatten keine Barmittel, deshalb hatten sie ja Geld für Saatgut und Nahrungsmittel benötigt, und sie konnten kaum Überschüsse erwirtschaften, um das Geld an die Staatskasse zu retournieren. Aus einer Auflistung des Kreisamtes geht hervor, dass im Frühsommer 1819 erst das Landgericht Montafon die gesamten Notvorschüsse zurückbezahlt hat. Die Finanzkraft des Standes Montafon mag ein letzter Nachhall des Montafoner Reichtums aus der Hochblüte des Bergs im Hochmittelalter gewesen sein.

Im Gericht Sonnenberg waren mehr als zwei Drittel refundiert. Die Kleinwalsertaler hatten ihre Schulden beim Staat beglichen und sonst sah es eher schlecht aus. Der Großteil der Schuldner hatte einen Aufschub zwischen einem und drei Jahren erhalten.⁵⁹⁴

Übersicht der Rückzahlungen der Notvorschüsse

Gericht	Gemeinde	Erhalten in R.W.	Bezahlt	bewilligte Frist		
Montafon	alle	1.035 fl	1.035 fl			
Bezau	Mittelberg	200 fl	200 fl			
Dornbirn	Dornbirn	400 fl	400 fl			
Bregenz	Hinterberg	40 fl	40 fl			
Lustenau	Lustenau	850 fl		1821	Mai	6.
Dornbirn	Gaißau	514 fl 45 kr		1822	Mai	6.
Dornbirn	Fußach	608 fl 45 kr		1822	Mai	6.
Dornbirn	Ebnit	275 fl		1822	Mai	6.
Dornbirn	Hohenems	1.200 fl		1822	Mai	6.
Dornbirn	Höchst	980 fl		1822	Mai	6.
Feldkirch	Zwischenwasser	52 fl 30 kr		1819	Dez.	31.
Feldkirch	Altenstadt	446 fl 30 kr		1821	Mai	6.
Feldkirch	Altach	121 fl 30 kr		1821	Mai	31.
Feldkirch	Sulz	252 fl		1821	Mai	31.
Feldkirch	Götzis	854 fl 30 kr		1821	Mai	31.
Feldkirch	Koblach	121 fl 30 kr		1821	Mai	31.
Feldkirch	Mäder	121 fl		1821	Mai	31.
Feldkirch	Rankweil	759 fl		1821	Mai	31.
Feldkirch	Fraxern	151 fl		1821	Mai	31.
Sonnenberg	Brand	30 fl	30 fl			
Sonnenberg	Dalaas	120 fl	120 fl			

⁵⁹³ TLA, Hofresolutionen 1818, fol. 1760 f.

⁵⁹⁴ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661. Das Dokument ist nicht datiert, anhand des Inhalts dürfte es vom September 1819 stammen. Die Angaben über die vorgestreckte Summe decken sich nicht immer mit den Angaben aus der Abrechnung von Daubrawa im Oktober 1817.

<i>Gericht</i>	<i>Gemeinde</i>	<i>Erhalten in R.W.</i>		<i>Bezahlt</i>	<i>bewilligte Frist</i>	
Sonnenberg	Bludenz Kartoffelanteil	500 fl		116 fl 30 kr		
Feldkirch	Röthis	62 fl			1821	Mai 28.
Feldkirch	Viktorsberg	115 fl	30 kr		1821	Mai 28.
Bregenz	Riefensberg	211 fl			1821	Mai 28.
Bregenz	Möggers	140 fl			1821	Mai 28.
Bregenz	Rieden mit Vorkloster	283 fl			1821	Mai 28.
Sonnenberg	Bürserberg	70 fl		70 fl		
Sonnenberg	Bürserberg	29 fl	35 kr			
Sonnenberg	Fontanella	115 fl		58 fl 50 kr	1821	Sept. 2.
Sonnenberg	Fontanella	43 fl	50 kr			
Sonnenberg	Laterns	332 fl			1821	Juni 18.
Bregenz	Hard	380 fl	12 ½ kr		1822	Juni 18.
Bregenz	Hittisau	150 fl		150 fl		
Bregenz	Krumbach					
Bregenz	Lingenau					
Sonnenberg	Raggal	148 fl	21 kr	48 fl 21 kr		
Sonnenberg	St. Gerold	109 fl	35 kr	23 fl		
Sonnenberg	St. Gerold	109 fl	35 kr	6 fl 35 kr		
Sonnenberg	Sonntag	95 fl		95 fl		
Feldkirch	Meinigen	311 fl			1821	Aug. 19.
Feldkirch	Göfis	22 fl	30 kr		1821	Aug. 19.
Feldkirch	Tisis	112 fl			1821	Aug. 19.
Feldkirch	Satteins	50 fl			1821	Aug. 19.
Feldkirch	Weiler	21 fl	30 kr		1821	Aug. 19.
Feldkirch	Übersaxen	16 fl			1821	Aug. 19.
Bezau	Gemeinden					
	Innerbregenzerwald	500 fl			1820	Aug. 19.
Bregenz	Steusberg	428 fl	56 kr		1822	Sept. 2.
Bregenz	Buch	137 fl	48 kr		1821	Sept. 2.
Bregenz	Langen	40 fl			1820	Sept. 2.
Feldkirch	Klaus	42 fl			1820	
Sonnenberg	St. Gerold	80 fl			1819	
Sonnenberg	Bürserberg			29 fl 35 kr		
Sonnenberg	Raggal		50 kr			
Sonnenberg	St. Gerold		40 kr			
Sonnenberg	Klösterle			174 fl 47 kr		
Sonnenberg	Stuben			69 fl 47 kr		
Sonnenberg	Krumbach			33 fl		
Summe R.W.		13.789 fl	22 ½ kr	2.790 fl 25 kr		

Dass es auch in den nächsten Jahren mit der Rückzahlung der Notvorschüsse nicht so funktionierte, wie das die Wiener Behörden gerne gehabt hätten, zeigen die Zahlen der Landgerichte bzw. einzelner Gemeinden. Der Gemeindevorsteher von Fontanella, Johann Domig, und der Gemeindekassier Joseph Anton Dobler erklärten am 28. Juni 1819 beim Landgericht in Bludenz, dass es ihnen *bisher ganz unmöglich geworden* von den 158 fl 50 kr etwas an den Aerar zu restituieren. Sie hätten auch leider *jetzt noch keine Aussicht, das Geld in Bälde zusammen zu bringen*. Die Gemeinde Fontanella bitte daher um Stundung des Betrags bis Lichtmess 1820. Wie andere Gemeinden war sie mit einem großen Schuldenstand belastet, und *um den Credit nicht in alle Zukunft gänzlich zu verlieren und die Zins- und Zahlungstermine an die Gläubiger auch einhalten zu können, sollte die Zahlungen an den Aerar gestundet werden. Da die erhaltene Unterstützung nur an die ärmsten Familien verteilt wurde*, von denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts einzutreiben sei, könne das Geld auch nicht rückerstattet werden.⁵⁹⁵

Eine weitere Abrechnung des Gerichts Sonnenberg 1820 zeigt, dass sich in den besonders armen Gemeinden hinsichtlich der Rückzahlungen kaum etwas geändert hat.⁵⁹⁶

Gemeinde	Geld	Geld für Kartoffel	Gesamtbetrag	Bezahlt	Ausständig
Bludenz		35 fl 4 kr	35 fl 4 kr	35 fl 4 kr	
Blons	80 fl	29 fl 35 kr	109 fl 35 kr		109 fl 35 kr
Brand	30 fl	16 fl 26 kr	46 fl 26 kr	46 fl 26 kr	
Bürserberg	70 fl	29 fl 35 kr	99 fl 35 kr	99 fl 35 kr	
Dalaas	120 fl	54 fl 47 kr	174 fl 47 kr	174 fl 47 kr	
Damüls	125 fl	29 fl 35 kr	154 fl 35 kr		154 fl 35 kr
Fontanella	115 fl	43 fl 50 kr	158 fl 50 kr	108 fl 50 kr	50 fl
St. Gerold	80 fl	29 fl 35 kr	109 fl 35 kr	84 fl 35 kr	25 fl
Klösterle	120 fl	54 fl 47 kr	174 fl 47 kr	174 fl 47 kr	
Krumbach	30 fl	29 fl 35 kr	59 fl 35 kr	33 fl	26 fl 35 kr
Nüziders	10 fl	13 fl 10 kr	13 fl 10 kr	13 fl	
Raggal	110 fl	38 fl 21 kr	148 fl 21 kr	98 fl 21 kr	50 fl
Sonntag	95 fl	43 fl 50 kr	138 fl 50 kr	95 fl	43 fl 50 kr
Stuben	125 fl	54 fl 47 kr	179 fl 47 kr	69 fl 47 kr	110 fl
	1.100 fl			1.030 fl 25 kr	569 fl 35 kr

In Fußach, das 1816, 1817 und 1821 überflutet war, waren 1822 erst gut ein Sechstel der Notvorschüsse zurückbezahlt. Der Vorsitzende der Armenkommission, Pfarrer Johann Peter Männel, fand eine Reihe von Familien, denen man aus unterschiedlichen Gründen die Rückzahlung ganz erlassen sollte. Die Begründungen spiegeln die Armut und Not der betroffenen Menschen wider. Zu den ausgewählten Personen zählten unter anderen:

⁵⁹⁵ VLA, LG Sonnenberg, Nr. 767, Bludenz, 28. Juni 1819. Mit fast denselben Worten bat auch Johann Joseph Bertsch, der Vorsteher von St. Gerold um Stundung. Bludenz, 4. August 1819.

⁵⁹⁶ VLA, LG Sonnenberg, Nr. 767, Bludenz 1819 und 1820.

Johann Weiß – Familie ist etwas begütert, mit Überschuldung, erlittener Schaden 437 fl 56 kr, ernährt sich mit Tagwerk, überladen mit vielen Kindern, zur Nachlassung begutachtet.

Joseph Weiß – Familie besitzt kein eigenes Vermögen, ernährt sich mit Weben, kann sich kaum erhalten, zur Nachlassung begutachtet:

Johann Kuster – Familie besitzt keine Begüterung, ist ganz arm, ist in Konkurs geraten, wird von milden Wohltätern unterstützt, zur Nachlassung begutachtet:

<i>Name</i>	<i>erhaltener Betrag in R.W.</i>	<i>zurückbezahlt</i>	<i>noch offen</i>
Schneider Benedikt	12 fl 28 ¼ kr	3 fl	9 fl 28 ¼ kr
Kuster Johann Wendelis	21 fl 9 kr	2 fl 9 kr	19 fl
Schneider Johann lang	15 fl 18 kr	3 fl	12 fl 18 kr
Zoller Gebhard	8 fl	3 fl	5 fl
Schneider Georg Witwe	11 fl 24 kr	2 fl 30 kr	8 fl 54 kr
Nagel Franz	4 fl 24 kr	2 fl 30 kr	1 fl 54 kr
Nagel Joseph Trost	5 fl 22 kr	2 fl	3 fl 22 kr
Kuster Maria Wwe	13 fl 28 kr	2 fl	11 fl 28 kr
Gugele Joseph Ullrichs	7 fl	2 fl 20 kr	4 fl 40 kr
Schobel Joseph Witwe	4 fl 45 kr	1 fl 30 kr	3 fl 15 kr
Schneider Johann Bascha	8 fl 45 kr	2 fl 20 kr	6 fl 25 kr
Kuster Niklaus Wwe	13 fl 33 kr	3 fl 30 kr	10 fl 3 kr
Gugele Johann Jäger	23 fl 37 ½ kr	2 fl 30 kr	21 fl 7 ½ kr
Kuster Joseph Witwer	7 fl 15 kr	2 fl 30 kr	4 fl 45 kr
Schneider Barbara Wwe	20 fl 33 kr	3 fl	17 fl 33 kr
Weiß Joh. Schmieds	26 fl 15 kr	3 fl	23 fl 15 kr
Bachmayer Georg	12 fl 24 kr	2 fl 15 kr	10 fl 9 kr
Spehler Johann	5 fl 30 kr	3 fl	2 fl 30 kr
Bachmayer Joseph Anton	7 fl	3 fl 30 kr	3 fl 30 kr
Kuster Joseph Wendeles	19 fl 24 kr	2 fl 30 kr	16 fl 54 kr
Weiß Jakob Maurer Wwe	17 fl 15 kr	2 fl 30 kr	14 fl 45 kr
Schneider Joseph lang	9 fl 39 kr	2 fl	7 fl 39 kr
Schneider Jakob Steffa	13 fl 5 kr	2 fl 30 kr	10 fl 35 kr
Schneider Johann Christli	12 fl 15 kr	2 fl	10 fl 15 kr
Kuster Anton	6 fl 3 kr	2 fl 15 kr	3 fl 48 kr
Schneider Niklaus	16 fl 37 ½ kr	2 fl 30 kr	14 fl 7 ½ kr
Bachmayer Joh. Baptist	22 fl 18 kr	4 fl	18 fl 18 kr
Bachmayer Jakob	12 fl 15 kr	2 fl	10 fl 15 kr
Schneider Niklaus Benedikts	17 fl 51 kr	1 fl 52 kr	15 fl 59 kr
Schneider Jakob Lipis	7 fl	2 fl 50 kr	4 fl 10 kr
Pfefferle Jakobs Wwe	25 fl 27 kr	2 fl 30 kr	12 fl 57 kr
Kuster Joh. Wendelis Wwe	13 fl 42 kr	1 fl 30 kr	12 fl 12 kr
Weiß Jakob Witwer	18 fl 30 kr	2 fl	16 fl 30 kr
Weiß Joseph Schuß	18 fl 43 kr	2 fl	16 fl 43 kr

<i>Name</i>	<i>erhaltener Betrag</i>	<i>zurückbezahlt</i>	<i>noch offen</i>
Schobel Joseph	9 fl 12 kr	3 fl	6 fl 12 kr
Schneider Jakob	14 fl 54 kr	1 fl 45 kr	13 fl 9 kr
Schneider Jakob Küfer + Tochter	25 fl 28 kr	2 fl	23 fl 48 kr
Blum Joseph Jakobs	13 fl 36 kr	2 fl	11 fl 36 kr
Gugele Niklaus Wwe	19 fl 45 kr	2 fl	17 fl 45 kr
Gugele Johann Baptist	3 fl 12 kr	1 fl 45 kr	1 fl 27 kr
Nagel Leonhard	3 fl 30 kr	2 fl	1 fl 30 kr
Nagel Georg	28 fl 15 kr	2 fl 30 kr	25 fl 45 kr
Nagel Johann	17 fl 3 kr	2 fl	15 fl 3 kr
Blum Joh. Jakobs	17 fl 3 kr	2 fl	15 fl 3 kr
Weiß Gebhard	24 fl 57 kr	1 fl 35 ½ kr	23 fl 21 ½ kr
Bachmayer Barbara	6 fl 42 kr	6 kr	42 fl
R.W.	632 fl 12 ¼ kr	107 fl 6 ½ kr	525 fl 5 ¾ kr
W.W.	526 fl 50 5/24 kr	89 fl 15 5/12 kr	437 fl 34 19/24 kr

Insgesamt waren in Fußach von den 632 fl 12 ¼ k4 erst rund ein Sechstel zurückbezahlt worden. Von den offenen 525 fl 5 ¾ kr sollten laut Pfarrer Männel etwas über 400 fl ganz erlassen werden.⁵⁹⁷

Auch die überschwemmten Gemeinden im Kollegialgericht Feldkirch baten um die Stundung der Rückzahlungen bzw. um den Erlass für einen Teil der Notvorschüsse.⁵⁹⁸

Den Behörden blieb schließlich nichts anders übrig, als all jenen, denen von der örtlichen Armenkommission die Zahlungsunfähigkeit attestiert worden war, die noch offene Rückzahlung zu erlassen. Mindestens 4.000 fl der Notvorschüsse, wenn nicht die Hälfte der 12.000 fl dürften nie mehr zurückbezahlt worden sein.

7.7. Nachbar in Not

Die wichtigste, vom Staat geförderte und anerkannte Hilfsmaßnahme für die Opfer von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Muren, Lawinen sowie von Feuersbrünsten war die Genehmigung von öffentlichen Sammlungen. Diese Sammlung konnten die Betroffenen nicht einfach von sich aus durchführen, sondern sie musste behördlich initiiert und genehmigt werden. Abhängig von der Größe des Schadens und der Zahl der Betroffenen konnte eine solche Sammlung nur in den Gemeinden eines Gerichts, eines Kreises oder der gesamten Monarchie gestattet werden. Die überregionalen Sammlungen in allen Teilen der Monarchie mussten von oberster Stelle, also von Wien, genehmigt werden. Regionale Sammlungen und Spendenaufrufe genehmigte das Landespräsidium in Innsbruck. Zu den Begünstigten gehörten jeweils die Gemeinden, die im

⁵⁹⁷ VLA, LG Dornbirn, Sch. 103, Nachsicht der Schulden, Zeugnis des Herr Pfarrers, Fußach, 16. August 1822. Bei den markierten schlug er den Erlass der Rückzahlung vor.

⁵⁹⁸ VLA, Gemeinearchiv Götzis, Sch. 11, Nr. 10, Armenversorgung, Götzis, 1. September 1819.

Sammlungsaufrief explizit angeführt waren. Bei einem Unglück in einer größeren Stadt oder einem „vorzüglichen“ Markt, war eine Sammlung in allen Provinzen der Monarchie möglich. Bei Schäden in einer „minderen“ Markt- oder einer Dorfgemeinde war eine „milde Beysteuer Sammlung“ in den Kreisen der jeweiligen Provinz erlaubt. Für einzelne Verunglückte gab es in der Regel keine allgemeine Sammlung.⁵⁹⁹ Eine Ausnahme bildeten kleinere Gruppen von Verunglückten nach Lawinen- und Murenabgängen. Zum Beispiel genehmigte man für die Lawinenopfer in Tirol und Vorarlberg 1817 eine solche Sammlung.⁶⁰⁰

War eine öffentliche Sammlung genehmigt, wurde sie per Dekret publiziert und über die Kreisämter an die Landgerichte und von diesen an die Gemeinden weitergeleitet. In den Gemeinden hatten die Vorsteher amtsbekannte, ehrliche Männer zu bestimmen, die die Spenden einsammelten. Ziel war es, in jeder Gemeinde, jeder Pfarre für die „Verunglückten“ möglichst viel Geld oder auch Sachwerte zu sammeln. Das gespendete Geld wurde dann über das zuständige Kreisamt an die verunglückten Gemeinden oder an die jeweilige Landesbehörde weitergeleitet.

Bei einer monarchieweiten Sammlung wurde das Geld über die Wiener Hof-Kommission weitergeleitet. Die Verteilung erfolgte dann wieder durch die lokale Armenkommission vor Ort. Die Einzelspenden waren bei diesen Sammlungen zwar immer sehr klein. Erst durch die große Zahl der Spender entfaltete diese Art der Hilfe ihre Wirkung, ähnlich wie es sich auch heute bei den entsprechenden Spendenaufrufen ergibt. Die Bereitschaft, bei solchen Sammlungen zu spenden, hing vor allem davon ab, wo das Unglück geschehen war.

Bei Sammlungen im eigenen Gericht oder Kreis halfen die Menschen eher als bei Unglücksfällen in weit entfernten Teilen der Monarchie⁶⁰¹ Andererseits spielte die eigene Situation notgedrungen eine entscheidende Rolle. 1807 spendeten die Gemeinden des Gerichts Dornbirn für die verunglückte Gemeinde Stuben 124 fl 41 kr. (27 fl 42 kamen aus Dornbirn, 39 fl 32 kr aus Hohenems, 22 fl von den Hohenemser Juden, 8 fl 53 aus Lustenau sowie 26 fl 34 kr aus Höchst-Fußach.⁶⁰² 1817 kamen aus

dem Gericht Bregenz für die verunglückten Lawinenopfer in St. Gallenkirch nur mehr 18 fl 26 ½ kr zusammen, obwohl das Gericht Bregenz über 2.000 Einwohner mehr hatte als das Gericht Dornbirn.⁶⁰³ Durch die Lawinenabgänge waren vier Familien in existenzielle Not geraten. Ihr Schaden betrug 2.641 fl 37 kr.⁶⁰⁴ Besonders die Pfarrer der Umgebung sollten zu einer milden Sammlung für die Geschädigten aufrufen.

Es ist sämtlichen Bewohnern des Thales Montafon bekannt, welch schauderliches Unglück am 9ten Merz d. J. die Familie des Kristian Salzgeber, des Joseph Schwarzmann und des Zolleinnehmers

⁵⁹⁹ Provinzial Gesetzsammlung, Jahrgang 1816, Bd 3, II. Teil, S. 613 ff. TETTINEK, S. 185.

⁶⁰⁰ TLA, Jüngeres Gubernium, Hofresolutionen 1818, fol. 557, Nr. 20385/4831, Wien, 16. März 1818.

⁶⁰¹ Gemeindearchiv Lustenau, Rh 18,31: Gemeinderechnung 1817/18. Aufgelistet sind 12 Sammlungen, u.a. für Knittelfeld, Röthis, St. Georgen, Freystadt, jeweils mit 1 fl.

⁶⁰² VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1807, Nr. 184, Dornbirn, 14. März 1807.

⁶⁰³ VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Armensachen III, Nr. 15, Bregenz, 28. März 1817. Die Einwohnerzahlen laut Handbuch der neuesten Geographie des Österreichischen Kaiserstaates, Wien 1817, S. 680 ff.

⁶⁰⁴ VLA, Lg Bregenz, Sch. 398, Armensachen III, Nr. 15, Bregenz, 28. März 1817.

Wimmer in St. Gallenkirch getroffen habe, und wie viele Personen durch den fürchterlichen Herabsturz der Schneelawine ein Opfer des Todes geworden seyen.

Es ist den Bewohnern des Montafons ferner bekannt, daß sämtl. Beschädigte als Kristian Salzgeber, Joseph Schwarzmann, Franz Joseph und Joh. Joseph Tschugg und Kaspar Bargehr schon vor dem betroffenen Unglücke beinahe kein Vermögen besaßen, und eben daher durch dieses Unglück eine so traurige Lage versetzt wurden, als ihnen alle noch beseßene Lebensmittel, Kleidungsstücke und Hausmobilien, Vieh und Fahrnisse, insoweit sie einiges besaßen, entrissen, und hiemit in das größte Elend gestürzt wurden.

Der Biedersinn, ihren eigenen Landsleuten beizuspringen, hat sich bey den Montafonern bisher noch immer erprobt, und wird auch diesesmahl nicht minder sich zeigen.

Es werden daher sämtliche H. Pfarrer und Kuraten in Folge einer hohen Weisung des wohlhöbl. Kreisamtes zu Bregenz [...] in ihren Kirchen öffentlich bekannt zu machen, sohin für diese Verunglückten die Milde Sammlung auf die gewöhnliche Art vornehmen zu lassen, und den Betrag hierher zu übermachen.

Lebensmittel und Kleidung sollten direkt dem Vorsteher von St. Gallenkirch oder dem Landrichter übergeben werden. Dieser würde das gespendete Geld an die Verunglückten verteilen, und zwar in dem Maße des erlittenen Schadens.⁶⁰⁵

Die Tradition zu geben war so in der Mentalität der Menschen verankert, dass selbst die von Überflutungen betroffenen Harder noch die kleine Summe von 28 kr spendeten.⁶⁰⁶ Zur Zeit der größten Teuerung spendeten die Gemeinden des Gerichts Bregenz 21 fl 56 kr für die Gemeinde Fai,⁶⁰⁷ die am 13. August 1816 durch Hagelschlag die Getreideernte und die Früchte verloren und 13.000 fl Schaden erlitten hatte.⁶⁰⁸ Im Herbst 1816 waren es 36 fl 13 ½ kr für Ahrenberg im Landgericht Rattenberg, wo 1814 und 1815 durch Überschwemmungen und Hagel Schäden in der Höhe von 11.605 fl entstanden waren.⁶⁰⁹

Bei all diesen öffentlichen Sammlungen, unabhängig davon, wo sie zum Tragen kamen, wurden alle gespendeten und empfangenen Gelder sowie die Menge der gelieferten und verteilten Naturalien von den Behörden detailliert festgehalten. Vor allem die Empfänger waren bis zum letzten Kreuzer, den sie oft Jahre nach dem Unglück erhielten, vermerkt. Die Belege, Abrechnungen und Akten der sich über Jahrzehnte hinziehenden Sammlungen für die von Rhein und Bodensee überschwemmten Gemeinden sowie die von Hagel und Schneelawinen Betroffenen wurden bis 1841 weitergeführt und in Evidenz gehalten.⁶¹⁰

⁶⁰⁵ Vgl. KASPER, S. 30. Zitiert nach VLA, Stadtarchiv Bludenz, Fasz. 388/108.

⁶⁰⁶ VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Armensachen III, Nr. 15, Bregenz, 28. März 1817.

⁶⁰⁷ Fai della Paganella, eine italienische Gemeinde im Trentino in Italien

⁶⁰⁸ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 14.

⁶⁰⁹ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 10.

⁶¹⁰ Der abschließende Akt zu den Sammlungen findet sich als Polizeiakt Nr. 661 im Jahr 1841. VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661. Er enthält Unterlagen von 1817 bis 1841.

7.7.1. Milde Sammlungen

Eine erste Sammlung für die Opfer der Überschwemmungen von Rhein und Bodensee 1816 regte im November 1816 das Gubernium in Innsbruck an und gestattete sie für den Kreis Vorarlberg. Als am 24. Dezember 1816 das Genehmigungsschreiben im Kreisamt in Bregenz eintraf, schrieb sie der Kreishauptmann sofort per öffentliches Patent aus. Er erhoffte sich für die vielen ohnehin sehr bedürftigen Familien, *die der ganzen Jahresernte beraubt und so in den bittersten Notstand versetzt waren, einen gottgefälligen Erfolg. Denn es waren rechtschaffende und ganz unverschuldet leidende Mitbürger, die besonders im Winter und dem hart drückenden Missgeschick litten.*⁶¹¹

Die Genehmigung war aber nur für eine Sammlung im Zuständigkeitsbereich des Kreisamtes Bregenz ausgestellt. Dem Kreishauptmann war allerdings klar, dass die Menschen viel mehr an Hilfe bedurften und das Land selbst nicht in der Lage war, ausreichend Hilfsmittel aufzubringen. Noch am selben Tag schlug er dem Bregenzer Landrichter Mosbrugger vor, man müsse sich dafür einsetzen, dass die Sammlung auf alle Provinzen der Monarchie ausgedehnt werde.⁶¹² Für Tirol hatten die Behörden schon für die Hochwasser- und Murengeschädigten des Jahres 1815 eine solche Sammlung erwirkt.

Die Hoffnung der Vorarlberger auf eine Sammlung in der gesamten Monarchie wurde aber vorerst bitter enttäuscht. Am 13. März 1817 gelangte der Antrag erstmals zu den zuständigen Stellen nach Wien. Dort wurde er am 18. April 1817 mit der Begründung abgelehnt, dass die Verunglückten schon 1.000 fl aus den Notvorschüssen erhalten hätten, die sie auch nicht zurückbezahlen müssten.⁶¹³ Die Central-Organisierungs-Hofcommission in Wien erklärte weiter, der Schaden von 33.000 fl in mehreren Gemeinden insgesamt sei nicht beträchtlich genug.⁶¹⁴ Statt eine Sammlung in der gesamten Monarchie zu gestatten, versicherte der Kaiser, dass der im verfloßenen Jahr zur Unterstützung der *durch die Überschwemmung des Rheins und Bodensees verunglückten Vorarlbergerischen Gemeinden erfolgte Geldbetrag von eintausend Gulden R.W. nachgesehen und nicht zu den 12.000 fl Notvorschuss gerechnet werde.* Statt einer Sammlungsgenehmigung erhielten die Behörden die Anweisung, die vorgesehenen, aber noch nicht ausgezahlten 300 fl, die vom Gubernium als unverzinsliches Darlehen für die Gemeinden geplant waren, zurückzuhalten.⁶¹⁵ Außerdem musste das Kreisamt in Bregenz im Sommer 1817 alle *4 zu 4 Tage genaue Rapporte über die Schäden abgeben. Es sollten dann entsprechende Maßnahmen getroffen werden, damit den verunglückten Gemeinden von den Nachbargemeinden die möglichste Unterstützung geleistet werde.*⁶¹⁶

Erst am 23. Oktober 1817 bequeme man sich in Wien dazu, wieder zu reagieren. Die Berichte und Rapporte des Bregenzer Kreisamtes über den Stand der Schäden durch die Überschwemmungen während des Sommers hatte man zur Kenntnis genommen. Man freute sich über die angenehme

⁶¹¹ VLA, Patente, Sch. 13, Nr. 86.

⁶¹² VLA, LG Bregenz, Sch. 398, Armensachen II, Nr. 24, Bregenz, 24. Dezember 1816.

⁶¹³ TLA, Hofresolutionen 1817, fol. 429 f.

⁶¹⁴ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D, Innsbruck, 8. Mai 1817.

⁶¹⁵ TLA, Hofresolutionen 1817, fol. 565.

⁶¹⁶ TLA, Hofresolutionen 1817, fol. 1030.

86

Das außerordentliche Unglück, welches im letzten Sommer durch den Austritt des Rheinflusses und Bodensees die Gemeinden Geisau, Lustenau, Bruck, Höchst und Fußach im Bezirke des Landgerichts Dornbirn, und die Gemeinden Hard, Vorkloster und Bregenz im Bezirke des Landgerichts Bregenz getroffen, eine große Menge obnein sehr bedürftiger Einwohner dieser Gemeinden des ganzen heurigen Jahres beraubt und sehr viele Familien in den bittersten Nothstand versetzt hat, ist hierlands bereits allgemein bekannt.

Der dießfallige, landgerichtlich aufgenommene Schaden, beläuft sich zu

Geisau auf	fl	5052	fr.	24
Lustenau	"	5929	"	—
Höchst und Bruck	"	6963	"	23.
Fußach	"	5547	"	30.
Hard	"	8856	"	50.
Vorkloster	"	306	"	8.
Bregenz	"	1003	"	—

Zusammen auf Reichsw. fl. 33,658 fr. 21.

Nachdem die gubernierende Landesstelle durch die Beträchtlichkeit dieses Schadens sich bewogen gefunden hat, zur einstweiligen Unterstützung dieser beschädigten Gemeinden nicht nur in ganz Tyrol vermittelt der k. k. Kreisämter eine allgemeine milde Sammlung zu verfügen, sondern auch höchsten Orts auf Veranlassung einer ähnlichen Sammlung in allen übrigen Österreichischen Provinzen einzuschreiten, ist der unterzeichnete Kreishauptmann, der sogleich beim ersten Ausbruche der gemeldeten Ueberschwemmungen auf Ort u. Stelle persönlich von der Größe dieses Unglücks sich überzeugt hat, durch eine heute an ihn eingelangte hohe Verordnung vom 28. des v. M. beauftragt worden, deßhalb indessen auch hier Landes eine allgemeine Sammlungsausreibung auf der gewöhnlichen Art zu verfügen.

Das k. k. Kreisamt beehrt sich demnach, diese Sammlung hiermit in der ganzen Provinz öffentlich auszusprechen, und gesammte geistliche sowohl als weltliche Vorgesetzten zur zweckmäßigen wohlthätigen Mitwirkung nachdrücklich aufzufordern, die im gegenwärtigen Falle um so minder den beabsichtigten gottgefälligen Erfolg verfehlen wird, als es um dringende Linderung des besonders zur jetzigen Winterzeit hartdrückenden Mangel's rechtsschaffener und ganz unverschuldet leidender Mäbiger sich handelt.

Die bey dieser auch von den Kirchenkanzeln drey Male zu verkündigenden Sammlung eingehenden milden Beiträge sind sonach von den k. k. provis. Landgerichten an dieses Kreisamt vorschristmäßig einzubefordern, welches die verhältnismäßige Vertheilung derselben gewissenhaft besorgen wird.

Bregenz am 24ten Dezember 1816.

Kaiserl. königl. Kreisamt in Vorarlberg.

Er. kaiserl. königl. apostol. Majestät,

wirklicher Gubernial-Rath und Kreishauptmann.

Anton Daubrawa von Daubraweit.

(Folien 7259.)

Nachricht, dass das Hochwasser zurückgegangen war (*die gänzliche Befreiung der überschwemmt gewesenen Gebäude und Gründe*), und schätzte die günstigen Resultate der zur Unterstützung der verunglückten Gemeinden eingeleiteten Subskription. Auch die detaillierte Beschreibung der Schäden wurde lobend erwähnt, allerdings sah man keinen weiteren Handlungsbedarf. Die Innsbrucker Behörden wurden sogar angewiesen, *in reifliche Erwägung zu nehmen, ob, noch eine fernere Beihilfe nothwendig sey*.⁶¹⁷ Die Hofkommission in Wien war also trotz der dringlichen Berichte des Vorarlberger Kreishauptmannes und der drastischen Meldungen in der Presse skeptisch, ob die Verunglückten denn weiter der Hilfe bedurften.

Die Auskünfte, die Gouverneur Graf von Bissingen-Nippenburg im Oktober 1817 von allen Kreishauptleuten über die Ernährungslage in den sieben Kreisen seines Verwaltungsbereichs erhielt, veranlassten ihn schließlich dazu, einen dramatischen und düsteren Bericht nach Wien zu senden. Er erklärte, dass sämtliche Kreishauptleute hierhin übereinkämen, *daß nach der so gesegneten Erndte und dem gedeihen aller Art Produkte darum noch (hat er ergänzt) keine eigentliche Noth das ist Mangel an Lebensbedarfnissen bestehe, auch daß der größte Theil der Bewohner des Landes mit solchen für den Augenblick gedeckt ist.*

Daß jedoch die im Verhältniß des so großen Geschehens noch immer hochstehenden Preise der Feldfrüchte die arme Klasse der Bewohner und [...] ganze Gemeinden drücken. Besonders betroffen, seien jene Gemeinden, die von den im verflossenen Sommer häufig statthabenden Elementarereignissen besonders Überschwemmungen getroffen seien. Diese Überschwemmungen hätten dazu geführt, die Gemeinden nicht nur von der Erholung nicht profitierten, sondern dass ihre gesamte Ernte vernichtet sei. Eine neuerliche Teuerung würde wieder zu einem Notstand führen.

Die Kreishauptleute aus dem Unter- und Oberinntal und aus Vorarlberg hätten angekündigt, dass es schwierig werde und die Vorräte für die Zeit des Winters und Frühjahr *ganz aufgezehrt werden. Besonders aber die Lage Vorarlbergs, wo zu Theil auch die Erndte und Weinlese mißrathen ist, wo ein großer Theil der durch die vorjährige Mißwachs und durch Überschwemmungen zu Grunde gerichteten Gemeinden auch heuer wieder dieses Unglück und zwar auf ein allergrößtes Maße traf, wo die fremden Nachbarstaaten, besonders Bayern durch unerschwinglichen Getreideausfuhrzoll die Getreidesperre gegen Vorarlberg eingeleitet hat, und von Württemberg und Baden ein gleiches zu besorgen ist. Vorarlberg sei von allen seinen sonstigen Aushilfsquellen – die hungernden Cantone der Schweiz an seiner Seite – abgeschnitten.* Vorarlberg benötige jetzt Getreide aus der Lombardei, um nur einiger Maßen den Nahrungsbedarf seiner Einwohner decken zu können. Für die gegenwärtigen und noch zu erwartenden Bedürfnisse brauche es Getreidesammlungen und Vorratslager, um den nördlichen Kreisen in Tirol und Vorarlberg über den Winter zu helfen.⁶¹⁸

Im bankrotten Wien, wo die junge Nationalbank versuchte, wieder Geld in die leeren Staatskassen zu pumpen und die Kreditfähigkeit der Monarchie zu verbessern, verhalte auch dieser Appell ohne

⁶¹⁷ TLA, Hofresolutionen 1817, fol. 1029. KOLER, S. 270 f, interpretiert dieses Schreiben dahingehend, dass er von einem guten Ergebnis spricht. Die Sammlung in der gesamten Monarchie erfolgte aber erst 1818, und das Geld trudelte erst in den folgenden Jahren in Vorarlberg ein.

⁶¹⁸ TLA, Jüngerer Gubernium 1817, 141, Gubernium 3632, Präs. Fasz. 1809, Nr. 2035, Innsbruck, 24. November 1817.

große Reaktion. Wie schon Graf von Baldacci in seinem geheimen Bericht geschrieben hatte, waren Hilfsmaßnahmen im kaiserlichen Budget nicht eingeplant. Erst ein knappes Jahr später, am 22. September 1818, gelang es dem Tiroler Gubernium mit Unterstützung der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei den Antrag für eine milde Sammlung in der gesamten Monarchie einzubringen.⁶¹⁹ Am 17. Oktober 1818 wurde die monarchieweite Sammlung für die durch Elementarschäden betroffenen Tiroler und Vorarlberger endlich genehmigt.

Für die 1817 durch Überschwemmungen getroffenen Gemeinden gab es trotz aller Versuche von Kreishauptmann Daubrawa keine weitere oder neue Sammlung mehr. Die zusätzliche geforderte Unterstützung könne nicht mehr gestattet werden, da vom Kaiser 1817 dafür schon 1.000 fl und noch einmal 226 fl R. W. als Hilfe zur Verfügung gestellt worden seien. Außerdem seien *diese verunglückten Gemeinden sowohl durch die Sammlung im Land selbst als durch die bereits in gesamten Erbstaaten eingeleitete allgemeine Sammlung und durch die inneren Hilfsquellen des Landes* vor einer wirklichen Not bewahrt.⁶²⁰ Die Spende aus der Privatschatulle des Herrschers wurde somit von den Behörden als ausreichende Beteiligung des Staates an der Bewältigung der Krise gesehen.

7.7.2. Verteilung der Sammlungsgelder

Die ersten Eingänge aus den milden Sammlungen trafen ab Herbst 1817 im Kreisamt ein und wurden von dort an die Betroffenen weitergeleitet. Mit der Ausdehnung des Sammlungsgebietes auf die gesamte Monarchie flossen schließlich ab 1820 bis 1841 aus den verschiedenen Reichsteilen größere und kleinere Summe nach Vorarlberg.⁶²¹ Bis die Spenden also bei den betroffenen Gemeinden ankamen, vergingen einige Jahre. Etliche der 1816 und 1817 betroffenen Orte wie Lustenau, Höchst und Fußach waren 1821 gerade wieder von einem Bodenseehochwasser und einer Rheinüberschwemmung getroffen, als Spenden für die Schäden von 1816 eintrudelten.

Der Kreishauptmann bemühte sich, die Spenden aus der Kreissammlung möglichst gerecht und nach Dringlichkeit zu verteilen. Fußach, das von allen Gemeinden am schwersten getroffen war, erhielt am 21. Februar 1818 70 fl R.W. zugewiesen, die Landrichter Mosbrugger am 2. März zur Verteilung weiterleitete.⁶²² Weitere 50 fl R.W. folgten Ende Mai.⁶²³

⁶¹⁹ TLA, Hofresolutionen 1818, fol. 1814, Nr. 22473/1007, Wien, 17. Oktober 1818.

⁶²⁰ VLA, KA 1, Sch. 308, Ferdinand von Bissingen-Nippenburg, Innsbruck, 24. Februar 1818.

⁶²¹ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661.

⁶²² VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 3, Dornbirn, 2. März 1818.

⁶²³ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 13, Bregenz, 23. Mai 1818.

Überblick über die ersten milden Sammlungen.⁶²⁴

<i>Öffentliche Sammlung</i>				
<i>Datum</i>	<i>Ort</i>	<i>Summe</i>		
2. Oktober 1817	Gaißau	16 fl		
2. Oktober 1817	Fußsach	80 fl		
2. Oktober 1817	Hard	20 fl		
2. Oktober 1817	Vorkloster	8 fl		
10. Oktober 1817	Hard durch Herr Pfarrer	16 fl		
31. Dezember 1817	Wartherische Geschwister zu Vandans	20 fl		
20. Jänner 1818	die Gemeinde Vorkloster für Heu	30 fl		
30. Jänner 1818	die Gemeinde Hard durch Hr. Pfarrer	21 fl		
Sammlung Nr. 914/228	der Gemeinde Hard	21 fl		
21. Feber 1818	der Gemeinde Fußsach	70 fl		
23. Feber 1818	der Gemeinde Höchst	50 fl		
4. März 1818	der Gemeinde Gaißau	70 fl		
30. März 1818	der Gemeinde Fußsach	100 fl	11 kr	
3. April 1818	der Gemeinde Hard	40 fl		
10. April 1818	Rieden und Vorkloster	24 fl		
17. April 1818	Höchst	50 fl		
23. April 1818	Gaißau	24 fl	7 kr	
Bis Ende April 1818		660 fl	18 ¼ kr	
1. Mai 1818	Hard	100 fl		
25. Mai 1818	Fußsach	50 fl		
9. Juni 1818	Hard	40 fl		
28. Mai 1818	Vorkloster	16 fl	20 kr	3 H
23. Juni 1818	Höchst	50 fl		
Bis Ende Juni 1818		916 fl	38 ¼ kr	3 H
6. Juli 1818	Gaißau	24 fl	28 kr	
6. Juli 1818	Fußsach	79 fl	54 kr	
6. Juli 1818	den feldkirchischen Gemeinden	200 fl		
13. Juli 1818	Hard	20 fl		
13. Juli 1818	letzt. feldkirchischen Gemeinden	200 fl		
Mit 1. Oktober 1818	für die Wasserverunglückten	1.441 fl	¼ kr	3 H
Samml. 6662/1644	auf dem Christian Huber	40 fl		
Samml 947/214	dem durch Feuer verunglückten Sebastian Moll von Hard	20 fl		
Samml 1672/406	dem Jos. Beirl Hafner zu Bregenz	30 fl		
	der Witwe Finstermacher zu Bregenz	15 fl		
Samml 3096/738	dem Michael Hele von Bregenz	15 fl		
		1.561 fl	¼ kr	3 H

⁶²⁴ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Zusammenstellung aller Beträge aus den milden Sammlungen. Quittung für Gaißau, Juli 1818 s. VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 16, Dornbirn, 11. Juli 1818.

Die Gemeinde Höchst erhielt die 50 fl im April 1818 für die Krankenbehandlung, da im Ort ein Fieber herrschte, das jeweils alle Hausbewohner befiel.⁶²⁵

Zwischen Jänner und Mai 1820 konnte Kreishauptmann Daubrawa erneut Geld an vierzehn Gemeinden aus den Gerichten Dornbirn, Bregenz und Feldkirch verteilen. Am 20. Jänner 1820 hatte er 3.457 fl 1 3/4 kr in E.Sch. und 27 fl 23 1/2 kr in C.M. erhalten, das erste Geld aus den Sammlungen in der Herrschaft Tirol und Vorarlberg.⁶²⁶ Von der Spende profitierten 2.215 Personen. Das Geld wurde dem Kreishauptmann zuerst immer via Innsbruck avisiert. Er kündigte dann den begünstigten Gerichten die zu erwartenden Beträge schriftlich an. Diese hatten anschließend mit den Vorstehern der betroffenen Gemeinden Verteilungsentwürfe für das Geld zu erarbeiten. Diese Entwürfe mussten nochmals vom Kreisamt genehmigt werden. Wenn sie genehmigt waren, erhielten die Landrichter und Vorsteher das Geld und konnten es an die Begünstigten verteilen. Der Großteil der Spenden bestand aus Einlösungsscheinen und Anticipationsscheinen in Wiener Währung, Papiergeld, das nicht viel wert war. Der Anteil an Münzen betrug in der Regel etwa ein Prozent der Spendensumme. In Vorarlberg behielt man das wertvolle Münzgeld lieber in der eigenen Börse, in den anderen Teilen der Monarchie war es aufgrund der Währungskrise seit 1811 sowieso rar. Mit einer Verordnung war am 19. Mai 1818 zumindest festgelegt worden, dass die Auszahlung von Spendengeldern in Conventionsmünzen nach dem 20-Guldenmünzfuß zu erfolgen habe.⁶²⁷ Die Vorarlberger Landgerichte und Gemeinden wechselten also alle erhalten Spendengelder in Reichswährung um.

Empfängergemeinden⁶²⁸

<i>Gemeinde</i>	<i>Köpfe</i>	<i>C.M.</i>		<i>E.Sch.</i>	
Höchst	407	5 fl	2 kr	634 fl	18 kr
Fußsach	383	4 fl	49 kr	596 fl	18 kr
Gaißau	280	3 fl	29 kr	437 fl	
Hohenems	56		41 kr	87 fl	24 kr
Landgericht Dornbirn		14 fl	1 kr	1.755 fl	
Bregenz	29		21 kr	45 fl	10 kr
Hard	259	3 fl	12 kr	404 fl	14 kr
Lochau	18		13 kr	28 fl	8 kr
Vorkloster	118	1 fl	28 kr	188 fl	40 kr
Hörbranz	5		4 kr	7 fl	48 kr
Landgericht Bregenz		5 fl	18 kr	674 fl	

⁶²⁵ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 5, Bregenz, 17. April 1818.

⁶²⁶ Das Geld war dem Kreisamt Bregenz am 11. November von Innsbruck aus avisiert und am 10. Dezember 1819 von der k.k. Landeshauptstaxamtsdirektion übersandt worden. VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661.

⁶²⁷ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1818, Armensachen Nr. 11, Bregenz 19. Mai 1818.

⁶²⁸ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Armensachen Nr. 4, Bregenz, 20. Jänner 1820 und 12. August 1821. Dieselbe Abrechnung findet sich auch in den Aufzeichnungen im abschließenden Akt zu den öffentlichen Sammlungen für die durch Überschwemmung verunglückten Untertanen. S. VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661.

<i>Gemeinde</i>	<i>Köpfe</i>	<i>C.M.</i>		<i>E.Sch.</i>	
Bangs und Matschels	54	40	kr	84 fl	17 kr
Meiningen	54	40	kr	84 fl	17 kr
Altach	83	1 fl	2 kr	129 fl	32 kr
Koblach	336	4 fl	9 kr	523 fl	20 kr
Mäder	133	1 fl	33 ½ kr	206 fl	41 ½ kr
Kollegialgericht Feldkirch		8 fl	7 ½ kr	1.028 fl	7 ½ kr
Summe	2.215	27 fl	23 ½ kr	3.457 fl	7 ½ kr

Der Dornbirner Landrichter tauschte die 14 fl 1 kr W.W. und die 1.755 fl E.Sch. aus Wechseln der Firma Herrburger & Rhombert in Reichswährung um und verteilte das Geld dann an seine Gemeinden. Für die gesamte Summe erhielt er 849 fl 46 kr R.W. Das bedeutete, es traf für jede der 1.126 empfangsberechtigten Personen rund 45 kr. Einen knappen Tagelohn für einen Maurer, Schiffer oder Fuhrmann.

Ems	42 fl	17 ½ kr
Höchst	307 fl	6 kr
Fußsach	288 fl	47 ½ kr
Gailßau	211 fl	35 kr

Wie kompliziert die Umrechnung der verschiedenen Währungen gewesen ist und wie wenig Bargeld in den öffentlichen Kassen gelegen hat, zeigt die Auszahlung dieser Spende im Gericht Bregenz. Das Kreisamt hatte dem Landgericht 7 Stück Einlösungsscheine á 100 fl übersandt und erwartete die restliche Summe zurück. Weil das Landgericht aber auch keine kleinen Scheine besaß, übersandte es dem Stadtmagistrat Bregenz ebenfalls einen zu hohen Betrag und hoffte, das Stadtmagistrat könne die 26 fl, die es zu viel erhalten hatte, in kleinen Einlösungsscheinen oder in Conventionsmünzen retournieren. Als die Stadt das Geld nach vier Tagen noch nicht retourniert hatte, urgierte das Landgericht das Versäumnis und forderte dringend die 26 fl, denn das Landgericht musste das Geld weiter dem wohlwollenden Kreisamt ersetzen, und dieses forderte das Geld sogleich.⁶²⁹ Vom Stadtmagistrat kam allerdings keine Reaktion. So mahnte das Landgericht erneut und schlug vor, von dem Geld sollte das Bregenzer Stadtmagistrat 28 fl 8 kr in Einlösungsscheinen an die Vorstehung von Lochau und 41 kr nach Hard übersenden.⁶³⁰ Bei der nächsten Auszahlung von Spendengeldern Anfang März 1820 hätten den 29 Bregenzer Bedürftigen 1 fl 4 kr C.M. und 5 fl 43 kr E.Sch. zugestanden. Weil der Stadtmagistrat Bregenz die 26 fl (in Einlösungsscheinen) *anher noch immer restiert, 1 fl 4 kr nach dem Kurse die Scheine á 250 fl* gerechnet, wurde dieses Geld einbehalten.⁶³¹

⁶²⁹ Stadtarchiv Bregenz, 14A Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816-1821-1867, LG Bregenz, 24. Februar 1820.

⁶³⁰ Stadtarchiv Bregenz, 144, LG Bregenz, 8. Februar 1820.

⁶³¹ Stadtarchiv Bregenz, 144, LG Bregenz, 24. Februar 1820.

Ein ähnliches Problem ergab sich ein Jahr später im Landgericht Sonnenberg. Aus einer Sammlung hatte es 502 fl 55 $\frac{3}{4}$ kr zugesprochen bekommen. Vom Kreisamt kam die Summe wie üblich in Münzen unterschiedlicher Währung. In diesem Fall waren es u.a. 214 Stück Kronentaler. Der Buchhalter hatte sich bei der Umrechnung aber um 1 fl zu Ungunsten des Landgerichts verrechnet, das diesen fehlenden Gulden daraufhin aufgebracht einforderte. Probleme ergaben sich auch, wenn Empfänger nicht zum vorgegebenen Termin beim zuständigen Landgericht erschienen. So hatte der Lecher Gemeindevorsteher Strolz von Lech die Abwicklung der gesamten Spendenverteilung verzögert, *da mit Tannberg die Kommunikation gesperrt war*. Der Vorsteher konnte erst Anfang April am Gerichtssitz in Bludenz erscheinen.⁶³²

Am 26. März 1820 konnte Kreishauptmann Daubrawa wieder 82 fl 31 $\frac{1}{4}$ kr C.M. und 435 fl 9 $\frac{1}{4}$ kr E.Sch. verteilen, die ihm am Anfang des Monats aus Innsbruck angewiesen wurden. Für das Gericht Dornbirn waren es 41 fl 57 kr in C.M. und 221 fl 12 kr an E.Sch. Die Einlösungsscheine waren beim Umwechseln knapp die Hälfte wert, nämlich nur 102 fl 3 kr R.W., für die 41 fl 57 kr C.M. gab es 50 fl 20 $\frac{1}{2}$ kr. So konnte er pro Kopf wieder nur rund 8 kr verteilen.⁶³³ Höchst bekam 55 fl 4 $\frac{1}{2}$ kr R.W., Fußach 51 fl 50 kr R.W., Gaißau 37 fl 54 kr R.W. und Hohenems 7 fl 35 $\frac{1}{2}$ kr R.W.⁶³⁴

Das Gericht Bregenz erhielt aus dieser Sammlung 15 fl 59 fl C.M. und 84 fl 18 kr E.Sch.,⁶³⁵ für das Gericht Feldkirch waren es 24 fl 35 kr C.M. und 129 fl 29 kr E.Sch.⁶³⁶

Die Hauptauszahlung der monarchieweiten Sammlung erfolgte mit den Abrechnungen vom 16. Februar 1821, Zahl 734/152, und vom 9. März 1821, Zahl 1279/266.⁶³⁷ Gerade bei diesen Auszahlungen kam es wiederholt vor, dass das Kreisamt die Verteilungsentwürfe über Wochen einfach liegen ließ oder sie nicht genehmigte, was in den Gerichten zu erheblichem Unmut und großer Verstimmung führte.⁶³⁸ Wenn von Gemeinden ältere Spendenabrechnungen fehlten, konnte es passieren, dass neue Spenden gar nicht ausgehändigt wurden.⁶³⁹

⁶³² VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 734/152, Bludenz, 6. April 1821.

⁶³³ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Mosbrugger, 17. April 1820.

⁶³⁴ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Mosbrugger, 16. Mai 1820.

⁶³⁵ Stadtarchiv Bregenz, 14A Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816-1821-1867. Von der Stadtvertretung wurde der Empfang dieser Summe am 19. April 1820 bestätigt.

⁶³⁶ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Dornbirn, 13. April 1820. S. auch VLA, KA 1, Sch. 263, Nr. Repartition, Bregenz, 26. März 1820.

⁶³⁷ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Verteilung Bregenz, 15. Februar 1821 und VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Zahl 759/98, Innsbruck, 19. Jänner 1821.

⁶³⁸ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 743, Dr. Mosbrugger, Dornbirn, 1. Juni 1821.

⁶³⁹ Für die Spenden vom Februar 1822 blieben die Gemeinden Höchst, Fußach und Gaißau mit den geforderten Bestätigungen im Rückstand, dass sie mehrfach gemahnt wurden. VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 953, Dornbirn, 6. März 1822.

Laut Kreisamtsabrechnung vom Mai 1822 waren die beiden Spenden mehr oder weniger weisungsgemäß verteilt worden.⁶⁴⁰

Empfang		Verwendung	
19. Jänner 1821 Zahl 759/98		W.W.	
1809 durch Krieg und Brand Verunglückten	7 kr 2 H	Martin Feurle von Giggelstein	7 kr 2 H
durch Schneelawinen Verunglückte 1817	1.165 fl 7 kr 3 H	Montafon mit 699 fl 31 ¼ kr	
durch Überschwemmung Verunglückte 1817	1.269 fl 5 kr 3 H	Sonnenberg mit 531 fl 16 ¼ kr	1.230 fl 47 kr 3 H
28. Februar 1821 Zahl 2954/410		Dornbirn	658 fl 21 kr
für die Verunglückten überhaupt	26 fl 13 kr 2 H	Bregenz	250 fl 51 kr
für die durch Wolkenbruch		Feldkirch	386 fl 7 ¼ kr
und Hagel Verunglückten	65 fl 40 kr		1.295 fl 19 kr 1 H
			1.295 fl 19 kr 1 H
			1.230 fl 47 kr 3 H
	2.526 fl 14 kr 2 H		2.526 fl 14 kr 2 H

Dem Gericht Bregenz wurden 245 fl 48 kr W. W. zugewiesen, die es an die 1817 verunglückten Gemeinden verteilen sollte. Von dieser Summe erhielt die Stadt Bregenz 26 fl 20 kr. Hard bekam 164 fl 45 kr und Lochau 4 fl 58 ½ kr, Vorkloster 48 fl 48 kr und Hörbranz 56 ½ kr.⁶⁴¹ Die Stadt Bregenz stockte ihren Betrag auf 31 fl 36 kr auf. Allerdings wurden jetzt, fünf Jahre nach der Überschwemmung, nur noch sechs Personen beteiligt, nämlich Martin Roth, Joseph Beirl, Magdalena Weiß, Jakob Vögele, Ignaz Walser und Joseph Schwarz. Sie erhielten zwischen 4 fl und 7 fl.⁶⁴²

Aus der zweiten Tranche vom 28. Februar 1821 gingen 13 fl 13 kr an das Gericht Dornbirn. Sie wurden aber, weil alte Listen fehlten, bis April 1821 nicht übergeben und mussten unmissverständlich angefordert werden.⁶⁴³ 5 fl 3 kr waren für die 429 Begünstigten im Landgericht Bregenz und 7 fl 57 ½ kr sollten 660 Personen im Gericht Feldkirch zukommen.⁶⁴⁴ Das bedeutete gut zwei Drittel Kreuzer pro Kopf. Für die durch Wolkenbruch und Hagel verunglückten Gemeinden in den Gerichten Sonnenberg und Montafon waren 65 fl 40 kr C.M. bestimmt.⁶⁴⁵

Auf das Gericht Montafon waren aus der ersten Tranche 1821 699 fl 31 ½ kr W.W. oder 839 fl 26 kr R.W. an wohlthätigen Spenden bestimmt. Wie der Vertreter des Gerichts Sonnenberg und Dr. Mosbrugger vom Landgericht Dornbirn bemängelte auch der Vertreter des Montafons, Leopold von Lutterotti, dass die einzelnen Beträge bei der vorgeschriebenen Auszahlung sehr gering seien. Statt *die einzelnen Unterstützungsbeiträge in so kleinlichte Summen zerfallen zu lassen, daß sie aufhören*

⁶⁴⁰ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Bregenz, 30. Mai 1822.

⁶⁴¹ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Pol. 1397/290, zu 734, Gericht Bregenz, 14. März 1821.

⁶⁴² Stadtarchiv Bregenz, 144, Stadtmagistrat, Bregenz, 17. April 1821.

⁶⁴³ VLA, KA 1, Sch. 263, Nr. 661, Nr. 743, Dornbirn, 26. April 1821

⁶⁴⁴ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Daubrawa, 9. März 1821. Vgl. auch VLA, KA 1 Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Überweisung aus Innsbruck vom 28. Februar 1821.

⁶⁴⁵ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Innsbruck, 28. Februar 1821.

Zur Nro. 2019.

Vom

K. K. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck

Nota.

Die folgende gültige Verordnung: No. 3. 1861. des k. k. Finanzministeriums vom 1. März 1861, betreffend die Einzahlung der Steuern und Abgaben in die Kassen der Provinzial-Kammeral-Zahlämter, ist durch die k. k. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck zur Kenntnis gebracht worden. Die k. k. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck sind daher ersucht, die Einzahlung der Steuern und Abgaben in die Kassen der Provinzial-Kammeral-Zahlämter zu beaufsichtigen, und die k. k. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck zu beauftragen, die Einzahlung der Steuern und Abgaben in die Kassen der Provinzial-Kammeral-Zahlämter zu beaufsichtigen, und die k. k. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck zu beauftragen, die Einzahlung der Steuern und Abgaben in die Kassen der Provinzial-Kammeral-Zahlämter zu beaufsichtigen.

Fol. 4210 F. 261

Erzogen am 19. Sept. 1861

An
Herrn k. k. Provincial-Kammeral-Zahlamte
Innsbruck

Nota
Die mit gefolgter Nota vom 13. d. M. d. J. 1861. übergebenen Landrenten- und Abgaben-Belege sind es. d. N. W. befolgt worden. Die k. k. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck sind daher ersucht, die Einzahlung der Steuern und Abgaben in die Kassen der Provinzial-Kammeral-Zahlämter zu beaufsichtigen, und die k. k. Provinzial-Kammeral-Zahlamte Innsbruck zu beauftragen, die Einzahlung der Steuern und Abgaben in die Kassen der Provinzial-Kammeral-Zahlämter zu beaufsichtigen.

Innsbruck den 19. Sept. 1861.

Kammeral-Zahlmeister.

Kontrollor.

An
Ein 1861. k. k.
953.

Anweisung des Zahlamtes Innsbruck über eingelangte Sammlungsgelder

Sortenliste ad. N. 4^o j.

*ist die hier beschriebene Sammlung aus dem Louvre-Kabinett
des Königs von Preussen durch Vermittlung des kaiserlichen
Gesandten in Paris am 1. März 1821.*

N ^o	Beschreibung	Convent.		Königl. Preuss.		Bank		Zusammen	
		Münz	Stück	Münz	Stück	Münz	Stück	Münz	Stück
33.	Convent. Gulden a 2 ^{fl} -	44	✓						
4.	fulda 2 ^{fl} 2 ^{gr} a 1 ^{fl} -	4	✓						
9.	Frankl 2 ^{fl} 2 ^{gr} a 20 ^{kr} -	4	20	✓					
13.	20 ^{gr} -	4	20	✓					
2.	1 ^{fl} -	1	✓						
23.	10 ^{gr} -	2	10	✓					
14.	5 ^{gr} -	1	10	✓					
72.	Frankfurt	2	26	✓					
9.	Münz		52	✓					
1.	Louisdor a								66 15 ^{gr}
1.	Frankfurt a			9	12	✓			✓
4.	Frankl 2 ^{fl} a 20 ^{kr} -			2	12	✓			
1.	Frankfurt a			2	2	✓			
4.	Frankfurt a			1	22	✓			
22.	15 ^{gr} -			8	✓				
20.	Frankfurt a 6 ^{gr} -			2	✓				
1.	2 ^{fl} a 6 ^{gr} -			6					27 12 ^{gr}
<u>Banknoten</u>									
11.	a 100 ^{fl} -					1100	✓		
1.	a 25 ^{fl} -					25	✓		
2.	a 10 ^{fl} -					20	✓		
4.	a 5 ^{fl} -					20	✓		
Summe								1289 52 ^{gr}	

Vom Kaiserl. Königl. Provinzial Taxamte
Frankfurt, am 8. März 1821.

Königl. Preuss. Hof

Königl. Preuss. Hof

Liste mit den unterschiedlichen Münzen und Währungen einer Sammlung

eine Wohlthat zu seyn, und nur unnütz die den wahrhaft Hilfsbedürftigen zugedachten Beiträge schmälern, sollte dem Landgericht die zweckmäßigste Verwendung überlassen werden. Statt das Geld pro Kopf⁶⁴⁶ zu verteilen, sollten die wirklich Bedürftigen unterstützt werden.⁶⁴⁷ Das Kreisamt folgte der Argumentation Lutterottis und erklärte einen Monat später, dass das Landgericht das Geld in seinem Sinn verteilen könne. Die Empfangsbestätigungen seien nach der Verteilung dem Kreisamt zu übermitteln.⁶⁴⁸

Im Gerichtsbezirk Feldkirch ging man bei der Verteilung der 378 fl 9 $\frac{3}{4}$ kr eigene Wege und erklärte, das Geld an die betroffenen armen Rheingemeinden nach einem bewährten Schlüssel zu verteilen und nicht, wie es inzwischen gefordert war, nur an arme Individuen.⁶⁴⁹

Koblach	126 fl 15 kr
Bangs	94 fl 30 kr
Meiningen	71 fl 39 $\frac{3}{4}$ kr
Altach	38 fl 15 kr

Vom Kreisamt in Bregenz wurde diese Art der kleinteiligen Verteilung zwar nicht goutiert, es verweigerte aber auch nicht die Genehmigung für die althergebrachte Vorgangsweise. Einen Kommentar konnte sich der zuständige Beamte aber nicht verkneifen: mit diesen gesammelten Beträgen sollten *nach der Absicht der hohen Regierung ganz arme Gemeindsglieder unterstützt werden, weil sonst diese Unterstützungsbeiträge in gar zu kleine letztere Quotienten zerfallen würden, ohne Wohltat zu verbreiten, wie ein nicht gesuchtes Almosen*.⁶⁵⁰

Im Landgericht Dornbirn setzte sich Landrichter Mosbrugger mit dem Gaißauer Vorsteher Franz Joseph Lutz, dessen Höchster Kollegen Johann Baptist Schobel sowie Franz Joseph Spehler aus Fußach zusammen, um über die Verteilung der 645 fl 8 kr W.W. zu beraten. Dabei wurde festgelegt, dass nur wirklich Geschädigte der Überschwemmungen von 1817 ein Anrecht auf Unterstützung hätten. Eine entscheidende Rolle bei der Höhe spielte auch die Bedürftigkeit des Geschädigten. In erster Linie sollten die Bedürftigsten etwas bekommen, ohne die weniger Bedürftigen zu vernachlässigen. Wenn eine arme Familie während der Notzeit von der Gemeinde unterstützt worden war und noch Schuldnerin der Gemeinde war, so hielten es die Vorsteher durchaus für gerechtfertigt, dass die Spenden jetzt zur Rückzahlung der Schulden bei der Gemeinde verwendet werden sollten. Über die Verteilung sollte genau Buch geführt werden.⁶⁵¹ Die Gemeinden sahen die einlangenden Hilfsgelder jetzt vor allem auch als Chance, Ausstände ihrer Gemeindeangehörigen einzubringen und so die eigenen Finanzen zu verbessern.

⁶⁴⁶ 1817 waren alle verunglückten Personen und Familien und jeder, der einen Schaden erlitten hatte, erhoben und aufgenommen worden. Nach diesen Zahlen sollte die Zuwendung der Sammlungsgelder erfolgen. Sechs Jahre nach dem Schadensfall sollte also immer noch mit den „Kopfzahlen“ von 1817 gerechnet werden, unabhängig davon, ob sich die Verhältnisse einer Familie, eines Verunglückten, geändert hatten oder nicht.

⁶⁴⁷ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 734, Schruns, 25. Mai 1821.

⁶⁴⁸ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 734, Bregenz, 30. Juni 1821.

⁶⁴⁹ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 743, Feldkirch, 17. April 1821.

⁶⁵⁰ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 743, Bregenz, 28. April 1821.

⁶⁵¹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Dornbirn, 1. Juni 1821.

Gaißau erhielt 192 fl 31 kr, an Fußach gingen 263 fl 19 kr, Höchst 279 fl 50 kr und für die Hohenemser Geschädigten fielen 38 fl 29 ½ kr ab. Während Gaißau und Fußach das Geld Anfang Juli übernahmen, mussten sich die Höchster und Emser Vertreter bis Anfang August gedulden.⁶⁵² In Gaißau wurde das Geld an 68 Geschädigte verteilt, die Unterstützung schwankte zwischen 6 fl und 20 kr, unabhängig von der Höhe des Schadens oder der aus Gemeindegeldern erhaltenen Unterstützung.⁶⁵³

Die Gaißauer Abrechnung dieser Summe gibt einen guten Einblick, wie das Verhältnis zwischen Schaden, Hilfe der eigenen Gemeinde und milden Spenden ausgesehen hat.⁶⁵⁴

<i>Gaißau Schäden Hochwasser 1817</i>	<i>Schaden</i>	<i>Hilfe der Gemeinde</i>	<i>Hilfe öffentl.</i>
Niederer Jakob	429 fl		3 fl
Lutz Johann	250 fl 24 kr	12 fl 35 kr	1 fl 52 kr
Lutz Johann	294 fl 48 kr		1 fl 3 kr
Nägeli Othmar	616 fl		4 fl 3 kr
Nägeli Johann	206 fl 48 kr	16 fl	1 fl 30 kr
Nagel Joseph	260 fl 24 kr		1 fl 52 kr
Niederer Johann Georg	808 fl		6 fl
Lutz Johann	135 fl	10 fl	45 kr
Niederer Jakob	524 fl 36 kr	29 fl	3 fl 45 kr
Lutz Georg	328 fl	21 fl	2 fl 15 kr
Nagel Johann	450 fl		3 fl 22 kr
Lutz Johann	134 fl		45 kr
Nägele Sebastian	242 fl		1 fl 30 kr
Niederer Sebastian	656 fl		4 fl 30 kr
Nagel Fidel	794 fl	7 fl	1 fl 30 kr
Niederer Jakob	429 fl		3 fl
Lutz Johann	250 fl 24 kr	12 fl 35 kr	1 fl 52 kr
Lutz Johann	294 fl 48 kr		1 fl 3 kr
Nägeli Othmar	616 fl		4 fl 3 kr
Nägeli Johann	206 fl 48 kr	16 fl	1 fl 30 kr
Nagel Joseph	260 fl 24 kr		1 fl 52 kr
Niederer Johann Georg	808 fl		6 fl
Lutz Johann	135 fl	10 fl	45 kr
Niederer Jakob	524 fl 36 kr	29 fl	3 fl 45 kr
Lutz Georg	328 fl	21 fl	2 fl 15 kr
Nagel Johann	450 fl		3 fl 22 kr
Lutz Johann	134 fl		45 kr
Nägele Sebastian	242 fl		1 fl 30 kr
Niederer Sebastian	656 fl		4 fl 30 kr
Nagel Fidel	794 fl	7 fl	1 fl 30 kr
Lutz Sebastian	377 fl		1 fl 35 kr

⁶⁵² VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Dornbirn 3. Juli 1822, Gaißau, 6. August 1822.

⁶⁵³ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4.

⁶⁵⁴ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Gaißau, 6. August 1822.

<i>Gaißau Schäden Hochwasser 1817</i>	<i>Schaden</i>	<i>Hilfe der Gemeinde</i>	<i>Hilfe öffentl.</i>
Lutz Joseph	275 fl	6 fl	1 fl 50 kr
Niederer Johann	464 fl		3 fl 20 kr
Nagel Michael	120 fl	8 fl 12 kr	1 fl
Lutz Johann	100 fl		45 kr
Nägeli Johann	410 fl 12 kr		3 fl
Nagel Joseph	125 fl 12 kr		1 fl
Nagel Georg	412 fl	31 fl 45 kr	3 fl
Lutz Joseph Anton	137 fl 12 kr	8 fl	1 fl
Niederer Georg	47 fl	7 fl	20 kr
Lutz Andreas	193 fl 48 kr		1 fl 30 kr
Nägeli Johann	551 fl 12 kr		4 fl 4 kr
Nägele Anton	82 fl 12 kr	7 fl 44 kr	45 kr
Nagel Georg	377 fl 12 kr		2 fl 35 kr
Niederer Johann	447 fl 36 kr		3 fl
Niederer Johann	783 fl 36 kr		5 fl 38 kr
Lutz Anton	122 fl	7 fl	1 fl
Lutz Johann Georg	628 fl 24 kr		4 fl 30 kr
Nägeli Fidel	528 fl 12 kr	12 fl 6 kr	3 fl 45 kr
Lutz Gebhard	214 fl	18 fl	1 fl 30 kr
Nagel Michael	345 fl	2 fl	2 fl 15 kr
Maurer Franz Paul	139 fl 36 kr		45 kr
Nägele Johann	550 fl		3 fl 22 kr
Lutz Joseph	300 fl 12 kr	29 fl 41 kr	2 fl 15 kr
Nagel Johann	83 fl		1 fl
Lutz Johann	292 fl	17 fl 24 kr	2 fl
Lutz Jakob	121 fl 12 kr	10 fl	6 fl
Nagel Joseph	217 fl 36 kr	7 fl	1 fl 30 kr
Lutz Joseph	537 fl 24 kr		3 fl 45 kr
Lutz Joseph	704 fl 12 kr		5 fl 15 kr
Lutz Joseph	561 fl 24 kr		4 fl 5 kr
Lutz Franz Joseph	670 fl		4 fl 52 kr
Lutz Johann	336 fl 24 kr	31 fl 31 kr	2 fl 15 kr
Lutz Johann	293 fl 12 kr	20 fl 10 kr	2 fl 35 kr
Lutz Ulrich	583 fl 36 kr		4 fl 5 kr
Niederer Joseph	146 fl 12 kr		45 kr
Nägeli Joseph	150 fl 36 kr	11 fl 19 kr	1 fl 5 kr
Lutz Barbara Witwe	225 fl	6 fl 20 kr	1 fl 30 kr
Lutz Dominikus	551 fl		4 fl 5 kr
Nägeli Jakob	253 fl	10 fl 37 kr	1 fl 52 kr
Klosterknecht Viktoria	448 fl 48 kr		3 fl
Lutz Nikolaus	448 fl 36 kr	7 fl 42 kr	3 fl
Lutz Gebhard	54 fl 30 kr	7 fl	4 fl
Lutz Jakob	495 fl		3 fl 45 kr

<i>Gaißau Schäden Hochwasser 1817</i>	<i>Schaden</i>	<i>Hilfe der Gemeinde</i>	<i>Hilfe öffentl.</i>
Lutz Joseph Anton	613 fl 48 kr	2 fl 45 kr	4 fl 30 kr
Lutz Johann	324 fl	18 fl	4 fl
Niederer Joseph	442 fl		3 fl
Niederer Johann	785 fl		5 fl 35 kr
Lutz Jakob	60 fl	9 fl 41 kr	1 fl
Niederer Johann	801 fl	32 fl 47 kr	6 fl
Niederer Andreas	592 fl 12 kr		4 fl 30 kr
Niederer Jakob	467 fl 24 kr		3 fl 22 kr
Niederer Johann	496 fl 24 kr		3 fl 22 kr
	25.614 fl 6 kr	423 fl 19 kr	188 fl 4 kr

Es zeigt sich auch deutlich, dass die Hilfe aus der Gemeindekasse mehr als doppelt so hoch gewesen war als die Hilfe aus den öffentlichen Sammlungen. Mit Spenden konnte nur ein kleiner Teil der noch offenen Gemeindeunterstützung zurückbezahlt werden. Diese Mittel reichten gerade aus, um etwa ein Prozent der individuellen Schäden abzudecken.

Der Fußacher Vorsteher Franz Joseph Spehler wählte zwei Auszahlungsvarianten für die Zuwendungen 1821. Im Frühjahr hatte er 263 fl 19 kr R.W. an die Bürger verteilt.⁶⁵⁵ Die Höhe dieser Zuwendung hing vom ursprünglichen Schaden und schon erhaltenen Unterstützungsgeldern ab. Auf die einzelnen Familien entfielen Beiträge zwischen 1 fl 30 kr und 5 fl. Nur eine Handvoll Bürger, nämlich Joseph Blum, Nannette Gehring, die Brüder Joseph, Kasimir, Leonhard und Alois Weiß, Gemeindeammann Joseph Anton Schneider und Altvorsteher Joseph Kuster, waren finanziell so gut gestellt, dass sie keine Zuwendung brauchten. Teilweise wurde das Geld ausbezahlt, in vielen Fällen aber mit Schulden bei der Gemeinde gegengerechnet. Eine kleine Summe von 5 fl 24 kr R.W ging im August 1821 in Beträgen von 22 bis 48 kr an zehn Arme, darunter vier Witwen.⁶⁵⁶

Landrichter Mosbrugger hatte noch einmal 15 fl 51 ½ kr verteilt.

Höchst	5 fl 44 kr
Fußach	5 fl 24 kr
Gaißau	3 fl 56 kr
Ems	47 ½ kr

Die kleinen Summen, die die Gemeinden bei der Abrechnung dieser Spende an die Behörden kommunizierten, wurden dort kritisch registriert. Dass die Gemeinden Fußach, Gaißau und Vorkloster Beträge in der Höhe von *8-12-14-30 kr* verteilt hatten, wurde mit Missfallen festgestellt. In den Augen der Innsbrucker Behörden sollte, das Geld nicht in ganz kleine Summen zerfallen, *um noch Wohltaten zu verbreiten und nicht zum unbedeutenden Almosen herabzusinken*.⁶⁵⁷

⁶⁵⁵ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Individuelles Verzeichnis der ab den 263 fl aufgeteilten Hilfe, Fußach, 1. April 1821.

⁶⁵⁶ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Dornbirn, 7. August 1821.

⁶⁵⁷ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Innsbruck, 10. Juni 1823.

Bei den 1822 ausbezahlten Sammlungsgeldern in der Höhe von insgesamt 658 fl 21 kr W.W. oder 790 fl 1 kr R.W. gingen die Gemeinden des Landgerichts Dornbirn wieder eigenständig vor. Sie vergaben das Geld nicht nach der ursprünglichen Zahl der Betroffenen von 1816, sondern nach den aktuellen Bedürfnissen.⁶⁵⁸ 1821 hatte der Rheindurchbruch in Höchst in Höchst, Fußsach und Gaißau nämlich wieder schwere Schäden angerichtet.

Hohenems	39 fl 17 kr
Höchst	285 fl 34 kr
Fußsach	268 fl 43 kr
Gaißau	196 fl 27 kr

Dem Kreisamt in Bregenz wurden im Juni 1822 speziell für bedürftige Familien in Gaißau 5 fl 18 kr W.W. zugesandt, die über das Landgericht Dornbirn an den Gemeindeammann Franz Joseph Lutz weitergereicht wurden. Dieser verteilte das Geld im August, umgerechnet 2 fl 32 ½ kr in Silbermünzen nach dem gesetzlichen Kurs. Je einen Gulden erhielten Jakob Lutz und Gebhart Lutz, für Magdalena Ölzin blieben die 32 ½ kr.⁶⁵⁹ Magdalena Ölzin, Witwe des Johann Nagel, und Franziska Meyerin (Mägerin), Witwe des Jakob Lutz, wurden einen Monat später mit kleinen Summen bedacht, 1 fl 53 kr für erstere und einen Gulden für Franziska Meyerin. Das Geld war aus Laibach zugesandt worden.⁶⁶⁰ Aus Siebenbürgen trafen im September desselben Jahres noch einmal 2 fl 24 kr C.M. für die Vorarlberger Katastrophenopfer ein. Dieses Geld erhielt ebenfalls Franziska Mayer in Gaißau.⁶⁶¹ Im September 1823 wurde die nächste Spende abgerechnet. Die Hofkanzlei in Wien hatte einen Betrag von 206 fl 31 ¼ kr für die Verunglückten Tiroler und Vorarlberger nach Innsbruck zur Verteilung überwiesen. Von diesem Geld waren *33 fl 24 kr für die verunglückten Vorarlberger überhaupt und 32 fl 38 kr für die im Jahr 1817 durch Elementarereignisse verunglückten Ortschaften* gedacht.⁶⁶² Kreishauptmann Ebner verteilte das Geld an die Landgerichte Bregenz, Dornbirn und Feldkirch. Das Landgericht Bregenz erhielt 12 fl 46 kr, Dornbirn 33 fl 32 kr. Für die betroffenen Gemeinden im Gericht Feldkirch verblieben 19 fl 44 kr.⁶⁶³

Im Landgericht Dornbirn erhielten die Gemeindevorsteher von Hohenems, Höchst, Fußsach und Gaißau im November auf dem üblichen Weg über Landrichter Mosbrugger 32 fl 15 kr W.W. oder 38 fl 42 kr R.W. zur Verteilung an die unterstützungswürdigen Familien. Die vier Gemeinden bekamen

⁶⁵⁸ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Dornbirn, 20. April 1822. S. auch VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 953, Bregenz, 26. Februar 1822.

⁶⁵⁹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Dornbirn, 12. August 1822. S. auch VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 953, Innsbruck, 13. Juni 1822.

⁶⁶⁰ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Gaißau, 14. Oktober 1822, Dornbirn, 15. Oktober 1822.

⁶⁶¹ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 953, Innsbruck, 3. September 1822, Dornbirn, 15. Oktober 1822.

⁶⁶² VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Innsbruck, 13. September 1823.

⁶⁶³ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Ebner, Bregenz, 2. Oktober 1823.

jeweils 9 fl 40 kr R.W.⁶⁶⁴ Schon im April 1823 hatte der Fußacher Vorsteher Franz Joseph Spehler an zwei arme Familien Geld verteilt. Joseph Nagel, der den ganzen Winter krank gewesen war, erhielt 1 fl 12 kr. Jakob Weiß, Schuß, auch krank und ohnehin bedürftig, erhielt 1 fl 51 kr.⁶⁶⁵ Während in Fußach und Gaißau die Vorsteher die 9 fl 40 kr R.W ziemlich gleichmäßig an die Armen verteilten, erhielten in Höchst zwei Bedürftigen doppelt so viel wie andere.⁶⁶⁶

Das Landgericht Bregenz beteilte Rieden mit 6 fl 23 kr, der Rest von 7 fl 39 kr ging an die Gemeinde Hard, die es gleichmäßig an fünf Personen verteilte.⁶⁶⁷

Im Gericht Feldkirch gingen die 19 fl 44 kr an die Gemeinden Bangs, Meiningen, Altach, Koblach und Mäder. Nach dem schon früher für die Verteilung von Unterstützungsgeldern angewandten Schlüssel erhielt:

Koblach	$\frac{1}{3}$ Theil		
Bangs	$\frac{1}{4}$ Theil		
Meiningen	$\frac{1}{8}$ Theil	2 fl 28 kr	
Mäder	$\frac{1}{5}$ Theil	4 fl 45 kr	je 36 kr an sieben Männer und 33 kr an eine Wittfrau
Altach	$\frac{1}{10}$ Theil		

Es sei nach *Absicht der hohen Regierung unter ganz arme Gemeindsglieder zu spenden, weil sonst diese ohnehin klein ausgefallenen Summen vertheilet, ohne Wohlthat zu verbreiten, wie ein nicht gesuchtes Almosen verzeichnet würden.*⁶⁶⁸ Meiningen und die anderen hatten binnen acht Tagen dem Landgericht zu melden, welche Familien beteiligt worden seien.⁶⁶⁹

Aus Ungarn trafen im Oktober 1824 noch einmal 2 fl 48 kr W.W. ein, das Geld war zwischen November 1823 und April 1824 eingesammelt worden und sollte den 1817 *durch Überschwemmung Verunglückten* zukommen. Das Geld kam in Hard der Familie Sinz zugute.⁶⁷⁰

Auch in den nächsten Jahren flossen immer wieder einmal kleine Beträge nach Vorarlberg. So quittierte der Fußacher Vorsteher am 15. Juni 1826 die ordnungsgemäße Verwendung von 60 fl R.W. *Sammlungsgeldern*, die er am 8. Juni erhalten hatte. Wie von den Behörden angeordnet, wurde das Geld dazu verwendet, noch offene Notvorsüsse zurückzubezahlen. Elf Haushalte erhielten je 4 fl, zwei Familien je 5 fl und eine Familie 6 fl, die von der Vorstehung für die Notvorsüsse einbehalten

⁶⁶⁴ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armsachen 1820, Nr. 4, Dornbirn, 19. Oktober 1823. Kreishauptmann Ebner hat den Empfang am 2. Oktober 1823 quittiert, und zwar 33 fl 32 kr W.W. Von Bregenz schickt er am 18. Oktober 32 fl 15 kr W.W. weiter nach Dornbirn. Die vier Vorsteher übernehmen ihren Anteil zwischen dem 5. Und 20. November 1823!

⁶⁶⁵ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armsachen 1820, Nr. 4, Fußach, 12. April 1823. S. auch VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Dornbirn, 15. April 1823.

⁶⁶⁶ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Höchst, 22. Dezember 1823.

⁶⁶⁷ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Rieden, 2. November 1823; Hard, 27. November 1823.

⁶⁶⁸ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 943, Mäder, 24. September 1823.

⁶⁶⁹ VLA, Gemeindearchiv Meiningen, Sch. 32, Armenfürsorge, Feldkirch, 20. Oktober 1823.

⁶⁷⁰ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 6137, Innsbruck, 21. Oktober 1824.

wurden, wie alle Betroffenen durch ihre Unterschrift bestätigten.⁶⁷¹

1831 wurden vom Mailänder Gubernium 44 Centesimi oder 10 fl W.W. über das Gubernium für Tirol und Vorarlberg an das Kreisamt Bregenz übermittelt.⁶⁷² Für das Geld bedankte sich Josef Kloser aus Hard beim Kreisamt. Seine Unterschrift wurde vom Land- und Kriminalgericht in Bregenz mit Brief und Stempel bestätigt. Er sei *der ärmste & zugleich rechtschaffene Mann aus der Gemeinde Hard, welcher ein krankes Weib und 7 unerzogene Kinder habe, dem daher diese Unterstützung vor allen anderen gebührt.*⁶⁷³ Über die ausgezahlte Summe entbrannte in der Folge ein Streit zwischen dem Kreisamt Bregenz und dem Landgericht Bregenz. Weil sich seit der Einsammeln des Geldes der Wechselkurs verändert hatte, waren die 44 Centesimi inzwischen nur noch 9 fl 50 kr wert. Dem Josef Kloser war also etwas zu viel Geld ausbezahlt worden. Das Kreisamt wollte den Differenzbetrag zurück haben, was von den Landgerichtsbeamten strikt abgelehnt wurde.⁶⁷⁴

Das steiermärkische Gubernium in Graz übersandte sogar 1841 noch 37 fl 32 $\frac{3}{4}$ kr W.W. für die 1817 durch Überschwemmung Verunglückten. Das Gericht Feldkirch sprach die gesamte Summe dem Altenstädter Ortsteil Matschels zu, der Ortsteil war besonders betroffen gewesen und die Bewohner hatten ihre Wohnhäuser abgebrochen und waren nach Nofels übersiedelt.⁶⁷⁵

Überblick über die verzeichneten Spenden.⁶⁷⁶

Datum	Währung
bis 1818 aus Vorarlberger Sammlungen	1.561 fl $\frac{1}{4}$ kr 3 H R.W.
20. Jänner 1820 Zahl 24851/2730	27 fl 23 $\frac{1}{2}$ kr C. M.
20. Jänner 1820 Zahl 24851/2730	3.457 fl 1 $\frac{3}{4}$ kr E.Sch.
2. März 1820 Zahl 431/529	82 fl 31 kr C. M.
2. März 1820 Zahl 431/529	435 fl 9 $\frac{1}{4}$ kr E.Sch.
19. Jänner 1821 Zahl 759/98	
durch Schneelawinen Verunglückte 1817	1.165 fl 7 kr 3 H W.W.
durch Überschwemmung Verunglückte 1817	1.269 fl 5 kr 3 H W.W.
28. Februar 1821 Zahl 2954/410	
für die Verunglückten überhaupt	26 fl 13 kr 2 H W.W.
für die durch Wolkenbruch und Hagel Verunglückten	65 fl 40 kr W.W.
September 1823	32 fl 38 kr
September 1823	33 fl 24 kr
Ungarn 1824	2 fl 48 kr W.W.
Juni 1826	60 fl R.W.
Mailand 1840	44 fl Centesimi
Steiermark 1841	37 fl 32 kr W.W.

⁶⁷¹ VLA, LG Dornbirn, Sch. 230, Armensachen 1820, Nr. 4, Fußsach, 15. Juni 1826.

⁶⁷² VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 6018, Innsbruck, 5. September 1831.

⁶⁷³ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 6018, Bregenz, 17. Oktober 1831.

⁶⁷⁴ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 6018, Bregenz, 29. Oktober 1831.

⁶⁷⁵ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Innsbruck, 8. Jänner 1841, Feldkirch, 4. Februar 1841.

⁶⁷⁶ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661.

Mit allen erhaltenen Sammlungsgeldern konnten die Geschädigten nur Bruchteile ihres Verlustes decken. Das Geld stellte eine kleine Hilfe dar. Mit ihm konnte man Lebensmittel kaufen und vor allem Schulden abtragen. In den meisten Gemeinden wurden die Spenden daher nicht ausgezahlt, sondern nur mit bestehenden Schulden gegengerechnet, entweder als Rückzahlung für die Notvorschüsse oder zur Begleichung offener Steuerforderungen. Das Geld reichte aber nie aus, um sich etwas Neues aufzubauen. In diesem Sinn können sie nur bedingt mit einer modernen Soforthilfe oder gar einer ausbezahlten Elementar- oder Hagelversicherung verglichen werden.

Der Vergleich mit der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2005, die in der Nacht auf den 23. August in Vorarlberg schwere Verwüstungen angerichtet hat, zeigt, dass sich vieles kaum geändert hat. 2005 entstand in Vorarlberg ein Schaden von 180 Millionen Euro. Die Vorarlberger spendeten für die Opfer mehr als 3,5 Millionen Euro, fast die Hälfte davon brachte die ORF-Aktion „Vorarlberger helfen“. 14,8 Millionen erhielt Österreich von der EU, davon gingen drei Millionen für den Aufbau der Infrastruktur an Vorarlberg.⁶⁷⁷ Das heißt, über Spenden wurden knapp zwei Prozent der Schäden aufgewogen. Die milden Sammlungen in der gesamten Monarchie für die Elementargeschädigten in Vorarlberg 1816 ergaben bis 1841 rund 6.298 fl R.W. Diese Summe ist der Versuch, die greifbaren Zahlen trotz unterschiedlicher Währungen zusammenzurechnen. Unabhängig davon, ob dies letztendlich die endgültige Spendensumme ist oder nicht, so kann man doch sagen, dass diese Sammlungen in etwa 1,5 Prozent der auf den Angaben von Kreishauptmann Daubrawa basierenden Schadenssumme von 407.552 fl ausmachen. An der Spendenbereitschaft der Menschen hat sich also trotz besserer Lebensbedingungen, eines höheren Lebensstandards sowie massiver Medienkampagnen nicht wirklich viel geändert.

7.7.3. Natural- und Sachspenden

Neben Geld wurden über die regionalen milden Sammlungen auch Naturalspenden zusammengetragen. Kreishauptmann Daubrawa bemühte sich besonders, bei den Gerichten und nicht betroffenen Gemeinden sowie Privatpersonen Sachspenden für die Hochwasseropfer zu bekommen. Über die Erfolge seiner Sammelaktionen berichtete er laufend nach Innsbruck, von wo die Spender mit Dankeschreiben bedacht wurden. So konnte er im Juli 1817 vermelden, dass er Bauholz und Schmalz für die Bedürftigen bekommen habe. Das Holz benötigten die Menschen für den Wiederaufbau ihrer Häuser und zum Heizen. Besonders in den überschwemmten Gebieten fehlte Holz, da die vorhandenen Holzvorräte weggeschwemmt worden waren. Die Bregenzer Holztrifftgesellschaft reagierte besonders kulant auf die Anfrage um Überlassung von Holz. Mit dem *glücklichen Erfolg, daß die Gesellschaft wirklich zur unentgeltlichen Verabfolgung von 200 sogenannter Hauen (deren Werth auf 140 fl angenommen werden darf) sich herbeiließ. Diese Spende war umso mehr zu schätzen und zu begrüßen, als die Gesellschaft selbst in einen sehr bedeutenden Schaden versetzt wurde.*⁶⁷⁸

⁶⁷⁷ <http://vbgv1.orf.at/stories/78879>, <http://vbgv1.orf.at/stories/122601>

⁶⁷⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Über die bezirkswise Noth wegen Überschwemmung, Nr. 210, Daubrawa, Bregenz, 10. Juli 1817.

Das Landgericht des inneren Bregenzerwaldes spendierte ein Fass gesottenes Schmalz von 156 ½ Pfund bayrischem Gewicht zur Verteilung an die Bedürftigen. Kreishauptmann Daubrawa sollte es auf Rechnung des Gerichtsvertreter Jodok Metzler aus Schwarzenberg beim Bregenzer Kaufmann Nikolaus Troll⁶⁷⁹ kaufen.⁶⁸⁰

Nach der guten Ernte im Sommer 1817 spendeten vom Hochwasser nicht betroffene Gemeinden anderen Getreide, Bohnen, Erbsen, Kartoffeln, Zwiebeln, Brennholz, Schmalz und andere lebenswichtige Güter. Diese Spenden waren besonders für die Gemeinden am Bodensee und am Rhein gedacht.⁶⁸¹ Die Naturalien wurden teilweise direkt von einer Gemeinde für eine andere bestimmt, teilweise über den offiziellen Weg Landgericht – Kreisamt – Landgericht verteilt. So ließ Rankweil im November 1817 dem Vorsteher in Gaißau bestellen, dass die Gaißauer in Rankweil 287 Viertel Grundbirn abholen könnten. Auch der Gemeinde Fußsach wurden von drei Gemeinden, nämlich Altenstadt (126 Viertel), Satteins (103 Viertel) und Göfis (109 Viertel), 338 Viertel Kartoffeln zur Verfügung gestellt. Wegen der Abholung sollten sich Gaißau und Fußsach direkt mit den Spendern in Verbindung setzen.⁶⁸²

Lebensmittel spendierte auch die Stadt Bregenz. Sie überließ den Armen in Vorkloster 75 Viertel Kartoffeln, *zum besten ihrer Ärmern durch Wasser Geschädigten Mitbürger entsagen [zu] wollen*.⁶⁸³ Bei dieser Spende spielte auch die Vorratshaltung noch eine Rolle. Dem Landgericht Bregenz lag nämlich viel daran, dass diese 75 Viertel Kartoffeln, *die im vorderen Keller des Municipalgebäudes [...] bei entstehendem Froste der Verderbungsgefahr unterliegen*, schnell verteilt würden.⁶⁸⁴

Die Gegenüberstellung der Spenderlisten mit den Empfängerlisten zeigt aber auch, dass es mitunter einen gewissen Schwund gab.

Zu den Hauptempfängern der Naturalspenden gehörten die Gemeinden Fußsach und Gaißau. Während des Winters 1817/18 lebten sie fast ausschließlich von den Spenden aus den Hofsteiggemeinden und aus dem Gericht Feldkirch.

⁶⁷⁹ Gemeint war der Bregenzer Kornhändler Nikolaus Troll.

⁶⁸⁰ VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Jodok Metzler, Schwarzenberg, 17. Juli 1817. Um dieses gespendete Schmalz entwickelte sich ein bürokratisches Kabarettstück zwischen KA und Gericht Bregenz. Es ging darum, wer das Schmalz gespendet hatte, in welcher Liste es abgerechnet werden musste, staatliche Notvorschüsse oder milde Sammlungen, und an wen es abgegeben werden durfte, nur an die Geschädigten aus Vorkloster oder auch an Rieden! VLA, KA 1, Sch. 308, Faszikel D.D., Bregenz, 4. Oktober 1817.

⁶⁸¹ VLA, KA 1, Polizei 1841, Feldkirch, 24. Dezember 1817. Die markierten Kartoffelspenden gingen direkt an die Gemeinden Gaißau und Fußsach.

⁶⁸² VLA, KA 1, Sch. 263, Nr. 661, Nr. 7383/1909, Bregenz, 24. Dezember 1817

⁶⁸³ Stadtarchiv Bregenz, Historisches Archiv, 14A, Akt 144, Bregenz, 23. Dezember 1817.

⁶⁸⁴ Stadtarchiv Bregenz, Historisches Archiv, 14A, Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816–1821–1867, Bregenz, 22. Dezember 1817.

Spendergemeinden im Dezember 1817⁶⁸⁵

	<i>Rieden</i>	<i>Wolfurt</i>	<i>Schwarzach</i>	<i>Alberschwende</i>	<i>Buch</i>	<i>Langenegg</i>	<i>Hohenweiler</i>	<i>Bildstein</i>	<i>Sulzberg</i>
Bargeld	16 fl 59 kr	6 fl 4 kr		60 fl 35 kr	4 fl 29 kr	8 fl 52 kr	10 fl 48 kr	7 fl 22 kr	46 fl 22 kr
Erdäpfel	17 ½ Vtl	122 Vtl	84 7/8 Vtl		13 Vtl			9 Vtl	
Rüben	10 Vtl	9 Vtl						422 Vtl	
Streue	½ Cn	1 ½ Vtl						14 Vtl	
Mehl		1 Vlg							
Türken		1 ½ Vtl							
Koleraben	65 Stück								
Haber					3 Vlg			1 Vlg	
Holzbuscheln								422	
Wipfel								14	
Holz Bretter								4 Schlitten	
Tannen								3 kleine	

<i>Gericht</i>	<i>Feldkirch</i>	<i>Fesen</i>	<i>Gerste</i>	<i>Türken</i>	<i>Haber</i>	<i>Schmalz</i>	<i>Heu</i>	<i>Erbsen</i>	<i>Rüben</i>	<i>Erdäpfel</i>	<i>Geld</i>
		<i>Vtl + Vlg</i>	<i>Vtl + Vlg</i>	<i>Vtl + Vlg</i>	<i>Vtl + Vlg</i>		<i>Ct. + Pf.</i>		<i>Vtl + Vlg</i>	<i>Vtl + Vlg</i>	<i>fl + kr</i>
Feldkirch		1	1 2							174 1	163 fl 40 kr
Altenstadt				1 4	1		12 50		95 2	126 1½	6 fl 9 kr
Rankweil		6 1	1	1	2		8	½	12 2	287 3	13 fl 26 kr
Röthis										35 3	
Sulz		1 2							11	36 3	12 kr
Klaus										38	
Satteins		13 3		1			41 50			103 3	2 fl
Schlins										54 3½	
Schnifis			4		1 2					68 2	
Göfis		13 2	3						2 2	109 1	
Weiler		1								44	
Zwischenwasser		2				3	11			26 1	
Götzis						4 ½	7			67 1	8 fl 42 kr
Tisis			3							29 1	12 fl 24 kr
Übersaxen					1 3					17 2	
Laterns											8 fl 12 kr
Nofels		2							11	28 2	1 fl 48 kr
Tosters		3 1		2 ½						18	
Summe		40 3	7 1	5 ½	6 1	7 ½	62 18	½	132 2	638 3½	216 fl 33 kr

⁶⁸⁵ VLA, KA 1, Sch. 263, Nr. 661, Nr. 7383/1909, Nr. 7245/1873, Feldkirch, 15. Dezember 1817, Bregenz, 27. November, 10. Dezember, 18. Dezember, 24. Dezember 1817.

Naturalienspender	Fesen	Mehl	Haber Vtl	Erdäpfel Vtl	Rüben	Heu Cnt.	Türken	Streu Cnt.	Bodenkelerabi	Kernen Vtl.
Bregenz		¾	9	116	3	5 ½				
Bregenz			2	54						
Lauterach	4	2	24	197 ½	7		5 ¼	1		
Lauterach			7	118	8					
Hörbranz	4		29	140 ½	21	½	½	1	6	1
	8	2 ¾	71	625 ¾	39	6	5 ¾	2	6	1

Empfängergemeinden⁶⁸⁶

Gemeinde	Vtl	Erdäpfel	Mehl	Koleraben	Heu	Streu	Rüben	Schmalz	Obst	Türken	Haber	Buscheln	Wipfel	Holz	Tannen	Fesen	Erbisen	Gersten	Bretter
Gaißau	200																		
Fußach	400																		
Hard	200		6	2	39														
Lochau		2 ¾	6																
Lochau	13																		
Hard		2 ½		1 ½	3	46	5	10											
Hörbranz	15			1				1											
Lochau	20 ½					20 ½													
Vorkloster	68		65 Stück	½	2	56													
Gaißau	200																		
Fußach	219 ⅞	¼				9			1 ½	¾									
Bregenz	75																		
Vorkloster	75																		
Fußach	9									¼	422	14	4	3					
Fußach	338																		
Gaißau	287																		
Gericht Feldkirch	638 ¾					132 ½	7 ½	5 ¼	6 ¼							40 ¾	½	7 ¼	
Hard	206																		
Lochau	4									1									10
Höchst	150																		
Hohenems	322								16 ¼	25 ½						3			
Hard	80																		

⁶⁸⁶ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Vormerkung über die Naturalienverteilung an die anno 1817 durch den Austritt des Sees und des Rheins verunglückten Gemeinden.

Der Fußacher Gemeindeammann Joseph Anton Schneider konnte auch im Mai 1818 noch mit Genehmigung des Kreisamtes Grundnahrungsmittel von der städtischen Kornschütte in Bregenz abholen.⁶⁸⁷

50 Viertl	3 Vierling		Hafer	80 Metzen	3 Viertl		
3 Viertl	3 Vierling		Dinkel	3 Metzen	3 Viertl		
2 Vierling		2 Maßel	Glatten Kernen	½ Metzen	⅛ Viertl		
2 Viertl	3 Vierling	3 Maßel	Türken	2 Metzen	3 Viertl	3 Meßle	
17 Viertl	3 Vierling	3 Maßel	an Sommer- und Winter-Weizen	17 Metzen	3 Viertl	3 Meßle	

Von dieser Lieferung verkaufte die Fußacher Gemeinde einen Teil: 5 Malter Hafer an Franz Joseph Trautmann von Höchst, dasselbe Quantum ging nach Chur sowie 6 Viertl an Joseph Schneider in Höchst. Dafür erlöste die Gemeinde 90 fl 38 kr. Der Käufer in Chur musste für den Malter Hafer dabei um 50 kr mehr bezahlen als die Höchster Käufer. Für Fassgeld, Messgeld, Kärnerlohn, Reinigung, Schiffslohn sowie den Transport nach Chur mussten insgesamt 10 fl 44 kr ausgelegt werden. Damit verblieb der Gemeinde ein Gewinn von 79 fl 54 kr. Das Türkenmehl war wegen eines üblen Geruchs ganz unverkäuflich und kaum genießbar. Kernen, Dinkel und Vesen ließ man beim Fußacher Müller Anton Köb zu einem vermischten Mehl mahlen und an die Armen und Kranken verteilen. Zwei Metzen behielt die Gemeinde noch als Vorrat.⁶⁸⁸

⁶⁸⁷ Stadtarchiv Bregenz, 14A Akt 144, Elementarereignisse, Hochwasser 1816-1821-1867, Joseph Anton Schneider, Bregenz, 28. Mai 1818. Die rechten Zahlenangaben entstammen der Auflistung vom 30. Juni 1818, s. VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Fußach, 30. Juni 1818. Interessant sind die verwendeten Bezeichnungen für die Maßangaben!

⁶⁸⁸ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Fußach, 30. Juni 1818.

8. NEUE PERSPEKTIVEN

8.1. Zwischen Hoffen und Bangen

Für den Kreishauptmann sah im Spätherbst 1817 die Lage in Vorarlberg wieder kritisch aus. Der Schneefall im Oktober wie mitten im Winter machte ihm Angst. Ihm war klar, dass die Personal- und Klassensteuer auf wenig Freude gestoßen waren. Nicht nur in seinen Augen verhinderten die Steuern die Möglichkeit der Menschen auf eine finanzielle Erholung nach all dem Elend. Mit einer neuerlichen Teuerung würde der Hunger ins Land zurückkehren. Die Vorarlberger hielt er zwar für einsichtig, was die Forderungen des Staates betraf, aber sie übten auch Kritik und beschwerten sich über die staatliche Verwaltung. *Seine Beschwerde gründet sich aber darauf, selbst für die innere Regierungsverwaltung seines Vaterlands so unverhältnißmäßig mehr, als vorher, ja sogar mehr als unter der bayerischen Zwischenregierung bezahlen zu müssen, welche bereits hin und wieder zurückgewünscht wird. Eben die Anhänger dieser letzteren benützen solche Ereignisse zwegfällig um wider die gegenwärtige Regierung Unzufriedenheit zu erregen und zu unterhalten.*

Was habt Ihr – sagen sie höhnisch und schadenfroh jedem wahren Patrioten – was habt Ihr jetzt davon, wieder österreichisch zu seyn, und deshalb so viel gewagt, so viel geopfert zu haben! – Seht nur den schönen Erfolg, es geht Euch noch schlechter als es Euch unter Bayern gegangen wäre!

Schon manche biedere, unerschütterlich gut gesinnte Vorarlberger klagten mir solche Äußerungen mit weinenden Augen.

Der Gegentheil unterläßt auch nicht, das Volk glauben zu machen, daß die endliche Organisierung der hierländigen ständischen Verfassung, welcher so sehnsuchtsvoll entgegen gesehen wird, nur aus dem Grunde und befließentlich so lange hinausgezögert werde, um die ständischen Repräsentanten außer Stand zu halten, abhilfliche Vorstellungen zu den Kassen des allerhöchsten Throns gelangen machen zu können, wovon der gemeine Mann schon einmahl gar alles mit der tröstlichen Zuversicht sich zu versprechen gewohnt ist, fest an seine ihm über alles theuere Landesverfassung haltend, und seiner allgeliebten Monarchen als wahren Landesvater und Nothelfer kennend und verehrend.

Die Nähe zur Schweiz und der tagtägliche Verkehr mit diesem Freistaate gäben so manchen Anlass zum Vergleich, und dieser verbessere die Stimmung im Land nicht unbedingt. Darum hielt Daubrawa es auch für seine Pflicht, *Kenntnis zu bringen, daß hierlands die öffentliche Stimmung jetzt keineswegs so sey, wie sie seyn soll, sondern in der Hinsicht auf die Staatsverwaltung einen bedenklichen Stoß erhalten habe.*

Ich muß daher als bis in den Tod getreuer und der höchsten Regierung innigst angehöriger Staatsdiener mit bangster Sehnsucht wünschen, daß nicht in Bälde etwa noch eine anderweite neue Steuer, z. B. die Tranksteuer nachfolgen, sondern vielmehr endlich die wirkliche Organisierung der ständischen Verfassung vor sich gehen möge damit nicht Schlag auf Schlag erfolge und der schon so unzufriedene Unterthan ganz entmuthiget werde.

N.B. Nach dem Abschlusse dieses Berichtes erhielt ich so eben mit heutiger Post ein Privatschreiben

des Koll. Gerichtsvorstandes zu Feldkirch, Bereiter, welches ich nachträglich einzuschalten mich beeile.⁶⁸⁹

[...] Nach einer Krise kriegerischer und drückender Jahre war die Hoffnung in dieser Gegend allgemein, daß nach der glücklichen Wiedervereinigung mit Österreichs Kaiserhaus der vorige blühende Zustand dieses Landestheils bald wieder aufleben werde. Diese süßen Hoffnungen gingen bisher nicht nur nicht in Erfüllung, sondern die Umstände wurden durch mehrere nacheinander gefolgten Mißjahre und Mangel an alle Verdienste noch drückender. Gerade als durch das bereits verfloßene im allgemeinen gesegnete Jahr die Aussicht in die Zukunft etwas froher werden wollte, werden sehr eingreifende neue Steuern eingeführt. Deßwegen einstunden [...] auch schreckliche Klagen:

Bey der Regulierung der Erwerbssteuer stellten sich schon aus dem blatten Lande besondere Schwierigkeiten bey der Klassifizierung entgegen, wenn man auf einer Seite den ausgesprochenen Grundsatz im Auge behalten hat, daß auch den geringsten Gewerbsmann die Steuer nicht drückend stellen soll, auf der anderen Seite aber auch Handwerker zur gleich Bauersleuthe sind, und welche ihr Gewerbe als Nebensache vielleicht das ganze Jahr zusammen nur einen Monat oder nicht einmal soviel treiben, doch wenigstens jährlich 1 fl belegen mußte.

Schon 1 fl fällt Schuster, Schneider, Zimmerer, Mauerer, Weber, die eigentlich blos Bauern sind, drückend. Fährt man in diesen Abstufungen von dieser zu hohen Basis fort, so werden auch die übrigen Gewerbe verhältnißmäßig zu hoch und drückend belegt. Die Bearbeitung dieses weitschichtigen Gegenstandes mußte übereilt werden, die unteren Behörden waren allem Anschein nach in Anwendung der Grundsätze und in dem Vorschlage verschiedener Meinung.

Wenn durch die Bestimmung der Steuerquote von Seite der Landesstelle nicht das gehörige Verhältniß im Allgemeinen hergestellt wird, so werden eine Menge Beschwerden entstehen. Die früher in dieser Gegend ganz unbekannte Klassensteuer macht nicht weniger Aufsehen und erregt Unzufriedenheit. Es ist zu sorgen, daß Waisen und diesen gleichkommende Personen mit der Klassensteuer am meisten gedrückt werden, weil man in ihren Vermögensstand endlich Einsicht hat, dagegen aber von den hier ungewöhnten Fatierungen, auch nothwenigen Falls vorgeschriebenen speziellen Vermögensuntersuchungen sich doch nicht das gewünschte Resultat erwarten läßt. Die Personalsteuer kein besseres Schicksal haben, als das unter der baier. Regierung so sehr verhaßte Familien-Schutzgeld. Kurz diese neuen indirekten Steuern machen außerordentliches Aufsehen schon in der Bekanntmachung und dürften bey der Ausführung allgemein öffentliche Klagen nach sich ziehen.⁶⁹⁰

Neben den neuen Steuern war der Hauptkritikpunkt der Vorarlberger, dass sich in Sachen ständischer Verfassung nichts Entscheidendes getan hatte. Die ehemaligen ständischen Vertreter warteten immer noch, dass sie wieder ihre alten Rechte zurückerhielten. Mit den fallenden Getreidepreisen

⁶⁸⁹ VLA, KA 1, Sch. 308, Nr. 677, Bericht des Kreishauptmannes an das Landespräsidium in Innsbruck über die Stimmung unter der Bevölkerung in Vorarlberg, Daubrawa, Bregenz, 3. November 1817.

⁶⁹⁰ VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Feldkirch, 17. Dezember 1817.

im Herbst 1817 war zwar wieder Hoffnung in Vorarlberg eingekehrt, aber noch war das Land nicht über dem Berg. Es brauchte einen gewaltigen gemeinsamen Kraftaufwand, um die Menschen in den verwüsteten Orten am Bodensee und in den Gemeinden am Rhein über den Winter zu bringen. Ein weiteres Mal konnte der Kreishauptmann nur auf die Hilfsbereitschaft der Menschen hoffen, die mit ihren Natural- und Geldspenden die Hochwasseropfer über den Winter brachten.

Erst das Jahr 1818 brachte schließlich die ersehnte Besserung, eine gute bis vorzügliche Ernte. Der Getreidepreis war schon im Frühjahr 1818 auf 25 fl bis 26 fl gesunken. In einigen Gemeinden war der Mangel aber noch deutlich spürbar. Johann Mägerle, der Vorsteher von Rieden, richtete im April 1818 die Bitte an das Landgericht Bregenz, man möge doch einiges von den gesammelten Viktualien bekommen, da durch den Austritt des Bodensees im verflossenen Jahre die Armut im Vorkloster so groß sei, dass die Menschen ihre Felder mit harter Mühe anbauen müssten.⁶⁹¹

Im Herbst 1818 konnte man dann das Malter Korn Lindauer Maß um 14 bis 15 fl kaufen. Für ein Viertel Erdäpfel bezahlte man 10 kr bis 15 kr statt 3 fl 20 kr noch 18 Monate davor.⁶⁹²

Mit dem langsamen wirtschaftlichen Aufschwung verbesserte sich auch der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie, im Handel und der Schifffahrt. Es war ein *in allem segensreiches Jahr und alle Noth und Hunger war gestillt, erschrockt durch die früher unfruchtbaren und teuren Jahre wurde der Erdäpfelanbau überall stark getrieben, und zwar so daß im April 1819 hier in Lingenau für 2 fl ein Fass Erdäpfel wegegeben wurde. [...] in Dornbirn kaufte man das Fass ganz um 36 kr.*⁶⁹³

Wie weit die Normalisierung der Ernährungssituation und der Wirtschaftsaufschwung ihre Spuren hinterließen, zeigen auch die steigenden Produktionszahlen in der Textilfabrikation. Im Gericht Dornbirn stieg die Produktion vom Jahr 1818 auf das Jahr 1819 wieder deutlich.⁶⁹⁴

Kotton	4.428 $\frac{3}{4}$ Stück	5.693 Stück
Musselin	452 $\frac{3}{4}$ Stück	2.440 Stück
Kottonine	531 $\frac{3}{4}$ Stück	1.850 Stück

Ein Spinner verdiente zu dieser Zeit etwa bei der Firma Getzner, Mutter & Cie. zwischen 40 kr und 1 fl 20 kr am Tag, ein Weber 55 kr. Der Lohn war abhängig von der produzierten Stückzahl, für einen Schneller Garn gab es 2 kr, für ein gewobenes Stück von 45 Stab (2,5 Ellen) zwischen 5 fl und 5 fl 40 kr, für ein Nasentuch 5 fl 24 kr bis 7 fl.⁶⁹⁵

⁶⁹¹ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Nr. 7383/1909, Rieden, 4. April 1818.

⁶⁹² Gemeindearchiv Lustenau, Reichshof Lustenauisches Jahrbuch und Sammlugen der merkwürdigsten Vorfällenheiten die sich auf verschiedene Art zu getragen, fol. 24.

⁶⁹³ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 583. Vgl. Ignaz KONZETT, Frastanz Chronik, Frastanz 1924, Jahres-Wetter-Chronik nach Prugger und anderen, S. 6.

⁶⁹⁴ SCHEUCH, S. 14.

⁶⁹⁵ Herbert MATIS, Über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse österreichischer Fabrik- und Manufakturarbeiter um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: Vierteljahresschrift für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte 1966, S. 443 – 476, hier S. 453.

8.2. Auswanderung

Immer wenn die Not groß ist, stellt sich auch die Frage, ob Betroffene nicht ihre angestammte Heimat verlassen und ihr Glück woanders gesucht haben. Gerade in Vorarlberg, wo die saisonale Auswanderung seit Jahrhunderten Tradition hatte, liegt die Annahme nahe, dass wie in der Schweiz und in Württemberg zahlreiche Menschen ihre Heimat für immer verließen.

Aus Württemberg und der Schweiz wanderten nach dem missratenen Jahr 1816 viele Menschen aus, um sich in der Fremde ein besseres Leben aufzubauen. Als Ziele winkten nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Russland und die von der osmanischen Herrschaft befreiten Gebiete in Siebenbürgen und im Banat. Auch Vorarlberg schien für die Werber von Kolonisten ein gutes Ziel zu sein. Die Bewohner galten, zumindest mit der temporären Auswanderung vertraut, als fleißig und arbeitsam.

Als der k.k. Kämmerer Josef Wolfgang Cserey von Nagy (1773-1842)⁶⁹⁶ 100 aussiedlungswillige Familien für eine Kolonie auf seinen Besitzungen in Siebenbürgen suchte, fand seine Anfrage auch den Weg nach Vorarlberg. Cserey von Nagy wollte nicht nur Bauernfamilien, sondern in erster Linie *Professionisten, als Maurer, Weber, Zimmerleute, Schmiede, Schuster, Ledergerber, Tischler, und zwar von jeder Profession Einen*. Ein Teil der Kolonisten sollte in schon bestehenden Dörfern angesiedelt werden, der andere Teil Land urbar machen und neu besiedeln.

Kreishauptmann Daubrawa, dem allem Anschein nach die Berichte über misslungene Auswanderungsversuche aus der österreichischen Presse bekannt waren,⁶⁹⁷ wollte die Anfrage Cserey von Nagys jedoch nicht gleich öffentlich machen, sondern befragte dazu die Gerichtsvorstände, um deren Meinung einzuholen.⁶⁹⁸

Diese reagierten auf das Angebot sehr unterschiedlich. Der Montafoner Landgerichtsvorsteher Albrecht meinte, die Bevölkerung des Montafons sei für die vorhandenen Anbauflächen zu groß, es gäbe also *eine hinreichende Anzahl Familien [...], die sich nach Siebenbürgen zu wandern verstehen würden. [...]*

Die Bedingungen, die von Nagy den Familien bot, schienen ihm auch sehr vorteilhaft. Allein die guten Aussichten in Siebenbürgen seien nicht ausreichend für eine Werbung, da sich nur arme Familien zur Auswanderung entschließen würden, die weder Geld zur Bestreitung der Reisekosten noch ausreichend Mittel zur Kultivierung der überlassenen Gründe hätten.

Eine erfolgreiche Auswanderung der Montafoner sah er daher nur dann gesichert, wenn die an-

⁶⁹⁶ Cserey von Nagy Ajta, Joseph Wolfgang (József Farkas) (28.10.1773, Wien, bis 25.12.1842, Wien), Herr auf Kraszna in Siebenbürgen, ungarischer Botaniker, Schriftsteller und Übersetzer, nach 1805 Kammerherr, um 1829 Major.

⁶⁹⁷ Vgl. Österreichischer Beobachter, Nr. 202, 21. Juli 1817; Vereinigte Laibacher Zeitung, Nr. 70, 2. September 1817; Linzer Zeitung, Nr. 27, 4. April 1817, S. 106.

⁶⁹⁸ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Bregenz, 28. September 1817.

fallenden Kosten entweder durch Graf von Nagy oder einen dafür angelegten Fond gedeckt seien.⁶⁹⁹

Sein Sonnenberger Kollege Österle sah das ganze Projekt deutlich kritischer. Er war der Meinung, dass die Bevölkerungsdichte nicht so groß sei und bei der Nutzung der Möglichkeiten der Ackerflächen (die Berggegenden ausgenommen) auch bestehen und sich ernähren könne. Auch mit Handwerkern (vor allem Zimmerleuten und Maurern) sei das Land *nicht so überhäuft. Dieses Auswanderungsprojekt würde dem Land im wahren Sinne nie einen Vortheil bringen, sondern demselben viele arbeitende Hände entziehen.*

Zudem war für ihn klar, dass Handwerker aus den verschiedenen Gewerben nicht auf eigene Kosten so weit reisen würden, um sich eine neue Existenz aufzubauen. Besonders, weil ja *Leute mit Vermögen ihre Heimath nicht verlassen, und Leute ohne Vermögen den gemachten Bedingungen schwerlich Genüge leisten könnten.*

Um zu verhindern, dass auswanderungswillige Personen vorschnell ihren Besitz verkauften, forderte er, *dass bei einem öffentlichen Aufruf zur Aussiedlung nach Siebenbürgen, sich alle jene, welche dahin zu übersiedeln gedenken, vorerst bei ihren Gerichten melden, und hinsichtlich ihrer Güter einstweilen [...] jede vorläufige Veräußerung untersaget werde. Denn sonst könnte es passieren, daß sie hier heimath- und hilflos würden, und auf den bestimmten Orten doch nicht abreisen könnten, hiemit solche Leute doppelt unglücklich wären.*⁷⁰⁰

Der Feldkircher Gerichtsvorsitzende Bereitter glaubte, dass sich *wohl 100 und noch mehrere Familien [...] mit den gehörigen Eigenschaften für die Ansiedlung in Siebenbürgen finden ließen. Für ihn war Vorarlberg überbevölkert, vor allem bei den Verdienst- und erwerbslosen Zeitverhältnissen. Die Finanzierung der Auswanderung war für ihn allerdings der ausschlaggebende Punkt. Wie hoch würden die Reisekosten sein, die Kosten für den Bau eines Hauses vor Ort sowie die Verdienstmöglichkeiten und Lebenshaltungskosten. Und endlich, ob auch das Klima für Deutsche aus dieser Gegend gesund wäre.*

Sollten die Voraussetzungen annehmbar sein, *so könnte das Kollegial Gericht im Voraus versichern, daß aus diesem Bezirke wenigstens 20 Familien zur angetragenen Ansiedlung sich entschließen, und die Gemeinden auch einen allfälligen Beitrag leisten würden, um einer wahrscheinlichen Last unter itzigen Umständen los zu werden.*⁷⁰¹

Das Problem der mangelnden Anbaumöglichkeiten in Vorarlberg betonte auch der Bezauer Landrichter Aberer. In seiner Stellungnahme ging er explizit darauf ein. *Es kann allerdings der Fall möglich seyn, daß sich hie und da Familienväter, die durch langjährigen Mißwachs oder welch immer andere Unglücksfälle in Armuth gerathen sind, diesen Antrag benutzen dürften. [...] Kann im allgemeinen nur bemerken, daß derlei Leute blos aus gänzlichem Mangel eines vaterländischen oder im benachbarten Ausland jährlich temporär zu findenden Verdienstes sich zu einem solchen*

⁶⁹⁹ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Schruns, 15. Oktober 1817.

⁷⁰⁰ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Bludenz, 16. Oktober 1817.

⁷⁰¹ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Feldkirch, 23. Oktober 1817.

allerdings viel gewagten Schritte entschließen dürften.

Die von Nagy temporär zugesicherte Gewerbefreiheit und Befreiung von grundherrschaftlichen Lasten hielt er für *wenig verlockend für die diesseitigen Gerichtsangehörigen, da diese von den herrschaftlichen Frohn- und anderen Robotarbeiten (die in Vorarlberg bisher nie existierten) keine Kenntnis zu nehmen sich bestimmt finden möchten.* Mit diesem Angebot konnte man die Bregenzerwälder mit ihren althergebrachten Freiheiten nicht von den Vorteilen einer Auswanderung überzeugen. Auch dass von Nagy den Kolonisten *außer unbedeutendem Grunde nichts zur Verfügung stellen konnte, dürfte ebenfalls umso mehr abschrecken als diesseitige Arme zur Auswanderung zu verlocken.*⁷⁰²

Für den Bregenzer Landrichter wiederum war die Auswanderungsmöglichkeit *angesichts der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, welche in Vorarlberg schon seit Jahren herrschten,* überaus sinnvoll. Er meinte, es würden sich schon hundert Vorarlberger Familien finden. Außerdem sei Vorarlberg ohnehin zu stark bevölkert. Er verlangte aber ausdrücklich, dass für den Unterhalt der Auswanderer bis an den Bestimmungsort der allerhöchste Aerar aufkomme.⁷⁰³

Auch in Hohenems fand man die Idee einerseits überaus reizvoll, *wenn man nur die liederlichen, Arbeitsscheuen, Unzufriedenen, Avanturiers, Schwärmer, Separatisten und wirkliche Arme hinbringen könnte. Allein die Erklärungen des v. Nagy sind nicht von der Art, daß jene aus dieser Klasse, die noch einige Gelder Vermögen haben, diese zur Reise opfern, und sich bei dortiger Niederlassung zureichend einrichten und befriedigend fortbringen könnten. [...]*

*Maurer, Weber, Zimmerleute, Schneider, Schuster, Ledergerber und Tischler in soweit diese als geschickte, rechtliche Meister angesprochen zu werden verdienen, möchten keine entbehrlich seyn, und von jenen rechtlichen Männern, wird sich von selbst keiner zur Auswanderung nach Siebenbürgen, und zur dort bekannten zum Theil niederträchtigen Behandlung einlassen, besonders wenn nach vorläufiger Verlautbarung für die vorarlbergische Manufaktur in die k.k. innerösterreichischen Provinzen unter strengem Verboth auf dießfällig ausländische Artikel zollfreye Einfuhr zu hoffen ist, wodurch der Verdienst zuverlässig wieder emporgehoben und manchem Drang Einhalt gemacht werden würde, so wie die durchgreifenden Maßregeln zu Hindanhaltung des fremden herrenlosen Gesindels auch täglich für Milderung der eigene Noth, und Mehrung der öffentlichen Sicherheit sprechen.*⁷⁰⁴

Vom Dornbirner Landrichter von Gilm ist keine Stellungnahme überliefert. Das Gericht Dornbirn litt zu dieser Zeit unter den größten Zerstörungen, es war aber nicht bäuerlich geprägt und benötigte Handwerker, Arbeiter und Fachleute in den Betrieben und Fabrikationen in Dornbirn, Hohenems und Höchst selbst dringend.

Aus den unterschiedlichen Reaktionen zog Kreishauptmann Daubrawa seine Schlüsse und

⁷⁰² VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Bezau, 28. Oktober 1817.

⁷⁰³ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Bregenz, 20. Oktober 1817.

⁷⁰⁴ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Hohenems, 6. Oktober 1817.

verzichtete auf eine Veröffentlichung des Projekts. Über das Landespräsidium in Innsbruck ließ er Cserey von Nagy bestellen, dass zwar wegen der Überbevölkerung die temporäre Auswanderung in Vorarlberg Tradition habe, das Angebot aber für die besser gestellten Vorarlberger keine Alternative biete. Auswandern würden nur vermögenslose Leute mit großen Familien aus Armut und Not, die ihr Vaterland verlassen wollten, um anderswo das Auskommen zu finden, das ihnen im Lande mangelte. *Mit solchen Leuten würde dem Herrn Kolonie-Anleger keineswegs gedient sein.*

Vorarlberger hingegen, wie sie Cserey von Nagy *wünscht und wünschen muß, die nämlich auch das erforderliche Vermögen besitzen, werden zu der in der Frage stehenden Übersiedlung wohl nicht sich verstehen, besonders jetzt, wo durch die das hierländige Fabrikswesen neuerlich begünstigende Zollverordnung auch dem hierländigen Arbeitsverdienste wieder eine bessere und mit der Zeit blühende Zukunft lächelt.*

Seiner Meinung nach würden sich die Vorarlberger Lebensart und ihr Herrschaftsverständnis nicht mit dem Leben als Untertanen einer Privatherrschaft vertragen.⁷⁰⁵

Durch die Mitteilung, dass der Kaiser Major Cserey von Nagy zwar erlaubt habe, auf seinen Besitzungen in Siebenbürgen Kolonisten aus Vorarlberg anzusiedeln, dass es dafür aber keine Mittel von Seiten des Staates gebe,⁷⁰⁶ fühlte sich Daubrawa in seinem Vorgehen bestätigt. Er verhinderte für viele Vorarlberger, was anderen gutgläubigen und übereifrig vorpreschenden Auswanderern passiert war. In Wien waren zwei Vorarlberger und drei Tiroler Familien mit Kind und Kegel aufgetaucht, die erklärten, ihre zuständigen Landrichter hätten erklärt, sie würden in Ungarn oder sonst wo umsonst die Möglichkeit zur Ansiedlung erhalten. Es würden auch noch 100 Familien als Siedler folgen. Die Wiener Polizei unter Josef Graf von Sedlnitzky schob diese Familien wieder zurück in ihre Heimat, nachdem diese ihre Barschaft aufgebraucht hatten. Die Behörden in Tirol wurden angewiesen, weitere Auswanderungswillige davon abzuhalten.⁷⁰⁷

Daubrawa dürfte bei seiner ablehnenden Haltung auch das Schicksal anderer Auswanderer gekannt haben. Im Sommer 1817 brachen nämlich in mehreren Abteilungen Siedler aus Württemberg, Baden, dem Elsass, der Pfalz und Bayern nach Russland auf.⁷⁰⁸ Am 2. Juli 1817 reisten 800 Seelen aus Regensburg per Schiff auf der Donau Richtung Schwarzes Meer.⁷⁰⁹ Etwa 10 bis 50 Prozent der Auswanderer sollten die Reise nicht überleben.

Im Herbst 1816 wurden auch die nordamerikanischen Staaten zum Ziel der Auswanderer. Besonders aus den italienischen Provinzen des k.k. Reichs wurden Siedler angeworben. Das Tiroler Landesgubernium erließ dazu im Oktober 1816 ein Schreiben an Kreishauptmann Daubrawa in Vorarlberg allfällige Auswanderungswillige von einer Auswanderung abzuhalten, auch wenn es bei

⁷⁰⁵ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Bregenz, 16. November 1817.

⁷⁰⁶ VLA, KA 1, Sch. 287, Kolonisten für Siebenbürgen, Innsbruck, 10. Februar 1818.

⁷⁰⁷ PENZ, S. 40 f.

⁷⁰⁸ Vgl. KRÄMER, S. 52 f.

⁷⁰⁹ Klagenfurter Zeitung, Nr. 60, 27. Juli 1817.

der aktuellen Erntesituation verlockend wäre. Daubrawa wies die Vorarlberger Landrichter an, Leute von einer Emigration abzuhalten und übereilte Auswanderungen zu verhindern.⁷¹⁰ Den Behörden ging es in erster Linie auch darum, dass keine gesuchten Handwerker wie Glasmacher, Sensenmacher etc. oder Künstler auswanderten, wenn durch ihre Auswanderung dem österreichischen Handel Nachteile erwachsen würden. Die geheime Abwerbung von Bauersleuten, Handwerkern, Künstlern und Gelehrten sollte auf jeden Fall verhindert werden, egal ob nach Polen, Spanien oder Amerika.⁷¹¹ Negative Erfahrungen als Kolonisten machten auch die Amerikaauswanderer aus Württemberg. Ihre Reise und Überfahrt endete für viele im Chaos und Verderben.⁷¹² 1819 warnten die Innsbrucker Behörden eindringlich vor den Versprechungen der Grafen von Waldeck und Röder, die den Leuten mit detailliertesten Mappen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Hoffnungen auf eine Ansiedlung in Nordamerika machten und ihnen Anzahlungen entlockten. Obwohl das Projekt schon der württembergischen Regierung vorgelegen hatte, waren die österreichischen Behörden äußerst skeptisch.⁷¹³ Die Berichte in den österreichischen Zeitungen zeigten ihre Wirkung.⁷¹⁴ Wie schon 1816 schickte Kreishauptmann Daubrawa eine Warnung an alle Landrichter. Trotz der verheerenden Schäden 1816 und 1817 hatte sich die Situation inzwischen so weit gebessert, dass jetzt auch der Hohenemser Vorsteher Seewald erklärte, dass bestimmt niemand auszuwandern gedenke.⁷¹⁵ Für die Vorarlberger war also die saisonale Auswanderung alltäglich, auf Dauer der Heimat den Rücken zu kehren war allerdings für die allermeisten zu dieser Zeit noch keine Option, um ihre Lebenssituation zu verbessern.

In den völlig überschwemmten Rheingegenden bauten Betroffene ihre zerstörten Häuser aber nicht mehr überall wieder auf, sondern siedelten um. So brachen die Bewohner des Altenstädter Ortsteils Matschels ihre Wohnhäuser ab und zogen nach Nofels.⁷¹⁶ Aus dem Kleinen Walsertal waren einige Familien ins benachbarte Blaiach übersiedelt, wo die Bedingungen für die Landwirtschaft besser waren.⁷¹⁷

⁷¹⁰ VLA, KA 1, Sch. 286, Anwerbung zur Auswanderung nach USA, Spanien und Polen, 1816 – 1820, Innsbruck, 8. Oktober 1816; Daubrawa, Bregenz, 12. Oktober 1816.

⁷¹¹ VLA, KA 1, Sch. 286, Anwerbung zur Auswanderung nach USA, Spanien und Polen, 1816 – 1820, Innsbruck, 16. Oktober 1816; Von Bissingen, Innsbruck, 2. Dezember 1816, 20. Jänner 1817.

⁷¹² Vgl. Sabine KAUFMANN, 1816 – Das Jahr ohne Sommer, Geschichten einer süddeutschen Klimakatastrophe, Karlsruhe 2013, S. 62-79. Vgl. Klagenfurter Zeitung, Nr. 41, 12. Mai 1817, S. 2.

⁷¹³ VLA, KA 1, Sch. 286, Anwerbung zur Auswanderung nach USA, Spanien und Polen, 1816 – 1820, Innsbruck, 3. August 1819.

⁷¹⁴ Österreichischer Beobachter, Nr. 214, 2. August 1819, S. 1043.

⁷¹⁵ VLA, KA 1, Sch. 286, Anwerbung zur Auswanderung nach USA, Spanien und Polen, 1816 – 1820, Hohenems, 25. August 1819.

⁷¹⁶ VLA, KA 1, Sch. 263, Polizei 1841, Nr. 661, Innsbruck, 8. Jänner 1841, Feldkirch, 4. Februar 1841.

⁷¹⁷ Kalenderaufzeichnungen des Daniel Müller (1781 – 1845) aus Mittelberg im Kleinen Walsertal.

8.3. Schuldentilgung und Konkurse

Als Folge des Geldmangels, der schlechten Wirtschaftslage während der bayerischen Zeit und der hohen Preise konnten viele Menschen über Jahre ihre ausständigen Zinsen nicht mehr aufbringen und erschöpften dadurch die Geduld ihrer Gläubiger. Während der bayerischen Zeit und in den folgenden Jahren nahm die Zahl der Konkurse ständig zu. Die Bregenzische Wochenzeitung und das Feldkircher Wochenblatt dieser Zeit enthalten in jeder Ausgabe eine Reihe von Konkurs-Edikten sowie Bekanntmachungen über Versteigerungen. Betroffen waren häufig Wirte, Kaufleute, Schifflleute, Kornhändler, Handwerker und Verleger sowie hoch verschuldete Bauern. Sie hatten Geld verliehen, Besitz gehabt und litten am meisten unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Bei besitzlosen, einfachen Arbeitern und Tagelöhnern war nichts zu holen. Gegen sie wurde in den seltensten Fällen ein Konkursantrag gestellt.

Viele hatten sich verschuldet, um die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen und ihren Verpflichtungen nachzukommen. Größere Anleihen bei Privaten wurden dabei meistens in den Verfachbüchern festgehalten. In ihnen waren teilweise auch Pfandverschreibungen für die Notvorschüsse vermerkt, wenn dies die Landrichter veranlasst hatten. Da es den ärmsten Empfängern der Notvorschüsse an Sicherheiten mangelte, bürgten sie meistens mit ihrem Allmendeanteil bzw. der Gemeindennutzung. Die Einnahmen daraus – Heu, Streue oder Feldfrüchte wie Kartoffeln und Türken – sollten für die Rückzahlung der Notvorschüsse genutzt werden. Teilweise hatten Gemeinden wie Altenstadt, Nofels, Gisingen oder Hard in den benachbarten Städten Feldkirch bzw. Bregenz Naturalien gekauft, um ihre Bewohner zu versorgen, und dafür mit dem gemeindeeigenen Grundbesitz gebürgt, wenn das Bargeld für den Kauf gefehlt hatte. Andere Gemeinden bzw. die Vertreter der Armenausschüsse hatten Geld ausgeliehen, wie zum Beispiel Fußach und Gaißau in der Schweiz. Wenn die Mittel für die Rückzahlungen fehlten, der Gläubiger ungeduldig wurde oder seine Hand auf das Pfand legen wollte, drohten Exekutionsverfahren, Pfändung oder Konkurs. Keine Bedrohung stellten Steuerschulden dar, sie wurden in der Regel über Jahre gestundet. Besonders in den Notjahren stellten Steuerstundungen eine Form der Notstandsunterstützung dar.

In nahezu allen Vorarlberger Städten und Gemeinden wuchsen die Schulden in den Notjahren. Erste Schuldentilgungspläne sollten schon 1814 gemacht werden, wurden aber nicht ausgeführt. Nur wenige Gemeinden kümmerten sich vorerst um ihre Schulden. Zu den wenigen gehörte Dornbirn. Im ersten Jahr der österreichischen Regierung hatten sich die Schulden der Gemeinden im Gericht Dornbirn weder erhöht noch vermindert. Dornbirn hatte sich 1815 entschlossen, einen Teil der Kapitalien abzubezahlen.⁷¹⁸

Die Kombination aus Kriegserlittenheiten, hohen militärischen Aufwendungen und Teuerung aufgrund des Jahres ohne Sommer sowie der Hochwasserschäden in den Gerichten Dornbirn und Bregenz führte in der Folge dazu, dass die Kommunen so hoffnungslos überschuldet waren, dass die Behörden eingreifen mussten. Im Frühjahr 1818 mussten die Kommunen daher Auskunft über ihre Finanzen geben. Außerdem wurden sie angehalten, sich mit ihren Gläubigern ins Einvernehmen zu setzen und Stundungen bzw. neue Rückzahlungsmodalitäten zu vereinbaren. Auf der Basis

⁷¹⁸ VLA, LG Bregenz, Sch. 400, Schuldenwesen Dornbirn, Dornbirn, 11. März 1815.

des Dekrets vom 31. Oktober 1818 wurde in allen Gemeinden die Finanzsituation noch einmal genauestens erhoben und anschließend jeweils ein Schuldentilgungsplan erstellt.

Mit dem Erlass zur *Regelung der überbordenden Gemeindeschulden in Folge der Kriegskosten und -schäden während der Koalitionskriege und der bayrischen Herrschaft sowie durch die Ereignisse der vergangenen Jahre* vom Juni 1819 wurden die Gemeinden schließlich vor Pfändung und Exekution geschützt. Private Gläubiger konnten damit nämlich keine Exekutionsklage mehr gegen eine Gemeinde erheben.⁷¹⁹

In vielen Gemeinden stellte die Rückzahlung der Kriegsschulden den größten Budgetposten dar. So wurden im Budgetjahr 1818/19 im Gericht Bregenz von 27.309 fl 5 kr Steuern etwa zwei Drittel, nämlich 19.244 fl 1 kr für die Rückzahlung von Kriegsschulden aufgewendet. Für das Steuerjahr 1819/20 waren 24.987 fl 42 kr präliminiert, davon waren 14.954 fl 57 kr für die Bezahlung von Kriegsschulden gedacht. Sowohl die Gesamtsteuern als auch der Anteil an Rückzahlungen für die Kriegsaufwendungen waren also gesunken.⁷²⁰

Dornbirn hatte *nach so vielen und hart bestandenen Kriegs- und Mißjahren im eigentlichen Sinne nicht mehr und nicht minder als die Summe von 69.313 fl 54 kr Passiva*. Dieses Minus war mit 55.384 fl 5 kr ausstehenden Steuern und Krediten für andere Kommunen gedeckt.⁷²¹

Die kleine Berggemeinde Ebnit mit 27 Familien hatte 1821 2.590 fl 50 kr nicht gedeckte Schulden, die nach Plan bis 1838/39 abgestottert sein sollten. Für einen Großteil der Passiva bürgten die Ebniter Familien mit ihrem Privatvermögen, das der Landrichter Mosbrugger mit der äußerst geringen Summe von 9.010 fl eingeschätzt hatte, also im Schnitt rund 333 fl pro Familie. Wenn man davon ausgeht, dass zum Vermögen auch Haus und Vieh gezählt wurde, bedeutet das, dass die Familien über so gut wie keine Barmittel verfügten. Die jährliche Tilgungssumme wurde mit 225 fl 15 kr festgesetzt.⁷²²

Höchst hatte einen Schuldenstand von 12.278 fl 53 $\frac{3}{4}$ kr als es im Herbst 1818 darum ging, den Schuldentilgungsplan auszuarbeiten. Durch die Bezahlung von rückständigen Zinsen bei den meisten Gläubigern hatte sich die Gemeinde sowohl bei diesen als auch beim zuständigen Landrichter Mosbrugger einen guten Stand verschafft und *machte die Kreditoren willig die vorgeschlagenen zehnjährigen Termine zur sukzessiven Abzahlung ihrer Kapitalien einzugehen, und alle äusserten zu Protokoll daß sie zum Schuldentilgungsplan der Gemeinde Höchst unter der Bedingung daß die alljährlichen Zinse pünktlich bezahlt werden, völlig zufrieden sind*.⁷²³ Laut Plan hatte Höchst

⁷¹⁹ VLA, KA 1, Sch. 113, Circulare (Die Behandlung der Gemeinde-Schulden betreffend), NR. 12657/1541, Publikum. Innsbruck, 5. Juni 1819. Ein erstes Circulare hinsichtlich der Gemeindeschulden war schon am 31. August 1817 an die Verwaltungsbehörden ergangen.

⁷²⁰ VLA, KA 1, Sch. 296, Praesidiale, Gemeindeschulden und -umlagen 1819/20, Bregenz, 18. Dezember 1819.

⁷²¹ VLA, Bregenz, Sch. 400, Landrichter Mosbrugger, Dornbirn, 12. September 1818.

⁷²² VLA, Bregenz, Sch. 400, Landrichter Mosbrugger, Dornbirn, 28. Mai 1821.

⁷²³ VLA, Bregenz, Sch. 400, Landrichter Mosbrugger, Dornbirn, 18. März 1819.

anfangs 1.011 fl 18 ¼ kr und ab 1828 nach der Rückzahlung von 200 fl des Stift Pfefferischen Darlehens noch 1.000 fl jährlich zu tilgen.⁷²⁴

Die Gemeindegeldschulden wurden mit den verordneten Schuldentilgungsplänen bis in die 1830er und 1840er Jahre abgearbeitet und so die ökonomische Situation der Kommunen reguliert.⁷²⁵

⁷²⁴ VLA, Bregenz, Sch. 400, Ebner, Bregenz, 5. Jänner 1828.

⁷²⁵ Die Akten zu diesen Schuldentilgungsplänen für alle Gemeinden und den Fortgang der jeweiligen Zahlungen finden sich unter: VLA, KA 1, Sch 113, Gemeinden, Gemeindegeldentilgungspläne, Über den Zustand der Vorarlberger Gemeindegeldschulden 1819; VLA, KA 1, Sch 286, Präsidiale, 1814 – 1848, Über die Gemeindegeldschulden.

9. RESÜMEE

Die nähere Betrachtung der Jahre 1814 bis 1818 zeigt, dass es für die Krise dieser Jahre in Vorarlberg keine monokausale Erklärung gibt. Eine Vielzahl von Faktoren spielte für die Entwicklung der Hungerkrise eine entscheidende Rolle. Es war nicht allein die Folge des Ausbruchs des Tambora, dass die Vorarlberger hungerten, sondern es war eine Verkettung unglücklicher Umstände. Wetter, Wirtschaft, Wiener Währung, sprich die Kälte, die schlechte Konjunktur und der österreichische Staatsbankrott, spielten zusammen und hinterließen Jammer, Elend und Not. Dieses Zusammenreffen unterschiedlicher Faktoren löste in der fragilen, durch die napoleonischen Kriege verletzten Gesellschaft in Vorarlberg eine schwere Hungerkrise aus.

Die Schlechtwetterjahre zwischen 1811 und 1817 trafen Vorarlberg zu einem Zeitpunkt, als das Land einer Vielzahl von Umbrüchen und Veränderungen politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Natur unterworfen war. Seit 1796 hatten die Landesherrn, ob österreichisch, bayerisch oder wieder österreichisch, fast ununterbrochen Kriege geführt. Fremde Truppen waren durch das Land gezogen und hatten verköstigt werden müssen. Die jungen Männer kämpften an den eigenen Grenzen oder in Russland. Nach dem misslungenen Aufstand 1809 waren Geiseln aus der politischen und gesellschaftlichen Elite für Monate in Bouillon in Haft gesetzt worden. Die Bevölkerung litt unter den Einquartierungen.

Die bayerische Herrschaft hatte zu weitreichenden und einschneidenden Veränderungen in der Verwaltung und Gesetzgebung geführt. Nach dem Heimfall an Österreich im Sommer 1814 dauerte es Jahre, bis eine geordnete und funktionierende Verwaltung aufgebaut war. Kreishauptmann Daubrawa traf bei seinem Amtsantritt als oberster Verwaltungsbeamter in den sechs Landgerichten auf eine Reihe mehr oder weniger fähiger und beliebter Landrichter, die noch von den Bayern eingesetzt worden waren. Nur ein Teil der Verwaltungsposten wurde zwischen 1814 und 1818 neu besetzt. Dabei kam es zu Rochaden zwischen den Gerichten sowie zu Neubesetzungen mit Beamten aus anderen Teilen der Herrschaft Tirol und Vorarlberg.

Erst allmählich wurde Vorarlberg in Sachen Steuern und Zollgrenzen ein gleichgestelltes Mitglied der österreichischen Erbländer. Während der Fall der Zollgrenzen für die Vorarlberger Wirtschaft lebensnotwendig war, wurden Personal- und Gewerbesteuer als Belastung empfunden. Für die Bewältigung einer Versorgungskrise waren diese Umbrüche in der Verwaltung und die steuerlichen Belastungen alles andere als hilfreich.

Die die Koalitionskriege und der Konjunktureenbruch der frühen Textilindustrie ab 1806 hatten zu einer Verarmung weiter Teile der Bevölkerung geführt. Besonders betroffen waren all jene, die Ende des 18. Jahrhunderts von der ersten Blüte der Textilindustrie in Vorarlberg und der Ostschweiz sowie vom Handel profitiert hatten. „Die meisten Arbeiter hatten sich nur an die Verfertigung gewisser Stücke gewöhnt, in Rechnung auf immerwährenden Dienst sich verheiratet, eine zahlreiche Familie in die Welt gesetzt, nie an Ersparungen gedacht; auf einmal ging der Brodkorb in die Höhe und wurde unerreichbar. Zu gemächlich nach der Spate, Hacke und Sense zu greifen, oder voll Dünkel und Stolz, sich so erniedrigen zu sollen, darboten viele Familien lieber, oder fielen der Gemeinde zur

Last.⁷²⁶ Daneben litten auch die Vorarlberger Wanderarbeiter unter den unruhigen Zeiten. Bargeld wurde in vielen Haushalten zur absoluten Mangelware. Große Teile der Bevölkerung waren es aber seit Jahrzehnten gewohnt, von den Erlösen ihrer Arbeit im Ausland oder der Heimarbeit zu leben und nicht allein von den Erträgen ihrer Gärten und Felder oder ihrem Vieh. Die bayerische Herrschaft zwischen 1806 und 1814 hatte die ohnehin unsichere Einkommenssituation vieler Bewohner verschärft.

Die drastische Erhöhung der Getreidepreise als Folge der Missernten in Bayern, Schwaben und Württemberg führte in Vorarlberg 1816 und 1817 zu einer extremen Teuerung und in der Folge zu einer Hungerkrise bei den Armen, den Erwerbs- und Besitzlosen.

Für den Armuts- und Hungerkrisenforscher Wilhelm Abel war die Krise 1816 und 1817 in Europa eine Krise vom Typ „ancien“,⁷²⁷ d.h., eine Hungerszeit, die durch die mangelhafte, unzureichende Landwirtschaft begründet war. Für ihn war sie keine Folge der Industrialisierung, die Vertreter des Pauperismus für die strukturell bedingte, längerfristige Armut weiter Teile der Bevölkerung in England und Deutschland im 19. Jahrhundert verantwortlich machen. Auch der Historiker Jürgen Osterhammel nennt die Hungersnot der Jahre 1816 und 1817 eine der letzten Subsistenzkrisen „vom alten Typ“. Ergänzend zu Abel macht er aber nicht nur die Erntemängel und den damit verbunden Getreidewucher, sondern auch unzureichendes staatliches Eingreifen für die Hungerkrise verantwortlich.⁷²⁸

Auf die Hungerkrise in Vorarlberg trifft eine Kombination dieser Erklärungen zu. Die Verhältnisse um 1815 entsprachen allerdings nicht denen in den englischen Industriehochburgen, wo die Industriearbeiter keinerlei Gärten mehr besaßen und überhaupt nichts mehr anpflanzten. In Vorarlberg gehörten zu den Häusern Gärten und Gemeindeäcker. Die Zahl der völlig besitzlosen Inwohner war klein. In manchen Gemeinden wurde auch den besitzlosen Inwohnern noch Land angeboten, um zumindest Kartoffeln anzupflanzen.

Durch die kalten, verregneten Sommer war indes über mehrere Jahre die Ernte mehr oder weniger komplett ausgefallen. Die Überschwemmungen 1817 vernichteten dann noch einmal eine von allen dringend benötigte Ernte. Die ständig steigenden Preise für Getreide, Brot und Kartoffeln konnten wegen des fehlenden Einkommens von einer zunehmend wachsenden Bevölkerungsschicht nicht mehr aufgefangen werden. Zwischen 1816 und 1818 unterlag der Getreidepreis für einen Malter Korn einer Schwankung von hundert Gulden. Ende Mai 1817 kostete ein Malter Korn in Bregenz 115 fl, Mitte Juli 1818 war der Malter bestes Korn in München um 15 fl zu bekommen.⁷²⁹

Der hohe Getreidepreis und der Ausfall der eigenen Ernte an Kartoffeln, Mais, Gerste und Gemüse

⁷²⁶ WEIZENEGGER-MERKLE, I. Abtheilung, S. 346.

⁷²⁷ ABEL, S. 54 f.

⁷²⁸ Jürgen OSTERHAMMEL, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Sonderausgabe, München 2011, S. 301.

⁷²⁹ Lingenauer Chronik, 2. Teil, fol. 583.

fürten in weiten Teilen Vorarlbergs zu Hunger und Not, die der St. Galler Pfarrer und Prediger Peter Scheitlin⁷³⁰ folgendermaßen beschrieb:

„Aus jenen gesegneten Fluren⁷³¹ ziehen wir nun noch in das, hart an den Grenzen der Schweiz liegende Bergland Vorarlberg und Tirol, und fragen dort nach: wie es ihnen erging? Die erste Antwort ist: sehr schlecht. Das Pfund Brot galt hier 18 kr. Man machte sich hier sogar Brot aus Obsttrester und Weintrester mit Grüschen vermischt. Ein etwa halbpfündiges Brötchen aus solchem stinkendem Obsttrester, der seit dem Herbst 1816 den ganzen Winter über im Schnee und Regen bis ins Frühjahr gelegen war, kostete drei Kreuzer. Ich selbst erhielt ein solches Brötchen von daher. Kaum traute ich meinen Augen. Etwas Ungesünderes und Häßlicheres konnte nicht gegessen werden. Niemanden als mich selbst brachte ich dahin, es zu kosten. Der Geschmack glich stinkendem Wasser. Um die Trester nicht auseinander fallen zu lassen, und dem Ganzen das Aussehen von Brot zu ertheilen, war es mit ein wenig grobem Mehl durchsintert, und mit einer Mehlrinde wie angehaucht. Noch bewahre ich ein Stück dieses Brotes, mit welchem das neben ihm liegende Holzbrot wie das prächtigste gesunde Weizenbrot aussieht, als das Traurigste aller Denkmale dieser Hungerzeit auf. Man suchte auch Brot aus den Kolben des Türkischkorn zu machen, allein, die Versuche gelangen nicht. Was wäre dieses für ein Brot gewesen? Doch wurden diese Kolben in Milch gesotten und gegessen. Geschlachtene alte Pferde, Hunde und Katzen wurden auch begierig gegessen; dennoch starb Niemand vor Hunger, noch an den Folgen desselben. Am schlimmsten stund's in dem Liechtensteinischen, in Lustenau, Meyningen⁷³² und deren Umgegend, also am Rhein, dem Gränzfluß zwischen jenem Land und der Schweiz. Die Früchte bezog man vorzüglich aus Italien, auch aus Bayern und Württemberg. Für viel Geld konnte man alles im Ueberfluss haben. Von Magazinen auf den Notfall war aber hier keine Spur zu finden. Zur Unterstützung der armen Vorarlberger sandte die Regierung 12.000 fl, die Stadt Feldkirch bestimmte für die ihrigen 1.000 fl. Im Ganzen theilte man unter die Armen von Feldkirch und der Umgegend 48.000 Portionen Suppe aus. Mehrere Gemeinden traten in einen Wohlthätigkeitsverein, schickten Mitglieder in die Häuser der Vermöglichen, sammelten Erdäpfel, Türkischkorn, Mehl, Kraut, und theilten es unter die Aermsten. Die Betteley war ungestört. Die Bettler erhielten Butter, Mehl, Geld usw. Einige Geistliche opferten ihren Zehnten, den sie von der Erndte des Türkischkorn und der Erdäpfel als Pfrundeinkommen beziehen, für die Armen ihrer Gemeinde auf. Andere, besonders die in den Gebürgen, schränkten sich, um geben zu können, noch mehr ein, denn einschränken müssen sie sich bey ihrem sehr geringen Einkommen, in edlen Jahren. Den Kranken stunden an vielen Orten Küchen und Keller offen. Hungernde Unredliche gruben Erdäpfel aus, und schnitten in Saatfeldern die Aehren so ab, daß man es von fern nicht bemerken konnte. Geißen, Schaaf und Kühe, waren in nicht wohl

⁷³⁰ Peter SCHEITLIN, Meine Armenreisen im Kanton Glarus und der Umgebung der Stadt St. Gallen in den Jahren 1816 und 1817. Scheitlin war nicht nur evangelischer Theologe, sondern Gründer des St. Galler Waisenhauses. https://de.wikisource.org/wiki/ADB:Scheitlin,_Peter, 14. April 2016.

⁷³¹ Ebenda, S. 441 ff. Er beschreibt zuerst die Situation in Schwaben. Dort habe es 1817 wieder eine gute Getreideernte gegeben. Deshalb moniert er auch die hohen Ausfuhrzölle für schwäbisches Getreide in die Schweiz.

⁷³² Obwohl laut SCHEITLIN Meiningen in Vorarlberg zu den am schwersten betroffenen Gemeinden gehörte, ist die Katastrophe im Meiningener Heimatbuch nicht weiter erwähnt. Nur bei den Rheinüberschwemmungen wird das Jahr als eines von vielen genannt. Gerda LEIPOLD-SCHNEIDER, Gewässer prägen Meiningen, in: Meiningen, eine Dorfgeschichte, Meiningen 2010, S. 81 – 95, vgl. S. 88.

verwahrten Ställen nicht sicher. Wer ertappt wurde, kam auf kürzere oder längere Zeit in Arrest; die Behandlung war aber so, daß die Diebe nach ihrer Entlassung wünschten, noch längere Zeit im Arrest bleiben zu dürfen. Für das moralische und religiöse Bedürfnis der Armen wurde nichts Besonders gethan, und vom Nervenfieber und andern Krankheiten erfuhr man hier gar nichts, noch weniger von zahlreichen Todesfällen. Es erhellt aus diesem Wenigen, wie gräßlich hier die Hungersnoth gewesen seyn müsse, aber auch, wie stark gesund dieses Volk ist, um solche Nahrung unschädlich genießen zu können.⁷³³

Wie Scheitlin schreibt, herrschte in Vorarlberg aufgrund der Teuerung in vielen Gemeinden Not, aber wer Geld hatte, konnte alles kaufen. Die Teuerung traf in vielen Gemeinden zwischen einem Drittel und zwei Drittel der Bewohner. Wo durch die Überschwemmungen Orte über Wochen unter Wasser standen, war der Großteil der Einwohner betroffen. Schon 1571 hatte der Schweizer Theologe Ludwig Lavater den Unterschied zwischen Teuerung und Hunger wie folgt erklärt: Teuerung bedeute, dass alles, was der Mensch zum Leben braucht, „es seye Spys, Tranck, Kleider, Holtz, Herberg und anders, wohl vorhanden ist, aber man mags in keinem zimlichen Gelt ankommen, sondern will man es haben, so muß man zwei oder drü Gelt darum geben. Hunger aber ist, so man Spys und Trank und andres nit findt zukoufen, wenn es einer glich gern wol bezalen wollte. Dem Armen aber ist Türe und Hunger ein Ding. Dann wenn einer arm ist und alle Dinge gleich wohl vorhanden, muß er doch der selbigen mangeln und Hunger leyden, diewyl er kein Gelt hatt, daß ers vermöge zu bezalen.“⁷³⁴

Mit diesen Worten Lavaters ist auch die Situation in Vorarlberg 1816 und 1817 bestens beschrieben. Wer genug Geld hatte, konnte sich auch 1817 mit allem versorgen, was er zum Leben brauchte, mit Fleisch, Reis, Butter, Weißbrot, Kaffee, Tabak, Erdbeeren, Honig, Mineralwasser, Wein, und Obstbranntwein. All das gab es auf den Märkten und in den Apotheken der Städte zu kaufen. Für die Armen wurden Brot, Kartoffeln, Hafer, Türken und Schmalz hingegen unerschwinglich. Sie konnten nur dank der Hilfe anderer überleben.

Die Jahre nach der Rückkehr zu Österreich waren zwar schlechte Erntejahre, aber keine absolut

⁷³³ SCHEITLIN, S. 444 f. Im Vordergrund von Scheitlins Bericht steht die Belehrung über die ärmlichen Zustände und die Not der Menschen. Er urteilt über das Leben der Menschen und beurteilt die Hilfsmaßnahmen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit. Dabei legt er seine moralisch-theologischen Wertmaßstäbe an. Das von ihm beschriebene Tresterbrot ist aus keiner Vorarlberger Quelle überliefert. Korrekt ist seine Wiedergabe der 12.000 fl Notvorschüsse, wobei er sie als staatliche Unterstützung bezeichnet, was so nicht stimmt. Auch seine weiteren Schilderungen sind so gestaltet und gewichtet, wie es seinen Intentionen entspricht. Er will mahnen, warnen, belehren, aber er ist kein Chronist und Historiker. „Der Anblick des Leidens Anderer lehrt Mitleiden“, S. 12. Das ist sein Motto und unter diesem Motto muss man seine Beschreibung lesen.

⁷³⁴ <http://www.e-rara.ch/zuz/content/titleinfo/1304158>, Von Thüwre und Hunger dry Predigen / uss dem 6. Cap. dess anderen Buochs Paralipom oder der Chronick geprediget und volgendts zur Leer und zum Trost beschriben durch Ludwig Lavater, Diener der Kyrchen zuo Zürich, 1. Predigt, S. 4 und 5. Im Original ist das Zitat, wie es Jütte von Abel übernommen hat, auf zwei Seiten verteilt, die nicht aufeinander folgen, aber zusammengehören. Vgl. Robert JÜTTE, Klimabedingte Teuerungen und Hungersnöte, in: Kulturelle Konsequenzen der „Kleinen Eiszeit“, hrsg. v. Wolfgang BEHRINGER, Hartmut LEHMANN, Christian PFISTER, Göttingen 2005, S. 225 – 238, hier S. 226.

schlechte Zeit für alle Vorarlberger. Die Viehbauern im Bregenzerwald und im Montafon fanden gute Absatzbedingungen, ihr Problem war das Futter für ihre Kühe. Die klein strukturierte Vorarlberger Landwirtschaft ohne eine größere Zahl an Knechten und Mägden erwies sich in den Notjahren zudem als Vorteil.⁷³⁵ Man musste nur die eigene Familie und kein zusätzliches Personal versorgen. Eine kleine Zahl an Kühen, Ochsen und Pferden konnte auch mit einem geringeren finanziellen Aufwand mit Futter versorgt werden, als dies in Gegenden mit großen Höfen wie in Schwaben und Bayern der Fall war. Wer sein Vieh über den Winter 1816/17 und bis in den Sommer 1817 durchbrachte, konnte in den folgenden Jahren normal weiterwirtschaften und profitierte vom Aufschwung. Ferner hatten Milch, Käse und Molke in Kombination mit Kartoffeln die Bevölkerung unabhängiger von hohen Getreidepreisen gemacht.

Im Walgau, im Bregenzerwald und im Montafon, wo die Überschwemmungen des Sommers 1817 keinen Schaden anrichteten und die Ernte zufriedenstellend ausfiel, waren die Versorgungsprobleme daher am schnellsten überwunden. *Denn die Wälder hatten Milch, Schmalz, Schotten und Sieg und konnten mit dem Stickstocke, an dem er so zu sagen Tag und Nacht saß, wenn gleich nicht besonders viel, dennoch mehr verdienen als die Landbewohner.*⁷³⁶

Die Gemeinden zwischen Feldkirch und Bludenz spürten von den Unbillen der Natur und der Hungerkrise dieser Jahre am wenigsten. Diese privilegierte, glückliche Situation zeigt sich auch darin, dass neun Gemeinden aus dem Walgau sowie Egg, Andelsbuch, Schwarzenberg und Bezau keine Notvorschüsse beantragten.

Ganz anders sah es in den Gerichten Bregenz, Dornbirn und Feldkirch aus. Dort hatten die Überschwemmungen 1817 die größten Schäden angerichtet und die ausgebluteten Bewohner doppelt getroffen. Am Rhein und am Bodensee war nicht nur die Ernte vernichtet, sondern die überschwemmten und verschlammten Wiesen und Felder mussten in den folgenden Jahren erst wieder neu kultiviert (entwässert, von Sand, Schlamm und Steinen befreit, angesät, gedüngt) werden. Sie blieben langfristig unrentabel und schlecht zu bewirtschaften. Die betroffenen Gemeinden waren auf *mehrere Jahre zu Grund gerichtet*.⁷³⁷ Sie waren *aber ohne Ausnahme schon durch die im zu Ende gehenden Jahre angedauerte allgegenwärtige Noth stark in Schulden gerathenen und durch außerordentliche bereits auf den höchsten Grad getriebenen Anstrengungen ganz entkräftet und außer Stande gesetzt worden, ihre armen Gemeindeangehörigen noch ferner zu unterstützen*.⁷³⁸

⁷³⁵ Vgl. Hubert WEITENSFELDER, Agrarreform und Sozialkonflikt, Allmendteilung in Vorarlberg, ca. 1770 bis 1870, in: Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 140 (1996), 133 – 167, hier S. 135, in den 1830er Jahren lag der Dienstbotenanteil in Vorarlberg bei 3,5 Prozent.

⁷³⁶ Gemeindearchiv Krumbach, Pfarrchronik Brändle.

⁷³⁷ VLA, KA 1, Sch. 308, 660, An das Landespräsidium, Bericht des Kreishauptmanns in Betreff des hier und da noch herrschenden Nothstandes, Bregenz, 27. Oktober 1817.

⁷³⁸ VLA, KA 1, Sch. 308, 660, An das Landespräsidium, Bericht des Kreishauptmanns in Betreff des hier und da noch herrschenden Nothstandes, Bregenz, 27. Oktober 1817.

Beschädigte Gebäude mussten unter großem finanziellem Aufwand ausgebessert werden, manches Haus blieb unbewohnbar oder musste abgetragen werden.⁷³⁹ In Matschels wanderten die Bewohner überhaupt ab.

Dazu kam, dass gerade in den Gemeinden der Gerichte Feldkirch, Dornbirn und teilweise im Gericht Bregenz weisungsgemäß genauestens vermerkt war, wem ein Notvorschuss in welcher Höhe ausgefolgt worden war. Das erhöhte den Druck auf die Armen, weil sie das Geld zurückbezahlen sollten. Wo die Empfänger, die keinen eigenen Besitz hatten, ihre Allmendenutzungsrechte oder die Feldnutzungen nebst Grund und Boden für mindestens ein Jahr hypothekarisch belastet hatten, lastete der finanzielle Druck besonders stark auf den Menschen.⁷⁴⁰ Nur dort, wo die Notvorschüsse klugerweise in die jeweilige Armenkasse gelegt worden waren, wurden nicht Einzelpersonen für die Rückzahlung haftbar gemacht, sondern die entsprechende Armenkommission oder die Gemeinde.

Getreidewucher und die Aussicht auf gute Preise bestimmten im Sommer 1817 auch in Vorarlberg den Getreide- und Kartoffelhandel. Die Aussichten auf eine gute Ernte führten dazu, dass Spekulanten (Juden, Wucherer, Gläubiger, die ihre Forderungen bereits verloren sahen) zu *wirklichen oder Scheinkäufen von Früchten, auf dem Halm oder Erdapfel noch in der Erde*, griffen oder die Ernte nachfragten, um so die Preise hoch zu erhalten. *Diese lichtscheuen Maulwurfskreise hindern allerdings das schnelle Fallen der nothwendigsten Lebensmittel, verbreiten auch bei der besten Aussicht auf ein gesegnetes Jahr unzeitige Besorgniß.* Der so entstandene eigennützig niederrächtige Spekulationsgeist wurde deshalb von Amtswegen aufs schärfste angeprangert und verboten.⁷⁴¹ *Der Bauer ist von allen Seiten im Gedränge. Der Kapitalist will von ihm Zinse, derjenige, der ihm in den Tagen der Noth Unterstützung geleistet hat, will von allen die Bezahlung. Hilfsquellen hat er keine, vom Viehstande mußte er zur Zeit der Noth sich entblößen, der Verdienst, der nicht so blühend war und jeden Arbeitssamen ernährte, ist längst verschwunden und wird in Folge der allerneuesten zur Emporbringung der Fabrikagen erlassenen wahrhaft wohlthätigen Zollveränderung erst mit der Zeit wiederkehren, der Wucher ist gewöhnlich in der größten Noth am ärgsten, und der Kredit ist ganz weg.*⁷⁴²

Ein Hauptkriterium für die Vorarlberger Hungerkrise von 1816 bis 1817 war die Unfähigkeit des österreichischen Staates, effektive Hilfe zu leisten. Für Vorarlberg gilt das, was Stefan Hotz und Daniel Krämer auch für die Schweiz diagnostizierten: „Erst das Verhalten der Menschen hat das Ausbleiben des Sommers 1816 zur Krise gemacht.“⁷⁴³ Die ausgelaugten Staaten Europas, insbesondere das

⁷³⁹ SUTTERLÜTTI, Vom Geld und den Schulden, Häuserverzeichnis, S. 339.

⁷⁴⁰ VLA, Verfachbuch Bregenz, angefangen 1. Mai 1817, fol 476 – 483, 13. August 1817. Die Harder Bürger müssen ihre Feldnutzung als Sicherheit für die Kredite für Getreide und Früchte von der Witwe von Xaver Detzel einsetzen.

⁷⁴¹ VLA, LG Bregenzerwald, Sch. 31, Bezau, 12. Juli 1817. Die Verordnung wurde vom KA am 30. Juni 1817 erlassen.

⁷⁴² VLA, KA 1, Sch. 308, 660, An das Landespräsidium, Bericht des Kreishauptmanns in Betreff des hier und da noch herrschenden Nothstandes, Bregenz, 27. Oktober 1817. Vgl. auch VLA, KA 1, Sch. 303, Präsidiale B I, B II 1817-1820, Administrationsbericht 1817, 4. Quartal, Feldkirch, 17. Dezember 1817.

⁷⁴³ Stefan HOTZ, 1816 – das Jahr ohne Sommer, <http://www.nzz.ch/zuerich/aktuell/1816-das-jahr-ohne-sommer-wenn-die-natur-das-leben-der-menschen-durcheinanderbringt-ld.85902>, 9. August 2016.

bankrotte Österreich, waren nicht in der Lage, die notwendige Unterstützung zu leisten. Diese mangelhafte staatliche Unterstützung, die sich auf kaiserliche Spenden beschränkte, verstärkte in der Habsburger Monarchie die Notsituation im Vergleich zu anderen Ländern deutlich. Es zeigte sich, dass Länder mit effektiven und gut organisierten Wohlfahrtsprogrammen wie England, Frankreich und die Niederlande weniger Notleidende und eine geringere Sterblichkeit zu verzeichnen hatten als Länder mit einer wenig entwickelten und schlecht funktionierenden Verwaltung und/oder Armenfürsorge wie Irland, Italien, die Schweiz, die Habsburger Monarchie sowie die Staaten auf dem Balkan.⁷⁴⁴

Noch fünf Jahre nach dem Staatsbankrott von 1811 wirkten sich seine Folgen beim Umgang mit der Krise entscheidend aus. Einerseits befand sich die Wiener Währung auf dem internationalen Geldmarkt im Vergleich zur Reichswährung auf einem sehr niedrigen Kursniveau, was für Vorarlberg die Einkäufe im Reichsgebiet extrem verteuerte. Andererseits waren die Staatskassen im wahrsten Sinne des Wortes leer. Der österreichische Staat lebte nach dem Wiener Kongress von ausländischen Subsidien und Unterstützungen, die eigenen Steuereinnahmen deckten die Ausgaben bei weitem nicht. Katastrophenhilfe, Notstandsunterstützung und Sozialhilfe existierten nicht als Budgetposten im Staatshaushalt. Erst als die Maßnahmen der neu gegründeten Nationalbank griffen und ausgewogene Wechselkurse entstanden, konnte die Wirtschaft langsam wieder aufleben. Ein Weiteres trug die Friedenszeit nach dem Wiener Kongress bei. Wenn Notvorschüsse oder Hilfgelder zugesagt waren, konnten sie nur ausbezahlt werden, wenn vorher Steuergelder in die Kamerkassa geflossen waren. Solange die Staatskassen aber nicht durch Steuern gefüllt wurden, weil die Wirtschaft am Boden lag, Teile der Bevölkerung die Steuern nicht bezahlten oder sie ihnen gestundet waren, füllten sie sich nicht. Es konnte somit auch keine staatliche Hilfe geleistet werden. Die Hilfgelder und Notvorschüsse in den Jahren 1815 bis 1817 waren daher durchwegs persönliche Spenden und eine Gnade seiner kaiserlichen Majestät selbst.

Bei der Bekämpfung der Teuerung versagte die österreichische Verwaltung auf weiter Strecke. Statt in guten Zeiten Getreidevorräte anzulegen und dann in Notzeiten den Markt zu entlasten, versuchte sie über Ausfuhrverbote für Getreide, Kartoffeln und Grundnahrungsmittel das Angebot im Land zu stabilisieren. Steuern und die Rückzahlung der Notvorschüsse wurden gestundet, aber nicht erlassen.

Für Kreishauptmann Daubrawa, seine Beamten und die wechselnden Landrichter bedeutete das, dass sie den Menschen kaum staatliche Hilfe in Aussicht stellen konnten, wohl wissend, dass der Staat sie nicht leisten konnten. Sie konnten darauf achten, dass die Armenversorgung durch die Organe funktionierte, die im Sinne der josephinischen und bayerischen Armengesetzgebung dafür zuständig waren, nämlich die Gemeinden und die Armeninstitute. Sie konnten Erhebungen über die Zahl und die Lage der Unterstützungsbedürftigen durchführen lassen, die Einhaltung der entsprechenden Verordnungen überwachen, Sammlungen und Sondersteuern initiieren und die Einrichtung von Suppenanstalten anregen. Sie hatten alles Erdenkliche in die Wege zu leiten, damit diejenigen, die am meisten Unterstützung brauchten, nämlich Alte, Kranke, große Familien und arbeitslose Heimarbeiter, alleinstehende Frauen sowie Frauen mit mehreren minderjährigen Kindern, nicht verhungerten. Wo das Familieneinkommen aufgrund der Teuerung nicht mehr

⁷⁴⁴ POST (1977), S. 67.

ausreichte, um ausreichend Lebensmittel zu kaufen,⁷⁴⁵ war die Solidarität der Gemeinschaft gefragt. Die milden Sammlungen, Liebessteuern, die außerordentlichen Armensteuern und die Armensubskription und die Naturalspenden bildeten zunehmend die Grundlage dafür, dass die Armenversorgung noch funktionierte. Fundraising war 1816 und 1817 mindestens so wichtig wie bei Katastrophen heute und es funktionierte ebenso gut.

Im Sinne einer solidarischen Gesellschaft, als die auch wir uns gerne bezeichnen, und der christlichen Caritas waren die Wohlhabenden für die Armen verantwortlich. Eine große Gruppe von Nehmenden stand einer immer kleiner werdenden Gruppe von Geben Könnenden und Geben Wollenden gegenüber. Im Vergleich zu heute war damals aber für alle sichtbar, wer bezahlte, der Kaiser, der Staat oder die Bürger. *Zwar suchte man dem Elende der ärmeren Classe auf alle mögliche Art durch freiwillige und auch gezwungene Sammlungen (vorzüglich durch die sogenannte Kunstsorten-Suppe, wie z. B. in Feldkirch und Bregenz) einiger Maßen zu steuern, u. es war ein herzerschütternder Anblick, zu sehen wie einer Menge abgemagerter Menschen beiderlei Geschlechtes, dem einen ein Maß und dem anderen ein halbes Maß Suppe in einem Topf eingemessen wurde. Allein so zweckmäßig und wohlthätig diese Veranstaltung war, so reichte sie doch nicht weiter hin, als die Dürftigsten vom Hungertode zu retten, darum waren viele so von Kräften gekommen, daß sie kaum mehr gehen, geschweige denn richtig arbeiten konnten, ja es soll sogar Weiber und Mädchen gegeben haben, deren Menstrua, nicht aus Männerschuld, sondern vor lauter Hunger aufgehört habe.*⁷⁴⁶

Die Krisenjahre zeigen aber auch, dass es mit dem Vorarlbergbewusstsein der ehemaligen Gerichte und der Neovorarlberger in Hohenems, Lustenau, Blumenegg und St. Gerold nicht so weit her gewesen ist. Je länger die Not andauerte, desto deutlicher zeigen sich in den Schreiben der einzelnen Landrichter die Eigeninteressen der Gerichte. So verknüpften die Bregenzerwälder die steuerbegünstigten Salzimporte aus der staatlichen Saline in Hall mit der Frage des Weggeldes. Die Abschaffung des bayerischen Weggeld, das ihre Viehverkäufe nach Württemberg, Baden und in die Schweiz verteuerte, aber ihnen dabei wichtiger als das angebotene Geschäft mit der staatlichen Saline. Aus Enttäuschung über die schlechte Zahlungsmoral der österreichischen Verwaltung wünschte sich so mancher die bayerische Regierung zurück. Die Verzögerungspolitik im Hinblick auf die Wiedereinführung der ständischen Verfassung und die neuen Steuern waren die wichtigsten Kritikpunkte der Vorarlberger in den Notzeiten. Die alten ständischen und städtischen Eliten ließen sich ungern von Kreishauptmann Daubrawa, der ihnen von Innsbruck vor die Nase gesetzt worden war, etwas vorschreiben. Der Bregenzer, später Dornbirner Landrichter Dr. Mosbrugger setzte sich immerhin tatkräftig für die Armen ein, wenn er die Anweisungen Daubrawas missachtete. Der Dornbirner Landrichter von Gilm hingegen, glaubte ihn mit falschen Zahlen austricksen zu können. In Feldkirch schließlich nutzten die Stadtbürger die Verordnungen mitunter zu ihren Gunsten. Sie errichteten die luxuriöseste, aber kostenpflichtige Suppenküche für die Armen der Nachbarorte und nutzten es für ihre Ziele aus, dass die Empfänger der Notvorschüsse in der Umgebung die Allmendenutzungen, mit der sie gebürgt hatten, nicht mehr auslösen konnten.

⁷⁴⁵ Vgl. FISCHER, Armut in der Geschichte, S. 70 ff.

⁷⁴⁶ Gemeindearchiv Krumbach, Pfarrchronik Brändle.

Als in einigen Gebieten im Winter 1817/18 und im Frühjahr 1818 immer noch Bettler unterwegs waren, stritten die Vertreter der Landgerichte über den Umgang mit ihnen.⁷⁴⁷ Sie machten sich gegenseitig Vorhaltungen, aus welchem Gericht mehr Personen im jeweils anderen bettelten. Keiner wollte für die Armen des anderen aufkommen, genauso wie jede Gemeinde genau darauf achtete, nur die Menschen zu versorgen, für die sie auch verantwortlich war.

Bei der Versorgung der Bedürftigen und Notleidenden entfachte sich bereits 1815 die Diskussion, ob es besser sei, den Ärmsten der eigenen Gemeinde, des eigenen Armendistrikts unter bestimmten Voraussetzungen an einigen Tagen der Woche das Betteln und Almosensammeln zu gestatten, oder ob man eine Armenabgabe einheben sollte, um durch den Armenrat Lebensmittel anzukaufen und zu verteilen. Was war besser, die Versorgung über Armeninstitute den Gemeinden zu überlassen oder kirchliche Arbeitsschulen und staatliche Zwangsarbeitshäusern zu errichten oder sollten sich die Bedürftigen durch Betteln selbst erhalten? Durfte in der Hungerzeit auch der essen, der nicht arbeitete?⁷⁴⁸ Fragen, die ihre Dringlichkeit und Brisanz bis heute nicht verloren haben.

Die überforderten Gemeinden schoben fremde Bettler ab, jede Armenkommission kümmerte sich nur noch um die eigenen Armen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig waren.

Die Einführung des Ehekonsenses 1820 dürfte auch ein Resultat der Hungerkrise sein. Mit dem Ehekonsens war eine Eheschließung an die Zustimmung der Heimatgemeinde gebunden, dass sie im Falle der Verarmung die Eheleute unterstützte. Mittellose Bürger, Angehörige der vermögenslosen Unterschicht durften nicht mehr ohne weiteres heiraten.⁷⁴⁹ Damit wollte man verhindern, dass sich die arme, vermögenslose Klasse weiter vergrößerte und Gemeinden viele arme, kinderreiche Familien unterstützen mussten. Schon im Bürgerlichen Gesetzbuch von 1811 galt der „Mangel an nützlichem Einkommen“ als Ehehindernis. Man kann also davon ausgehen, dass der Ehekonsens eine Folge der Notzeit gewesen ist, der der „Eindämmung der armen, nahrungslosen Volksmassen“ diente.⁷⁵⁰

Zu den wichtigsten Konsequenzen der Hungerkrise in Vorarlberg gehörte die Intensivierung des Ackerbaus. Kritischen Zeitgenossen war klar, dass die Getreideeinfuhr in Vorarlberg immer an erster Stelle bei den Importen stehen würde, solange der Feldbau nicht gefördert würde.⁷⁵¹ Nutzbare Flächen wurden für den Anbau von Kartoffeln und Türken kultiviert und der Gartenbau gestärkt. Um das Interesse am Anbau zu wecken und zu vergrößern, wurden vorhandene Gemeindegründe geteilt. Für die Diskussion über eine solche Teilung in Bludenz lieferte die Hungerkrise schließlich die entscheidenden Argumente. In die Wege geleitet war sie schon 1807 von Dr. Josef Bitschnau

⁷⁴⁷ VLA, LG Bregenz, Sch. 397, Armensachen II, Nr. 20/400, Bregenz, 27. Juni 1818.

⁷⁴⁸ Vgl. SCHEITLIN, S. 449.

⁷⁴⁹ Vgl. Elisabeth MANTL, Heirat als Privileg – obrigkeitliche Heiratsbeschränkungen in Tirol und Vorarlberg 1820 bis 1920 (= Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien Bd 23), München 1997, S. 9 f. MANTL stellt aber keinen Bezug zu den vorangegangenen Hungerjahren her.

⁷⁵⁰ Vgl. Hans HEIS, Ein neues Land – Tirol in Restauration und Vormärz, in: Für Freiheit, Wahrheit und Recht! Joseph Ennemoser & Jakob Philipp Fallmerayer, Tirol von 1809 bis 1848/49 (= Schlern-Schriften 349), hrsg. v. Ellen HASTABA/Siegfried DE RACHEWITZ, Innsbruck 2009, S. 33 – 48, hier S.39.

⁷⁵¹ WEIZENEGGER-MERKLE, I. Abtheilung, S. 311.

worden. Als „Kulturlustiger“ kämpfte er dafür, die Frühlings- und Herbstweidrechte auf der Paschg, einem großen Feld am Ausgang des Klostertals aufheben zu lassen und das Feld für den Anbau nutzbar zu machen. Mit dieser Aufteilung sollte den verarmten Bürgern eine neue wirtschaftliche Hilfe erwachsen. Mit dem Mangel 1816 verstärkten sich seine Argumente für die Allmeindeteilung, dass diese im Sommer 1817 endlich durchgezogen wurde. Nach der erfolgreichen Grundteilung nahm Dr. Bitschnau die Teilung der Bludener Gemeindewälder in Angriff.⁷⁵² Die segensreichen Folgen dieser Aktion kommentierte Kreishauptmann Daubrawa bei seiner Kreisbereisung 1819 mit den Worten: Der Gassenbettel ist eigentlich seit erfolgter Beurbarung der sogenannten Allmeingründe, Gemeindewiesen, ganz abgestellt. Diese Gründe sind vortrefflich kultiviert und auch gegen Wassergefahr durch gute und zweckmäßige Wuhrwerke gesichert. Es gereichte mir wirklich zum innigsten Vergnügen, dieses so bedeutende und aus einer unfruchtbaren Öde in die fruchtbarsten Äcker umgeschaffene Terrain, das jetzt so vielen Einwohnern Brot und Nahrung gibt, zu durchgehen und von dem wahrlich gemeinnützigen Erfolge dieser so wohlthätigen Unternehmung auf Ort und Stelle mich zu überzeugen.⁷⁵³

Auch in Altenstadt argumentierten die Teilungsbefürworter mit den Missernten der Jahre 1816 und 1817. Auf ihren neuen Gründen könnten die Armen dann Kartoffeln anbauen und auf den bisherigen Wintergetreide.⁷⁵⁴

Da für viele Zerstörungen die äußerst schwachen und jahrelang vernachlässigten Rheinwuhren verantwortlich waren, ging man im Herbst 1817 daran, wieder neue Schanzen und Wuhren gegen die Rheinüberschwemmungen zu errichten.⁷⁵⁵ Die Wasserschutzbauten an Rhein, Dornbirner Ach und Ill gehörten in den 1820er und 1830er zu den Hauptaufgaben des neuen Kreisbauingenieurs Alois Negrelli.⁷⁵⁶

In der Wahrnehmung der Vorarlberger waren die Jahre zwischen 1814 und 1818 Jahre des Jammers, Jahre des Elends und Jahre der Not. Worüber man jammerte, worin das Elend lag und wie die Not aussah, war individuell aber sehr unterschiedlich. Für den einen waren es die neue Personal- und Klassensteuer, der andere ärgerte sich über die Gewerbesteuer. Die ständischen Vertreter wollten Mitsprache, die Inhaber von Staatsobligationen und Anleihen warteten, dass ihnen zumindest endlich die Zinsen ausbezahlt würden. Die Kaufleute und Viehhändler verlangten die Abschaffung des Weggeldes. Die Armen wünschten sich endlich niedrige Preise und erschwingliche Lebensmittel. Und die arbeitslosen Spinner und Weber hofften auf einen für sie günstigen Konjunkturaufschwung und Arbeit.

⁷⁵² Manfred TSCHAIKNER, Dr. Josef Bitschnau (1776 – 1819), in: Montfort 63. Jg, H 2, 2011, S. 69 – 80, hier S. 78. Vgl. auch Reinhard BOSO, 1816 – das Jahr ohne Sommer, Historische Betrachtungen zur Entwicklung der Bludener Allmeindienstleistungen, in: Bludener Geschichtsblätter 86 (2007), S. 40 – 45.

⁷⁵³ TIEFENTHALER, Berichte, S. 36. Vgl. auch Weitensfelder, Agrarreform und Sozialkonflikt, Allmeindienstleistungen in Vorarlberg, ca. 1770 bis 1870, in: Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 140 (1996), S. 133 – 167.

⁷⁵⁴ WEITENSFELDER, Agrarreform und Sozialkonflikt, S. 160.

⁷⁵⁵ GRABHER, Brauchtum, S. 295.

⁷⁵⁶ Peter BUSSJÄGER, Josef CONCIN, Karl GERSTGRASSER, Alois Negrelli und seine Spuren in Vorarlberg (1822 – 1832) (= Bludener Geschichtsblätter 33 + 34), 1997.

Auch Regen, Schnee und Kälte waren nicht immer nur ein Grund zur Klage, mitunter wurde das Vorarlberger Klima auch als Mittel zum Zweck eingesetzt. Mitte des 18. Jahrhunderts hatten die Vorarlberger Landstände die von der Vorderösterreichischen Regierung angeregte Anpflanzung von Maulbeerbäumen damit abgeschmettert, dass sie erklärten: „Wir sind bekannterdingen so unglücklich situiert und leben in einer solchen Gegend, worin wegen der Nähe der höchsten und wildesten Felsen und Berge fast ein immerwährender Winter und besonders im oberen Teile Vorarlbergs fast niemalen ein rechter und vollkommener Sommer ist.“⁷⁵⁷

Kreishauptmann Daubrawa hatten die Krisenjahre nervlich so angegriffen, dass er 1818 nach dreißig Jahren als Verwaltungsbeamter um die Pensionierung ansuchte. Genehmigt wurde sie ihm allerdings erst 1822.⁷⁵⁸ Sein Nachfolger Johann Nepomuk Ebner wickelte in den nächsten Jahren dann die Frage der noch offenen Notvorschüsse und der Gemeindeschulden ab.

Die Betriebsamkeit und Genügsamkeit, die Sparsamkeit und der Fleiß, die laut Baldacci die charakteristischen Eigenschaften der Vorarlberger waren, halfen ihnen auch die Jahre des Elends und der Not zu überstehen.⁷⁵⁹ Jammern durften 1818 allenfalls die Getreidehändler: Beim Getreidemarkt am 10. Juli 1818 in Bregenz konnten sie nämlich weder bei Getreide noch bei Roggen, Hafer und Gerste alles verkaufen. Sie blieben an diesem Tag auf großen Mengen ihres Angebots sitzen.⁷⁶⁰



Hungertaler

⁷⁵⁷ TIEFENTHALER, Industrie, S. 4.

⁷⁵⁸ VLA, KA 1, Sch. 299, Daubrawa, Bregenz, 17. Jänner 1822.

⁷⁵⁹ BALDACCI, S. 77.

⁷⁶⁰ Bregenzer Wochenblatt, XXIX. Stück, 17. Juli 1818, S. 116.

10. ANHANG

10.1. *Verwaltungsbeamte und Landrichter*

Verwaltungsbeamte und Landrichter
Während der bayerischen Herrschaft:⁷⁶¹
Kreiskommissär: Franz von Vintler (1768-1807)
Kreisamtsaktuar: Johann Peter Vögel

Landgericht Weiler:
Landrichter: Joseph Gebhard Beer

Land- und Kriminalgericht zu Bregenz:
Landrichter Johann Nepomuck Mo(t)z
Actuar: Gebhard Aberer
Stadtrichter von Bregenz und Stadt- und Polizeikommissar in Bregenz: Jakob Mosbrugger

Landgericht des Inneren Bregenzerwaldes:
Landrichter Johann Georg Bereitter

Landgericht zu Dornbirn:
Landrichter Dr. Joseph von Ganahl
Actuar: Joseph Ignaz Matt

Landrichter in Feldkirch:
Christoph von Gugger

Landgericht Sonnenberg:
Landrichter Vonbun
Adjunkt: Joseph von Furtenbach

Landgericht von Montafon zu Schruns:
Landrichter Maximilian von Gugger

1819⁷⁶²

Kreishauptmann: Franz Anton Daubrawa von Daubraweik, k.k. wirklicher Gubernialrat, Präses des ständischen Plenarkongresses von Vorarlberg, Direktor des Gymnasiums zu Feldkirch

1. Kreiskommissär: Joseph Vogelsanger
2. Kreiskommissar: Wenzel Graf von Gleisbach
3. Ferdinand Funker von Funken

⁷⁶¹ Ulrich NACHBAUR, 200 Jahre Gemeindeorganisation, <http://www.vorarlberg.at/pdf/nachbaurauswirkungen.pdf>, S. 422 – 428.

⁷⁶² Schematismus der Provinz Tyrol und Vorarlberg für das Jahr 1819, Innsbruck o. J., S. 170 – 175.

Land- und Kriminalgericht zu Bregenz:

Landrichter: bis 1817 Dr. Jakob Mosbrugger

Landrichter Johann Motz

Adjunkten: Sebastian Tiefenthaler und Ignaz Anton Maldoner

Actuar: Cölestin Gugger von Staudach

Landgericht zu Bregenzer Walde, zu Bezau:

Landrichter Johann Georg Bereitter bis April 1813

Landrichter Gebhard Aberer

Adjunkt: Gebhard Ender

Actuar: Anton von Metz

Landgericht zu Dornbirn:

Landrichter:

1813 – April 1815 Johann Georg Bereitter

1815 Joseph von Ganahl

Dezember 1815 – April 1817 Johann Nepomuk von Gilm, k. k. Appellationsrat

Ab Juni 1817 Dr. Jakob Mosbrugger

Adjunkt: unbesetzt

Actuar: Johann Nep. Wiederin

Civil- und Criminalgericht zu Feldkirch:

Präses: seit Oktober 1817 Johann Georg Bereitter

Räte: Johann Nepomuck von Gilm

Joseph Rungger, Johann Baptist Grüßer

Secretär: Franz Ritter von Hasselmayer zu Graßegg

Actuar: Peter Lechner

Landgericht Sonnenberg:

Bis 1817 Landrichter Joseph Österle

Landrichter Johann Caspar Albrecht

Adjunkt: Joseph von Furtenbach

Actuar: Anton von Rheindardt

Landgericht von Montafon zu Schruns:

Bis 1817 Landrichter Johann Caspar Albrecht

Landrichter Caspar Ratz

Adjunkt: Ferdinand Katzemayer

Actuar: Johann Beer

Landgericht zu Lustenau:

Landrichter Franz Seebald

k.k. Rentämter:

Bregenz: Rentamtsverwalter Christoph Kaiser, Controllor Joseph Anton Höfel, Amtsdienner Roman Mader

Feldkirch: Rentamtsbeamter Aloys Eberlin, Controllor Thomas Markt, Amtsdienner Joseph Zipper

10.2. Literaturverzeichnis

10.2.1. Chroniken

Aufschreibbuch Sebastian Abler, Rochus Sebastian Hartmann, 1798 – 1829, Gemeindearchiv Hard.
Aus der Familienchronik des Sebastian Feurstein in Dornbirn, in: *Alemania* 1934, S. 179.

Chronick von Lingenau, oder Beschreibung der merkwürdigsten Begebenheiten, welche sich in alten Zeiten im Bregenzerwald, vorzüglich aber im Gericht Lingenau ereignet haben. Gesammelt und zusammengeschrieben von Joh. Conrad Herburger, Caplan in Lingenau anno 1818. In 2 Theilen, Vorarlberger Landesarchiv.

Chronik der Wallfahrt und Pfarre Maria-Bildstein von 1650 bis 1817, Gemeindearchiv Bildstein.

Egger Chronik (1802 – 1848), in: *Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs*, VI. Jahrgang 1911, Nr. 9 und 10, S. 90.

Höchster Chronik von Johann Baptist Humpeler, in: *Höchst* 5, Alltag und Fest, S. 105–126.

Konzett Ignaz, Frastanzner Chronik, Frastanz 1924, Jahres-Wetter-Chronik nach Prugger und anderen. Längle Ernst, Altacher Chronik, Altach 1983.

Müller Daniel (1781 – 1845), Kalenderaufzeichnungen aus Mittelberg im Kleinen Walsertal, Gemeindearchiv Mittelberg.

Pfarrbeschreibung Hard, Hasler Chronik, 1816, Gemeindearchiv Hard.

Pfarrchronik Lustenau (Rosenlächer Chronik), geschrieben von Pfarrer Franz Josef Rosenlächer, 2 Bde, Vorarlberger Landesarchiv.

Pfarrchronik Schwarzenberg, Bregenzerwald Archiv Egg.

Sandmayr Hans, *Die Schnepfauer Chronik*, Eigenverlag, Bezau 2002.

Vornehmste Merkwürdigkeiten des Walsen-Thaals, *Die Baader Chronik*, Immenstadt 1997.

Wolfurter Chronik, Abschrift Wolfurt 1973, Vom theuren Jahr 1817.

10.2.2. Literatur

10 Jahre danach: Jahrhundert-Hochwasser 2005, Maßnahmen und Strategien, Rankweil 2015.

ABEL Wilhelm, *Massenarmut und Hungerkrisen*, 2. Aufl., Göttingen 1977.

ALBRICH Thomas, *Vorarlberg 1809, Am Rande des Aufstands, Das Tagebuch des Christoph Anton Kayser*, Innsbruck 2009.

AMMANN Sieglinde, *Armenfürsorge und Armenpolitik in Feldkirch von 1814 – 1914*, Diplomarbeit, Wien 1994.

AMMERER Gerhard, *Heimat Straße. Vaganten im Österreich des Ancién Regime (=Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien Bd 29)*, Wien, München 2003.

B' üs im Krumbah, Krumbach 1999.

BACHER Inge, *Aus dem Tagebuch des Bartholomä Marlin (1801-1878)*, in: *Bludenzer Geschichts-*

blätter 69 (2003), S. 14 – 17.

BALDACCI Freiherr Anton von, Über die inneren Zustände Österreichs, Eine Denkschrift 1816, hrsg. von Franz von Krones, in: Archiv für österreichische Geschichte, 74. Bd, 1. H, Wien 1889, S. 1 – 160.

BAPTISTA Pater Johannes, Vaterländische Bilder aus Unglückszeiten, in: Vorarlberger Volkskalender, Jg 29, 1879, S. 16 – 22.

BATEN Jörg, Ernährung und Wirtschaftliche Entwicklung in Bayern (1730 – 1880) (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd 82), Stuttgart 1999.

BEER Adolf, Die Finanzen Österreichs im XIX. Jahrhundert. Nach archivalischen Quellen, Prag 1877, Neudruck Bremen 2012.

BEHRINGER Wolfgang, Tambora und das Jahr ohne Sommer. Wie ein Vulkan die Welt in die Krise stürzte, München 2015.

BERCHTOLD Hannelore, Die Arbeitsmigration von Vorarlberg nach Frankreich im 19. Jahrhundert (= Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 42), Feldkirch 2003.

BERGMANN Joseph Ritter von, Landeskunde von Vorarlberg, Innsbruck 1868.

BERSIN Patricia, Die Naturalverpflegsstationen in Vorarlberg 1891-1914, unveröffentl. Diss., Innsbruck 1987.

BILGERI Benedikt, Bregenz: Geschichte der Stadt, Politik, Wirtschaft, Verfassung, Wien 1980.

BILGERI Benedikt, Geschichte Vorarlbergs, Bd IV, Zwischen Absolutismus und halber Autonomie, Wien 1982.

BOER Jelle Zeilinga de, Donald Theodore Sanders Das Jahr ohne Sommer, Die großen Vulkanausbrüche der Menschheitsgeschichte und ihre Folgen, Essen 2004.

BOSO Reinhard, 1816 – das Jahr ohne Sommer, Historische Betrachtungen zur Entwicklung der Bludener Allmeindienleistungen, in: Bludener Geschichtsblätter 86 (2007), S. 40 – 45.

BRÖNNIMANN Stefan, Daniel Krämer, Tambora und das „Jahr ohne Sommer“ 1816, Klima, Mensch und Gesellschaft, Geographica Bernensia G90, Bern 2016. 1816 – das Jahr ohne Sommer, in: Heimatspiegel (= Illustrierte Beilage im Verlag von „Zürcher Oberländer“ und „Anzeiger von Uster“, Redaktion Anne Bagattini) März 2015; Schneesommer und Heisshunger, in: Heimatspiegel Januar 2016.

BRUCKMÜLLER Ernst, Sozialgeschichte Österreichs, 2. Auflage, Wien, München 2001.

BRUNNER Kurt, Die Seegründen des Bodensees, Eine Dokumentation in Bildarstellungen, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 2004, H. 112, S. 71 – 84.

BUNDSMANN Anton, Die Entwicklung der politischen Verwaltung in Tirol und Vorarlberg seit Maria Theresia bis 1918, Dornbirn 1961.

BURMEISTER Karl-Heinz, „Die „zweite Sündfluth“. Das Rhein- und Bodensee-Hochwasser von 1566. In: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 2006, H. 124, S. 111 – 137.

BURMEISTER Karl-Heinz, Geschichte Vorarlbergs: ein Überblick, Wien 1980.

BUSSJÄGER Peter, Josef Concini, Karl Gerstgrasser, Alois Negrelli und seine Spuren in Vorarlberg (1822 – 1832) (= Bludener Geschichtsblätter 33 + 34), 1997.

BUTSCHEK Felix, Österreichische Wirtschaftsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Wien Köln Weimar 2011.

D'ARCY Wood Gillen, Vulkanwinter 2016. Die Welt im Schatten des Tambora, Darmstadt 2015.

DÜWEL-HÖSSELBARTH Waltraud, Ernteglück und Hungersnot, Klimageschichte in Baden-Württemberg, 2. Aufl., Darmstadt 2015.

- EISENEGGER Rudolf, Vorarlberg im Notjahr 1817. Nach archivalischen Quellen dargestellt von Rudolf Eisenegger, in: Lug i s'Land, Beilage zum „Vorarlberger Volksblatt, 1. Jg, Nr. 30, 25. Juli 1920, S. 1 – 2.
- ELMENREICH Ferdinand, Gottfried Feurstein, Die Landwirtschaft Vorarlbergs, in: Karl Ilg, Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd 2, Innsbruck 1968, S. 345 – 410.
- FAGAN Brian, Die Macht des Wetters: wie das Klima die Geschichte verändert, Düsseldorf 2001.
- FESSLER Klaus, Der Rhein – Mäders Schicksalsfluss, S. 334 – 369, in: Mäder, hrsg. v. Harald Walser, Bregenz 2004.
- FEURSTEIN Helmut, Die Verwandtschaft der Feurstein/Christas-Hensles vom 17. bis 19. Jahrhundert, Bregenz 2010.
- FISCHER Wolfram, Armut in der Geschichte, Göttingen 1998.
- FLIRI Franz, Naturchronik von Tirol: Tirol – Oberpinzgau – Vorarlberg – Trentino (= Beiträge zur Klimatographie von Tirol), Innsbruck 1998.
- FRITZ Gerhard, Bettler und Vaganten in Südwestdeutschland im späten 18. Jahrhundert nach Johann Ulrich Schölls „Abriß des Jauner und Bettelwesens in Schwaben“, in: Gerhard Ammerer, GERHARD Fritz, Die Gesellschaft der Nichtsesshaften, Affalterbach 2013.
- Fußacher Kirchturmkunde 1817, Veröffentl. in: Holunder, Wochenbeilage der Vorarlberger Landeszeitung für Volkstum, Bildung und Unterhaltung, 15. Jg, Nr. 50, Bregenz, 11. Dezember 1937, S. 1 – 3.
- GMEINER Josef, „Zum Vortheil der durch feindliche Verheerungen verunglückten Tyroler und Vorarlberger Landeseinwohner“ Salieris „Landsturmkantate“ als Beitrag zu einer Aktion Nachbar in Not des Jahres 1799, in: Mirabilia Artium librorum, hrsg. v. Helmut Lang und Hermann Harrauer, Wien 2001, S. 74 – 90.
- GOEHLERT Vincent, Die Entwicklung der Bevölkerung von Tirol und Vorarlberg, in: Statistische Monatschrift, hrsg. vom Bureau der k.k. statistischen Central-Commission, VI. Jahrgang, 1880, S. 52 – 64.
- GRABHER Hannes, Brauchtum, Sagen und Chronik, Lustenau 1956.
- GRASSER Walter, Bayrische Münzen, Vom Silberpfennig zum Goldgulden, Rosenheim 1980.
- GSTACH Ruth, Christian Hummel, der Nenzinger Doktor, Medizin und Alltag im 19. Jahrhundert (= Bludener Geschichtsblätter 56 + 57), 2001.
- HEINDL Waltraud, Edith Saurer (Hrsg.) Grenze und Staat: Passwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Passgesetzgebung in der österreichischen Monarchie (1750-1867), Wien 2000.
- HEIS Hans, Ein neues Land – Tirol in Restauration und Vormärz, in: Für Freiheit, Wahrheit und Recht! Joseph Ennemoser & Jakob Philipp Fallmerayer, Tirol von 1809 bis 1848/49 (= Schlern-Schriften 349), hrsg. v. Ellen Hastaba/Siegfried de Rachewitz, Innsbruck 2009, S. 33 – 48.
- HELBOK Adolf, Unserer Heimat Beziehungen zu Schwaben, Schweiz und Tirol in der Vergangenheit, in: Vierteljahrsschrift für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, Jg 3, 1919, S. 25 – 34.
- HEYDENREUTER Reinhard, Tirol unter dem bayrischen Löwen, Geschichte einer wechselhaften Beziehung, Regensburg 2008.
- HIRN Ferdinand, Geschichte Tirols von 1809 – 1814, Innsbruck 1913.
- HIRN Ferdinand, Vorarlberg vor dem Heimfalle an Österreich, Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, Jg 11, 1915, S. 1 – 19.
- Historisches Ortslexikon, Statistische Dokumentation zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte, Vorarlberg, 2011.
- HOFMANN VON WELLENHOF Viktor, Beiträge zur neueren österreichischen Wirtschaftsgeschichte,

Teil 2: Die Anfänge der österreichischen Baumwollindustrie in den österreichischen Alpenländern im 18. Jahrhundert, in: Archiv für österreichische Geschichte 110 (1926), S. 415 – 741.

ILG Karl (Hrsg.), Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd 1 – 4, Innsbruck 1961 ff.

JAKESZ Hans, Die A. Clessin'sche Stadt-Apotheke, älteste Apotheke Vorarlbergs, Dornbirn 1987.

Jurende's Mährischer Wanderer für 1840, Geschäfts- und Unterhaltungsbuch für alle Provinzen des österreichischen Kaiserstaates, 29. Jg Brunn 1840.

JÜTTE Robert, Klimabedingte Teuerungen und Hungersnöte, in: Kulturelle Konsequenzen der „Kleinen Eiszeit“, hrsg. v. Wolfgang Behringer, Hartmut Lehmann, Christian Pfister, Göttingen 2005, S. 225 – 238.

KASPER Michael, „Achtzehnhundertundzutodegefroren“. Die Hungerkrise 1814 bis 1919 im südlichen Vorarlberg. In: Edith Hessenberger, Michael Kasper, Andreas Rudigier, Bruno Winkler (Hg.): Jahre der Heimsuchung. Historische Erzählbilder von Zerstörung und Not im Montafon (Sonderband zur Montafoner Schriftenreihe 12), Schruns 2010, S. 11 – 69.

KASPER Michael, Vom „Land“ zum Stand Montafon, in: Montfort, 63. Jg, 2011, Bd 2, S. 81 – 109.

KAUFMANN Sabine, 1816 – Das Jahr ohne Sommer, Geschichten einer süddeutschen Klimakatastrophe, Karlsruhe 2013.

KIESSLING Rolf, Kleine Geschichte Schwabens, Regensburg 2009, S. 123 f.

KÖFLER Werner, Die Kämpfe am Bergisel 1809, Militärhistorische Schriftenreihe des Heeresgeschichtlichen Museums, Heft 20.

KOLB Ernst, Die Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie, in: Karl Ilg, Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd 2, Innsbruck 1968, S. 411 – 490.

KRÄMER Daniel, „Menschen grassten nun mit dem Vieh“, Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17 (= Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte Bd 4), Basel 2015.

KRAPF Philipp, Die Geschichte des Rheins zwischen dem Bodensee und Ragaz, in: Schriften des Vereins für Geschichte d. Bodensees 1901, H. XXX.

KREMER Alois Silvan von, Darstellung des Steuerwesens: ein Versuch, 1. Teil, Wien 1821.

LEIPOLD-SCHNEIDER Gerda, Gewässer prägen Meiningen, in: Meiningen, eine Dorfgeschichte, Meiningen 2010, S. 81 – 95.

LIECHTENSTERN Joseph Max Freiherr von, Handbuch der neuesten Geographie des Österreichischen Kaiserstaates, Wien 1817.

LIPP Richard, Die Hungersnot von 1816 und 1817 im Außerfern, in: „Extra Verren“, Bd 9, Jahrbuch des Museumsvereins Reutte, 2014, S. 155 – 167.

MANTL Elisabeth, Heirat als Privileg – obrigkeitliche Heiratsbeschränkungen in Tirol und Vorarlberg 1820 bis 1920 (= Sozial- und Wirtschaftshistorische Studien Bd 23), München 1997.

MATIS Herbert, Über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse österreichischer Fabrik- und Manufakturarbeiter um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: Vierteljahresschrift für Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte 1966, S. 443 – 476.

MIKOLETZKY Hanns Leo, Österreich das entscheidende 19. Jahrhundert, Geschichte, Kultur und Wirtschaft, Wien 1972.

MOORE Peter, Das Wetterexperiment, Von Himmelsbeobachtern und den Pionieren der Meteorologie, Hamburg 2016.

MÜLLER Gerald, Hunger in Bayern 1816 – 1818, Politik und Gesellschaft in einer Staatskrise des frühen 19. Jahrhunderts (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und Hilfswissen-

schaften Bd 812), Frankfurt 1998.

NACHBAUR Ulrich, Auswirkungen der bayerischen Reformen von 1806 bis 1814 auf die Vorarlberger Verwaltungsstrukturen, in: 200 Jahre Gemeindeorganisation in Vorarlberg, S. 371 – 442.

NACHBAUR Ulrich, Die Vorarlberger Landstände in ihrer Spätzeit, Aspekte der Verfassung, Verwaltung und Identität, in: Montfort, 63. Jg, 2011, Bd 2, S. 31 – 67 und 64. Jg, 2012, Bd 1, S. 5 – 43.

NÄGELE Hans, Das Textilland Vorarlberg, Dornbirn 1949.

NIEDERSTÄTTER Alois, 250 Jahre Schwarzenberg zum Hof, 1755 – 2005, Schwarzenberg 2005.

NIEDERSTÄTTER Alois, Die „bayrische Knechtschaft“ in: Vorarlberg – und darüber hinaus, Innsbruck 2015, S. 100 – 112.

NIEDERSTÄTTER Alois, Geschichte Vorarlbergs, Bd 2: Vorarlberg 1523 bis 1861, Auf dem Weg zum Land, Innsbruck 2015.

NOBACK Christian, Vollständiges Handbuch der Münz-, Bank- und Wechselverhältnisse aller Länder und Handelsplätze der Erde, 2. Abt., Rudolfstadt 1838.

NUSSBAUMER Josef, Vergessene Zeiten. Lesebuch zur Hungergeschichte einer europäischen Region (=Geschichte & Ökonomie, Bd 11), Innsbruck, München, Wien 2000, S. 61 – 72.

Osterhammel Jürgen, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Sonderausgabe, München 2011.

OTRUBA Gustav, Markus Weiss, Beiträge zur Finanzgeschichte Österreichs 1740 – 1840 (= Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd 17), Linz 1986.

PAFFRATH Josef, Ältere Beiträge zur Klimatographie und Naturchronik des Landes Vorarlberg, in: Archiv für Geschichte und Landeskunde Vorarlbergs, 3/1919, S. 49 – 64.

PENZ Josef, Die Hungerjahre in Tirol 1814 – 1817, unveröff., handschriftl. Dissertation, Wien 1913.

PFISTER Christian, Wetternachhersage, 500 Jahre Klimavariation und Naturkatastrophen, Bern 1999.

POST John Dexter, The economic crisis of 1816 – 1817 and its social and political consequences. (Footnotes on French and German), Boston 1969.

POST John Dexter, The Last Great Subsistence Crisis in the Western World, Baltimore 1977.

Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, für das Jahr 1815, 2. Bd, Innsbruck 1824.

Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, für das Jahr 1816, 3. Bd, II. Teil, Innsbruck 1824.

Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, für das Jahr 1817, 4. Bd, I. Teil, Innsbruck 1824.

Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, für das Jahr 1818, 5. Bd, Innsbruck 1824.

Provinzial-Gesetzsammlung von Tyrol und Vorarlberg, Repertorium über die ersten 12 Bände, Innsbruck 1828.

RAPP Ludwig, Topographisch–historische Beschreibung des Generalvikariates Vorarlberg, 4. Bd, V. u. VI. Heft, Brixen 1899 – 1901.

ROHRER Joseph, Ueber die Tiroler, Wien 1796.

SANDGRUBER Roman, Ökonomie und Politik, Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Wien 2005.

SCHEFFKNECHT Wolfgang, Beharrung und Reform: Vorarlberg zwischen Österreich und Bayern, in: Die Integration in den modernen Staat, Ostschwaben, Oberschwaben und Vorarlberg im 19. Jahrhundert (= Forum Suevicum Bd 7) hrsg. v. Carl A. Hoffmann und Rolf Kießling, Konstanz 2007, S. 91 – 122.

Schematismus der Provinz Tyrol und Vorarlberg für das Jahr 1819, Innsbruck o. J.

- SCHEUCH Manfred, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Industriearbeiter und die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Vorarlberg (von den Anfängen bis 1918), Wien 1960.
- SCHEUCH Manfred, Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918, Wien 1961.
- SCHNEIDER Ingo, Saisonarbeit und temporäre Auswanderung im Außerfern, in: Tiroler Schwaben in Europa, Künstler – Händler – Handwerker, Innsbruck 1989, S. 213 – 222.
- SPECKER Louis, Die grosse Heimsuchung, Das Hungerjahr 1816/17 in der Ostschweiz, 1. Teil in: 133. Neujahrsblatt, 1993, S. 7 – 55, und 2. Teil in: 135. Neujahrsblatt, 1995, S. 7 – 58, hrsg. vom Historischen Verein des Kantons St. Gallen.
- SUTTERLÜTTI Sabine, Vom Geld und den Schulden (= Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung Veröffentlichungen 12), Regensburg 2014.
- TÄNZER Aron, Die Geschichte der Juden in Hohenems, Meran 1905, Nachdruck, Bregenz 1982.
- TETTINEK Johann Ernest, Die Armen-Versorgung in Oestreich, oder Zusammenstellung sämtlicher das Armenwesen betreffenden Gesetze und Verordnungen, Nabu Public Domain Reprints.
- TIEFENTHALER Meinrad, Die Berichte des Kreishauptmanns Ebner (= Schriften zur Vorarlberger Landeskunde, Bd 2), Dornbirn 1959.
- TSCHAIKNER Manfred, Die 1809/10 in Bouillon internierten Geiseln aus Vorarlberg einschließlich des oberen Allgäus, Montfort, 67. Jg, 2015, Bd 1, S. 95 – 116.
- TSCHAIKNER Manfred, Dr. Josef Bitschnau (1776 – 1819), in: Montfort, 63. Jg, H 2, 2011, S. 69 – 80
- VASOLD Manfred, Das Jahr des großen Hungers, Die Agrarkrise von 1816/17 im Nürnberger Raum, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd 64 (2001), S. 745 – 782.
- Volaučnik Christoph, Feldkirch in der Bayernzeit, in: 200 Jahre Gemeindeorganisation in Vorarlberg, S. 122 – 156.
- VOLAUCNIK-DEFRANCESCO Monika, Arme und Hausierer in der jüdischen Gemeinde von Hohenems (= Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs 12. Bd), Dornbirn 1993.
- WAIZENEGGER Franz Joseph, Vorarlberg: aus den Papieren des in Bregenz verstorbenen Priesters Franz Joseph Weizenegger; in drei Abtheilungen, bearb. und hrsg. von Meinrad Merkle, Innsbruck 1838
- WANNER Gerhard, Vorarlbergs Industriegeschichte, Feldkirch 1990.
- WEIS Eberhard Weis, Montgelas, 2. Bd: Der Architekt des modernen bayrischen Staates 1799-1838, München 2005.
- WEITENSFELDER Hubert, Das liebe Geld. Kapitalien in Vorarlberger Fabriken und Gewerbebetrieben während der frühen Industrialisierung, ca. 1820 bis 1870, in: Bludenzler Geschichtsblätter 32 (1996), S. 19 – 27.
- WEITENSFELDER Hubert, Industrie-Provinz, Vorarlberg in der Frühindustrialisierung 1740-1870 (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft Bd 29), Frankfurt 2001.
- WEITENSFELDER Hubert, Agrarreform und Sozialkonflikt, Allmendteilung in Vorarlberg, ca. 1770 bis 1870, in: Schriften des Vereins für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung 1996, H. 140, S. 133 – 167.
- WELTI Ludwig, Landesgeschichte, in: Karl Ilg, Landes- und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd 2, Innsbruck 1968.
- WELTI Ludwig, Siedlungs- und Sozialgeschichte von Vorarlberg, Aus dem Nachlass hrsg. v. Nikolaus Grass. (= Veröffentlichungen der Universität Innsbruck 6), Innsbruck 1973.
- ZEITLHOFER Hermann, Flachs und die lokale Ökonomie, Arbeitsbeziehungen und das Agrosystem im südlichen Böhmerwald (17. bis 19. Jahrhundert), in: Land-Arbeit, Arbeitsbeziehungen in ländli-

chen Gesellschaften Europas (17. bis 19. Jahrhundert), hrsg. von Rita Garstenauer, Erich Landsteiner, Ernst Langthaler (=Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes 2008), Innsbruck 2010, S. 20 – 35.

ZÖLLNER Erich, Geschichte Österreichs, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 6. Aufl., München 1979.

10.2.3. Tageszeitungen

Bregenzerisches Intelligenzblatt

Bregenzerisches Wochenblatt

Der Bote von Tyrol

Feldkircher Wochenblatt

Klagenfurter Zeitung

Linzer Zeitung

Österreichischer Beobachter

Vaterländische Blätter

Vereinigte Laibacher Zeitung

10.2.4. Onlinequellen

HEYDENREUTER Reinhard, Der Tiroler Aufstand aus bayerischer Sicht, http://www.hss.de/fileadmin/media/downloads/Berichte/091001_RM_Heydenreuter.pdf.

Historisches Ortslexikon, Statistische Dokumentation zur Bevölkerungs- und Siedlungsgeschichte http://www.oew.ac.at/vid/download/histortslexikon/Ortslexikon_Vorarlberg.pdf.

HOTZ Stefan, 1816 – das Jahr ohne Sommer, <http://www.nzz.ch/zuerich/aktuell/1816-das-jahr-ohne-sommer-wenn-die-natur-das-leben-der-menschen-durcheinanderbringt-ld.85902>.

Königlich-Baierisches Regierungsblatt, München 1806 – 1817, <https://opacplus.bsb-muenchen.de/metaopac/search?View=default&db=100&id=502181-9>.

LAVATER Ludwig, Von Thüwre und Hunger, Von Thüwre und Hunger dry Predigen / uss dem 6. Cap. dess anderen Buochs Paralipom oder der Chronick geprediget und volgendts zur Leer und zum Trost beschriben durch Ludwig Lavater, Diener der Kyrchen zuo Zürych, 1. Predigt, S. 4 und 5, <http://www.e-rara.ch/zuz/content/titleinfo/1304158>.

NACHBAUR Ulrich, 200 Jahre Gemeindeorganisation, <http://www.vorarlberg.at/pdf/nachbaurwirkungen.pdf>.

SCHÄDLER Albert, Das Hungerjahr 1817 in Liechtenstein, www.eliechtensteinensia.li/JBHV/1918/18/Das_Hungerjahr_1817_in_Liechtenstein.html.

SCHEFFKNECHT Wolfgang; Rheinüberschwemmungen in Lustenau, <http://cdn2.vol.at/2005/10/Lustenau-und-der-Rhein2.pdf>.

SCHEUTZ Martin, Geschichte der Armut und des Bettels in der Neuzeit, <http://www.univie.ac.at/igl.geschichte/scheutz/ss2003/vorlesungsinhalte/vorlesungsinhalte11.htm>.

10.3. Abkürzungen

R.W. – Reichswährung	fol. – folio	TLA – Tiroler Landesarchiv
W.W. – Wiener Währung	Sp. – Spalte	KA – Kreisamt
C.M. – Conventionsmünze	Fasz. – Faszikel	LG – Landgericht
E.Sch. - Einlösungsscheine	S. – Seite	Wwe – Witwe
H – Heller	H – Heft	Ha – Hektar
kr – Kreuzer (= 8 Heller)	Bd – Band	Vtl – Viertel
fl – Gulden (= 60 Kreuzer)	VLA – Vorarlberger Landesarchiv	Vlg – Vierling
Sch. – Schachtel	TLA – Tiroler Landesarchiv	Ct. – Zentner

10.4. Abbildungsverzeichnis

Johann Thomas Stettner, Fürchterlich waren die Verheerungen, welche im Jahr 1816 der Hagel-schlag verbreitete ..., Gross ist die Noth o Herr erbarme dich ; 1816 und 1817 ; Erkenne das [!] ein Gott ist, Stiftsbibliothek in der VLB; S. 7, 100, 210

Gerichte und Herrschaften, Vorarlberg-Karte um 1774/1783 von Blasius Hueber, VLA, Kartensamm-lung, K 1154; S. 14

Karte vom Königreich Bayern mit den Kreisen und Landgerichten, 1812, VLA, Kartensammlung, 06/125; S. 15

Anticipationsschein von 1813, Geldmuseum der Österreichischen Nationalbank; S. 35

Einlösungsschein von 1811, Geldmuseum der Österreichischen Nationalbank; S. 36

Niederschlag und Temperatur während der Kleinen Eiszeit, http://2.bp.blogspot.com/-mzm_9lex1H0/U4iM4i6rnQI/AAAAAAADik/D5akHJ86NDw/s1600/BRESSAN_2014_Hexenver-folgung_Klima.jpg; S. 53

Lawinenunglück im Montafon, Andreas Amann nach anonym, Kopie eines Votivbilds aus der Rütner Kapelle von 1793, Vorarlberg Museum, gem 0978; S. 64

Feer/Mesmer-Karte 1795/1817, Specialkarte des Rheinthals von 1795 mit blauen Einfärbung des Überschwemmungsgebietes im August 1817, Staatsarchiv St. Gallen; S. 71

Feldkircher Wochenblatt, 25. März 1817, Nr. 96, Sp. 95/96; S. 79

Aufruf für die milde Sammlung für die Geschädigten 1816, VLA, Patente, Sch. 13; S. 167

Anweisung des Kammeralzahlmeisters in Innsbruck 1822, VLA, KA 1, Sch. 263; S. 175

Sortenliste des Provinzial Taxamtes in Innsbruck 1821, VLA, KA 1, Sch. 263; S. 176

10.5. Maße und Preise

1 Malter – nach Fruchtart zwischen 200 und 120 kg (Kartoffeln – Hafer)

1 Malter – 8 Viertel – 3 ½ öster. Metzen

1 Maßel = 4 Futtermaßel = 3,8429 l

1 Centner – Zentner 100 Pfund, 50 kg, alt 56,128 kg

1 lb (Pfund) = 0,56128 kg

1 Viertel (Gewicht) = ½ Metzen = 18,5298 l

1 Malter Korn – ca. 160 kg

1 Viertel Kartoffeln – 25 kg

1 Viertel Korn – 20 kg

1 Viertel Türken – 20 kg

1 Viertel Gerste – 17 kg

1 Viertel Hafer – 15 kg

1 Viertel (Flächenmaß) = ca. 330 m²

1818 wurden das Wiener Maß und Gewicht eingeführt und der Münzfuß auf den Zwanzig-Guldenfuß festgelegt.⁷⁶³

1 fl (Gulden) = 60 kr (Kreuzer)

1 kr = 8 H (Heller)

Preise	1811	1817 ⁷⁶⁴
100 kg Korn	8 fl 10 kr	66 fl
100 kg Gerste	4 fl	30 fl
100 kg Hafer		32 fl
100 kg Türken	7 fl 30 kr	60 fl
100 kg Kartoffeln	1 fl 20 kr	16 fl
1 kg Brot	8 kr	40 kr
1 kg Butter	34 kr	1 fl 20 kr
1kg Käse	20 kr	1 fl 12 kr
1 kg Fleisch	16 kr	28 kr
1 Liter Wein	20 kr	50 kr
1 Liter Branntwein	20 kr	1 fl 20 kr

⁷⁶³ Karl MITTERMAIER, Aspekte der vormärzlichen Wirtschaftspolitik in Tirol und Vorarlberg im Lichte der Provinzial-Gesetzgebung, maschinenschriftl. Dissertation, Innsbruck 1982, S. 40 f.

⁷⁶⁴ SCHÄDLER, Liechtenstein, S. 16 f.

10.6. Liste der verteilten Notvorschüsse

beteilte Gemeinde	Seelenzahl	unterstützte Arme	Gesamtunterstützung R.W. in R.W.		Gesamtunterstützung W.W. in R.W.	
Altach	590	136	121 fl	30 kr	101 fl	15 kr
Altenstadt	1.479	537	446 fl	30 kr	372 fl	5 kr
Bildstein oder Steusberg	723	119	428 fl	56 kr	357 fl	26 ⁴ / ₆ kr
Blons	424	45	80 fl		66 fl	40 kr
Brand	321	23	30 fl		25 fl	
Bregenz	632	12	40 fl		33 fl	20 kr
Buch	315	74	137 fl	48 kr	94 fl	50 kr
Bürserberg	400	74	70 fl		58 fl	20 kr
Dalaas	818	115	120 fl		100 fl	
Damüls	342	75	125 fl		104 fl	10 kr
Dornbirn	5.500	813	400 fl		333 fl	
Ebnit	191	128	275 fl		229 fl	
Feldkirch		190	10 fl	158 kr	58 fl	
Fontanella	474	129	115 fl		95 fl	50 kr
Fraxern	288	49	151 fl		125 fl	50 kr
Fußbach	395	264	608 fl	45 kr	507 fl	
Gaißau	355	355	514 fl	45 kr	428 fl	
Gaschurn	580	9	2 fl		1 fl	40 kr
Göfis	944	95	22 fl	30 kr	18 fl	45 kr
Götzis	2.181	750	854 fl	30 kr	702 fl	5 kr
Hard	968	312	380 fl	12 ¹ / ₂ kr	316 fl	50 ⁵ / ₁₂ kr
Hinterberg	489	23	40 fl		33 fl	20 kr
Hittisau	1.080	25	20 fl	50 kr		
Höchst und Brugg	1.410	300	980 fl		816 fl	
Hohenems - Christen	2.740	435	1.200 fl		1.000 fl	
Jagdberg	2.059	85	56 fl		46 fl	40 kr
Klaus	374	70	42 fl		35 fl	
Klösterle	365	100	120 fl		100 fl	
Koblach	564	80	121 fl	30 kr	101 fl	15 kr
Krumbach	869	111	100 fl		83 fl	20 kr
Krumbach II	51	8	30 fl		25 fl	
Laterns	692	156	332 fl		276 fl	40 kr
Lingenau	1.115	25	20 fl	50 kr		
Lochau	504	2	12 fl		10 fl	
Lorüns	188	9	2 fl		1 fl	40 kr
Lustenau	2.257	510	850 fl		708 fl	
Mäder	491	150	121 fl		100 fl	50 kr
Meiningen	352	230	301 fl		250 fl	50 kr
Mellau	589	75	100 fl		83 fl	20 kr
Mittelberg samt Hirschberg und Riezlern	1.323	71	200 fl		166 fl	40 kr
Möggers	394	54	140 fl		116 fl	40 kr

<i>beteiligte Gemeinde</i>	<i>Seelenzahl</i>	<i>unterstützte Arme</i>	<i>Gesamtunterstützung R.W. in R.W.</i>	<i>Gesamtunterstützung W.W. in R.W.</i>
Oberlangenegg	405	50	162 fl 14 kr	135 fl 11 $\frac{4}{6}$ kr
Raggal	414		110 fl	91 fl 40 kr
Rankweil	2.553	450	759 fl	632 fl 30 kr
Reuti	333	74	50 fl	41 fl 40 kr
Reutti	594	180	211 fl 4 kr	175 fl 53 $\frac{2}{6}$ kr
Rievensberg	847	74	211 fl 4 kr	175 fl 53 $\frac{2}{6}$ kr
Röthis	421	60	62 fl	51 fl 40 kr
Schnepfau	426		30 fl	25 fl
Schoppernau	515	50	50 fl	41 fl 40 kr
Schruns	1.375	78	119 fl 37 kr	99 fl 40 $\frac{5}{6}$ kr
Sibratsgfäll	187	40	100 fl	83 fl 20 kr
Silberthal	606	3	1 fl	50 fl
Sonntag	636	70	95 fl	79 fl 10 kr
St. Bartho- lomäberg	1.156	29	57 fl 35 kr	47 fl 59 $\frac{1}{2}$ kr
St. Gallen- kirch	1.609	330	140 fl 38 kr	117 fl 11 $\frac{2}{3}$ kr
St. Gerold	231	52	80 fl	66 fl 40 kr
Stuben	121	47	125 fl	104 fl 10 kr
Sulz	550	195	252 fl	210 fl
Tisis	601	130	112 fl	93 fl 20 kr
Tosters	389	50	40 fl	33 fl 20 kr
Tschagguns	1.210	43	109 fl 10 kr	90 fl 58 $\frac{1}{2}$ kr
Übersaxen	198	28	16 fl	13 fl 20 kr
Unterlangenegg	405	8	20 fl	16 fl 40 kr
Vandans	832	4	3 fl	2 fl 30 kr
Viktorsberg	136	56	115 fl 30 kr	96 fl 16 kr
Vorkloster mit Rieden	508	130	283 fl 1 $\frac{1}{2}$ kr	235 fl 51 $\frac{3}{12}$ kr
Weiler	275	18	21 fl 30 kr	17 fl 66 kr
Zwischen- wasser	603	80	52 fl 30 kr	43 fl 45 kr
	53.962	8.912		

10.7. Orts- und Personennamen

Personen in Listen sind nicht im Register aufgenommen, dasselbe gilt für Ortsnamen.

- Aberer Gebhard 36, 123, 131, 193, 211 f.
 Alberschwende 82, 119, 185 f.
 Albrecht Johann Caspar 192, 212
 Albrecht Johann Joseph 149
 Altach 70, 86, 93, 99, 137, 153 f., 172, 177, 182
 Altenrhein 70
 Altenstadt 54, 66, 86, 124, 127, 137, 153 f., 159, 185 f., 197 f., 209
 Altstätten 94
 Amerika 7, 196
 Amman Aloisius 157
 Amman Johann Josef 108
 Andelsbuch 119 f., 147, 204
 Appenzell 92
 Arad 92
 Arlberg 13, 21, 24, 30 ff., 139
 Au 119 f.
 Augsburg 16, 21, 32
- Baad 28, 58, 119, 149
 Baden 25, 73 f., 82, 90, 168, 195, 207
 Baldacci Anton von 11, 25, 45, 139, 169, 210
 Banat 192
 Bangs 70, 86, 99, 137, 172, 177, 182
 Bargehr Kasper 165
 Bartholomäberg 156 f.
 Bauren 24, 84
 Bayern 11, 13, 15 ff., 21 f., 27, 29 f., 33, 37 ff., 43, 45, 61, 73 ff., 76, 82, 90, 105, 110, 112 f., 115, 122, 126, 169, 189, 195, 200 ff., 204
 Beirl Joseph 170, 174
 Belgien 17, 105
 Benzer Joseph Anton 118
 Bereg 92
 Bereitter Johann Georg 18, 85, 124, 137, 190, 193, 211 f.
 Bernegg 80
 Bertsch Johann Joseph, St. Gerold 161
 Bertsch Johann, Damüls 156
- Bertsch Johann, Nenzing 101
 Bezau 16, 25, 51, 85, 93, 119 ff., 138, 147, 149, 159 f., 204
 Bickel Joseph 91
 Bildstein Joseph 115
 Bildstein/Steusberg 54, 82, 117, 119, 146, 185 f.
 Bischofzell 121
 Bissingen-Nippenburg von Ferdinand 45, 113, 122, 124, 140 ff., 168 f., 196
 Bitschnau Johann Joseph 157
 Bitschnau Joseph 19, 141, 208 f.
 Bittriol Hans 148
 Bizau 119 f.
 Blons 88, 155, 160 ff.
 Bludenz 13, 16, 18 f., 24, 26, 30, 77, 88, 96, 100 ff., 105 f., 110, 114, 122 f., 131 f., 137, 141, 155, 160 f., 173, 204, 208 f.
 Bludesch 88, 155
 Blum Heinrich 26, 52
 Blum Johann Martin 117
 Blum Joseph 26, 180
 Blum Maria, geb. Gehrler 115 f.
 Blumenegg 13, 15, 77, 207
 Bodensee 8, 10 ff., 23 ff., 30, 60 ff., 67 ff., 73, 75, 81 f., 89, 98 f., 140, 143, 153, 165 f., 169, 185, 191, 204
 Bohl Gaudenz 121
 Bösch Johann Georg 124
 Bösch Joseph 51, 99, 120 f., 131, 136
 Brand 88, 155, 159 ff.
 Brändle Johann Jakob 7, 92
 Braz 155
 Bregenz 13, 16, 18 f., 23 f., 26, 30 f., 44, 48, 51, 59 f., 63, 68 ff., 73 f., 77, 80, 82 f., 89 f., 98 f., 106 f., 110, 113, 117 f., 125, 127, 135, 143 f., 146, 153, 156, 165 f. 170 ff., 174, 182, 185, 187 f., 197, 201, 207, 210
 Bregenzerwald 16, 18, 21, 23, 26 ff., 39, 58 ff., 65 ff., 72, 74, 77 f., 81, 83, 98, 101, 105 f., 120, 139, 142 ff., 147, 149, 160, 185, 194, 207, 211 f.
 Brentano Joseph Anton 55
 Brettauer Ludwig 132
 Brugg 68 f., 84, 98, 102, 140, 144, 150
 Brunold Joseph Anton 131

- Buch 82, 146 f., 160, 185 f.
 Bürs 100, 155
 Bürserberg 100, 155 f., 160 f.

 Chur 21, 30 f., 188
 Clessin Carl Fidel 25, 123 f., 137

 Dalaas 88, 131, 155, 159, 161
 Daller-Fels Christian 30
 Damüls 155 f., 161
 Danner Markus 141
 Daubrawa von Daubraweik Franz Anton 10, 19,
 30, 69 f., 72 ff., 102, 106 f., 116, 119, 125 f.,
 136 f., 140 ff., 151, 157, 169 ff., 171, 173,
 185, 189, 192, 194 ff., 200, 206 ff., 209 ff.
 Detzel Xaver 205
 Deuring Franz Joseph 118
 Deutschland 23, 55, 201
 Dobler Joseph Anton 161
 Domig Johann 12
 Donau 195
 Doppelmayer Karl Philipp 25
 Dörler Johann 83
 Dornbirn 16, 18, 25 f., 49, 51, 54, 74, 80, 84,
 90 ff., 99, 106 f., 111 f., 132, 141, 150,
 158 f., 164, 174, 181, 191, 194, 197 f., 211
 Dornbirner Ach 68, 209
 Drexel Mathias 42
 Dür Joseph 117, 119
 Dür Joseph 147

 Eberle Peter 147
 Ebner, Johann Nepomuk von 19, 181 f., 210
 Ebnit 49, 84, 121 f., 1312, 150, 159, 198
 Egg 54, 59, 67, 77, 119 f., 138, 147, 204, 213
 Eggmann Fanny 134 f.
 Eichenberg 105, 118, 129 ff.
 Einsiedeln 13, 15
 Ellensohn Johann 125
 Ellensohn Johann Georg 125
 Elsass 21 ff., 149, 195
 Elsensohn Apolonia 94
 Elsensohn Gotthartus 94
 Elsensohn Johann Anton 94
 Elsensohn Maria Kreszentia 94

 Elsensohn Theresia 94
 Elsensohn Veronika 94
 England 201, 206
 Eßlinger David 29
 Eßlinger Melchior 29

 Fai della Paganella 165
 Felder Josef 112
 Feldkirch 13, 16 ff., 23 ff., 30 ff., 44, 46, 57,
 73 f., 87, 89 f., 93, 99, 101, 109 f., 112 f.,
 123 f., 127, 137, 139, 141, 143 ff., 153 f.,
 171 ff., 177, 183, 186 f., 197, 202, 204, 207
 Feßler Anton 118
 Feuerstein Franz 148
 Feuerstein Johann Georg 148
 Feuerstein Josef 25
 Feurle Martin 174
 Feurstein Sebastian 54
 Fleisch Johann Joseph 62, 94
 Fontanella 132, 156 f., 161 f.
 Frankreich 17, 21, 23, 206
 Franz I., Kaiser von Österreich 11, 18 f., 33 f.,
 41, 65, 76, 90, 100, 110, 125, 131 f., 141,
 144, 158, 166, 169, 195
 Frastanz 88, 131, 155
 Fraxern 86, 153 f., 159
 Freiburg im Breisgau 13, 21
 Freystadt/Freistatt 164
 Friedrichshafen 30
 Fritzin Maria Benedikta 91
 Fröwis Katharina 91
 Fußsach 24, 26, 30 f., 46, 48 f., 51 f., 54, 60 f.,
 62, 68 ff., 73, 84, 91, 93, 96, 98 f., 111, 125,
 127, 132, 138, 140, 143 f., 150 f., 159, 161,
 163 f., 169 ff., 177, 180 ff. 185 ff.
 Fussenegger Jakob 26

 Gaißau 48 f., 68 ff., 72, 82, 84, 90, 93, 98 f.,
 132, 140, 144, 150, 158, 170 ff., 178 ff.
 185 ff., 197
 Galura Bernhard 138, 142 f.
 Ganahl Elisabeth 94
 Ganahl Johann Josef 30
 Ganahl Joseph von 43, 48 f., 101, 137, 211 f.
 Gaschurn 101, 157

- Gassner Andreas 29 f.
 Gegenbauer Dorothea 115
 Gehring Nannette 180
 Geiger Johann Thomas 61, 119, 147
 Genua 30
 Getzner Christian 29 f.
 Gilm Johann Nepomuk von 39, 72, 77, 131,
 133 f., 194, 207, 212
 Gisingen 124, 127, 154, 197
 Glarus 29, 92
 Göfis 85, 137, 153, 160, 185 f.
 Gortipol 93
 Götzin Agatha/Anna Maria 115
 Götzis 86, 93, 99, 124, 127, 136, 153 f., 159,
 186
 Graßmayer Johann 25, 123 f.
 Graubünden 24, 94
 Großdorf 59, 147
 Großdorf 59, 147
 Großes Walsertal 77
 Gstöhl Anna Maria 125
 Gugger von Staudach Christoph 17, 211
 Gugger von Staudach Maximilian 211
 Günthör Johann Georg 118
 Gunz Karl 131
 Gunz Kaspar 147
 Gut Anton 94
- Häger Joseph 149
 Haimerin Magdalena 91
 Halbeisen Jakob 112, 151
 Hämmerle Johann 26
 Hard 25, 29, 51, 54, 60, 62 f., 66 ff., 82 f. 90,
 92, 98, 117, 140, 143, 145 f., 160, 170 ff.,
 174, 182 f., 187, 197
 Hasler Gallus 60, 62, 125, 151
 Heidegger Johann Konrad 148
 Heinzele Joseph 136
 Hele Joseph 137
 Hele Michael 170
 Herburger Johann Conrad 54, 59, 116
 Herrburger Josef Anton 29, 172
 Hiltz Anton 131
 Hinterberg 66, 82, 119, 147, 160
 Hipp Joseph 131
- Hirschfeld Joseph 134
 Hofrieden 25, 106
 Hofsteig 25, 72
 Hohenems 13, 18, 30, 74, 80, 84, 91, 110,
 121 f., 132 ff. 150, 159, 164, 171, 173, 179,
 181, 194, 198, 207
 Hollenstein Karl Benedikt 49, 121, 131
 Hörbranz 106, 117, 171, 174, 187 f.
 Hub 82, 118, 128 ff.
 Huber Christian 170
 Huber Johann 26
 Huberin Anna Maria 117
 Hummel Christian 51, 78
- Ill 65, 94, 209
 Immer Anton 65, 94
 Innsbruck 18 f., 24, 30, 44, 69 f., 74 f., 81, 89,
 100, 123, 131, 136, 138 ff., 158, 163, 173,
 181, 184, 195, 207
- Jagdberg 85, 153
 Jehli Joseph Anton 131
 Jochum Maria Anna 94
 Joseph II., Kaiser von Österreich 13, 109, 111
 Jungholz 82, 118, 129 f.
- Kaiser Dr. 123
 Kaufmann Josef Anton 112
 Kempten 16, 18, 61, 73, 77
 Kempten 242
 Khüni Anton 131
 Klaus 86, 94, 137, 153 f., 160, 186
 Kleines Walsertal 28, 57 ff., 149, 196
 Klösterle 88, 131, 155
 Knittelfeld 164
 Köb Anton 188
 Koblach 70, 86, 94, 137, 153, 159, 172, 177,
 182
 Krasso Bihar 92
 Krumbach, Bregenzerwald 7, 61, , 93 f., 120,
 147 f., 160
 Krumbach/Hochkrumbach 155 f., 161
 Kündig Anna Maria 148
 Kuster Johann 162
 Lampert Johannes 136

- Langen bei Bregenz 82, 160
 Langenegg 82, 117, 120, 147, 149, 185 f.
 Längle Johann 125
 Lanter Joseph Anton 19
 Laterns 86, 137, 153, 160, 186
 Lauterach 52, 115, 146, 186
 Lavater Ludwig 203
 Lenz Michael 29
 Leone Josef Anton 26
 Leone Peter Josef 30
 Leone Peter Martin 26
 Liechtenstein 70, 94
 Lindau 16, 18, 28, 68 ff.
 Lingenau 23 f., 28, 53, 55, 59, 68, 120, 138,
 148, 160, 191
 Lochau 70, 91, 106, 146, 171 ff., 187
 Lombardei 29, 32, 77, 81, 168
 Lorenzi Karl 131
 Lorüns 157
 Löwenberg Joseph 134
 Löwenberg Moritz 132
 Löwenberg Simon 132
 Löwengard Isaak 134
 Ludesch 88, 156
 Lustenau 7, 13, 18, 27, 48 f., 51, 54, 60, 67 f.,
 70, 72 ff., 74, 80, 89, 91, 93, 98 f., 102, 111,
 115, 120 ff. 132, 140, 144 f., 150, 159, 164,
 169, 202, 207
 Lutterotti Leopold von 174
 Lutz Franz Joseph 136, 150, 177, 181
 Lutz Gebhard 181
 Lutz Jakob 181
 Lyon 25
- Mäder 70, 86, 99, 124, 137, 153, 159, 172,
 182, 213
 Mägerle Johann 137, 146, 191
 Mailand 21 f., 32, 30, 183
 Maklot Anthony 50
 Männel Johann Peter 161, 163
 Maria Theresia von Österreich 13, 33, 41, 43
 Masséna André 13
 Mathias Joseph 19
 Matschels 70, 86, 137, 171, 183, 196, 205
 Matt Alois 131 f.
- Matt Christian 58
 Max IV. Josef von Bayern 16, 19, 27, 61
 Mayer Florian 132
 Mayerin Franziska 181
 Meiningen 46, 70, 86, 99, 124, 137, 153, 172,
 177, 182, 202
 Mellau 120, 148
 Memmingen 73
 Metzler Jodok 147 ff., 185
 Metzler Johann Georg 50
 Metzler Joseph 19
 Metzler Joseph Anton 26
 Mittelberg 54, 119 f., 148 f., 159
 Möggers 82, 93, 106, 118, 128 ff., 146, 160
 Moll Sebastian 170
 Montafon 9, 16, 18, 21, 42, 50, 54, 58 ff., 63,
 72 ff., 77, 81, 88 f., 94, 102, 112, 137,
 42 f., 145, 156 f., 174, 194 f., 204
 Montgelas Maximilian Karl von 16 f., 111
 Mosbrugger Jakob, Landrichter 18, 84, 99,
 105, 125, 134 f., 140, 166, 169, 174, 177,
 180 f., 198, 207, 211 f.
- Mosbrugger Jakob, Vorsteher 149
 Moser Anna Maria 125
 Mühlhausen 25, 29
 Müller Daniel 54, 59
 Müller Franz 117
 Müller Josef Christian 17
 Müller Kristian 131
 Müller von und zu Müllegg Ferdinand 42
 München 19, 201
 Mutter Franz Xaver 29 f.
- Nachbauer Josef Sigmund 17
 Nägele Joseph 125
 Nägele Nikolaus 148
 Nagy Josef Wolfgang Cserey von 192 ff.
 Napoleon Bonaparte 11, 16 f., 34
 Natter Johann Jakob 148
 Negrelli Alois 209
 Nenzing 88, 93, 101, 131, 155
 Neyer Joseph André 131
 Niederhaus 118, 130 f.
 Niederlande 206
 Nofels 124, 127, 154, 183, 186, 196 f.

- Nürnberg 21
 Nüziders 93, 100, 131, 155, 161
- Oberlangenegg 146
 Obwexer Familie 25
 Ölzin Magdalena 181
 Ösinger Ludwig 131
 Österle Joseph 195, 212
- Peter Gottfried 121, 132
 Pfalz 195
 Pfanner Joseph 105, 118, 130
 Polen 196
 Pressburg 15
 Preyer Josef Vinzenz 147
- Raggal 88, 155 f., 160 ff.
 Rankweil 24, 86, 137, 153, 159, 185 f.
 Rattenberg 165
 Ratz Caspar 56, 212
 Ratz Joseph 148
 Redler Jakob 105, 118, 130
 Regensburg 195
 Reiner Pfarrer 63
 Reuthe/Reute 82, 117, 119 f., 138
 Reutti 146
 Rhein 11 f., 51, 60, 67 ff., 98 f., 132, 140, 153, 165 f., 185, 191, 202, 204, 209
 Rheineck 70
 Rheintal 10, 21, 23, 30, 60, 65 f., 68 ff., 81 ff. 106, 158
 Rhomberg Alois 26, 172
 Rhomberg Johann Thomas 26
 Rhomberg Josef Anton 29
 Rhomberg Lorenz
 Rhomberg Lorenz 29
 Rieden 17, 91, 106, 125 f., 146, 160, 170, 182, 185 f., 191
 Riedmiller Bernhard 17
 Riefensberg 82, 146 f., 160
 Roccofort Gabriel 25
 Roschmann-Hörburg Anton Leopold von 13, 19, 44 f.
 Rosenlächter Franz Joseph 7, 57, 66, 76, 80 f., 92, 115
- Roth Martin 174
 Röthis 86, 137, 153, 160, 186
 Rovereto 20
 Rudigier Johann Ulrich 42, 91, 137, 156
 Ruggel 70
 Rüscher Johann Kaspar 148
 Russland 7, 11, 192, 196
- Salieri Antonio 42
 Salzgeber Kristian 164 f.
 Salzmann Johann 25
 Salzmann Johann, Mehltrieb 91
 Sander Pfarrer 131
 Satteins 137, 185 f.
 Schedler Johann Joseph 131
 Schelling Michale 147
 Schindler Samuel 29
 Schmidinger/Schmidler Josef 61, 94
 Schneider Anna Maria 125
 Schneider Anton 17, 19, 28
 Schneider Joseph 188
 Schneider Joseph Anton 30, 60, 68, 125, 140, 151, 180, 188
 Schneider Mathias 62
 Schnepfau 119 f., 148 f.
 Schobel Johann Baptist 177
 Schoppernau 120, 148 f.
 Schruns 62, 93 f., 156 f.
 Schwaben 16, 24 f., 61, 73, 81, 83, 104, 149, 201 f., 204
 Schwarz Joseph 174
 Schwarzach 91, 117, 146, 185 f.
 Schwarzenberg 26, 50, 54, 63, 67, 120, 138, 147, 185, 204
 Schwarzmann Johann Ulrich 65
 Schwarzmann Josef 65
 Schwarzmann Joseph 164 f.
 Schwarzmann Maria Anna 65
 Schwarzmann Maria Christine 65
 Schweiz 8 f., 11, 21 f., 24 f., 27, 29 ff., 54, 58, 70, 72 f., 76 f., 80, 88, 90 ff., 94, 106, 136, 149, 168, 189, 192, 196 f., 200, 202, 205 ff.
 Schwend 118
 Schwendinger Joseph 91
 Sedlnitzky Josef von 195

- Seewald/Seebald Franz 198, 212
 Seitz Johann 80
 Sibratsgfäll 120, 148
 Siebenbürger 181, 192 ff.
 Silbertal 156 f.
 Simmerberg 16, 18
 Sonnenberg 13, 16, 18, 74, 77, 89, 92, 98,
 100 ff., 105, 112, 122, 131, 144, 145, 155,
 159 ff., 173 f.
 Sonntag 131, 155 f., 160 f.,
 Spaar Michael 131
 Spanien 196
 Spehler Franz Joseph 140, 125, 151, 177, 180 f.
 Spehler Jakob 52
 Spieler Joseph 118, 130
 Spieler Ulrich 118, 130
 St. Anton 94
 St. Gallen 92
 St. Gallenkirch 63, 93 ff., 102, 156 f., 154 f.
 St. Georgen 164
 St. Gerold 13, 15, 88, 155 f., 160 f., 207
 St. Margrethen 70
 Stadion Johann Philipp von 34
 Steger Liberat 117, 126
 Sternbach Ludwig von 131
 Steurer Franz Anton 149
 Steurer Johann Bartholomäus 148
 Steusberg/Bildstein 54, 82, 117, 119, 146, 185 f.
 Stichaner Joseph von 18
 Stuben 88, 155 f., 160 f., 164
 Sulz 124
 Sulzberg 66, 82, 118, 154, 159, 185 f.
 Sutterlütli Johann Peter 148
 Suworow Alexander 13
 Szamtar 92
- Tagwercher Alois 42
 Tambora 8, 13, 53, 55 f., 200
 Tannberg 62, 77, 94, 174
 Thalbach 126
 Thüringen 88, 155
 Thüringerberg 88, 131, 155
 Thurnher Catharina 65
 Tirol 9, 11, 13, 17 f., 20, 31 f., 37 ff., 44 f., 47 f.,
 54 f., 58, 72, 75, 81, 90 f. 95, 137 ff., 158,
 164, 166, 168, 171, 181, 195, 200, 202
 Tisis 86, 124, 127, 137, 154, 160, 181, 186
 Toggenburg 92, 80
 Tosters 137, 154, 186
 Trautmann Franz Joseph 188
 Trave Carl Bernhard Caspar von der 25
 Trold/Troll Nikolaus 185
 Trüpy Egidius 29
 Tschagguns 156 f.
 Tschugg Franz Joseph 165
 Tschugg Johann Joseph 165
 Tschugg Mang Ernst de 123
- Überlingen 73
 Übersaxen 85, 155, 160, 186
 Ulm 21
 Ulmer Karl 25 f.
 Ungarn 45, 92, 182 f., 195
 Unterlangenegg 148
- Vandans 157, 170
 Venedig 30
 Venetien 29, 32
 Versell Johann Josef 42, 94
 Vicari Johann Jakob 37 f.
 Viktorsberg 86, 154, 160
 Vintler Franz von 16, 211
 Vogel Samuel 25
 Vögele Jakob 174
 Vonier Ignaz 19, 26, 42, 137, 156
 Vorkloster 60, 69 f., 82 f., 98, 118, 125 ff., 140,
 143, 145 ff., 160, 171, 174, 180, 185, 187, 191
- Wallis Joseph von 34
 Walser Ignaz 174
 Wangen 112
 Weiler 86, 155, 160, 186
 Weiler im Allgäu 16, 18, 24, 112, 211
 Weingarten 13, 16
 Weiß Alois 180
 Weiß Jakob 182
 Weiß Johann 162
 Weiß Joseph, Schüß 162
 Weiß Joseph 180
 Weiß Kasimir 180

Weiß Leonhard 180

Weiß Magdalena 174

Weizenegger Franz Joseph 51 f.

Wien 17 ff., 20, 27, 38, 42, 65, 75 f., 138, 142,
158 f., 163 ff., 166 ff., 181, 195

Wimmer Anton 165

Winder Joseph 147

Wolf Theresia 94

Wolfurt 54, 117, 146, 185 f.

Württemberg 11, 22, 73 ff., 81 f., 90, 168, 192,
195 f., 201 f., 207

Zengerle Franz Joseph 148

Zündel Lorenz 25

Zürich 30

Zwischenwasser 154, 159, 186